

HOLGER FRÖHNER



NACHT

# NACHT

von

Holger Fröhner



Nacht – Version 2  
von Holger Fröhner  
Copyright: © 2011 Holger Fröhner  
Herstellung und Verlag: epubli GmbH, Berlin, [www.epubli.de](http://www.epubli.de)

Printed in Germany

*Der Unterdrücker hat weiter nichts als die Macht, die Ihr ihm zugesteht,  
um Euch zu unterdrücken.  
Woher hat er genügend Augen, Euch auszukundschaften,  
wenn Ihr sie ihm nicht selbst liefert?  
Woher soll er die vielen Arme haben, Euch zu schlagen,  
wenn er sie sich nicht von Euch ausborgt?  
Wo bekommt er die Füße her, Eure Städte niederzutrameln,  
wenn es nicht Eure eigenen sind?  
Wie kann er Gewalt über Euch haben,  
wenn nicht durch Euch selbst?  
Wie könnte er es wagen, Euch zu überfallen,  
wenn nicht mit Eurer eigenen Mitwirkung?  
Etienne de la Boetie*



# Inhalt

Zur Einführung.....	07
Vorwort - Gedanken von Gerard Menuhin.....	09
Fragen.....	12
Der Weg in den Krieg.....	19
Dresden.....	56
Der letzte Tag.....	63
Abenddämmerung.....	67
Ausverkauf.....	76
Ein Staatsgeheimnis.....	109
65 Jahre.....	115
Die Käuflichen.....	120
Politik zum Wohle des Volkes.....	139
Noch mal zu den "Wahlen".....	151
Big Schäuble is watching you!.....	155
Meinungsfreiheit in der BRD.....	166
„Integrationspolitik“.....	178
Europa 2010.....	190
Es war einmal...die „Krise“.....	196
Kapitalismus.....	207
Im „Zirkus“.....	219
Zu Besuch bei „Richter Gnadenlos“.....	239

Gewalt.....	250
Die Ohnmacht des Rechtes.....	264
Schläger in Uniform.....	273
Deutschland im Krieg.....	286
Du bist Terrorist!.....	315
Iran Story.....	322
Diener der Lügen.....	331
Nacht.....	335
Was Sie sofort tun können: Zehn Empfehlungen (Harald Welzer).....	346
Die „Initiative für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“.....	348
Danksagungen.....	350
Buchempfehlungen.....	351

## Zur Einführung

Die Welt um uns herum ist nicht die, die sie zu sein scheint. Nichts ist den uns täglich umgebenden Medien ferner als die Wahrheit. Aber sie haben einen Auftrag: uns das Umfeld zu schaffen, in dem wir uns wohlfühlen und uns genau die Informationen zu liefern, die wir brauchen, um leicht regierbar zu bleiben. „Brot und Spiele“ nannten die Römer dieses Prinzip. Und es funktioniert perfekt.

Und so laufen Hunderttausende bei der Fußballweltmeisterschaft mit Fahnen herum, die zu keinem Staat gehören und deren geschichtliche Bedeutung sie nicht kennen. Sie jubeln einer „*Nationalmannschaft*“ zu, die zu 70 Prozent aus Ausländern besteht. Und sie glauben jede Lüge der „Tagesschau“.

Kann es noch schlimmer kommen?

Nach 2 Jahrzehnten „Talkshows“ und „Reality-TV“ glauben die meisten Menschen tatsächlich, dass sie in genau dem Umfeld leben, welches ihnen die Medien vorgaukeln. Die *Realität* zu hinterfragen lohnt für sie nicht, da sie ja durch die Medien bestens informiert sind. Aber das waren die Menschen im Mittelalter durch die Kirche ja auch. Und da war die Erde bekanntlich noch eine Scheibe ...

Nachdem ihnen durch die „Krise“ eine Verschuldung auferlegt wurde, die für immer zu schweren Belastungen führen wird, die jeden Rekord mit Leichtigkeit brechen werden, ignorieren sie die Vorzeichen noch immer. An Biertischen wird zwar lauthals diskutiert, dass es so nicht weitergehen kann, aber jeder wartet darauf, dass jemand anderes eine Veränderung schon irgendwie bewerkstelligen wird.

Erst wenn es an die eigene Brieftasche geht oder jemand die Willkür des „Staates“ am eigenen Leib spürt, scheint das Maß voll zu sein. Für einen Moment jedenfalls. Denn wenn ein „Richter“ bestätigt, dass das widerrechtliche Abzocken in Ordnung geht, spätestens dann ist es mit dem Widerstand vorbei. Dann ist es eben so ...

Sich mit den Dingen abfinden heißt aber, sie zuzulassen. Und dadurch werden sie ständig schlimmer. Jeden Tag lässt sich das beobachten. Und es gibt in den Medien ja für alles eine gute Erklärung. Außerdem es ist ja

so leicht, diese zu übernehmen und zu denken, dass schon alles so ist, wie es scheint.

Die Wahrheit zu sehen hingegen bedeutet, Mut zu haben, da dies verlangt, sich eine eigene Meinung zu bilden. Sich vielleicht sogar für etwas einzusetzen. Vielleicht auch zuerst dafür, dass auch andere sie sehen können.

Und wer diesen Schritt wagt, weiß bald, die Welt um uns herum ist nicht die, die sie zu sein scheint ...

*Hinweis:*

*Dieses Buch baut auf meinem Erstlingswerk „Die Jahrhundertlüge“ auf. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge und zum Studium der Beweise rege ich das Lesen desselben an.*

## **Vorwort – Gedanken von Gerard Menuhin**

### **Warum sind die Deutschen so sonderbar?**

Seit einigen Jahren bereits stelle ich mir diese Frage. Die Antwort ist meines Erachtens: Die Deutschen haben eine Besetztenmentalität. Das ist der Schlüssel zum Verständnis und erklärt zum Beispiel,

- warum die deutsche Regierung ihre Außen-, aber auch ihre Innenpolitik gemäß den Wünschen anderer Länder führt,
- warum Deutschland als führendes europäisches Land keine Atomwaffen besitzt, obwohl es Nuklearstrom erzeugt,
- warum der größte Teil der deutschen Goldreserven so lange nach dem Kalten Krieg noch immer nicht bei der Bundesbank lagert, sondern im Besitz der Federal Reserve Bank in Manhattan ist (es ist sowieso unklar, warum das Gold nach Amerika verschickt wurde, da die Schweiz als neutraler Nachbar besser geeignet gewesen wäre),
- warum heute, 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und 21 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, Deutschland noch immer 56.000 amerikanische und 22.000 britische Soldaten beherbergt,
- warum die Deutschen Öl und Gas aus der Nordsee kaufen müssen, das ihnen eigentlich selber gehören müsste,
- warum es keine deutsche Leitkultur geben darf,
- warum der amerikanische Einfluss, etwa was Sprache, Musik oder Bräuche angeht, in Deutschland so stark ist wie bei keiner anderen Kulturnation.

### **Zuerst der Wille der anderen**

Deutschland trägt die Züge eines besetzten Landes, dessen Zukunft von nichtdeutschen Interessen bestimmt wird. Alle anderen europäischen



Länder – alle anderen Länder überhaupt – betreiben Politik im nationalen Sinn, mal besser, mal schlechter.

Es gibt Verträge zwischen Staaten, Handel und Wandel, Austausch jeder Art und traditionelle Freundschaften, die Wirtschaft und Politik bestimmen, aber am Ende werden die Entscheidungen zugunsten der eigenen Nation getroffen.

Nicht so in Deutschland. Für Deutschland kommt zuallererst der Wille der anderen. Man ist besorgt um die Militärstützpunkte der USA, um die Interessen der französischen Wirtschaft (Leunawerke!), um ausreichende finanzielle Unterstützung der EU, um die Gefühle Polens, obwohl es auf polnischer Seite eigentlich immer kocht und in Warschau ein Hitler-Vergleich den anderen jagt.

Man schickt im Rahmen der NATO Truppen unter Führung oder im Dienste Amerikas nach Afghanistan. Deutsche Soldaten sollen im Kongo eingesetzt werden. Und um Israel noch einen Gefallen zu tun und den Zentralrat der Juden günstig zu stimmen, werden atomwaffenfähige U-Boote verschenkt.

Typische Titelzeilen deutscher Tageszeitungen lauten (hier am Beispiel jüngster Ausgaben von „Die Welt“):

- „Keiner kann sagen, er habe nichts gewusst – Die Deutschen und die Judenverfolgung“
- „Kein Opfer, kein Name darf vergessen werden“
- „Sie wussten und sie wollten – Was man den Juden antat, geschah mit Fanfaren“
- „Auschwitz bleibt deutsch“

### **Flucht nach innen oder Nichtigkeit**

Und Anetta Kahane (eine jüdischstämmige deutsche Journalistin) verbreitet unter der Überschrift „Die Geschichte nie aufgearbeitet“ ihre Theorie: „In der DDR hat es nie eine Geschichtsaufarbeitung gegeben. Der Holocaust ist allenfalls ideologisch abgehandelt worden. Man hat das Volk exkulpiert...“

Tatsächlich ist es umgekehrt: Man hat der BRD-Bevölkerung ewige Schuld eingeredet und aufgebürdet. Die Mitteldeutschen hingegen haben eher die Möglichkeit, die Welt unvoreingenommen zu sehen. Aber diese Feststellung hätte Frau Kahane in ihrer Eigenschaft als Stiftungsvorsitzende nicht gedient.

Die deutsche Seele ist nach wie vor besetztes Gebiet. Entweder verkriecht sich der Deutsche noch weiter auf seiner Flucht nach innen. Oder er ergibt sich völlig der Nichtigkeit. Was für eine Zukunft hat ein Mensch, dessen Regierung, Medien und Prominente sich gegen seine Interessen stellen?

Deutsche, werft das Joch ab!

Gerard Menuhin

# Fragen

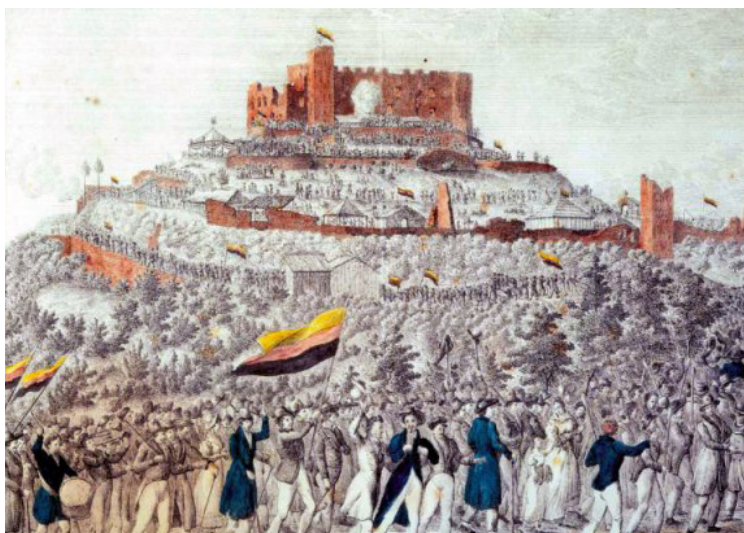
*„Wer die Wahrheit nicht weiß, ist ein Dummkopf.  
Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt,  
der ist ein Verbrecher.“  
Bertolt Brecht*

In unserer gut organisierten Welt, die rund um die Uhr mit immer neuen Informationen aufwartet, halten Sie sich sicher auch für sehr gut informiert. Und tatsächlich sind Sie das auch!

Und die Leser meines Erstlingswerkes „Die Jahrhundertlüge“ wissen mittlerweile auch schon, dass sie Dinge glaubten zu wissen, die letztlich ganz anders waren, als sie dachten. Und so wissen diese Menschen jetzt, dass es keinen deutschen Staat gibt, wir kein Staatssymbol und keine Staatsflagge, ja nicht einmal eine Hauptstadt haben!

Natürlich würde die „offizielle Seite“ dies alles sofort bestreiten. Und mehr noch: sie ändert einfach die Realität und fälscht die Geschichte! Das glauben Sie nicht?

Dann sehen Sie sich die folgenden Bilder einmal ganz genau an. Was fällt Ihnen daran auf?



Das größere Bild zeigt das Hambacher Fest, auf welchem vom 27. bis zum 30. Mai 1832 ca. 30.000 Menschen für Einheit und Freiheit, für

eine föderative deutsche Republik, für eine Allianz demokratischer Kräfte in Europa und damit gegen die restaurativen Kräfte der Heiligen Allianz demonstrierten.

Daher versammelten sie sich am 27. Mai 1832 in Neustadt an der Weinstraße und zogen gemeinsam zur Ruine des Hambacher Schlosses, um für nationale Einheit und Freiheit zu demonstrieren. Das Hambacher Fest war die größte und bedeutendste Kundgebung der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung vor der Revolution von 1848.

Als besonderes Zeichen des Widerstandes verwendeten sie dabei Fahnen, bei denen die Farben Schwarz, Rot und Gold von unten nach oben angeordnet waren.

Die Burschenschaften trugen diese Farben dort zum ersten Mal. Und so fanden die Farben Einzug in die deutsche Geschichte.



Nun sehen Sie aber sicher auch die Briefmarken auf den kleineren Bildern. Die hat die „BRD“ zum Hambacher Fest herausgegeben und einfach mal die Farben vertauscht. Natürlich auch gleich noch bei dem Originalgemälde, um die Täuschung perfekt zu machen, wie Sie nachfolgend sehen können:



Und so kommt bei den Gedanken an das Hambacher Fest niemand mehr auf die Idee, sich vorzustellen, dass auch Deutsche Revolutionen machen können!

Aber das soll ja auch niemand ...

Man soll denken, dass die Farben der „BRD“ schon alle Zeit bestanden haben und dies noch für alle Zeit so bleiben soll! Das jedenfalls ist auch das Interesse derjenigen, die unsere Geschicke lenken ...

Das ist Ihnen bisher nicht aufgefallen?



Sicher liegt das auch daran, dass Sie sehr wenig Zeit haben, sich mit allen wichtigen geschichtlichen Fragen in Deutschland auseinanderzusetzen. Daher werde ich Ihnen auch hierzu einige Anregungen an anderer Stelle dieses Buches geben.

Doch jetzt möchte ich Sie auf etwas anderes aufmerksam machen, was Ihnen aber nun tatsächlich nahezu täglich begegnet: das „Geld“.

In der guten alten Zeit, in der es noch richtiges Geld gab, fand sich immer folgender Hinweis auf den Scheinen (wie Sie auch an nachfolgender Grafik ersehen können):

*„Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht oder nachgemachte oder verfälschte sich beschafft und in Verkehr bringt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter 2 Jahren bestraft.“*



Und in der schönen neuen Zeit halten wir alle den Euro in den Händen, von dem die meisten denken, dass das tatsächlich Geld sei. Aber wenn dem so wäre, dann würden wir alle auch „*nicht unter 2 Jahren bestraft*“, wenn wir ihn duplizieren würden. Doch ist das wirklich so?

Die spannende Frage ist hier, mit was für einer Bestrafung wir vor dem „Richter“ rechnen müssten, wenn wir uns der Vervielfältigung des Euro strafbar machen würden. Was glauben Sie?

Ich will es Ihnen sagen: Die Vervielfältigung des Euro wäre nur eine Urheberrechtsverletzung, da lediglich das Muster geschützt wurde (was man an einem Copyright-Hinweis © sehen kann).

Das glauben Sie nicht?

Dann sehen Sie sich den Euro mal genau an – und suchen Sie ebenfalls nach dem Hinweis mit der Fälschung von Banknoten:



Aber nun mal ehrlich: Ist Ihnen denn wenigstens das vorher schon einmal aufgefallen? Den Euro hatten Sie doch nun wirklich schon so oft in der Hand ...

Nun, versuchen wir es mal mit ein paar einfacheren Fragen:

**Welchem Staat gehören Sie an?**

Der „Bundesrepublik Deutschland“?  
„Deutschland“?



Warum steht dies dann nicht auf Ihrem Ausweis?

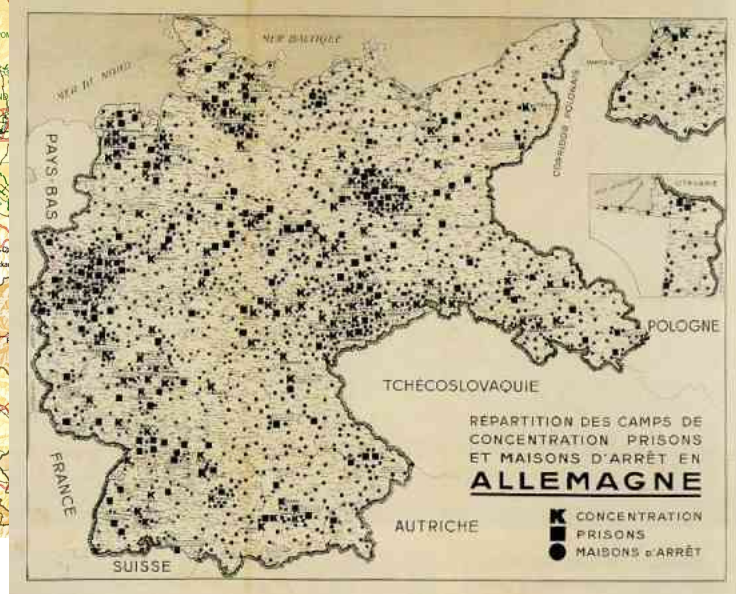
**Wie heißt Ihr Land denn nun?**

Das Ausland kennt Ihr Land unter folgenden Namen:



Englisch: Germany  
 Französisch: Allemagne  
 Italienisch: Germania  
 Spanisch: Alemania

= Germanien?



Ausländische Karikaturisten halten das Land „BRD“ gar schon für ein Phantom:



Vielleicht bedeutet „BRD“ ja schon lange:



Sieht man sich die Erfahrungen an, die Menschen hierzulande machen, dann ist das sicher die treffendste Bezeichnung ...

## Wie sieht Ihre Staatsflagge aus?

Schwarz, Rot, Gold?



Das sind die Farben der Weimarer Republik 1919 – 1933!

## Welche ist die Hauptstadt Ihres Staates?

Berlin?

Berlin gehört gar nicht zu Ihrem Staat ... (welcher auch immer das wirklich ist)

## Was ist das Staatswappen Ihres Staates?

**Der Bundesadler?**

Warum benutzt dann jede Behörde einen anderen Adler?





## Welches Lied ist die Hymne Ihres Staates?

Das *Lied der Deutschen* wurde 1922 zur Nationalhymne des **Deutschen Reiches** erkoren, man singt aber heute nur die dritte Strophe ...

## Wann endeten die Reparationszahlungen für den 1. Weltkrieg?

Im vergangenen Jahr (2010) hat die „Bundesregierung“ die letzte Rate der Reparationen für den 1. Weltkrieg gezahlt. Ab diesem Jahr beginnen nun die Zahlungen für den 2. Weltkrieg.

Suchen Sie die mal im Haushaltsbericht...

Jetzt aber mal ehrlich: Das sind doch so einfache Fragen, die jeder Amerikaner ganz leicht für sein Land beantworten könnte. Vielleicht liegt das aber auch daran, dass die USA in den letzten Jahrhunderten nicht von einer fremden Macht besetzt wurden, die das Denken dieser Nation beeinflusste?

Bei uns war und ist das ja nun leider so.

Um den Zustand zu analysieren, in dem wir uns befinden, und aufzuzeigen, was genau dazu führte, dass wir noch immer eine besetzte und fremdbestimmte Nation sind, erlauben Sie mir im ersten Teil dieses Buches bitte einen wichtigen Ausflug in unsere Geschichte.

Ich werde dabei nur die wichtigsten Punkte aufgreifen und richtig stellen, was seit nunmehr über 65 Jahren an unserer Geschichte verändert wurde.

Sind Sie bereit für die Wahrheit?

## Der Weg in den Krieg

*„Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, erst dann kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“*  
Walter Lippmann, US-Publizist

Zu Beginn der geschichtlichen Exkursion, die mir dringend notwendig scheint, um die Wahrheit über die geschichtlichen Zusammenhänge und die Ursachen für den Konflikt, der sich schließlich zum Weltbrand ausweitete, zu beleuchten – *und damit auch die Gründe für den jetzigen Zustand in Deutschland* –, kommt im Folgenden zuerst Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zu Wort.



Gerd Schultze-Rhonhof trat 1959 in die Bundeswehr ein und war von April 1985 bis September 1989 im Rang eines Brigadegenerals Kommandeur der der Panzergrenadierbrigade 19 in Ahlen.

Nach Beförderung zum Generalmajor war er von September 1991 bis September 1994 Kommandeur der 3. Panzerdivision in Hamburg. Außerdem war er territorialer Befehlshaber für die Bundesländer Niedersachsen und Bremen. 1996 wurde er aus der Bundeswehr verabschiedet.

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof wirft der deutschen Geschichtswissenschaft vor, im Falle der Analyse der Kriegsschuld mit einem „verengten Tunnelblick“ zu arbeiten.

Zudem bestätigt er, dass amtliche Quellenbände, wie die Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), manipuliert worden seien und die Geschichtswissenschaft und die deutschen Schulbuchverlage gezwungen seien, eine deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg festzuschreiben.

Im folgenden stellt er in einer Abhandlung dar, wie sich die Situation zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg entwickelte und welche Gründe zum erneuten Krieg führten:

## Die Hypotheken von Versailles

Der Vertrag von Versailles schuf, neben vielen anderen Schwierigkeiten, drei Fakten für Polen und für Deutschland, die das nachbarliche Verhältnis beider Länder stark belasten sollten.

Zum ersten wurde Danzig von Deutschland abgetrennt und zur teilsouveränen Republik „Freie Stadt Danzig“ erklärt, obwohl knapp 97 Prozent der Bewohner deutschsprachig waren. Damit wurde sie zu einem eigenen Staat gemacht.

Die Hypothek, die die Sieger den Danzigern dabei ins „Grundbuch“ schrieben, bestand darin, dass sie der Republik Polen besondere Zoll-, Post-, Bahn- und Handelsrechte in Danzig eingeräumt sowie die außenpolitische Vertretung Danzigs zugesprochen hatten.



Ansonsten stand die Freie Stadt unter dem Protektorat des Völkerbundes, also der Siegermächte selbst. Diese Konstruktion eines kleinen Staates mit dreigeteilter Souveränität war schon ein Pulverfass an sich.

## Konfliktstoff für Deutschland und für Polen aufgetürmt

Das zweite Faktum war, dass Westpreußen mit immerhin 70 Prozent deutscher Bevölkerung, die Provinz Posen mit noch 30 Prozent Deutschen und ein Teil Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt und Polen zugesprochen worden waren. Damit waren etwa zwei Millionen deutsche Bürger gegen ihren Willen polnische Staatsbürger geworden. Die große Mehrzahl dieser Deutschen hat ihre „Umwidmung“ nicht einfach hingenommen.

Sie fühlte sich ihren neuen „Herren“ gegenüber zu keiner Loyalität verpflichtet und die polnische Regierung hat ihre Deutschen umgekehrt benachteiligt und kujoniert. Dieser Akt der Sieger, Menschen gegen ihr nationales Bekenntnis fremden Staaten zuzuschlagen, widersprach schon damals dem allgemein postulierten Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die dritte deutsch-polnische Belastung ergab sich ebenfalls aus der erzwungenen Abtretung Westpreußens an Polen. Damit entstand ein polnischer Landstreifen zwischen dem Kern des Deutschen Reichs und der von nun an von Deutschland abgetrennten Provinz Ostpreußen. Es

entstand der „polnische Korridor“. Auf diese Weise hingen Ostpreußens Wirtschaft und besonders seine Energieversorgung auf einmal von den Verkehrswegen durch nun polnisches Gebiet ab.

1920 wurde dazu vertraglich festgelegt, dass die Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen für Personen, Waren und vor allem Steinkohle aus Oberschlesien über acht Eisenbahnstrecken durch Polen laufen sollten und dass die Transitgebühren dafür in Złoty zu entrichten wären. Das alles war bis zu Beginn der Weltwirtschaftskrise kein Problem, wurde dann aber zunehmend zu einer schweren Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis. Mit diesen im wesentlichen drei Problemen hatten die Siegermächte in Versailles so viel Konfliktstoff für Deutschland und für Polen aufgetürmt, dass ein gedeihliches Nebeneinander zwischen den zwei Nachbarstaaten ohne spätere Korrekturen fast ausgeschlossen war.

### **Keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden**

Auch Politiker auf der Siegerseite haben das schon früh erkannt. Der englische Premierminister Lloyd George prophezeite bereits auf der Konferenz von Versailles: *„Der Vorschlag der polnischen Kommission, dass wir 2.100.000 Deutsche der Autorität eines Volkes (...) unterstellen sollen, das im Laufe der Geschichte niemals gezeigt hat, dass es sich zu regieren versteht, würde uns früher oder später in einen neuen Krieg in Osteuropa führen.“*

Auch William Bullitt, Mitglied der US-Delegation in Versailles, schrieb 1919 aus Paris nach Washington an seinen Präsidenten Woodrow Wilson: *„Die ungerechten Beschlüsse der Versailler Konferenz über Shantung, Tirol, (...), Ostpreußen, Danzig, das Saargebiet (...) machen neue internationale Konflikte sicher.“* Pierre Laval, der französische Ministerpräsident, bezeichnete den polnischen Korridor bei seinen zwei Amerikabesuchen 1931 mehrmals als Ungeheuerlichkeit und als Missbildung.



Noch deutlicher bezog sich Winston Churchill am 24.11.1932 mit seiner Warnung vor dem Unterhaus auf die deutsch-polnischen Probleme: *„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas für die Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegermächte noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“*

Als der Krieg dann näher kam, führte Lord Lothian, der spätere englische Botschafter in Washington, in einer Rede am 29. Juni 1937 in London aus: *„Wenn wir das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zugunsten Deutschlands anwenden würden, so wie es zu seinen Ungunsten in Versailles angewandt worden ist, würde das Ergebnis folgendes sein:*

- 1. Die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland,*
- 2. die Rückkehr der Sudetendeutschen, Danzigs und wahrscheinlich des Memellands ins Reich und*
- 3. gewisse Regelungen mit Polen in Schlesien und im Korridor.“*

Diese Ursachen für einen neuen Krieg hatten die Sieger in Versailles selbst geschaffen und sie nicht beseitigt, als die Zeit dafür längst reif war und als sie noch die Macht dazu hatten. Ab 1933 rührte sich mit den Nationalsozialisten eine neue Kraft, die sich verpflichtet fühlte, mit den parteiübergreifend in Deutschland so bewerteten „Ungeheuerlichkeiten“ von Versailles aufzuräumen.

### **Danzig, der ewige Streitpunkt**

Dem Vertrag von Versailles folgten zwanzig Jahre zwischen beiden Kriegen, in denen das deutsch-polnische Verhältnis nicht immer unerfreulich war. Der Anfang war unglücklich und das Ende tragisch. Von 1934 bis 1938 gab es eine Zwischenzeit der Annäherung und zunehmender Verständigung. Beide Regierungen hatten im Prinzip zwei unterschiedliche Staatsauffassungen, was ihre Souveränitätsansprüche anging. Polen sah sich dabei als Nachfolger des historischen Groß-Litauen-Polen.

So herrschte Polen 1921 über ein Reich, das weit über die polnischen Sprachgrenzen hinausging, in dem auch elf Millionen Ukrainer, Deutsche, Weißrussen, Litauer und andere Minderheiten lebten. Im Deutschen Reich sah man sich als eine in einem Staate organisierte Volksgemeinschaft, als Gesamtheit aller Deutschen.

Beide Auffassungen mussten kollidieren, wo sich die Ansprüche überlappten: in der Freien Stadt Danzig, in der Nordhälfte des polnischen Korridors und in einem Teil Oberschlesiens.

Alle Regierungen der Weimarer Republik vor Hitlers Regierungsantritt hatten den deutschen Anspruch auf die zwangsweise abgetretenen Gebiete mit deutscher Bevölkerung deshalb nie aufgegeben, auch wenn sie gewaltsame Wiedervereinigungen abgelehnt hatten.

Erst Hitler bot 1938 die Anerkennung der polnischen Gebietserwerbungen seit 1920 als Preis für eine Wiedervereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich an.

### **Endloses Kompetenzgerangel**

Ein Dauerbrenner zwischen beiden Kriegen war der Streit der Republik Polen mit der Regierung der Freien Stadt Danzig und mit dem Rat sowie dem Hohen Kommissar des Völkerbunds um die Souveränität. Bei diesen Streitigkeiten stand Deutschland meist unbeteiligt außen vor. Kaum war die Verfassung der Freien Stadt Danzig vom 19. August 1920 drei Monate alt, begann Polen mit Versuchen, diese Verfassung und die ihr entsprechende Verfassungspraxis mit zahllosen Interventionen, Anträgen, Klagen und Aktionen zu seinem Vorteil zu verändern. Es ging dabei immer um die souveränen Hoheitsrechte der Freien Stadt, die Polen nicht anerkennen, sondern auf sich selber übertragen haben wollte.

Der Staat Polen hatte von den Siegermächten eine Reihe von Rechten eingeräumt bekommen und begann alsbald, die entsprechenden Behörden im Freistaat einzurichten. Durch die Mischung polnischer und Danziger Behörden in den Bereichen Post, Bahn, Zoll und Wasserstraßen im Freistaat war ein endloses Kompetenzgerangel vorprogrammiert.

Als der Staat Polen in den Folgejahren versuchte, sich die Freie Stadt Danzig in einer Serie vieler kleiner Schritte einzuverleiben und den Hohen Kommissar des Völkerbunds mit immer neuen Forderungen bombardierte, um den in Versailles erhobenen Anspruch auf Danzig doch noch durchzusetzen, erwies sich, dass dieses Konstrukt eines selbständigen Kleinstaats mit vielen ihm entzogenen Hoheitsrechten auf Dauer so nicht lebensfähig war.

Polen musste sich zwischen 1921 und 1924 wiederholte Male vom Völkerbund belehren lassen, dass es keine Oberherrschaft über Danzig auszuüben habe. 1920 beantragte Polen zum Beispiel, als Protektormacht über den Freistaat eingesetzt zu werden und polnische Truppen in Danzig stationieren zu dürfen.

Der Völkerbund lehnte dieses Ansinnen 1920 ab. 1921 legte Polen 24 eigene Behörden in den Freistaat und verlangte für sie einen extrritorialen Status, genauso wie für die polnischen Liegenschaften, Schiffe und Beamten in der Stadt. Der Rat des Völkerbunds entschied aber, dass polnische Einrichtungen, Schiffe und Beamte auf Danziger Gebiet der Danziger Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt unterworfen seien und dort keine Exterritorialität besäßen.



## **Zugriff des polnischen Staates**

Außerdem verlangte der Völkerbund, dass eine Eisenbahndirektion für die Verwaltung der polnischen Eisenbahn in Polen wieder aus dem Freistaat nach Polen zurückzuverlegen sei. 1921 versuchte die polnische Regierung, den Danzigern ihre nationalen Visabestimmungen aufzuzwingen. Polnische Behörden begannen, die Danziger Pässe von Danziger Bürgern einzuziehen und durch polnische Papiere zu ersetzen. In beiden Fällen schob der Völkerbund den Anmaßungen der polnischen Behörden sofort einen Riegel vor.

Polen dehnte das eigene Postnetz auf fast die ganze Stadt aus, obwohl der polnische Postdienst nach Versailler Vertrag ausschließlich für den Hafen vorgesehen war. Polnische Behörden weigerten sich, die Völkerbundwährung, den Danziger Gulden, auf Danziger Gebiet als Zahlungsmittel anzunehmen, obwohl der an das englische Pfund gekoppelt und damit nicht wertlos war. Das polnische Militär legte gegen den ausdrücklichen Protest des Danziger Senats ein Munitionsdepot im Hafen an. 1923 bekam Polen nach Völkerbundsentscheid statt dessen eine Halbinsel vor der Stadt, die Westerplatte, für die Lagerung von Munition zugewiesen und ein Kontingent von 88 Soldaten zur dortigen Bewachung zugestanden.

Als nächstes versuchte Polen, die Truppe auf der Westerplatte zu verstärken. Auch hier schritt der Völkerbund mit einem Veto ein. 1932 nutzte Polen einen britischen Flottenbesuch in Danzig, um eigene Kriegsschiffe dorthin zu verlegen. Als der Senat der Freien Stadt dagegen protestierte, wurde ihm von Polen mitgeteilt, dass *„polnische Kriegsschiffe das nächste öffentliche Gebäude beschießen würden, falls die Danziger Bevölkerung die polnische Flagge auf den polnischen Schiffen beleidige“*.

Ab August 1932 beanspruchte Polen generell das Recht zum Aufenthalt seiner Flotte im Danziger Hafen. So weitete sich der Zugriff des polnischen Staates auf den Freistaat langsam, aber unaufhörlich aus. Polen hielt den Druck im Danziger Kessel aufrecht, bis der Zweite Weltkrieg ausbrach. Ab 1933 erstarkte in Danzig – wie im Deutschen Reich – die NSDAP und erzeugte Gegendruck.

## **Die wirtschaftliche Existenz war ständig gefährdet**

Die Streitigkeiten zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen nahmen bis zum Kriegsbeginn 1939 kein Ende. Allein bis 1933 musste sich der Rat des Völkerbunds in Genf 106 Mal mit Streitfällen

zwischen Polen und dem Freistaat befassen. Sie gipfelten im Sommer 1939 im so genannten Zollinspektorenstreit, der schon im August fast zur Kriegseröffnung durch die Polen führte.

Als Begründung für die Abtrennung der Hafenstadt Danzig vom Deutschen Reich hatte den Siegern das Versprechen des US-Präsidenten Woodrow Wilson gedient, Polen solle nach dem Kriege einen ungehinderten Zugang zum Meer und daher einen Ostseehafen bekommen. So waren Polens Hafenrechte in Danzig mit Artikel 104 des Versailler Vertrags und in der Folge mit dem Pariser Vertrag vom 9. November 1929 dementsprechend festgeschrieben worden.



Der erste Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Sir Richard Haking, hatte Polen 1921, als er die Ausdehnung des Hafens in der Stadt festzulegen hatte, mit seiner Entscheidung im Namen des Völkerbunds schriftlich mitgeteilt, dass mit den zugestandenen Rechten auch Pflichten einhergingen. Er schrieb: *„Dem Polen zugestandenen Recht, jederzeit und unter allen Umständen Waren über Danzig ein- und auszuführen, steht die Verpflichtung gegenüber, den Hafen jederzeit voll auszunutzen, unabhängig davon, ob Polen sich in Zukunft auch andere Häfen an der Ostsee bauen sollte.“*

Damit sollte die wirtschaftliche Zukunft des Danziger Hafens sichergestellt werden.

## **Rückkehr Danzigs für Polen ein Kriegsgrund**

Tatsächlich legte Polen sich bis 1928 einen neuen, künstlichen Hafen beim Fischerdorf Gdingen 20 Kilometer nördlich von Danzig an und zog Staatsbetriebe und zivile Handelsfirmen durch außergewöhnlich umfangreiche Steuervergünstigungen mit bis zu 25 Jahren Laufzeit nach Kräften aus dem Danziger Hafen ab. Danzigs alter Hafen erlebte von 1926 bis 1932 zwar noch einen Boom. Ab 1932 aber brachen die Im- und Exporte dort auf fast die Hälfte des Vorjahrs ein, und Danzig war dann bis Kriegsbeginn nie mehr voll ausgelastet. Polen hatte nun offensichtlich keinen Bedarf mehr an einem Umschlagplatz in Danzig.

Damit war der von den Siegermächten vorgegebene Grund für die Abtrennung Danzigs vom Reich entfallen. Die Sieger gaben den Freistaat Danzig trotzdem nicht aus eigener Entscheidung zurück an Deutschland.



Auch Polen wollte, nachdem es den Hafen nicht mehr brauchte und entgegen seinen Pflichten nicht mehr auslastete, nicht auf seine Rechte in der Freien Stadt verzichten. Vielmehr erklärte die polnische Regierung, die Rückkehr Danzigs in den Staatsverband des Deutschen Reichs sei für sie ein Kriegsgrund.

Ein weiteres Problem, das sich 1939 als Grund zum Krieg erwies, war der deutsche Wunsch nach extritorialen Verkehrswegen vom Reichsgebiet in das seit 1921 abgetrennte Ostpreußen, die so genannte Korridorfrage. Dieser deutsche Wunsch kam nicht von ungefähr. Ostpreußen war nach zwei Verträgen durch acht Eisenbahnverbindungen über nun polnisches Gebiet mit Pommern und mit Schlesien verbunden.

### **Abgeschnittene Provinz**

Nach den Verträgen waren die Transitgebühren in Złoty zu bezahlen, was zunächst keine Schwierigkeiten bereitete. Während und nach der Weltwirtschaftskrise nahm Deutschland im Außenhandel jedoch nicht mehr genug Złoty ein. Um die Gebühren zu entrichten, überwiesen die deutschen Behörden die an Złoty fehlenden Beträge monatlich in Reichsmark.

Doch Polen sah darin einen Vertragsbruch, was es streng nach dem Vertragstext auch war, und schloss zur Strafe ab 1936 eine Eisenbahnverbindung nach der anderen. 67 Prozent der Eisenbahntransporte jedoch dienten der Energieversorgung Ostpreußens. Sie fuhren Kohle aus Oberschlesien für Industrie, Gewerbe, den Hausbrand und die Stromerzeugung in die abgeschnittene Provinz. Die Kohle war zu jener Zeit der Energieträger, den heute Erdöl und Erdgas darstellen.

### **Unüberwindlicher Widerstand der Polen**

Schließlich drohte die polnische Seite damit, bei weiterhin unvollständigen Złoty-Zahlungen auch die letzten Strecken zwischen Ostpreußen und dem Reichsgebiet zu schließen. Damit wäre Ostpreußen von seiner Energieversorgung abgeschnitten und dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben worden wie zwei Jahrzehnte später beinahe die Stadt Berlin während der sowjetischen Blockade.

So kam im Reichswirtschaftsministerium die Idee auf, mit der polnischen Regierung statt über Złoty-Zahlungen über extritoriale Verkehrsverbindungen von Pommern nach Ostpreußen in deutscher Hoheit und Regie zu sprechen. Bei den Verhandlungen, die die deutsche Seite im

Oktober 1938 zur Lösung des Problems eröffnete, traf dieser deutsche Wunsch nach anfänglicher polnischer Bereitschaft bald auf den unüberwindlichen Widerstand der Polen.

## **Krieg gegen die nationalen Minderheiten**

Das neu geschaffene Polen war nach 1919 mit der Angliederung ehemals deutscher, ukrainischer, weißrussischer, litauischer und weiterer Landesteile ein Vielvölkerstaat mit 19 Millionen Polen und 11 Millionen Menschen anderer Muttersprachen geworden, darunter auch zwei Millionen Deutschen.

Polen hatte die Rechte seiner Minoritäten zunächst in dem zum Versailler Vertrag gehörenden Minderheitenschutzvertrag garantieren müssen. Doch die Polen kündigten den Schutzvertrag alsbald und begannen, sich für die früher erduldeten Russifizierung und Eindeutschung aus der Zeit der polnischen Teilungen zu rächen. Doch sie gingen mit der Polonisierung derer, die nun Minderheit in ihrem Staate waren, weit über das hinaus, was ihnen selbst zuvor – zumindest unter deutscher und habsburgischer Herrschaft – zugemutet worden war.

Die deutsche Minderheit in Polen nahm bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als Erstes inhaftierte man 16.000 Deutsche als „Staatsfeinde“ in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 wurden alle Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen waren. Man stellte die Deutschen vor die Wahl, sich für Polen zu entscheiden oder für Deutschland zu „optieren“ und dorthin auszuwandern. Die „Optanten“, die sich zu Deutschland oder Österreich bekannten, mussten ab 1925 das Land verlassen.

## **Terrorakte gegen Deutsche**

Zudem entließ man die deutschsprachigen Beamten. Etwa die Hälfte der deutschen Schulen und Universitäten mussten schließen. Der doppelsprachige Unterricht, soweit nach Kriegsende noch erteilt, wurde per Gesetz verboten. Einem großen Teil der Deutschen genauso wie der Ukrainer, Weißrussen, Juden und Österreicher wurden ihre Arzt- und Apothekerapprobationen und die Geschäfts- und Verlagslizenzen entzogen. Und ansonsten wurde seitens der polnischen Administration geschäftlich alles boykottiert, was nicht polnisch war.

Erst im November 1937 schlossen Polen und das Deutsche Reich einen neuen, bilateralen Minderheitenschutzvertrag, der die Last der Diskriminierung der Volksdeutschen in Polen für kurze Zeit erleichterte.

Als 1938 erst Österreich und dann die Sudetengebiete mit dem Deutschen Reich vereinigt wurden, stieg die Angst der Polen, Deutschland könnte auch Land und dessen Einwohner aus dem Bestand des früheren Deutschen Reichs zurückverlangen. Das feindliche Klima gegen die deutschsprachige Minderheit nahm wieder scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte und die Brandstiftungen an deutschen Bauernhöfen nahmen im Frühjahr 1939 ständig zu. Nach der Rückgliederung des Memellandes an das Reich im März wurde die Lage der Deutschen in Polen gänzlich unerträglich.

### **Identität der Minderheiten gefährdet**

Im Sommer 1939 schwoll die Zahl der Volksdeutschen, die dem entkommen und Polen „illegal“ verlassen wollten, ständig an. Bis Mitte August waren über 76.000 Menschen ins Reich geflohen und 18.000 zusätzlich ins Danziger Gebiet. Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen waren Öl aufs Feuer des deutsch-polnischen Verhältnisses in den letzten Wochen und Tagen vor dem Kriegsausbruch.



Der damalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schrieb dazu in seinen Erinnerungen:

*„Unsere diplomatischen und Konsularberichte zeigten, wie 1939 die Welle immer höher aufstieg und das ursprüngliche Problem, Danzig und die Passage durch den Korridor überdeckte.“*

Polen hat von Anfang an die Chance, seine nationalen Minderheiten in ein neues Vaterland zu integrieren, nicht gesucht und, wo sie gegeben war, verspielt. Man machte im neuen Polen nicht einmal den Ansatz des Versuchs, die großen Minderheiten der Deutschen, Juden, Weißrussen und Ukrainer für das eigene Land zu gewinnen. Statt dessen drehte das Bemühen, die Identität der Minderheiten zu zerstören, Hass und Terror in einer Spirale fast zwei Jahrzehnte lang nach oben.

So war 1939 in Deutschland und in Russland niemand mehr bereit, die Polen als die Opfer der drei früheren Teilungen zu betrachten, denen man historisch etwas schuldete. Man sah in ihnen mittlerweile die Täter gegen Deutsche, Ukrainer und Weißrussen, denen ein schlimmes Schicksal das Los der Minderheit in Polen aufgebürdet hatte.

## **Eingezwängt zwischen zwei Militärmächten**

Das deutsch-polnische Verhältnis zwischen beiden Kriegen war meist risikobeladen. Der Start war schlecht, das Ende ebenso. Am Anfang standen Polens Forderungen nach den Provinzen Posen und Westpreußen, nach Teilen Pommerns, nach Oberschlesien, Danzig, ganz Ostpreußen und dem Memelland. Am Ende stand der Kriegsausbruch.

Die Sieger gestanden Polen bis 1921 zwar nur die Provinzen Posen und Westpreußen, Ostoberschlesien und die begrenzten Hoheitsrechte im Freistaat Danzig zu, aber die darüber hinausgehenden Forderungen nach Landesteilen mit rein deutscher Bevölkerung hinterließen in Deutschland dauerhafte Ängste vor dem neuen Nachbarn Polen.

Das mag auf den Leser etwas unwahrscheinlich wirken, aber Polen unterhielt in den zwanziger Jahren mit seinen rund 300.000 Mann im Heer im Frieden immerhin dreimal so viele Soldaten wie das Deutsche Reich mit seinem 100.000-Mann-Heer. Zudem verfügte Polen über drei Millionen Reservisten mit dazugehöriger Bewaffnung, während Deutschland keine Reservisten ausbilden, unterhalten und bewaffnen durfte.

## **Gleichzeitig auf Berlin**

In Deutschland hatte man in den zwanziger und dreißiger Jahren auch nicht vergessen, dass Polen 1919 bis 1921 in fünf so genannten Volksaufständen versucht hatte, ganz Oberschlesien an sich zu reißen. Polnische Bewohner aus dem ostoberschlesischen Industriegebiet waren mit Unterstützung der polnischen Armee in das deutsch besiedelte Oberschlesien eingedrungen, um es zu erobern. Frankreich hatte Polen dabei unterstützt und der deutschen Reichsregierung einen französischen Militärschlag gegen Deutschland angedroht, falls sie die Reichswehr zum Schutze Oberschlesiens einsetzen sollte.

Diese französisch-polnische Zange war und blieb eine dauerhafte Bedrohung für das Deutsche Reich bis 1936. In diesem Jahr stationierte die Reichsregierung in dem nach dem Versailler Vertrag entmilitarisierten und damit gegenüber Frankreich schutzlos offenen Rheinland wieder Wehrmachtstruppen und schlug so das bis dahin offene Einfallstor für eventuelle französische Militäraktionen zu. Zudem trug 1936 die Wiederaufrüstung der deutschen Wehrmacht ihre ersten Früchte.

In den Jahren davor war Deutschland gegenüber Polen und Frankreich weitgehend wehrlos und jederzeit bedroht. So hatten beispielsweise die

Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Frankreich, Marschall Ferdinand Foch, und von Polen, Marschall Józef Piłsudski, einen gemeinsamen Feldzugsplan für einen Krieg gegen Deutschland verabschiedet. Die polnische und die französische Armee sollten im Falle eines Krieges gleichzeitig auf Berlin vorstoßen und Deutschland so erneut besiegen. Es war dabei vereinbart, dass Polen zugleich seinen Korridor zwischen Pommern und Ostpreußen erweitern, also auch Danzig okkupieren sollte.

Zwei weitere Pläne sahen die Eroberung von Teilen Ostpreußens und von Oberschlesien vor. Das 1925 zwischen Polen und Frankreich abgeschlossene Militärabkommen bedeutete eine weitere Bedrohungsstufe. Darin hatte Frankreich Polen zugesagt, ihm im Falle eines Konflikts mit Deutschland ein Flottengeschwader zur Unterstützung in die Ostsee zu entsenden. Der Fall, auf den der Pakt maßgeschneidert war, konnte nur ein deutsch-polnischer Streit um Danzig, Ostpreußen oder Memel sein, in dem die Seeverbindungen dorthin für Deutschland eine Rolle spielten.

### **Bemühen, die Spannungen zu entschärfen**

Im November 1932 nahm die Bedrohung noch einmal konkrete Formen an. Polen bot Frankreich in Geheimverhandlungen an, gemeinsam Deutschland anzugreifen („*Die Lage für einen Krieg ist so günstig wie nie*“). Frankreich lehnte ab, doch der Vorgang blieb der Reichsregierung und der Wehrmachtsführung nicht verborgen. So wurde Polen wegen seiner Gebietsansprüche, wegen seiner militärischen Überlegenheit und wegen seiner deutschfeindlichen Politik bis 1933 von allen Regierungen und Parteien der Weimarer Republik und von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.

Diese Einschätzung baute sich erst langsam ab, als Hitler und Piłsudski 1934 einen Freundschaftsvertrag geschlossen hatten. Es folgten vier Jahre mit dem beiderseitigen Bemühen, die deutsch-polnischen Spannungen zu entschärfen, einzudämmen und zu überspielen. Dieses Bemühen um Entspannung und die Lösung der Probleme fand im März 1939 ein abruptes Ende, als Hitler die Tschechei besetzen ließ.

Ein halbes Jahr danach, als die Wehrmacht in Polen einmarschierte, waren die antideutsche Politik der Polen aus der Zeit bis 1934 und die militärische Bedrohung in der Zange zwischen den Armeen der Polen und Franzosen nicht vergessen.

Für viele deutsche Kriegsteilnehmer war der Krieg gegen Polen deshalb nicht nur ein Feldzug zur Befreiung der deutschen Minderheit in Polen, für

die Wiedervereinigung Danzigs und die freien Verkehrswege zum abgetrennten Ostpreußen. Es war auch eine militärische Abrechnung mit der Militärmacht Polen, die wiederholt versucht hatte, ihre Überlegenheit in der Zeit der deutschen Schwäche ohne Skrupel auszunutzen.

### **Danzigs Zukunft wurde zuvor in Prag verspielt**

Das Jahr 1939 war nicht nur das Jahr des Kriegsausbruchs. Der Herbst 1938 und der Winter, das Frühjahr und der Sommer 1939 waren auch eine Zeit bemerkenswerter Veränderungen und Verhandlungsbemühungen. Alles begann nach der Konferenz von München im Oktober 1938 mit den deutsch-polnischen Gesprächen über die Zukunft Danzigs und um extritoriale Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen.

Mit dem Zerfall der Tschechoslowakei in drei neue Staaten ein halbes Jahr danach fanden die Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau ein abruptes Ende. Hitler vergriff sich an der Rest-Tschechei und ließ sie völkerrechtswidrig als Protektorat besetzen.

Großbritannien ging infolgedessen auf Konfrontationskurs zu Deutschland. Polen ergriff die Gelegenheit und wechselte von der deutschen auf die britische Seite über. Großbritannien stellte Polen einen Persilschein für seinen weiteren Umgang mit dem Deutschen Reich aus. Großbritannien und Frankreich versprachen Polen ihre Unterstützung für den Fall einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung um Danzig und die Passage durch den Korridor.

### **Hitler ging aufs Ganze**

Zu allem Überflus entwickelte sich im Mai 1939 noch der so genannte Zollinspektorenstreit zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen, der beinahe schon im August 1939 den Krieg ausgelöst hätte. In den letzten neun Tagen vor Kriegsausbruch ging Hitler dann aufs Ganze, er verlangte von Polen ein Entgegenkommen bis zum Monatsende. Als das ausblieb, ließ er die Wehrmacht in Polen einmarschieren und löste so den Zweiten Weltkrieg aus.

Nach diesem Parforce-Ritt durch das letzte Jahr vor Kriegsausbruch das Ganze noch einmal im Detail: Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag von 1934 hatte eine stabile Phase des Verhältnisses beider Staaten eingeleitet. Das führte dazu, dass Polen sich im Oktober 1938 seine Landerwerbung in der zerfallenden Tschechoslowakei von Hitler billigen ließ. Polen wollte den tschechischen Teil des Industriegebiets von

Teschen annectieren und dabei auch die tschechisch, deutsch und polnisch bewohnte Grenzstadt Oderberg.

Das Auswärtige Amt in Berlin hatte Einspruch gegen die Annexion von Oderberg in Warschau eingelegt, doch Hitler war hier eingeschritten. Er hatte die Grenzstadt Polen zugestanden. Sein Argument: „*Wir können nicht um jede deutsche Stadt mit Polen streiten.*“ Seine Hoffnung war, dass Polen dafür der Wiedervereinigung der deutschen Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich zustimmen würde.

### **Anerkennung polnischer Gebietserwerbungen angeboten**

Bald nach der Annexion des Teschener Gebiets und Oderbergs durch Polen im September 1938 begann Hitler im Oktober Verhandlungen um Danzig, die Transitwege und die Einhaltung der Menschenrechte für die Volksdeutschen in Polen. Sein erstes Angebot: die Anerkennung der polnischen Gebietserwerbungen der altdeutschen Gebiete seit 1918 und die Verlängerung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrags von 10 auf 25 Jahre.

Das erste der beiden Angebote Hitlers war ein großer Schritt in Richtung Polen. Alle polnischen Regierungen seit 1924 hatten die Reichsregierungen vor Hitler stets gebeten, ihre Gebietsgewinne in Posen, Westpreußen und Oberschlesien als endgültig anzuerkennen. Alle Regierungen der Weimarer Republik hatten dies abgelehnt. Hitler bot die Anerkennung als erster deutscher Kanzler an.



Im Januar 1939 legte Hitler noch einmal nach. Er schlug vor: „*Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen*“, was den bisherigen Status quo Polens unwesentlich verändert hätte. Außerdem lud Außenminister Joachim von Ribbentrop Polen zum Beitritt in den Antikominternpakt ein. Bis in den März 1939 hinein gab es sechs Anläufe, die drei deutsch-polnischen Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

### **Beistandspakt gegen Deutschland**

Polen war zwar bereit, das Recht anzuerkennen, den Freistaat von Deutschland diplomatisch im Ausland vertreten zu lassen, aber in den territorialen Fragen kam man sich nicht näher. Zu dieser Zeit, im Winter 1938/39, war Polen wegen seiner außenpolitischen Spannungen mit fast

allen Nachbarstaaten nach 1920 und wegen der erfolgten Teschen-Annexion in London noch geächtet.

Ende März 1939 aber wendete sich das Blatt. Hitler beging seinen großen Fehler. Er erklärte die Tschechei, entgegen früher gegebenen Versprechen, zum deutschen Protektorat und ließ sie besetzen. Nun brauchten die Briten Verbündete gegen Deutschland. Sie boten Polen einen Beistandspakt gegen Deutschland an. Polen wechselte den Partner und ging auf Großbritanniens Seite über.

Zu diesem Seitenwechsel hatte beigetragen, dass Deutschland im März die von den Slowaken erbetene Schutzherrschaft für ihren neuen Staat übernommen hatte, obwohl die polnische Regierung der Ansicht war, das Privileg der Schutzherrschaft hätte Polen zugestanden. Weitere Faktoren waren die Rückgabe des seit 1923 illegal besetzten Memellands von Litauen an Deutschland und der vom Reich mit Rumänien abgeschlossene Handelsvertrag. Deutschland hatte in kurzer Frist vier Erfolge an Polens Grenzen eingefahren und Polen war leer ausgegangen.

### **Eiszeit zwischen Deutschland und Polen**

Obwohl die Versuche der deutschen Seite, mit den Polen weiter zu verhandeln, zunächst noch weiterliefen, schloss Warschau Ende März 1939 eine Beistandsabmachung mit den Briten, machte seine Streitkräfte teilmobil, das heißt, es verdoppelte seine Truppen, stellte sieben Armeestäbe auf und ließ Truppen in Richtung Ostpreußen aufmarschieren. Hitler reagierte und gab am 3. April der Wehrmacht erstmals konkret den Befehl, einen Angriff gegen Polen (Fall Weiß) für den Fall vorzubereiten, dass Polen seine Haltung gegenüber dem Deutschen Reich weiter verschärfen sollte.

Nun herrschte Eiszeit zwischen Deutschland und Polen. Dennoch machte die deutsche Reichsregierung noch ein paar Anläufe, weiter zu verhandeln. Doch die polnische Regierung erklärte nun, der Status der Freien Stadt Danzig beruhe nicht auf dem Vertrag von Versailles, sondern auf der jahrhundertelangen Zugehörigkeit Danzigs zum Königreich Polen. Und Posen und Westpreußen gehörten de jure und de facto längst zu Polen. Die von Hitler angebotene Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne sei keine Gegenleistung.

Bemerkenswert bei dieser Entwicklung ist, dass Polen die ersten Aufmarschschritte für die Kriegseröffnung eingeleitet hatte. Die neuen Armeehauptquartiere waren bereits an ihren späteren Kriegsstandorten



aufgeschlagen und wurden bis zum Kriegsbeginn auch nicht mehr abgerüstet. Zudem hatte Polen den größten Teil der einberufenen 330.000 Reservisten bis zum Kriegsbeginn nicht mehr entlassen.

Die Mobilmachung setzte sich im Mai und später in kleinen Schritten fort, wie auch die Verlegung von Truppenteilen an ihre späteren Einsatzorte. Der polnische Aufmarsch war damit drei Monate vor dem deutschen eingeleitet. Die deutschen Mobilmachungs- und Aufmarschvorbereitungen begannen erst am 26. Juni 1939 mit der Verlegung von neun Infanteriedivisionen an die deutsch-polnische Grenze.

### **Krieg war nur noch eine Frage der Zeit**

Seit Großbritannien eine Garantie angeboten und Frankreich seine militärische Unterstützung versprochen hatte, wuchs in Polen ein Gefühl von Siegesicherheit, das sich zwischen Traum und Rausch bewegt hat. Ab Mai 1939 nahmen die Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Minderheit in Polen wieder schlimme Formen an.

Auf dem Lande wurden Höfe deutscher Besitzer in großer Zahl angezündet, die Bauern vertrieben, Deutsche in den Städten verprügelt, in Einzelfällen sogar totgeschlagen. Deutschsprachige Gottesdienste wurden so häufig gestürmt und aufgelöst, dass sich der Vatikan genötigt sah, dies bei der polnischen Regierung zu beklagen.

Die deutsche Reichsregierung musste im Sommer 1939 Auffanglager einrichten, um dem Strom deutscher Flüchtlinge aus Polen Herr zu werden. Ab Juni 1939 mehrten sich in Danzig die gegenseitigen Beschuldigungen und Verdächtigungen zwischen der Deutsch-Danziger Bevölkerung und den Polnisch-Danziger Behörden.

### **„Zollinspektorenstreit“**

Polnische Militärtransporte fuhren durch das Danziger Gebiet, ohne dass sie, wie es vereinbart war, vorher beim Danziger Senat gemeldet wurden. Die polnischen Wachmannschaften im Munitionsdepot auf der Westerplatte wurden auf 240 Mann verstärkt, obwohl der Völkerbund nur 88 Soldaten zugelassen hatte.

Besonders kritisch wurde ein Zwist im Sommer 1939, der so genannte „Zollinspektorenstreit“. Ab Mai verschärften sich Kontrollen und Verhalten der polnischen Zollbeamten gegenüber den Danzigern im kleinen Grenzverkehr, der für die Menschen dort in ihrer Insellage von besonderer

Bedeutung war. Des Weiteren maßten sich die polnischen Zollbeamten gegenüber ihren deutschen Kollegen Befehlsbefugnisse an. Zur Verärgerung der deutschen Seite wurde auch die Zahl der polnischen Beamten wesentlich erhöht.

Die deutschen Beamten arbeiteten daraufhin mit den polnischen nicht mehr zusammen. Die wiederum verzögerten die Ausfuhr Danziger Agrar- und Fischereiprodukte, die im heißen Sommer 1939 schnell verderben. In dieser angespannten Lage beschwerte sich der Präsident des Danziger Senats, Arthur Greiser (NSdAP), beim polnischen Generalkommissar Marian Chodacki über die beschriebenen Vorfälle und kündigte an, dass deutsche Zollbeamte von den polnischen in Zukunft keine Weisungen mehr entgegennehmen würden.

### Einmischung als „Angriffshandlung“ betrachtet



Chodacki schickte dem Senatspräsidenten postwendend ein Ultimatum, diese Weisung bis 18 Uhr desselben Tags zurückzunehmen, andernfalls „*werde die polnische Regierung unverzüglich Vergeltung gegen die Freie Stadt anwenden*“. Außerdem teilte Chodacki mit, dass der polnische Zoll ab sofort bewaffnet werde. Hitler, vom Senatspräsidenten um Rat gefragt, drängte diesen, für Entspannung zu sorgen und „*die Angelegenheit nicht noch mehr zu vergiften*“. Es gelang schließlich, Chodacki zur Aufhebung des Ultimatums zu bewegen.

Das Auswärtige Amt übermittelte dem polnischen Geschäftsträger in Berlin die Missbilligung der Reichsregierung zum Zollinspektorenstreit, zum Ultimatum und zur Drohung gegenüber der Danziger Bevölkerung. Der teilte nach Rücksprache mit seinem Ministerium in Warschau tags darauf mit, dass Polen jede Einmischung der deutschen Reichsregierung in die polnischen Beziehungen zum Freistaat zu Lasten Polens als „Angriffshandlung“ betrachten werde.

Angesichts des unbedeutenden Zollstreits in Danzig war das eine ganz massive Drohung, zumal Großbritannien und Frankreich zugesichert hatten, Polen in jedem von Deutschland ausgelösten Krieg zu unterstützen. Hitler zeigte sich über das polnische Ultimatum empört. Verschärfend wirkten Deutungen der polnischen Presse, Hitler habe im Zollstreit „*klein beigegeben*“ und eine einzige, ein wenig schroffe Note habe genügt, „*ihn in die Knie zu zwingen*“.

## **Fingierte Brand- und Sprengstoffanschläge**

In der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch versuchten polnische Flak-Batterien mehrmals, Passagiermaschinen der Deutschen Lufthansa auf ihrem Flug von Berlin nach Königsberg über der Ostsee abzuschießen. Es kam zu zahlreichen Schießereien an den Grenzübergängen zwischen polnischen und deutschen Zollbeamten und Soldaten, wobei es Tote gab.

Das „Abfackeln“ deutscher Bauernhöfe im polnischen Grenzland ging unvermindert weiter. Im August griffen die Überfälle und Brandstiftungen der Polen auch auf die deutsche Seite der Grenze über. Um diese Geschehnisse dann für die Propaganda gezielter ausschachten zu können, inszenierte der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) in den letzten Tagen vor Beginn des Krieges beiderseits der Grenze fingierte Brand- und Sprengstoffanschläge.

Diese illegalen Aktivitäten des SD wären angesichts der Vielzahl der polnischen Übergriffe wohl nicht erforderlich gewesen, zu offen sprachen gegenüber der entsetzten deutschen Öffentlichkeit die Bilder der Flüchtlingsströme, der Schießereien und Angriffe auf deutsche Bauern jenseits der Grenze. Als am 31. August, dem Tag vor Kriegsbeginn, auch noch der deutsche Konsul in Krakau umgebracht wurde, überraschte der Krieg gegen Polen im Deutschen Reich wohl niemanden mehr.

## **Stalin verhandelte zweigleisig**

Der August 1939 war ein in jeder Hinsicht turbulenter Monat. Der Zollinspektorenstreit in Danzig war kurz davor, zum Krieg umzuschlagen. Die Verfolgung der Deutschen in Polen und die Fluchtwelle von Volksdeutschen aus Polen in das Reichsgebiet erreichten ihren Gipfel. So konnte es kaum wundern, dass viele Regierungen die Katastrophe eines neuen Krieges kommen sahen und parteiergreifend oder auch neutral versuchten, in den polnisch-deutschen Streit einzugreifen.



Der Heilige Vater, der belgische König, der US-Präsident und der italienische Staatschef versuchten vergeblich zu vermitteln. Bemerkenswert ist die Initiative eines schwedischen Vermittlers, des Industriellen Birger Dahlerus, der ein geheimes deutsch-britisch-französisch-italienisches Gespräch über die Beilegung der Streitigkeiten vorschlug.

## **Die deutsche Seite sagte sofort zu.**

England ließ wissen, dass mit einer englischen Antwort erst nach Ablauf einiger Zeit zu rechnen wäre. Die Engländer und Franzosen verhandelten nämlich zu der Zeit mit den Sowjets in Moskau, um ein Kriegsbündnis gegen Deutschland abzuschließen. So waren sie zu diesem Zeitpunkt nicht an einer Verhandlungslösung interessiert. So war auch Dahlerus' erster Ansatz gescheitert, doch er sollte in der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch noch einmal als Vermittler eine Rolle spielen.

## **Stalin stellte 102 Divisionen für den Angriff auf**

Nach dem deutschen Einmarsch in der Tschechei hatte Frankreich Verbindung zur Sowjetunion aufgenommen, um mit ihrer Hilfe weitere Staaten in Osteuropa vor einem deutschen Zugriff zu beschützen. England klinkte sich ein und schlug einen französisch-englisch-polnisch-sowjetischen Viererbund gegen Deutschland vor. Was man in Paris und London dabei unterschätzte, war die große offene Rechnung der Sowjets mit Polen. Moskau hatte 1921 nach einem von Polen begonnenen Krieg weite Teile Weiß-Russlands und der Ukraine an Polen abtreten müssen, Gebiete, in denen bis auf eine kleine polnische Minderheit Russen und Ukrainer lebten.

Moskau wollte unbedingt diese an Polen verlorenen Gebiete zurückbekommen, bestenfalls mit Hilfe Englands und Frankreichs. Am 17. April 1939 schlug die sowjetische Regierung den Briten und Franzosen deshalb einen Dreibund gegen Deutschland vor. Und am gleichen Tage ließ sie ihren Botschafter in Berlin vorstellig werden und versichern: *„Die Sowjetunion hat die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen Deutschland ausgenutzt und wünscht auch nicht, das zu tun.“*

Die Verhandlungen der Sowjets mit England und Frankreich in Moskau führten bis zum August 1939 nicht zum von Stalin gewünschten Ergebnis. Die Sowjets hatten 102 Heeresdivisionen und 5.500 Bomber und Jagdflugzeuge für einen Angriff gegen Deutschland angeboten, aber die Franzosen wollten im Kriege gegen Deutschland nur ihre eigenen Grenzen schützen und die Engländer legten sich nicht auf die Menge ihrer Truppen fest, die sie gegen Deutschland zur Verfügung stellen wollten. Obendrein verweigerte die polnische Regierung den Russen die Berechtigung, auf dem Weg nach Deutschland durch Polen zu marschieren - aus gutem Grund.

## Deutsch-russische Verständigung

So wechselte Moskau blitzschnell die Seite und schloss den so genannten Hitler-Stalin-Pakt mit Deutschland. Etwas Besonderes an diesem Seitenwechsel ist, dass er schon eingeleitet wurde, als Briten, Sowjets und Franzosen noch in Moskau über ihren Angriff gegen Deutschland in Verhandlung standen.



Die englisch-französisch-sowjetischen Gespräche zogen sich erfolglos bis zum 21. August hin. Am 3. August schon war der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, beim sowjetischen Außenminister Molotow vorstellig geworden und hatte um ein Stillhalteabkommen gebeten. Deutschland hatte damit den ersten Schritt getan und der Sowjetunion die Tür für eine deutsch-russische Verständigung geöffnet.

Am 12. August, dem Tage, als die französisch-britische Verhandlungsdelegation in Moskau eintraf, nahm die sowjetische Botschaft in Berlin Kontakt zum Auswärtigen Amt auf und zeigte das Interesse ihrer Regierung, über Wirtschaftsfragen und „das polnische Problem“ zu verhandeln. Die deutsche Reichsregierung wurde dann für ein paar Tage mit den Vorbereitungen eines Wirtschaftsabkommens beschäftigt und hingehalten.

Am 15. August, während Briten, Franzosen und Sowjets noch über den Durchmarsch der russischen Armee durch Polen sprachen, fragte der sowjetische Außenminister den deutschen Botschafter, ob das Gerücht stimme, dass Deutschland an einem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und an einer deutsch-russischen Garantie für die drei baltischen Staaten interessiert sei. Am 16. August antwortete Außenminister Joachim von Ribbentrop seinem sowjetischen Kollegen Wjatscheslaw Molotow offiziell, dass Deutschland einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre Dauer anbiete und auch bereit wäre, die Baltenstaaten gemeinsam mit der Sowjetunion zu garantieren.

### **„Geheimes Zusatzabkommen“ blieb verborgen**

Am 17. August, während Engländer, Franzosen und Russen noch immer in Moskau beieinander saßen, teilte Molotow der deutschen Seite mit, dass die Sowjetunion an einer Verbesserung des deutsch-sowjetischen

Verhältnisses interessiert wäre. Er schlug als ersten Schritt den Abschluss eines Handels- und Kreditabkommens vor und als zweiten einen Nichtangriffspakt „*bei gleichzeitiger Vereinbarung eines speziellen Protokolls*“. Von der Schulenburg fragte nach den Wünschen der Sowjets für das Protokoll, erhielt jedoch keine Antwort. Die deutsche Seite blieb nun in dem Glauben, es handelte sich bei dem speziellen Protokoll um die gemeinsame Garantie für die baltischen Staaten.

Inzwischen setzten die Sowjets ihre Gespräche mit den Franzosen und den Engländern für vier Tage aus. Die Franzosen versuchten währenddessen weiterhin, den Polen ein Durchmarschrecht für die Russen abzurufen. Als das endgültig gescheitert war, am 20. August, überreichte Molotow von der Schulenburg den sowjetischen Textentwurf für den Nichtangriffspakt. Der Text für das spezielle Protokoll, das spätere „Geheime Zusatzabkommen“, jedoch fehlte. Am 21. August unterbrachen die Sowjets die Verhandlungen mit der englisch-französischen Delegation „auf unbestimmte Zeit“ und luden von Ribbentrop zur Unterzeichnung des Nichtangriffspakts und des Protokolls nach Moskau ein.



Am 22. August, neun Tage vor dem Kriegsausbruch, flog von Ribbentrop zur Unterzeichnung des Nichtangriffspakts und des „speziellen Protokolls“ nach Moskau. Er glaubte noch immer, dass es sich beim Protokoll um die gemeinsame deutsch-sowjetische Garantie für die drei Baltenländer handeln würde. Doch Molotow eröffnete ihm vor der Unterzeichnung den wahren Inhalt des Protokolls, das dann als das „Geheime Zusatzabkommen“ in die Geschichte eingehen sollte, die Aufteilung Osteuropas in zwei Interessensphären. Dabei kamen

Finnland, zwei Baltenrepubliken und das ehemals russische Ostpolen zur sowjetischen Interessensphäre.

Von Ribbentrop hatte zwar mit einer Aufteilung des Ostseeraums in eine sowjetische und eine deutsche Sphäre gerechnet, nicht aber damit, dass zwei der drei baltischen Staaten allein der sowjetischen Sphäre zugeschlagen würden. Von einer gemeinsamen Garantie für Estland, Lettland und Litauen war nun keine Rede mehr. Von Ribbentrop bat Stalin um eine Konferenzunterbrechung, telefonierte mit Hitler und ließ sich erst dessen Zustimmung geben, bevor er unterschrieb. So ist das geheime Zusatzabkommen vom 23. August 1939 ein Coup der Sowjetunion gewesen.

## Die finale Verhandlungsrunde

Hitler war entschlossen, die offene Danzig-Frage, das Problem der Verkehrsanbindung Ostpreußens und den Minderheitenschutz für die Volksdeutschen in Polen noch vor dem Winter auf dem Verhandlungswege oder – wenn das nicht möglich war – mit Gewalt zu lösen. Die Generalität hatte ihn zwar mehrmals gewarnt, dass ein Krieg mit Polen auch Krieg mit Großbritannien, mit Frankreich und bei längerer Dauer auch mit den USA nach sich ziehen werde.

Sie hatten aber auch beraten, dass militärische Operationen, falls es zum Kriege kommen sollte, aufgrund der Klima- und Wetterverhältnisse in Polen nicht nach dem 2. September begonnen werden dürften. Die Straßen- und Wegeverhältnisse würden für das Heer und das Flugwetter für die Luftwaffe danach in Osteuropa bald zu schwierig werden. So waren Hitlers Entscheidungen und sein Drängen nicht frei vom Einfluss dieses Datums.

Am 23. August 1939 war die Sensation der Morgenpresse die Nachricht von der Einladung des deutschen Außenministers nach Moskau. Damit war in Paris und London klar, dass die eigenen Verhandlungen in Moskau endgültig gescheitert waren. Der britische Premierminister Neville Chamberlain schrieb Hitler daraufhin unverzüglich einen Brief, in dem er vorschlug, die deutsch-polnischen Verhandlungen so lange auszusetzen, bis sich das Verhältnis beider Staaten abgekühlt und beruhigt hätte.

## Schwedische Vermittlung



Als zweites sprach er die Warnung aus, dass sein Land im Falle eines Krieges auf Polens Seite stehen würde. Da Deutschland bereits seit Oktober 1938 erfolglos mit Polen verhandelt hatte, schien Hitler ein weiteres Warten ohne Sinn. Am gleichen Tag noch antwortete er auf Chamberlains Brief, verwies dabei auf seine konzilianten Kompromissvorschläge gegenüber Polen vom Oktober 1938 und vom Januar 1939 und appellierte an Großbritannien und Frankreich, die in Versailles geschaffenen deutsch-polnischen Probleme selber aus der Welt zu schaffen. Damit war der Weg für eine Verständigungslösung unter der Regie der Siegermächte wieder offen.



Am 24. August meldete die Presse die nächste Überraschung: die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die englische Regierung reagierte prompt. Sie unterzeichnete den polnisch-britischen Beistandsvertrag, der schon im März ausgehandelt worden war. Damit zerschlug sich fürs Erste Hitlers Hoffnung, sein Vertrag mit der Sowjetunion könnte Großbritannien doch noch dazu bewegen, den Polen anzuraten, in der Danzig-Frage einzulenken.

Nun schaltete die deutsche Seite den schwedischen Vermittler Dahlerus wieder ein. In den folgenden neun Tagen flog Dahlerus ein- oder zweimal täglich zwischen Berlin und London hin und her, überbrachte die Noten Hitlers und Chamberlains und erläuterte den Empfängern, wo nach seiner Auffassung die Verhandlungsspielräume lägen und wo unverhandelbare Eckpunkte. Polen hatte sich derweil auf Englands Beistandspakt verlassen und war nicht mehr bereit, über Danzig zu verhandeln.

### **Handstreichaktionen beider Seiten**

Am 25. August bat Hitler Chamberlain, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Er versuchte dabei zur gleichen Zeit, mit England zu einem Freundschaftsvertrag und einem dauerhaften Interessenausgleich zu gelangen. Nun ging es sieben Tage zwischen Berlin und London hin und her, zwischen Hoffnung und Verhärtung, und letzten Endes zwischen der Aussicht auf Frieden oder Krieg. Inzwischen waren die polnischen und die deutschen Streitkräfte fast vollständig aufmarschiert und die polnisch-deutsche Grenze stand auch ohne Kriegseröffnung längst in Flammen.

Es gab Zusammenstöße und Handstreichaktionen beider Seiten. Noch immer wurden deutsche Bauernhöfe auf der polnischen Seite der Grenze abgebrannt. Deutsche Stoßtrupps vergalteten die Brandstiftungen in gleicher Nacht noch auf der Gegenseite. Auch der Flüchtlingsstrom hielt weiter an. Polnische Grenztruppen trieben deutsche Flüchtlingsgruppen mit Gewehr- und MG-Feuer von der Grenze weg. Deutsche Infanterie drang auf polnisches Gebiet vor und bemühte sich, die Flüchtenden dort freizukämpfen. Und polnische Flak versuchte ein paar mal, deutsche Passagierflugzeuge über der Ostsee abzuschießen.

In den folgenden vier Tagen sah es so aus, als wäre die britische Regierung bereit, zwischen Polen und Deutschland zu vermitteln und Hitler gab im Gegenzug zu verstehen, dass er nach einer Verhandlungslösung zu Danzig, zur Passage durch den polnischen Korridor und für die deutsche Minderheit in Polen eine Garantie der fünf europäischen Großmächte für die Grenzen Polens mittragen würde.



Am 29. August kündigte Hitler der britischen Seite ein großzügiges Verhandlungsangebot an Polen für den nächsten Tag an mit der Bitte, die Ankündigung unverzüglich nach Warschau weiterzuleiten. Er verband diese Botschaft allerdings mit dem Ultimatum, dass Polen bis zum 30. August um 24 Uhr eine zur Entgegennahme und zu Verhandlungen bevollmächtigte Person nach Berlin entsenden müsste.

### **Hektische Betriebsamkeit**

Am Mittwoch, dem 30. August, erarbeitete eine Gruppe von Diplomaten und Juristen nach Hitlers Weisungen und Görings Vorschlägen dieses neue Verhandlungsangebot an Polen. Hitler hatte in diesem letzten Angebot vor Kriegsbeginn alle früheren Wünsche aus der Zeit der Weimarer Republik weit zurückgefahren. Er hatte Ostoberschlesien und die Provinz Posen endgültig abgeschrieben.

Hitler wollte die Briten offensichtlich mit einem moderaten Vorschlag dazu bringen, dass sie die Polen guten Gewissens zu einem Entgegenkommen drängen würden. Dennoch, der neue Vorschlag verlangte mehr als der von Polen ausgeschlagene deutsche März-Vorschlag. Die Auflistung der deutschen Wünsche und Angebote umfasste 16 Punkte. Dazu gehörten unter anderem:

- Danzig kehrt heim ins Reich
- Im nördlichen „Korridor“ soll eine Volksabstimmung entscheiden, ob das Gebiet polnisch oder deutsch wird
- Die Hafenstadt Gdingen bleibt unabhängig vom Abstimmungsergebnis polnisch
- Je nach Abstimmungsergebnis im Korridor erhält entweder Deutschland extrritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen oder Polen extrritoriale Verkehrswege nach Gdingen
- Die in Danzig für Polen gewünschten Sonderrechte werden ausgehandelt und Deutschland gleiche Rechte in Gdingen zugestanden
- Die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischen Minderheit in Deutschland werden von einer internationalen Kommission untersucht. Beide Nationen zahlen Entschädigungen an betroffene Geschädigte nach Maßgabe der Kommission
- Im Falle einer Vereinbarung nach diesen Vorschlägen demobilisieren Polen und Deutschland sofort ihre Streitkräfte

## **Chamberlain wollte Hitler nun „zähmen“**

Der neue Vorschlag war so ausgelegt, dass er sowohl die unglückliche, in Versailles verfügte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich beenden würde als auch den freien Zugang Polens zur Ostsee sicherstellte. Außerdem wahrte er das Selbstbestimmungsrecht der polnischen, kaschubischen und deutschen Bevölkerungsanteile.

Um die Mittagszeit des 30. August, während in Berlin noch am Vorschlagstext gefeilt wurde, informierte die deutsche Reichsregierung die britische in groben Zügen über den Inhalt des neuen deutschen Kompromissangebots. Man bemühte sich von Berlin aus, die Briten als Vermittler anzustoßen, die Polen mit Hilfe dieser Vorschläge zum Verhandeln zu bewegen. Doch der 30. August verging, ohne dass ein polnischer Unterhändler in Berlin erschien.

Anstelle eines polnischen Beauftragten traf um 17.30 Uhr die Nachricht ein, dass am Morgen die Generalmobilmachung für ganz Polen öffentlich bekannt gegeben wurde. Als bis zum Abend immer noch kein Unterhändler eingetroffen, geschweige denn angekündigt war, verschob Hitler den auf den 31. August festgelegten Angriffsbeginn ein drittes Mal um 24 Stunden. Hitler räumte sich damit selbst noch einmal eine Chance ein, ohne Blutvergießen zum Erfolg zu kommen.

In Warschau war indessen nur Hitlers Ultimatum mit der Forderung nach Entsendung eines Unterhändlers angekommen. Die britische Regierung hatte die Ankündigungen zum Inhalt des deutschen Vorschlags nicht nach Warschau übermittelt. Die polnische Regierung war derweilen nach wie vor der Überzeugung, dass Hitler bluffte. Man hielt seine letzte Drohung, am 26. August in Polen einzumarschieren, nachträglich für ein missglücktes Einschüchterungsmanöver, dem nun ein zweites folgen würde.

## **Verhängnisvolle Dramatik**

Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand der Wehrmachtsgeneräle und die Gewissheit der britischen und französischen Waffenhilfe bestärkten die polnische Regierung in ihrem Glauben. Die Polen schickten niemanden nach Berlin. Auch aus Paris und Washington kam an diesem Tage kein Impuls an Polen, das Risiko des Kriegsausbruchs zu mindern. Man beschwor sich gegenseitig, hart zu bleiben.

Chamberlain in London hatte Polen nicht den geringsten Wink gegeben, in Bezug auf Danzig und den Korridor die eigene Position zu überdenken. Nachdem Hitler seit drei Jahren mit Drohungen dem Ausland gegenüber durchsetzte, was er für richtig hielt, wollte Chamberlain ihn nun „zähmen“.



Am 31. August, dem letzten Tag vor Kriegsausbruch, nahm die verhängnisvolle Dramatik noch einmal zu. Der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, erschien bei Außenminister von Ribbentrop und erklärte, seine Regierung sei nicht in der Lage, der polnischen zu empfehlen, auf das deutsche Verhandlungsverfahren einzugehen.

Er riet, Deutschland sollte den normalen diplomatischen Weg einschlagen und die Vorschläge dem polnischen Botschafter direkt übergeben. Das war nach den fast sechs Monate währenden erfolglosen Verhandlungen zwischen Warschau und Berlin seit Oktober 1938 und der gerade eine Woche alten britischen Rückversicherung für Polen kaum mehr ein seriöser Vorschlag.

Von Ribbentrop begann dem Botschafter den deutschen 16-Punkte-Vorschlag vorzulesen, weigerte sich aber, ihn auszuhändigen mit der Begründung, der Vorschlag sei nun hinfällig, da kein polnischer Verhandlungspartner erschienen sei.

### **Der polnische Botschafter ging auf keine Verhandlung ein**

Henderson ließ jedoch nichts unversucht. Er eilte in die polnische Vertretung und forderte den polnischen Botschafter Józef Lipski auf, sich unverzüglich bei von Ribbentrop zu melden, um den deutschen Vorschlag entgegenzunehmen. Lipski sträubte sich und versprach zunächst nur, mit seiner Regierung zu telefonieren. Inzwischen war Hitler die verpatzte Notenübergabe zwischen Henderson und Ribbentrop bekannt geworden. Hitler, der schwedische Vermittler Dahlerus und Göring versuchten nun noch einmal zu retten, was zu retten war.

Der Text des 16-Punkte-Vorschlags wurde Henderson schnellstens übermittelt. Ein britischer Botschaftsangehöriger eilte, diesmal mit dem 16-Punkte-Vorschlag in der Hand, in die polnische Botschaft, um ihn an Lipski zu übergeben. Doch der erklärte nur: *„Ich habe keinerlei Anlass, mich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Ich kenne die Lage in Deutschland. (...) Ich bin überzeugt, dass hier im Falle eines*

*Krieges Unruhen ausbrechen werden und dass die polnischen Truppen gegen Berlin marschieren werden.“*

Nun, es war inzwischen 12 Uhr mittags, erschien auch Dahlerus bei Lipski und übergab ihm den deutschen 16-Punkte-Vorschlag. Dahlerus rief anschließend postwendend von der britischen Botschaft in Berlin das Außenministerium in London an, und beschwerte sich darüber, dass Polen offensichtlich ganz bewusst jede Verhandlungsmöglichkeit zerstörte. Lipski habe ihm gesagt, die deutschen Vorschläge seien nicht einmal erwägenswert. Am Ende des Gesprächs betonte der Schwede, dass er selbst den deutschen 16-Punkte-Vorschlag für außerordentlich großzügig halte.

### **Versuch, Deutschland hinzuhalten**

Wenige Minuten nach dem Dahlerus-Anruf mit der Beschwerde über Lipskis Verhalten folgten zwei Weisungen aus London. Henderson in Berlin erhielt um etwa 13 Uhr per Telefon den Auftrag, die Reichsregierung davon zu informieren, dass die polnische Regierung nun ihren Botschafter ins Außenministerium schicken werde. Und Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, wurde angewiesen, er möge der polnischen Regierung unverzüglich den Rat erteilen, ihren Botschafter in Berlin zur Reichsregierung zu entsenden.

Lipski sollte sich dort bereit erklären, neue deutsche Vorschläge entgegnenzunehmen und nach Warschau zu übermitteln. Warschau könnte dann ebenfalls Vorschläge vorlegen. Auch dieses Telegramm enthielt noch keinen Hinweis auf Hitlers Forderung, einen zur Aufnahme von Gesprächen bevollmächtigten polnischen Gesandten zu schicken. Es wirkte so, als versuchten Chamberlain und Halifax Hitler in diesem Punkt so lange hinzuhalten, bis er schwach würde oder von sich aus mit dem Krieg begänne.

### **Die letzten Stunden vor dem Kriegsausbruch**

Am Mittag des 31. August 1939 kam noch einmal Bewegung in das verhängnisvolle Spiel. Um 12:40 Uhr ging eine Depesche per Funk vom polnischen Außenminister Józef Beck an Botschafter Józef Lipski in Berlin, wo sie von der deutschen Funkaufklärung mitgeschnitten und entschlüsselt wurde. Danach hatte diese Weisung einen Anhang, der lautete: *„Lassen Sie sich unter keinen Umständen auf sachliche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, dass Sie keinerlei Vollmacht*

*haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und dass Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben.“*

Mit der Vorlage dieser mitgehörten Weisung bei Hitler, Göring und von Ribbentrop platzte die beinahe letzte Chance für den Frieden. Es war inzwischen 13 Uhr, noch 16 Stunden bis zum festgesetzten Beginn des Wehrmachtangriffs gegen Polen. Nach etwa zwei Stunden weiteren Überlegens schlug Birger Dahlerus Göring vor, er sollte nun selbst Verhandlungen mit der britischen Regierung aufnehmen. Beide Männer wussten, dass mit den Polen in dieser festgefahrenen Lage keine so schnelle Verständigung mehr möglich war, dass sie die Wehrmacht hätte stoppen können.

### **Henderson überzeugte die polnische Verweigerungspraxis**

Göring fuhr zu Hitler, um sich neue Gespräche mit der britischen Regierung genehmigen zu lassen. Der war zwar mehr als skeptisch, doch er billigte sofortige Gespräche Görings mit Henderson und den Vorschlag, London für Polen mitverhandeln zu lassen. Hitler wusste, dass ihn das nun sichere Ausbleiben eines polnischen Verhandlungsführers sonst vor die Wahl stellen würde, **Danzig und die deutsche Minderheit in Polen aufzugeben** oder Polen in 14 Stunden anzugreifen. Der direkte Weg über London war damit auch seine letzte Chance für eine Verständigung mit Großbritannien. Hitler war offensichtlich auch jetzt noch – am Nachmittag vor Kriegsausbruch – bereit, den Polen-Feldzug abzublasen. Sonst hätte er Göring in dieser Stunde festgehalten.

Dahlerus eilte derweil in die britische Botschaft, um dort den Boden zu bereiten. Er zeigte Henderson den entschlüsselten Text der Weisung Becks an Lipski und machte damit deutlich, dass es in dieser hochbrisanten Lage nur noch die Möglichkeit gäbe, den Frieden zu erhalten, wenn Göring und Henderson zu einer Verständigung über ein Programm für deutsch-britische Verhandlungen kämen.

Um 16.30 Uhr kam die Konferenz mit Henderson, Göring und Dahlerus zustande. Göring empfing Henderson besonders herzlich. Beide bemühten sich offensichtlich, eine günstige Atmosphäre für das anstehende Gespräch zu schaffen. Göring schlug dem britischen Botschafter vor, Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien einzuleiten, bei denen London auch für Warschau mitverhandeln sollte.

Das Chiffretelegramm von Beck an Lipski als Beleg wies auf die Unmöglichkeit hin, eine gedeihliche Regelung mit Polen zu erwirken. Henderson erklärte sich daraufhin bereit, seiner Regierung den neuen deutschen Vorschlag zu übermitteln. Auch Henderson versuchte, ein Anliegen in der Besprechung anzubringen. Er bat Göring, die für den gleichen Abend angekündigte Veröffentlichung der 16 Punkte Hitlers über Rundfunk zu verhindern. Henderson befürchtete, dass damit die letzte schwache Hoffnung auf ein Zustandekommen deutsch-polnischer Gespräche zerstört würde. Das Gespräch endete kurz vor 19 Uhr, ohne dass Göring etwas Definitives erreicht hätte.

### **Beide wussten, dass das den Krieg bedeutete**

Der Wunsch Botschafter Hendersons, die 16 Punkte Hitlers so lange wie möglich vor der Welt geheim zu halten, zielte wohl mehr auf die Kriegsbereitschaft der Bürger Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Die Beschränkung der deutschen Forderungen und der Vorschlag, die betroffenen Bewohner des Korridors selbst über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abstimmen zu lassen, könnte – so war wohl die Befürchtung der Londoner Regierung – vielen Franzosen, Briten und Amerikanern nicht mehr genügen, um deshalb für die Polen in den Krieg zu ziehen.

So schrieb dann auch ein französischer Historiker nach dem Krieg über den 16-Punkte-Vorschlag: „Hätten das französische und das britische Volk am 30. August von diesen Vorschlägen Kenntnis gehabt, so hätten Paris und London kaum den Krieg an Deutschland erklären können, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der den Frieden durchgesetzt hätte.“



Inzwischen, gegen 16 Uhr, suchte Botschafter Lipski um ein Gespräch bei Außenminister Joachim von Ribbentrop nach. Dieser wusste seit ein paar Stunden, dass Lipski weder verhandeln noch die deutschen Vorschläge entgegennehmen durfte. Lipski verlas um 18.30 Uhr die polnische Erklärung, die von Ribbentrop bereits aus dem entschlüsselten Telegramm aus Warschau kannte. Der Minister fragte daraufhin, ob der Botschafter verhandeln dürfe. Der verneinte.

Das Gespräch berührte noch den deutsch-britischen Meinungswechsel der letzten Tage und Hitlers Erwartung, bis zum Abend des 30. August einen polnischen Verhandlungsbevollmächtigten in Berlin zu sehen. Dann fragte von Ribbentrop Botschafter Lipski ein zweites Mal, ob er verhandeln

dürfe. Als der erneut verneinte, war das Gespräch beendet. Beide wussten, dass das den Krieg bedeutete.

## **Generalmobilmachung in Polen**

So waren um 19 Uhr die beiden letzten Versuche gescheitert bzw. im Sande verlaufen, die deutsch-polnischen Probleme ohne Krieg zu lösen: Gescheitert war das Bemühen, mit Polen Gespräche über Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu beginnen und im Sande verlaufen der Versuch, mit Großbritannien statt mit Polen zu verhandeln. Um 21 Uhr gab der deutsche Rundfunk Hitlers 16-Punkte-Vorschlag öffentlich bekannt.

Zwischen 21 und 22 Uhr überreichte Staatssekretär von Weizsäcker die schriftlichen Ausfertigungen des Hitler-Vorschlags nacheinander an die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs, Japans und an die Geschäftsträger der USA und der Sowjetunion. Der Daily Telegraph in London berichtete noch in seiner Abendausgabe über die Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung zwischen Warschau und Berlin und dabei unter anderem, dass die polnische Regierung nach Eingang des Verhandlungsangebots aus Deutschland die Generalmobilmachung für ihre Streitkräfte angeordnet hatte, statt das Angebot zu honorieren.

Diese Abendausgabe wurde schnell beschlagnahmt. Der Nachdruck, der kurz darauf als Spätausgabe erschien, ließ die Generalmobilmachung in Polen unerwähnt. Nichts sollte in dieser schweren Krise bei britischen Lesern Zweifel entstehen lassen.

## **Die Würfel sind gefallen**

Es ist anzunehmen, dass die deutsch-polnische Allianz ab 1934 ohne die britische und französische Einflussnahme irgendwann im Jahre 1939 doch noch zu einer deutsch-polnischen Verständigung zu Danzig und der Korridorpassage geführt hätte.

Hitlers Offerte vom Oktober 1938, die polnischen Gebietserwerbungen seit 1920 als Preis für eine extraterritoriale Verkehrsstrasse durch den Korridor und die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich anzuerkennen, verbunden mit dem Vorschlag eines Friedens- und Freundschaftsvertrags für 25 Jahre, war ein adäquates Angebot.

Auch Hitlers Zusatz vom Januar 1939: „*Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen*“, war eine



Brücke, über die Polen ohne Ansehens- und Substanzverlust hätte gehen können. Doch die Mächtigen der Welt entschieden anders.

### **London hat Polen für eigene Ziele missbraucht**



Am 1. September 1939 trat die deutsche Wehrmacht zu ihrem Angriff gegen Polen an. Am 3. September erklärten Großbritannien und Frankreich daraufhin den Krieg an Deutschland. Dann kam für Polen das bittere Erwachen. Weder Paris noch London hielten ihre erst im Frühjahr 1939 gegebenen Hilfsversprechen. Der französische Oberbefehlshaber General Maurice-Gustave Gamelin hatte dem polnischen Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki noch im Mai schriftlich zugesagt, dass Frankreich an seinem 15. Mobilmachungstag

mit 40 Divisionen zu einem Großangriff gegen das Deutsche Reich antreten werde.

Doch an diesem Tage traten nicht die Franzosen von Westen her zum Angriff gegen Deutschland an, sondern die Sowjets von Osten her zu ihrem Angriff gegen Polen. Großbritannien und Frankreich hatten Polen trotz aller Versprechungen im Stich gelassen. Sie hatten Polen für ihre eigenen Ziele gegen Deutschland positioniert und dann missbraucht.

### **Garantie galt nicht bei sowjetischem Angriff**

Heute muss verwundern, dass Großbritannien und Frankreich nicht auch der Sowjetunion den Krieg erklärt haben, nachdem die Rote Armee am 17. September 1939 Polen angegriffen hatte. Dazu muss man wissen, dass sich der britische Schutzvertrag mit Polen von 1939 ausdrücklich nur auf eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen bezogen hatte, also auf den Fall, dass Deutschland seine 1920/21 unter Zwang an Polen abgetretenen und deutsch besiedelten Gebiete zurückerobern wollte. Die Londoner Regierung hatte wohlweislich keine Garantie für den Fall ausgesprochen, dass die Sowjetunion ihre 1921 ebenfalls unter Zwang abgetretenen russisch und ukrainisch besiedelten Gebiete zurückerobern würde.

Diese britische Haltung fand später ihre folgerichtige Fortsetzung, als Premierminister Winston Churchill am 16. Dezember 1944 erklärte: „*Wenn Polen nicht freiwillig auf alle Gebiete östlich der Curzon-Linie verzichtet, wird Großbritannien sich hinter die russischen Forderungen stellen.*“ Dass der Präsident der USA genauso dachte, hatte er schon ein Jahr zuvor



geäußert, als er dieses Gebiet Stalin auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 zugesprochen hatte. Gegenüber den polnischstämmigen Amerikanern hat Roosevelt dieses Zugeständnis bis Ende 1944 abgestritten.

### **Hitlers Angebot an die Alliierten blieb unbeantwortet**

Zum Ende des Polen-Feldzugs reiste der deutsche Außenminister von Ribbentrop erneut nach Moskau, um über Polens Zukunft zu verhandeln. Hitlers Vorstellung und Ziel zu diesem Zeitpunkt war, das rein polnisch besiedelte Territorium zwischen Deutschlands Osten und Russlands Westen als selbständiges Rumpfpolen etwa in der Größe des Kongresspolen von 1815 wieder auferstehen zu lassen. Von Ribbentrop bot der Sowjetunion dazu das der deutschen Interessensphäre zugehörige Litauen im Tausch gegen die sowjetisch besetzten, polnisch besiedelten Gebiete östlich von Warschau an. So konnte Hitler den Westmächten die Gründung eines selbständigen Restpolen und den Rückzug der Wehrmacht von dort als Preis für einen Schluss Friedensschluss anbieten.

Deutschland sollte bei dieser Neugestaltung Polens die Freie Stadt Danzig und den deutsch besiedelten Teil Westpreußens, die Sowjetunion ihre ehemaligen Gebiete in Weißrussland und in der Ukraine zurückbekommen. Hitler unterbreitete dieses Angebot am 6. Oktober 1939. Der Preis, den Hitler dafür nannte, war der Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Frankreich, Großbritannien und dem Deutschen Reich. **Es gab damals keine Antworten aus London und Paris.**

Nach 1945 überließen Frankreich, Großbritannien und die USA das von Deutschland befreite Polen der Fremdherrschaft durch die Sowjetunion ...

## Bericht eines Zeitzeugen

*Abschnitt aus dem Buch von Kurt Göring „Heimkehr – Lebenserinnerungen“*

Mit Polen hat Hitler, als dort Pilsudski regierte, einen Handelsvertrag abgeschlossen, und die beiden Länder lebten auch in freundschaftlichen Beziehungen zueinander. Später aber, als Pilsudski schon tot war, schlug Polen eine englandhörige Politik ein, und es entspannen sich feindliche Auseinandersetzungen. Hitler wollte seine Macht immer weiter ausbreiten, die Freistadt Danzig einverleiben und verlangte von Polen eine freie Durchfahrt durch den Korridor oben in Westpreußen. Deutschland bestand auf seiner Forderung und bot Polen eine 25-jährige Garantie an, auf die ehemalige Provinz Posen, also auf unsere Heimat, und Westpreußen zu verzichten. Polen aber, gestärkt durch England und Frankreich, mit denen es ein Militärabkommen hatte, ging nicht darauf ein. Die Feindseligkeiten spitzten sich immer mehr zu und auf beiden Seiten fanden Grenzverletzungen statt. Unser Leben als Deutsche in Polen wurde immer bedrohlicher und eine propagandistische Deutschhetze setzte ein. Hitler schloss nun mit Russland, mit dem er bisher doch in sehr kühlen Beziehungen stand, einen Vertrag ab, um sich im Osten den Rücken zu sichern. Die politische Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen hatte nun ihren Höhepunkt erreicht, und das Pulverfass drohte jeden Augenblick zu explodieren.

Es ist also keinesfalls so, dass Deutschland der alleinige Aggressor gewesen wäre. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass England das polnische Volk instrumentalisierte, um eigene Ziele zu erreichen.

Und schließlich gelang genau das den Engländern auch ...

Doch wie sah es denn nun tatsächlich mit dem Leben der deutschstämmigen Bevölkerung auf der polnischen Seite aus?

Lesen sie selbst:

Nun muss ich aber noch berichten, was sich alles in den Kriegstagen, bevor die deutschen Truppen das Land besetzt hatten, abgespielt hat. Polen rechnete wohl damit, die deutschen Truppen an der Westgrenze aufhalten zu können, und gab daher Räumungsbefehle für die Zivilbevölkerung. Tausende und Abertausende von Menschen wälzten sich nun in Flüchtlingsströmen mit den notdürftigsten Sachen auf bespannten Wagen dem Osten zu, um dort Sicherheit und Schutz zu suchen. Von Seiten polnischer nationaler Vereine und der katholischen Kirche setzte eine feindliche, propagandistische Hetze und Verfolgung gegen uns Deutsche ein. Die Prominenz der Deutschen, die in führender Stellung stand, wurde gleich am ersten Tage interniert und unter Bewachung in einem Sonderzug von Gnesen aus nach Osten transportiert.

Ein weiterer Zug wurde in Gnesen zusammengestellt, in welchem auch mein Bruder Hugo mitfahren musste, ostwärts abgeschoben. Diese Züge kamen aber nur langsam vorwärts und nur noch bis Kutno, weil die Bahnhöfe und Gleisanlagen schon alle durch Fliegerwirkungen zerstört waren. Die Bahnhöfe waren daher alle verstopft und auf den Zug, in welchem Hugo drin war, fuhr ein zweiter auf, und es gab Tote und Verletzte. Hugo wurde dabei auch verletzt und musste einige Tage im Krankenhaus bleiben. Durch das schnelle Vordringen der deutschen Truppen wurden die Inhaftierten dann wieder befreit, ohne dass ihnen etwas von den Polen geschehen ist. Schlimmer erging es einem Sammeltransport, der zu Fuß den Marsch nach Lowitz antreten musste. In der großen Hitze machten sie schlapp, wurden fußkrank, und was nicht weiter konnte, blieb liegen und wurde von der verhetzten aufgebrachten Be-

gleitmannschaft kaltblütig und bestialisch umgebracht. Von den 600 Personen blieben nur etwa ein Viertel am Leben. Gleich am ersten Kriegstag wurden sämtlichen Deutschen die Fahrräder und Radioapparate, soweit sie welche besaßen, abgenommen. Die Fahrräder mussten wir selbst in Tremessen auf dem Hof der Ein- und Verkaufsgenossenschaft abliefern und zu Hunderten wurden sie dort abgestellt.

Die Zeitungen blieben aus, und wir waren ganz ohne Nachrichten und wussten nicht, wie die Lage war. Von polnischer Seite aus wurden natürlich falsche Nachrichten verbreitet, die Polen siegten überall und waren bald in Berlin. Das glaubten wir zwar nicht, denn dann wären nicht noch immer Flüchtlinge ostwärts gefahren. Tolle Parolen versetzten die Menschen in Panik und Unruhe, und immer wieder hörte man, dass Deutsche bestialisch ermordet und umgebracht worden sind. Man war sich seines Lebens nicht sicher, vogelfrei und schutzlos einem rachedurstigen Pöbel ausgesetzt. Es war verboten, dass sich Deutsche in Gruppen versammelten, und alle mussten zu Hause bleiben. Hin und wieder wurden Deutsche abgeholt und eingesperrt. Auch mein Nachbar Schmidt, der eine Windrose auf der Scheune zur Lichterzeugung im Hause hatte, musste dieselbe abbauen und in der Stadt abliefern. Er wurde sofort dabehalten und im Schlachthaus mit noch anderen Deutschen eingesperrt.

Um es nochmals deutlich zu sagen: Diese Schilderungen beziehen sich auf die Zeit lange VOR Kriegsbeginn!

Deutsche waren sich „*ihres Lebens nicht mehr sicher, vogelfrei und schutzlos ... ausgeliefert*“. Obendrein wurden fortwährend die Grenzen des Landes verletzt.

Was hätten S/E in dieser Situation getan?

## Zitate zum Thema

*„Wenn Deutschland wirtschaftlich zu stark wird, muss es zerschlagen werden. Deutschland muss wieder besiegt werden und diesmal endgültig.“*  
Churchill 1934 zu Heinrich Brüning

*„Was wir wollen, ist eine restlose Vernichtung der deutschen  
Wirtschaft.“*  
Winston Churchill 1938

*„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung  
Deutschlands.“*  
Winston Churchill 1940

*„Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuss zu tun, verhindern  
können, dass der Krieg ausbrach, aber wir wollten nicht.“*  
Winston Churchill 1945

*„Der Krieg ging nicht allein um die Beseitigung des Faschismus in  
Deutschland, sondern um die Erringung der deutschen Absatzmärkte.“*  
Winston Churchill 1946

*„Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt;  
Anlass war der Erfolg seines Wachstums, eine neue Wirtschaft  
aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier, Angst.“*  
Generalmajor J. F. C. Fuller  
in "The Second World War" (1948)

*„Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg  
war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem  
herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die  
Weltfinanz nicht mitverdienen konnte.“*  
Winston Churchill 1960

*„Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag. Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, dass deutsche Panzer über die Oder oder die Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden lässt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft für Europa nicht akzeptieren konnten.“*

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.9.1989  
(Veröffentlichung eines Textes aus dem britischen "Sunday")*

*„Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergesslichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Wort das Gewollte sich vorzustellen vermag.“*  
*A.H.*

## Dresden

*„Es gibt zwei Weltgeschichten:  
Die eine ist offiziell und verlogen, für den Schulunterricht bestimmt;  
die andere ist die geheime Geschichte;  
welche die wahren Ursachen und Ereignisse birgt.“  
Honoré de Balzac*

Es ist eines der schlimmsten Verbrechen des 2. Weltkrieges, als vom 13. bis 15. Februar 1945 alliierte Bomber über 3.040 Tonnen an Bomben auf die zivilen Einwohner der Stadt Dresden abwarfen – mit verheerenden Folgen.

Als Tatsache wird dabei anerkannt, dass mehr als 12.000 Häuser der Innenstadt während des Bombeninfernos zu Staub zerfielen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich neben den ca. 600.000 Einwohnern noch einmal ca. 600.000 in die Stadt gepresste Flüchtlinge aus Breslau in Dresden.

Man kann davon ausgehen, dass in jedem der 12.000 mehrstöckigen Häuser doch wohl mindestens 30 - 50 Menschen untergebracht waren. Einige dieser Menschen schafften es bestimmt bis zu einem Luftschutzkeller, was nicht heißen soll, dass sie dort sicher waren und überlebten.

Nach dieser Rechnung würde die Zahl der Toten 360.000 - 600.000 betragen. Die Leugner und angepassten Historiker sprechen jedoch weiterhin schamlos von 35.000 Toten!

Die Ordnungspolizei Dresdens machte am 22. März 1945 im Tagesbefehl Nr. 47 Folgendes bekannt:

*„Bis zum 20. März 1945 abends wurden 202.041 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl auf 250.000 ansteigen wird. Von den Toten konnten nur annähernd 30 % identifiziert werden.“*

Dazu Ex-Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

*„Der Angriff auf die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt Dresden am 13. Februar 1945 forderte alleine etwa 250.000 Tote.“*

(DEUTSCHLAND HEUTE, Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Wiesbaden 1955, Seite 154)



Erhard Mundra, Mitglied im Vorstand des Bautzen-Komitee e.V. schreibt hierzu am 12.02.1995 in der Welt auf Seite 8:

*„Laut einer Mitteilung des ehemaligen Generalstabsoffiziers des Verteidigungsbereiches Dresden, Oberstleutnant der Bundeswehr a.D. Matthes, seinerzeit Verwaltungsdirektor der Stadt Dresden, wurden 35.000 Tote voll, 50.000 teilweise und 168.000 Tote nicht identifiziert.“*

All jene Kinder, Frauen, Alte und verwundete Soldaten, von denen die Feuersbrunst nur noch eine Handvoll Asche übrig ließ, konnten selbstverständlich überhaupt nicht mehr erfasst werden.

Dazu Franz Kurowski in seinem Buch „Bomben über Dresden“:

*„Dass die Zahl der Vermissten in Dresden um ein Mehrfaches höher liegt als jene Listen mit den Suchmeldungen dies erhärtet, ist durch die besondere Lage in der Stadt erklärbar. Immerhin waren es nach den meisten Schätzungen zwischen 500.000 und 600.000 Flüchtlinge, Vertriebene und Ausgebombte aus Berlin und anderen Städten, die in Dresden Schutz gesucht hatten.*

*Viele dieser Gruppen wurden völlig ausgerottet, so dass niemand eine Verlustmeldung oder gar eine Suchmeldung nach Vermissten aufgeben konnte. Dies trifft vor allem auf jene Flüchtlinge zu, denen von hilfsbereiten Dresdner Familien ein Dach über dem Kopf verschafft wurde und die dann in den Kellern dieser Häuser zu Asche verbrannten.*

*Wer sollte diese getöteten Flüchtlinge suchen? Auch hier gilt das, was in allen Katastrophenlagen eherne Gültigkeit hat: Jeder der Überlebenden sucht seine vermissten näheren Verwandten und Freunde. Und nähere Verwandte und Freunde waren Flüchtlinge nicht ...“*

Am Dresdner Altmarkt fand man in ausgegrabenen Kellern - drei Meter unter Straßenniveau - Verfärbungen des Sandsteins von Weißbeige nach Rot. Teilweise ist der Stein verglast.

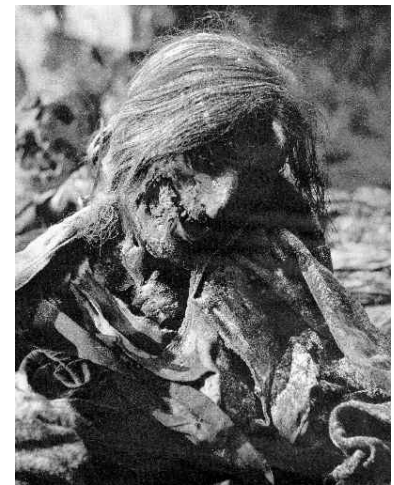
Dazu der Berliner Archäologe Uwe Müller:

*„Wir können daraus erkennen, dass Temperaturen von 1300 bis 1400 Grad und Sauerstoffmangel geherrscht haben ... dass oberirdisch sogar noch weit höhere Temperaturen von bis zu 1600 Grad geherrscht haben ... dass von den Menschen nur Asche übrig bleibt.“*

Dresden war Lazarettstadt, ohne Militär und ohne jegliche militärische Einrichtung. Dresden diente zur Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Osten. Die Dächer waren mit dem ROTEN KREUZ markiert.

All diese Dinge werden von den „offiziellen Medien“ heute nicht mehr genannt. Dort hören Sie - gleichgeschaltet - nur von den „deutschen Verbrechen“...

Lassen sie, um die Wahrheit zu erkennen, noch einige Bilder und einen Leserbrief eines Zeitzeugen zu den schlimmen Ereignissen der Bombennächte in Dresden auf sich wirken:



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bericht der Historikerkommission über die Bombardierung von Dresden gibt mir Veranlassung zu diesem Leserbrief. Ich bin gespannt, ob er veröffentlicht wird.

Als Zeitzeuge nehme ich zu dem Bericht der neuen Historikerkommission vom 19. März 2010 in Sachen Bombardierung von Dresden Stellung:

Zeitzeugen, die laut Bericht befragt worden sind, haben entweder falsche Aussagen gemacht oder konnten sich nicht mehr richtig erinnern, oder die Historikerkommission hat die Aussagen verschwiegen.

Ich denke, dass es die Leser interessiert, dass Fritz Dietrich seit 1945 Künstlervermittlung und Konzertorganisation im Bereich der klassischen Musik betreibt. Auch als Soldat habe ich 1944 – z.B. in Danzig – schon Konzerte organisiert.

Ich bin Jahrgang 1925 und war am 13. Februar 1945 auf einem Truppentransport per Eisenbahn von Swinemünde nach Pilsen. Von Radebeul aus habe ich den Anflug der alliierten Luftstreitkräfte und das Bombardement auf Dresden gesehen. Wir Soldaten wurden ausgeladen und per LKW in das brennende Dresden gebracht und dort auf einzelne Stadtteile verteilt. Mir wurden als Oberfähnrich 22 Soldaten unterstellt und meine Gruppe wurde zunächst am Neumarkt eingesetzt, um aus brennenden Häusern und Kirchen noch Menschen zu bergen. Nach einigen Stunden wurde mein Einsatzort zu einer großen Schule verlegt, die lichterloh brannte. Von Überlebenden erfuhren wir, dass in der Aula und Turnhalle ca. 400 Flüchtlinge aus Schlesien und anderen Ostgebieten untergebracht waren. Die etwa eine Million Flüchtlinge aus den Ostgebieten sollten über Dresden nach Westdeutschland weitergeleitet werden.

Aus dieser lichterloh brennenden Schule haben wir einige Flüchtlinge noch lebend bergen können, der Rest verbrannte zu Asche.

Ich war 5 Tage in Dresden in der Leichenbergung und -verbrennung eingesetzt. Den Geruch der verbrennenden Leichen auf den Elbwiesen erlebe ich auch heute noch manche Nacht!

Jedes Mal, wenn ich aus Dresden zurückkehre, durchlebe ich nächtelang erneut die grausigen Ereignisse von 1945. Es ist mir unverständlich, wieso die in dem Bericht erwähnten Zeitzeugen diese Veraschung von Menschen verneinen.

Unverständlich ist für mich auch, dass diese Kommission behauptet, dass es keine Tieffliegerangriffe gegeben hat. Aus der mir unterstellten Gruppe leben derzeit noch drei Kameraden, die mit mir auch nach Pilsen sollten. Diese drei können bezeugen, dass wir bei unserer schrecklichen Arbeit in Dresden am Tage ständig von Tieffliegern beschossen wurden.

Ich bin mir sicher, dass noch sehr viele Menschen leben, die diese Tiefflieger ebenso wie wir erlebt haben und auch erleben mussten, wie Flüchtlingskolonnen im Elbtal beschossen wurden. Auch Eisenbahner werden dies bezeugen, weil ihre Züge angegriffen wurden.

Was bezweckt die Historikerkommission damit, dass sie Tatsachen in ihrem Bericht verneint?

Der bekannte und verdienstvolle Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen hat nach dem Krieg die Schicksale, Todesursache und Todesort von Millionen aufgeklärt. Das Schicksal von fast 3 Millionen Schlesiern und Flüchtlingen aus den bereits von den Russen eroberten deutschen Gebieten blieb bis heute ungeklärt. Diese sind überwiegend im Frühjahr 1945 in den bombardierten deutschen Städten zu Asche verbrannt, davon mindestens 350.000 in Dresden. Jeder Soldat, der damals in Dresden eingesetzt war und selbst überlebt hat, wird meine Aussage bestätigen.

Das einzig Positive an dem Bericht der Kommission ist die Tatsache, dass dort schwarz auf weiß zu lesen ist, dass die Bombardierung Dresdens ein Kriegsverbrechen war.

Nicht nur uns Deutschen werden mit Holocaust, KZ, Gaskammer usw. Verbrechen zur Last gelegt, die Alliierten haben unstrittig Verbrechen begangen. Im Frühjahr 1945 sind um die 3 Millionen Zivilisten in Deutschland verbrannt. Nicht nur in Dresden, sondern auch in vielen anderen Städten wie z.B. Hamburg, Würzburg, Darmstadt, Kassel, Lübeck, Pforzheim u.a.m. Und wer redet von den Zeitzündern der NAPALM-Bomben?! Ein Glück für Deutschland ist die Tatsache, dass die Chemikalien zur Entlaubung von Bäumen 1945 und die Milzbrandbomben noch nicht einsatzbereit waren, sonst wären sie auch auf Deutschland niedergegangen.

Mit Recht prangern viele junge Menschen diese Dinge an. Dass sie es teilweise in ungebührlicher Form tun, ist eine andere Sache und die ist bedauerlich, aber doch wiederum verständlich, weil man sie nicht zu Worte kommen lässt und sie es satt sind, dass immer nur Deutschland und die Deutschen als Verbrecher bezeichnet werden. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich werde in meiner musikalischen "Arbeit" seit etwa fünf Jahren ständig von JUNGEN MENSCHEN als Zeitzeuge über diese Dinge befragt, so auch vor vier Tagen bei der Nachfeier nach einem Konzert bis morgens um 2 Uhr. Das Erstaunliche ist für mich dabei, dass sich seit etwa fünf Jahren die JUNGE GENERATION plötzlich für diese Dinge besonders interessiert.

Mit freundlichen Grüßen  
Fritz Dietrich

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich persönlich lege immer mehr Wert auf die Aussagen von Zeitzeugen, als auf die, die junge „Historiker“ tätigen, die erst lange nach Kriegsende geboren wurden und nur gebetsmühlenartig die „offizielle“ Meinung wiederholen.

Der „Bombenkrieg“ brachte neben Dresden auch in zahlreichen anderen deutschen Städten der Zivilbevölkerung den Tod.

Genannt sein sollen hier noch stellvertretend:

... Kiel, Neumünster, Stralsund, Bremerhaven, Emden, Hagen, Wilhelmshaven, Hamburg, Neubrandenburg, Neustrelitz, Prenzlau, Bremen, Hannover, Rheine, Osnabrück, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Bocholt, Münster, Kleve, Wesel, Dortmund, Hamm, Soest, Gelsenkirchen, Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf, Aachen, Düren, Bonn, Köln, Siegen, Koblenz, Trier, Bingen, Bad Kreuznach, Mainz, Worms, Kaiserslautern, Pirmasens, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Freiburg, Friedrichshafen, Ulm, München, Augsburg, Straubing, Heilbronn, Nürnberg, Ingolstadt, Bayreuth, Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Frankfurt, Gießen, Schweinfurt, Würzburg, Gießen, Kassel, Nordhausen, Merseburg, Leipzig, Chemnitz, Eilenburg, Halberstadt, Magdeburg, Oberhausen, Witten, Duisburg, Wuppertal, Solingen, Neuß, Remscheid, Brilon, Aschaffenburg ...

## Der letzte Tag ...

*"Der 8. Mai ist die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns,  
weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."  
Theodor Heuss, ehem. Bundespräsident*

Die Urkunde, die Generaloberst Jodl am 7. Mai 1945 gegenüber den Westalliierten in Reims, sowie Generalfeldmarschall Keitel in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai im sowjetischen Hauptquartier Berlin-Karlshorst unterzeichneten, ist eine rein militärische Kapitulation.

In ihr heißt es:

*„Der Unterzeichnete, handelnd im Namen des deutschen Oberkommandos, erklärt hiermit die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, welche sich in diesem Augenblick unter deutscher Kontrolle befinden, gegenüber dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig gegenüber dem Oberkommandierenden der Sowjettruppen. ... Diese Kapitulationsurkunde stellt kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbedingungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in ihrem Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.“*

(Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr.1, Seite 6)



Ab dem 23. Mai 1945 gibt es in Deutschland keine handlungsfähige deutsche Regierung mehr.

Dönitz wird in das luxemburgische Kriegsgefangenenlager Mondorf verbracht. Von dort gibt der Reichspräsident im Juli 1945 eine wichtige zusammenfassende Erklärung ab, die so genannte „Mondorfer Erklärung“:



*„Bad Mondorf, Juli 1945.*

*Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus drei Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 unter anderem die Feststellung enthielt, der deutsche Staat habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtigt, dass es heißen solle, die deutsche Regierung habe aufgehört zu bestehen.*

*Um Missverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:*

*1. Die Kapitulation ist von meinen Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt habe und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.*

*2. Durch die mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der 3 deutschen Wehrmachtsteile hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai in Geschäftsverkehr gestanden.*

*3. Die im Anschluss an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.*

*4. Ebenso wenig konnten meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluss haben. Sie hatte nur zur Folge, dass jede tatsächliche Amtshandlung für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.*

*5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.*

*gez. Dönitz“*

Im Rundbrief Nr. 10-12 der “Deutschen Bürgerinitiative” vom Dezember 2008 berichtet Manfred Roeder von seinem nicht lange zurückliegenden Besuch beim ehemaligen Berater von Gorbatschow, Prof. Daschitschew, in Moskau:

*„Dann wollten unsere russischen Gesprächspartner alles über meine Begegnung mit Dönitz wissen. Als wir auf das heikle Thema kamen,*

*warum Dönitz damals bei der Kapitulation das Angebot Stalins ausgeschlagen hat, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu machen in den Grenzen des Reiches von 1939, vertraute uns der Professor an, dass ein hoher Führer des Reichsarbeitsdienstes Dönitz die Ablehnung empfohlen hat. Und so nahm die Katastrophe ihren Lauf. Denn bei allen berechtigten Vorbehalten und Zweifeln an Stalins Persönlichkeit war er der einzige Gegner, der immer zu Verhandlungen bereit war, während der Westen, Roosevelt und Churchill, von blindem Hass auf Deutschland getrieben waren und auf bedingungsloser Kapitulation beharrten.“*

Und so muss uns nun langsam wieder bewusst werden, dass der 8. Mai kein Tag der Befreiung war – obwohl dies durch das Ende des Krieges sicher viele Menschen so empfanden – sondern vielmehr das Niederwerfen des deutschen Volkes durch die Besatzer – welches bis heute anhält ...

Rechtliche Würdigung:

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die Debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte. Der Sieger muss also von dem Zustand der Debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll.

Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. Der Sieger muss das Gebiet des Besiegten annektieren, seinem Gebiet einstückchen. Geschieht dies, dann ist allerdings die Staatlichkeit vernichtet. Oder er muss zur so genannten Subjugation schreiten, der Verknechtung des besiegten Volkes.

1945 haben die Sieger nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, dass erstens kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll und dass zweitens das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.

Daraus ergibt sich, dass zum Mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluss gezogen werden kann, dass Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat.

## Zitate zum Thema

*„Wir warteten auf unsere "Feinde" als unsere Befreier. Einer der überlebenden Generalfeldmarschälle nannte es nicht "Niederlage", sondern "Verlorene Siege".“  
Heinrich Böll in "Briefe an meine Söhne“*

*„Der 8. Mai 1945 war ein Tag des Elends, der Qual, der Trauer. Deutschland, das deutsche Volk hatten sechs Jahre lang im gewaltigsten Krieg aller Zeiten um die Existenz gekämpft. Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer im Bombenhagel des alliierten Luftterrors, die Tränen der Mütter, der Waisen, wer die Erinnerung daran zuschanden macht, lähmt unseren Willen zur Selbstbehauptung. Daran sollten wir am 8. Mai denken. Die Sieger von 1945 erklären, für die Rettung der Humanität einen Kreuzzug gegen Deutschland geführt und gewonnen zu haben. Geführt auch mit den Mitteln eines Bombenkrieges, der das Kind, die Frauen, die Flüchtenden, die Greise genauso als Feind behandelte wie den regulären Soldaten. Der Tag der militärischen Kapitulation der deutschen Armee brachte den Alliierten den Frieden. Abermillionen von Deutschen brachte er die Hölle auf Erden. Haben die Sieger von 1945 keinen Anlass danach zu fragen, mit welchen Verbrechen sie dem Triumph ihres Kreuzzuges für die bedrohten Menschheitswerte das Siegel aufgedrückt haben?“  
Hellmut Diwald*

*„Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des 30-jährigen Krieges, 1914 bis 1945. Das Töten in den Schützengräben, die Vernichtung von Städten und die Unterdrückung von Bürgern: all das hinterließ ein Europa in Ruinen, so wie es bereits ein anderer 30-jähriger Krieg drei Jahrhunderte vorher tat.“  
John Major, ehem. brit. Premierminister*

## Abenddämmerung

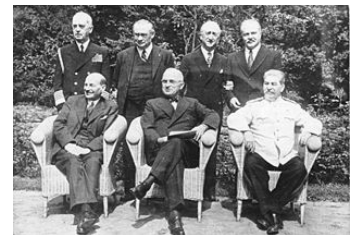
*„Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat [...].“*  
Potsdamer Konferenz, 1945

Es ist der 9. Mai 1945. Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der drei Wehrmachtsbestandteile Heer, Luftwaffe und Marine in Berlin tritt diese an allen Fronten in Europa in Kraft. Der Krieg ist beendet, **Deutschland besetztes und unterworfenen Gebiet**.

Am 5. Juni 1945 übernimmt der Alliierte Kontrollrat die oberste Regierungsgewalt im besetzten Deutschland.

Vom 17. Juli bis zum 2. August findet die „Sieger-Konferenz“ in Potsdam statt und endet mit dem Abschluss des „Potsdamer Abkommens“ mit der Einigung auf Entnazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Demontage und Dezentralisierung.

Damit war das Schicksal des freien Staates Deutschland besiegelt und es sollte bis zum heutigen Tag unser Schicksal bleiben, ein besetztes und fremdbestimmtes Land zu sein.



Die vier Alliierten hatten nun unterschiedliche Ziele, was die Regierung über Deutschland anging. Und weil es schwierig wurde, sich über die Ziele zu einigen, wurde Deutschland in vier Besatzungszonen eingeteilt.

Es entwickelte sich jedoch zusehends ein Machtkampf zwischen West- und Ostdeutschland, zwischen den drei westlichen („Trizone“) und der Sowjetischen Besatzungszone. Nach dem amerikanischen Präsidenten Truman sollte jede der Nationen über ihren politischen Weg selber entscheiden. Später wurde dann der Marshallplan entwickelt.

In diesem Marshallplan ging es um den ökonomischen Wiederaufbau und die politische Stabilisierung Deutschlands. Außerdem sollte der Kommunismus indirekt eingedämmt werden.

Wegen der Verweigerung des Marshallplanes durch die Sowjetische Besatzungszone spezialisierten sich die Amerikaner dann auf den

wirtschaftlichen Aufbau im Westen. Im Juni 1948 wurde dann eine neue Währung im Westen Deutschlands eingeführt, die D-Mark.

Mit einer gemeinsamen Planung über den Westen und Osten Deutschlands konnten die Sowjets und die Westmächte ab diesem Zeitpunkt nicht mehr rechnen. Dafür gab es zu viele Meinungsverschiedenheiten, die eine gemeinsame Planung nicht möglich machten.

Und so wurde der Beginn des „Kalten Krieges“ schon auf dem Rücken des besetzten Deutschland ausgetragen ...

Bei Okkupationen gilt stets das Besatzungsrecht (Völkerrecht), welches von den Besatzern zu akzeptieren und einzuhalten ist:

#### **Das von Okkupanten gesetzte Recht**

Hierunter ist das Recht zu verstehen, dass Okkupanten kraft ihrer Besatzungsgewalt für das besetzte Gebiet setzen. Okkupanten sind dabei ihrerseits an das Völkerrecht gebunden, vor allem an die Haager Landkriegsordnung und das IV. Genfer Abkommen. Völkerrechtlich gesehen gibt es zwei Situationen, die Besatzungsmächte zur eigenen Gesetzgebung berechtigen. Als *Kondominium* wird die Situation bezeichnet, in der die Souveränität eines besetzten Landes vollständig beseitigt und durch die gemeinsame Souveränität der Sieger ersetzt wird. Das Gebiet des besiegten Staates gehört nun den Siegern gemeinsam und wird von ihnen gemeinsam beherrscht. Ein *Koimperium* dagegen ist die Gemeinschaftsherrschaft auf dem Gebiet eines fremden Staates, der besiegt ist, aber trotz fehlender Handlungsfähigkeit weiterbesteht. Die letzte völkerrechtliche Situation war in Deutschland nach 1945 gegeben.

[<http://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsrecht>]

Im Besatzungsrecht ist geregelt, welche Rechte der Besatzer zu achten hat und in welche Belange er nicht einzugreifen hat.

In Deutschland wurden diese grundsätzlichen Rechte nicht beachtet und die Besatzer gestalteten das ganze Land nach ihren Wünschen und Vorstellungen (und das bis heute):

Die Siegermächte begannen in den vier Besatzungszonen mit dem Wiederaufbau deutscher Staatsorgane. So errichteten sie in den Jahren 1945 und 1946 Länder, in denen **sie** Ministerpräsidenten und Landesregierungen einsetzten. Landesverfassungen wurden zunächst in den früh gebildeten Ländern der amerikanischen Besatzungszone ausgearbeitet und in Volksabstimmungen angenommen.

Auch in den Ländern der französischen Zone wurden Verfassungen erarbeitet und durch Plebiszite bestätigt. In der britischen Zone kamen die Verfassungsberatungen überwiegend nicht vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes zum Abschluss.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden Verfassungen ohne Volksabstimmung von den Landtagen beschlossen.

Als offenbar wurde, dass die vier Siegermächte sich über die Zukunft Deutschlands nicht einigen können, beschlossen die drei Westmächte trotz zunächst erheblicher Vorbehalte Frankreichs die Errichtung einer westdeutschen Gesamtverwaltung für die „Trizone“. Eine Einigung darüber erzielten sie auf der „Sechs-Mächte-Konferenz“, die vom Februar bis zum Juni 1948 in London stattfand.

Am 1. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone in Frankfurt den versammelten westdeutschen Ministerpräsidenten die drei „Frankfurter Dokumente“ zur Stellungnahme.

Dokument Nr. 1 ermächtigte die Ministerpräsidenten, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Es enthielt ungefähre inhaltliche Anforderungen für die künftige Verfassung, deren Beachtung von den Militärgouverneuren geprüft werden sollte:

*„Die verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.“*

Die Ministerpräsidenten reagierten zurückhaltend auf die Frankfurter Dokumente. Im Juli 1948 arbeiteten sie auf einer Konferenz im Hotel Rittersturz in Koblenz eine Stellungnahme aus. Darin begrüßten sie zwar die Zusammenfassung der drei Westzonen. Man müsse jedoch vermeiden, die Spaltung Deutschlands zwischen West und Ost zu vertiefen und dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates zu verleihen.

Es müsse zum Ausdruck kommen, dass es sich lediglich um ein Provisorium handeln würde. Sie schlugen vor, die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung zurückzustellen, bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben seien.

Stattdessen solle nur ein aus Vertretern der Landtage gebildeter „Parlamentarischer Rat“ zusammentreten, der statt einer Verfassung nur



ein provisorisches „Grundgesetz“ ausarbeiten solle. Dieses solle auch nicht vom Volk beschlossen, sondern nach einer Anhörung der Landtage von den Militärgouverneuren verkündet werden.

Die Militärgouverneure ließen sich über die Arbeit des Parlamentarischen Rates fortlaufend Bericht erstatten. In einem Memorandum vom 22. November erläuterten sie, auf welche Weise sie bei der Prüfung des Grundgesetzes die im Frankfurter Dokument Nr. 1 aufgestellten Grundsätze auszulegen gedachten.

Dieses Memorandum wurde im Parlamentarischen Rat nicht als verbindliche Weisung, sondern nur als Erläuterung verstanden. Man glaubte außerdem, der bisher erarbeitete Entwurf stimme im wesentlichen mit den alliierten Forderungen überein.

Noch vor der geplanten Verabschiedung im Plenum wurde die Fassung, die der Hauptausschuss im Februar 1949 in dritter Lesung beschlossen hatte, den Militärgouverneuren zur Prüfung übergeben.

Diese kritisierten den Entwurf in einem Memorandum vom 2. März 1949 unerwartet scharf. Sie forderten insbesondere eine stärkere Stellung der Länder und schlugen dabei für einzelne Artikel konkrete Formulierungen vor.

Am 8. Mai 1949 nahm der Parlamentarische Rat im Plenum mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz an. Am 12. Mai 1949 wurde es von den Alliierten genehmigt, zunächst allerdings in seiner Wirksamkeit durch ein Besatzungsstatut eingeschränkt.

Über den Namen „Grundgesetz“ führte der Herrenchiemseer Verfassungskonvent in seinem Abschlussbericht aus:

*„Der Begriff „Grundgesetz“ ist vieldeutig. Er kann nach dem Sprachgebrauch eine Verfassung bezeichnen, also das rechtliche Gefüge und die Grundnormen eines Staates. Es ist aber ebenso möglich, dass mit der besonderen Wahl dieser Bezeichnung – anstatt des präziseren Wortes „Verfassung“ - von den Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht werden wollte, dass die Aufgabe des Parlamentarischen Rates nicht darin bestehen solle, die rechtliche Ordnung für einen Staat im vollen und strengen Sinn des Wortes zu schaffen, sondern für ein hoheitliches Gebilde, dem gewisse Merkmale fehlen, die nur Staaten im vollen Sinne des Wortes eigentümlich sind.“*



Mehr als ein Staatsfragment könne zunächst nicht geschaffen werden:

*„Ein Staat im vollen demokratischen Sinne des Wortes (...) kann nur entstehen, wenn ein Volk in voller Freiheit der Willensbestimmung die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz gestalten kann; zum mindesten gilt dies für ein Zeitalter und für Völker, die sich der Grundnorm der Demokratie unterstellt haben.*

*Nun ist zwar die Volkssouveränität das unverzichtbare Recht eines jeden Volkes und kann darum der Substanz nach durch fremde Gewaltausübung nicht vernichtet werden. Ein Volk kann jedoch für Zeit durch äußere Gewalt daran gehindert werden, von diesem Grundrecht Gebrauch zu machen.“*

Eine Minderheit der Teilnehmer hielt Deutschland für untergegangen. Deshalb gebe es auch kein deutsches Staatsvolk mehr. Ein deutscher Staat könne also nur durch die Länder als in sich geschlossene Rechtssubjekte geschaffen werden.

Dagegen ging die Mehrheit des Konvents vom Fortbestand des Deutschen Reiches aus. Deutschland müsse nicht neu geschaffen, sondern nur neu organisiert werden:

*„Damit liegt aber offenbar die konstitutive Gewalt originär bei dem Volke dieses Gebietes, das in seiner Gesamtheit sein „Staatsvolk“ ist. Dieses Volk ist aber in Deutschland keine ungegliederte Masse, sondern ist in Länder gegliedert, so dass die Neuorganisation durch das Volk von dem in Länder gegliederten Volk des neu zu organisierenden Gebietes auszugehen hat.“*

Carlo Schmidt, der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates, ging davon aus, dass Deutschland als Staat zwar nicht durch die Kapitulation untergegangen sei, die deutsche Volkssouveränität sei aber nach 1945 zunächst völlig und danach noch teilweise gesperrt worden.

Die Volkssouveränität könne zum einen nicht ausgeübt werden, weil an der Schaffung des Grundgesetzes nur die Westzonen beteiligt seien. Ein westdeutsches Staatsvolk gebe es aber nicht, und somit sei im Parlamentarischen Rat nur ein Teil des Volkes vertreten.

Zum anderen sei die Volkssouveränität durch die Vorbehalte und die inhaltlichen Vorgaben der Alliierten eingeschränkt. Die eigentliche Verfassung Deutschlands sei das **Besatzungsstatut**. Man könne also keine Verfassung machen, sondern nur das Grundgesetz für ein Staatsfragment:

*„Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.“*

In der dritten und abschließenden Lesung des Grundgesetzes im Plenum am 8. Mai 1949 beantragten von Brentano (CDU) und Thomas Dehler (FDP) erneut, über die Annahme des Grundgesetzes durch Volksabstimmung entscheiden zu lassen.

Von Brentano wiederholte seine Auffassung, dass der demokratische Weg zur Verfassung nur über eine Volksabstimmung führen könne. Dehler sagte, das Land Bayern habe durch seine Regierung und seine Regierungspartei erklärt, dass es sich gegen das Grundgesetz aussprechen und das Volk zur Entscheidung anrufen werde.

Weiter legte er dar, der Parlamentarische Rat sei von Landtagen berufen worden, die unter ganz anderen Gesichtspunkten als der Schaffung des Grundgesetzes gewählt worden seien. Dass nun diese Landtage auch über dessen Annahme entscheiden sollten, sei vielleicht bequem und zeitsparend, man dürfe aber der Entscheidung durch das Volk nicht ausweichen.

Daraufhin meldete sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Carlo Schmid zu Wort. Er erklärte:



*„Meine Damen und Herren! Es ist ein alter und guter Brauch, dass eine Verfassung durch das Volk sanktioniert werden muss. Aber wir wollen hier ja keine Verfassung machen, sondern wir wollen ein Provisorium schaffen und haben nicht umsonst dieses Werk bescheiden ein **Grundgesetz** genannt.“*

(Zwischenruf von Brentano: „Das ist dasselbe.“)

*„Das ist nicht dasselbe, und aus diesem Grunde haben schon bei der ersten Zusammenkunft die Ministerpräsidenten, die gefragt worden waren, ob sie die Ermächtigung der Londoner Empfehlungen annehmen wollten, erklärt, dass sie gegen eine Ratifizierung des Grundgesetzes durch das Volk seien und dass sie deswegen dagegen seien, weil diesem Grundgesetz dadurch ein Pathos gegeben würde, das ihm nicht gebühre.“*

*Wir haben hier doch nur einen Schuppen, einen Notbau, und einem Notbau gibt man nicht die Weihe, die dem festen Hause gebührt. Fälschen wir nicht den Charakter dieses Werkes, indem wir es zur Volksabstimmung stellen, bringen wir, indem wir ihm eine Sanktionierung minderen Gewichtes geben, zum Ausdruck, dass es keine Verfassung ist! Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.“*

Das Grundgesetz wurde als vorläufige Verfassung konzipiert. Dementsprechend war keine Möglichkeit vorgesehen, dass es zur dauerhaften Verfassung erstarken könnte. Ein Wegfall des Art. 146 GG a. F. mit dem Beitritt der fehlenden Gebiete war im Grundgesetz nicht angelegt.

Vielfach wird jedoch fälschlicherweise angenommen, die ursprünglichen Legitimationsmängel des Grundgesetzes hätten sich durch die spätere Akzeptanz seitens des Volkes erledigt. Insbesondere habe das Volk durch seine Beteiligung an den Bundestagswahlen zugleich das Grundgesetz bestätigt.

Durch den Beitritt hätten auch die Deutschen in der DDR dem Grundgesetz zugestimmt und so seine Legitimation vollendet.

Die Teilnahme an einer Wahl bedeutet allerdings nicht automatisch Zustimmung zur Verfassung, die der Wahl zugrunde liegt.

Wahlen haben einen konkreten Gegenstand. Wer eine Person oder eine Liste wählt, gibt damit zunächst nur zu erkennen, dass er diese den anderen Kandidaten vorzieht. Selbst wenn eine bestimmte Frage im Vorfeld einer Wahl besonders thematisiert wird, ist die Wahl nicht mit einer Volksabstimmung darüber gleichbedeutend.

Die Frage, ob das Grundgesetz gelten solle, gehörte offenbar niemals im Vorfeld einer Bundestagswahl zu den beherrschenden Themen und hat nie eine wahlentscheidende Rolle gespielt.

Aus dem Ergebnis der letzten Volkskammerwahl in der DDR mag man wohl auf eine breite Zustimmung zur Vereinigung schließen; eine Entscheidung für eine bestimmte Verfassung lag darin jedenfalls nicht.

Art. 146 GG a. F. stellt klar, dass das Grundgesetz nicht den Anspruch erhebt, einer neuen Verfassung entgegenzustehen:

***Bestrebungen, die auf eine neue Verfassung abzielen, sind also nicht grundgesetzwidrig!***

Die Staatsorgane, die ihre Existenz vom Grundgesetz ableiten, dürfen diese Bestrebungen prinzipiell nicht verbieten und können berechtigt sein, sie zu fördern. Insofern wendet sich die Schlussbestimmung nicht in erster Linie an den *pouvoir constituant*, sondern vor allem an den *pouvoir constitué*.

*(Die Unterscheidung von „**pouvoir constituant**“ und „**pouvoir constitué**“ wurde von dem Staatsmann Abbé Sieyès durch sein 1789 zu Beginn der Französischen Revolution erschienenenes politisches Pamphlet „Qu'est-ce que le Tiers-État?“ („Was ist der Dritte Stand?“) in die verfassungstheoretische Diskussion eingebracht:*

*„Dans chaque partie, la constitution n'est pas l'ouvrage du pouvoir constitué, mais du pouvoir constituant.“*

*(„In jedem ihrer Teile ist die Verfassung nicht das Werk der verfassten, sondern der verfassungsgebenden Gewalt.“)*

Wegen der Eigenstabilität, die eine verfasste Rechtsordnung entfaltet, können derartige Bestimmungen von großer Auswirkung sein. Darin erschöpft sich die Bedeutung des Art. 146 GG a. F. aber noch nicht. Die Anerkennung der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes bedeutet, dass diese Lehre der Auslegung des Grundgesetzes zugrunde zu legen ist – unabhängig davon, ob sie auch staatsrechtlich zutreffend ist.

Die verfassungsgebende Gewalt, also der Wille des Volkes, bedeutete den Besatzern nicht viel – und das hat sich bis zum heutigen Tag auch nicht geändert. Uns wird das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung und auf eine freie Verfassung bis zum heutigen Tag konsequent vorenthalten – weshalb es das Grundgesetz immer noch gibt ...

**Und das für alle Zeit ... (?)**

## Zitate zum Thema

*„Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten –  
wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten –dann ging die Lüge in die  
Geschichte ein und wurde Wahrheit.“*

*„Wer die Macht über die Geschichte hat,  
hat auch Macht über Gegenwart und Zukunft.“*

*„Freiheit ist die Freiheit zu sagen, dass zwei und zwei gleich vier ist.  
Sobald das gewährleistet ist, ergibt sich alles andere von selbst.“  
alle George Orwell*

*„Die Deutschen müssten Engel oder Heilige sein, um zu vergessen und zu  
vergeben, was sie an Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten zweimal in  
einer Generation zu erleiden hatten, ohne dass sie ihrerseits die Alliierten  
herausgefordert hätten. Wären wir Amerikaner so behandelt worden,  
unsere Racheakte für unser Leiden würden keine Grenzen kennen.“  
Reverend Ludwig A. Fritsch*

*„Wenn man eine Wahrheit entdeckt hat, muss man sie den anderen  
Menschen mitteilen?  
Wenn ihr sie bekannt macht, so werdet ihr von einer Unzahl von Leuten  
verfolgt, die von dem entgegen gesetzten Irrtum leben.“  
Jacques Henri Bernardin de Saint-Pierre*

*„Ich muss einfach lernen, dass man über den Verlauf unserer Geschichte  
nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten.“  
Eva Herman*

## Ausverkauf

*„Das Wahre und Echte würde leichter in der Welt Raum gewinnen,  
wenn nicht die, welche unfähig sind, es hervorzubringen,  
zugleich verschworen wären, es nicht aufkommen zu lassen.“  
Arthur Schopenhauer*

Um die heutige wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands zu verstehen, muss man zur Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges zurückkehren. Die USA sahen Deutschland damals als einen zu starken Konkurrenten auf dem Weltmarkt an, auf den man aufpassen und den man kontrollieren musste.

Die Umsetzung dieser Kontrolle und die damit verbundene Abschöpfung der deutschen Wirtschaftskraft in den letzten 65 Jahren sah im Detail folgendermaßen aus:

### **Reparationen**

Der Zweite Weltkrieg kostete Deutschland etwa 5 Millionen Todesopfer, 90 Millionen Deutsche hatten aber überlebt. Viele Gebäude waren ruiniert, aber Tausende von Firmen waren noch vorhanden und viele Firmen hatten rechtzeitig wichtige Produktionsgüter für den Wiederaufbau nach dem Krieg in Sicherheit gebracht.

Mit dem Ende der Kriegshandlungen war das Leid für die deutsche Bevölkerung nun aber keineswegs zu Ende. Deutschland war insoweit nur als Beute erlegt, das eigentliche Ausbluten und Schlachten begann zu diesem Zeitpunkt aber erst – und hält bis auf den heutigen Tag an.

Es begann mit einfachen Plünderungen und hat mit den feindlichen Firmenübernahmen durch „Heuschrecken-Fonds“ und den „US-Schrott-Immobilien“ für deutsche Sparer bis heute noch nicht geendet.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs verbrachten die Alliierten zuerst alles, was Wert hatte, aus Deutschland, alle Schiffe, Flugzeuge und ganze Fabriken. Nach dem Militärgesetz Nr. 52 der alliierten Militärregierung war die Konzernzerschlagung und die direkte Demontage vorgesehen.

Das Segelschulschiff „Eagle“, ein Schwesterschiff der „Gorch Fock“, 1936 bei „Blohm & Voss“ in Hamburg gebaut, wurde 1946 von den Amerikanern

als Reparation konfisziert und dient auch heute noch der amerikanischen Coast Guard.

Aus dem Deutschen Patentamt in Berlin wurden 347.000 Patentschriften erbeutet und die New York Times berichtete 1947 stolz, diese seien Billionen Dollar wert. Die Amerikaner nutzten und lizenzierten diese Patente fortan selbst.

Als die Amerikaner Deutschland 1952 mit dem Marshallplan und 1,4 Mrd. Dollar „förderten“, erwarben sie mit dem Geld deutsche Betriebe und kauften Aktienmajoritäten. Auch in den noch an den Kriegsfolgen leidenden umliegenden europäischen Ländern erwarben sich die Amerikaner mit ca. 13 Mrd. Dollar Fördergeldern des Marshallplans viele Unternehmens- und Patentanteile. Der russische Außenminister Molotow nannte den Marshallplan deswegen ein Instrument zur Versklavung Europas. Man überzog Europa mit einem Netzwerk wirtschaftlicher Einflussnahme.

Auch 1959 hielt in Deutschland die Konzernzerschlagung und direkte Demontage an. Die wichtigsten deutschen Industrien werden seitdem von den Amerikanern praktisch beherrscht. Größere Firmen durften nach dem Krieg nur mit alliierter Beteiligung den Betrieb wieder aufnehmen. Zum Vergleich ist es in Russland ausländischen Investoren weitgehend untersagt, mehr als 50 Prozent an einer Firma zu besitzen.

Bis 1963 gehörten den Amerikanern 700 deutsche Firmen, 2004 waren schon 2.600 und 2007 über die Hälfte der DAX-Konzerne und 20 Prozent aller deutschen Aktien in ausländischem Besitz.

Und die Übernahme geht immer noch weiter: Gerade hat die amerikanische KKR die deutsche Demag, den Triebwerkhersteller MTU und das Duale System gekauft, Flowers und Texas Pacific wollen die Berliner Bank kaufen, Nomura will kommunale Wohnungsunternehmen, Blackstone sucht in der Abfallbranche. Internationale Verträge sorgen dafür, dass Amerikaner deutsche Firmen erwerben und die Gewinne in die USA verbringen dürfen.

Opel hat so nie einen Pfennig oder Cent Steuern in Deutschland gezahlt, da die Gewinne stets an GM in den USA abgeführt wurden. Die GM-Verluste wurden aber nach Deutschland ausgelagert und hier von der Steuer abgesetzt, so dass die deutschen Steuerzahler bereits Milliarden an GM gezahlt haben.



2003 kamen dann die US-Hedgefonds, um die Firmenübernahme weiter zu beschleunigen. Eine Juristin der Investmentbranche formulierte 2003 mit einem eigenen Schreibtisch im Finanzministerium das Gesetz mit, welches den US-Hedgefonds den Weg auf den deutschen Markt ebnete.

Und es ist für die USA auch nicht schwer, Firmen in Deutschland zu kaufen, weil ihre Federal Reserve Bank einfach soviel Geld druckt, wie dafür gebraucht wird, während Deutschland seine Gelddruck-Hoheit an die Europäische Zentralbank abgegeben hat.

Die vollständige Plünderung des Landes reichte den Alliierten nach dem Krieg nicht aus. Alle Deutschen sollten zusätzlich und auf Dauer soviel Steuern wie möglich zahlen, und diese sollten als Reparationszahlungen abgeführt werden. Für die Festsetzung der Steuerquote war nach dem Krieg der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig, der für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Recht, Kultur, Volksbildung usw. 12 Fachbereiche unterhielt.

Als die Alliierten die Deutschen „befreit“ hatten, legten sie im Kontrollratsgesetz vom 11.02.1946 fest, dass der Steuersatz für Einkommen über 100.000 Reichsmark bei 95 % liegen sollte und bereits ab einem Einkommen von 7.200 RM sollten 48 % Steuern gezahlt werden. Nach der Einführung der DM waren es bis 1951 dann 95% für Einkommen über 250.000 DM im Jahr. Erst 1955, also 10 Jahre nach Kriegsende und schon nach „Gründung“ der „BRD“, hatte man den offiziellen Satz schrittweise auf 63,45 % gesenkt.

1949 verlangten die Siegermächte von Deutschland Reparationsleistungen in Höhe von 50 Mrd. Dollar zuzüglich Zinsen. Dabei muss man bedenken, dass der gesamte Haushalt der Bundesrepublik im Jahre 1953 nur 15 Mrd. DM betrug.

Am 27.02.1953 vereinbarte Konrad Adenauer zusammen mit dem Bankier Hermann J. Abs in London mit den Siegermächten USA und England ein Reparationsabkommen, das sog. „Londoner Schuldenabkommen“ (Unterzeichnung auf dem Bild).



70 Gläubigerstaaten nahmen an den Verhandlungen teil, 21 davon mit einer eigenen Delegation. Das Volumen betrug 13,73 Mrd. DM.

Zurückgezahlt werden sollten zunächst 300, später 500 Mio. DM pro Jahr. Dieser Betrag sollte durch Devisenerlöse im Export zustande kommen. Dazu kamen Zinsen auf die ursprünglichen Forderungen von 3 %.

Die Länder erhielten Schuldscheine in US-Dollars, die so genannten Young-Anleihen (Bonds, Bundesschuldverschreibungen). 5 Jahre danach (1958) zahlte Deutschland jährlich 765 Mio. DM. Nach einer Wiedervereinigung sollten die Zinsen erhöht und auch Young-Anleihen aus dem ersten Weltkrieg bezahlt werden.

**Nach dem Beitritt der DDR zahlte die BRD dafür 193 Mio. Euro pro Jahr!**

In Luxemburg wurde schon ein Jahr zuvor, 1952, das „Wiedergutmachungsabkommen“ mit Israel unterzeichnet, worin sich die „BRD“ zur Lieferung von Waren und Dienstleistungen im Wert von 3 Mrd. DM verpflichtete. An den Staat Israel sind dann bis 2005 allerdings „etwas“ mehr, nämlich etwa **276,5 Mrd. Euro** gezahlt worden (oder 500,7 Mrd. DM).

Alle Schiffe und Trockendocks Israels, alle Züge, alle Kraft- und Elektrizitätswerke, das Telefonnetz und anderes mehr wurden von Deutschland finanziert.

Dazu kommen militärische Patrouillenboote, U-Boote und Seezieltorpedos für 20 Prozent der Herstellungskosten, Noratlas-Transportflugzeuge, Panzermotoren und -bauteile, Infrarotgeräte zur Zielerfassung und -bekämpfung, elektronische Störsysteme und Scharfschützengewehre.

An die Jewish Claims Commission in den USA wurden zudem 61,8 Mrd. Dollar an Wiedergutmachung gezahlt und es sollen noch weitere 14 Mrd. Dollar folgen. 320 Mio. Dollar will die Bundesregierung der Claims Conference bis 2018 als „Hilfe“ für deren Arbeit zahlen, nachdem sie schon zwischen 2002 und 2008 einen Betrag von 100 Mio. Euro an spezifischen Entschädigungsforderungen gezahlt hat, so für die während des Krieges zerstörten Synagogen.

Zudem beschloss das Kabinett im November 1978, Israelis „zu einmaligen Bedingungen“ und rückwirkend bis 1956 den Eintritt in die deutschen Rentenkassen zu ermöglichen. Die Israelis, die zu Kriegszeiten vom „Naziregime“ verfolgt wurden oder deren Nachkommen erhalten seitdem von Deutschland Rentenzahlungen, sog. „Lebensschadensrenten“ von durchschnittlich ca. 800 Euro pro Monat, in Höhe von insgesamt bisher 82 - 88 Mrd. Euro.

Der Fonds „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ zahlte kurzfristig 10 Mrd. DM an ehemalige Zwangsarbeiter und stellte 2004 noch einmal 25,5 Mio. Euro zur Verfügung, diesmal für Opfer von Medizinversuchen.



Für die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ stellte Wolfgang Thierse kurzfristig 400.000 Euro bereit. Das Berliner Holocaust-Riesenmahnmal kostet jährlich 2 Mio. Euro an Unterhalt - 2006 erhöhte sich der Betrag noch mal um 355.000 Euro. 2007 gab es den Spatenstich zum „Nazi-Museum“ „Topographie des Terrors“ für 60 Mio. Euro - 60 Mio. Euro spendierte Thierse 2009 auch noch dem polnischen Auschwitz-Museum zur Sanierung.

Und nach seinem Erfolg mit dem Geld für Zwangsarbeiter und den verlorenen Versicherungspolizen legte der New Yorker Anwalt Ed Fagan 2004 bereits eine Forderung zu vom nationalsozialistischen Regime geraubter Kunst in Höhe von 1,25 Mrd. US Dollar vor und plante 2005 eine Forderung an die Bundesregierung zu unbezahlten Goldfonds aus dem Jahre 1920 in Höhe von 57 Mrd. Dollar.

Was da noch auf Deutschland zukommen soll, lässt sich auch daran erkennen, dass die israelische Regierung 2005 eine Studie beauftragt hat, mit der herausgefunden wurde, welcher finanzielle Verlust der „Holocaust“ für die Juden bedeutet habe. Dabei wurde davon ausgegangen, dass 9 Mio. Juden enteignet wurden, deren „Verdienstaufschlag“ berechnet wurde. Der Regierungsbericht kommt zu dem Ergebnis, dass der Verlust zwischen 240 Mrd. und 330 Mrd. US-Dollar betragen würde, und es heißt, Deutschland sei zu billig davongekommen.

Am höheren Wert orientiert wird damit jedem der neun Millionen Juden ein Vermögen von 39.000 Dollar zugerechnet. Umgelegt auf 80 Mio. Deutsche, die das ersetzen sollen, bedeutete das 3.000 Dollar pro Person.

Noch nicht berücksichtigt ist bei dieser Aufstellung auch, dass die jüdischen Gemeinden in Deutschland aus deutschen Steuergeldern finanziert werden. So zahlt beispielsweise Hamburg jährlich 850.000 Euro an die örtliche jüdische Gemeinde mit ihren 3.100 Mitgliedern.

Hochgerechnet auf die 86.000 in Deutschland in solchen Gemeinden organisierten Juden kann man wohl davon ausgehen, dass für diese jährlich 25 Mio. Euro an Steuergeldern aufgewendet werden.

Da man heute davon ausgeht, dass alle Verkäufe jüdischen Eigentums zur Zeit des Nationalsozialismus widerrechtlich waren, erhalten Juden heute alles, was sie damals verkauft hatten, gratis wieder zurück.

Kein Wunder also, dass die Anzahl der Millionäre in Israel bereits deutlich über dem Weltdurchschnitt liegt. Allein 2005 hat die Anzahl der israelischen Millionäre um 20 Prozent auf 7.400 Personen zugenommen.

Nachdem die „Nazi-Führungsriege“ gehenkt, die Menschen „befreit“ und das Land geplündert wurden, bleibt festzustellen, dass heute in Deutschland eine unschuldige neue Generation mit gewaltigen Strafzahlungen belegt ist.

Auch andere Länder erhalten Zahlungen. Abgesehen davon, dass Polen nach dem Krieg die Gebiete Schlesien und alles Land jenseits der Oder erhielt, bekam der Staat in neuerer Zeit auch 2 Mrd. Euro und ihm wurden 3,3 Mrd. Euro an Schulden erlassen. Zwischen 2007 und 2010 erhielt Polen von Deutschland 16,6 Mrd. Euro an EU-Geldern.

***So wie es aussieht, hat in der Geschichte der Menschheit noch nie ein Volk an andere Völker so viel gezahlt wie das deutsche!***

### ***Rentensystem***

Die Rücklagen für die Altersvorsorge der Deutschen sind dagegen verschwunden. Das vor über 100 Jahren von Bismarck begründete Rentensystem war ursprünglich kapitalfinanziert, d.h. die eingezahlten Gelder wurden für die Einzahler verwahrt und gewinnbringend investiert, vornehmlich in der deutschen Industrie. 1957 stellte Bundeskanzler Adenauer das System aber in einer „Rentenreform“ auf ein Umlagesystem um, in dem die jeweils jüngere Generation direkt für die Renten der älteren Generation aufkommt. Dadurch wurden 40 Mrd. DM Kapitalrücklagen frei.

Aus den freigewordenen Mitteln konnte damals die **Wiederbewaffnung der Bundeswehr** finanziert werden.

Welche enormen Verluste diese Umstellung aber für die heutige Generation bedeutet, kann man sich durch einen Vergleich der für eine Rente von 800 Euro nötigen Einzahlungen unter den verschiedenen Systemen klar machen:

Für eine kapitalfinanzierte Rente von 800 Euro mit 65 Jahren bei einem privaten Kapitalversicherer braucht ein 20-jähriger lediglich 100 Euro im

Monat als betriebliche Altersvorsorge aufzuwenden, während unter dem heutigen Umlagesystem bei einem durchschnittlichen Monatsgehalt dafür fast 400 Euro pro Monat Sozialabgaben von Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendig sind. Und durch das ungünstiger werdende Verhältnis von Einzahlern zu Rentnern verschärft sich die Situation weiter. 2005 kamen auf einen Rentner 3,2 Beitragszahler. 2050 werden auf einen Rentner nur noch 1,7 Beitragszahler kommen.

1995 betrugen die Rentenausgaben aller gesetzlichen Rentenversicherungen für die etwa 16 Mio. deutschen Rentner zusammen 297 Mrd. Euro. 2002 gab allein die BfA für die Rente für 9,1 Mio. Menschen 115 Mrd. Euro aus, inklusive Verwaltungskosten.

45 Prozent der Altersrenten der BfA lagen 2002 bei einem Betrag von unter 1.000 Euro. Die Zahlungen der BfA können heute nicht mehr allein durch die Einzahlungen aufgebracht werden und es ist ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt nötig. Der Bundeszuschuss für die Rentenversicherer lag 2004 bei 59 Mrd. Euro.

Der Verband der deutschen Rentenversicherungsträger VDR führt allerdings an, von den 297 Mrd. Euro seien 102 Mrd. Euro versicherungsfremde Leistungen, so z.B. 23,5 Mrd. Euro für Kriegsfolgelasten.

Aus dem Rentensystem werden auch sämtliche Versorgungsleistungen für Umsiedler, Ostflüchtlinge und Aussiedler geleistet, die niemals etwas in das System eingezahlt haben. Etwa 5 Mrd. Euro werden jährlich an die etwa 500.000 Asylbewerber im Lande gezahlt.

Besser gestellt sind die etwa 100.000 jährlich neu einwandernden Spätaussiedler, die sofort die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, auch wenn sie kein Deutsch sprechen. So werden jedes Jahr etwa 20.000 Einwanderer aus Russland willkommen geheißen (18.700 waren es im Jahr 2000).

Jedem spendiert der deutsche Staat großzügig ein Startgeld von 25.000 Euro und es gibt zudem zinslose Kredite. Es gibt 6-köpfige Spätaussiedler-Familien aus Russland mit ihren Angeheirateten, die so auf einen Schlag ein Startgeld von 150.000 Euro kassieren, mit dem sie sich sofort ein Haus kaufen können, wobei sie zusätzlich noch die normale Eigenheimzulage als Förderung kassieren.

Einige Orte haben auf diesem Wege ganze Straßenzüge mit schmucken neuen Häusern erhalten. Und wenn dann auch gleich noch die Sozialhilfe

greift, ist eigentlich schon mal eine ganz ordentliche Existenz gesichert, aber die Kosten für den deutschen Steuerzahler sind immens.

Großzügig ist der deutsche Staat nur gegenüber Nichtdeutschen, was einmal mehr die Frage aufwirft, wessen Interessen denn die „Bundesregierung“ eigentlich vertritt. Das bereits vor 1963 in Kraft gesetzte deutsche Fremdrentengesetz (FRG) wird jedenfalls vom Gedanken der Eingliederung von Fremden geprägt, d.h. die Berechtigten sollen Zahlungen erhalten, als hätten sie ihr Versicherungsleben nicht im Herkunftsland, sondern in Deutschland verbracht.

Die eigenen Vertriebenen gehören nicht zu den Berechtigten: Eine Deutsche, die als 17-jähriges Mädchen im Sudetenland den II. Weltkrieg überlebte und dann anschließend über 7 Jahre als Zwangsarbeiterin im Osten versklavt und gefangen gehalten wurde, erhält heute als Rentnerin vom deutschen Staat gerade einmal 50 Cent Rente pro Jahr der Zwangsarbeit, also 3,50 Euro pro Monat. Hätte sie einen israelischen Pass, so würde sie 600 bis 1.000 Dollar im Monat überwiesen bekommen, wo auch immer in der Welt sie lebte.

Wenn das Geld so in aller Welt an die Nachkommen der Kriegsoffer verteilt wird, erfolgt kein Aufsehen, nur wenn Geld mal als Rentenzahlung an einen normalen Deutschen nach Florida oder Mexiko geht, regen sich die Medien auf.

Perfide dabei ist, dass die Vertriebenen- und Flüchtlingsämter in erster Linie die Angelegenheiten von Ausländern oder in der Fremde Lebenden behandeln und weniger die der deutschen Flüchtlinge.

### ***Bundeshaushalt***

Das Parlament verfügt mit dem Bundeshaushalt nur über einen Teil der Einnahmen, die dem Bürger abgenommen werden. Manche Steuern (z.B. die Gewerbesteuer) sind den Gemeinden oder dem Land vorbehalten, andere, wie die Sozialabgaben für Rente und Krankenversicherung (ca. 55 Mrd. Euro), gehen direkt an die entsprechenden Träger.

Vor 40 Jahren hat der „Bund“ nur 23 Prozent für Sozialausgaben und Zinsen benötigt, 2003 waren es bereits 28 Prozent des Haushalts - allein für die Zinsen. Ende 2004 hatte der deutsche Staat - bzw. die „BRD“ als dessen Verwaltung - **1.900 Milliarden** Euro Schulden und muss dafür jährlich 80 Mrd. Euro an Zinsen aufbringen - weitere 40 Mrd. Euro zur Tilgung der Schulden.

Die Neuverschuldung 2002 betrug 78 Mrd. Euro. Die „BRD“ musste nun schon neue Schulden machen, um die Schuldzinsen überhaupt zahlen zu können. Die Neuverschuldung wäre eigentlich für jeden Unternehmer ein Indikator, dass da etwas gefährlich falsch läuft und dass hier ein Kollaps droht.

### **Für 2010 beträgt die Neuverschuldung nun 82 Mrd. Euro.**

Die Wiedervereinigung wirft bis heute Fragen auf, die den Bürgern gegenüber nicht aufrichtig beantwortet wurden, die Geschichte muss wohl anders erzählt werden. Es ist weniger die Geschichte des Wiederaufbaus maroder Ostfirmen als die Geschichte einer beispiellosen Plünderung:

Die Teilung Deutschlands durch die Alliierten nach dem letzten Weltkrieg diente einerseits der Abgrenzung von Einflussphären zwischen der Sowjetunion und den USA und andererseits der Verhinderung eines Wiederaufstiegs Deutschlands.

Deutschland wurde als Risiko betrachtet, wie es ja auch der ehemalige Außenminister Joseph Fischer in einem Buch beschrieb. Die Einflusszone Ostdeutschland wurde dann in der Nachkriegszeit von der Sowjetunion ausgehöhlt, Westdeutschland von den Westalliierten. Der Osten litt dabei mehr als der Westen.

Bis 1948 musste die so genannte sowjetische Besatzungszone 58 Prozent der gesamten Industrieproduktion als Reparationszahlung leisten. Während 1953 die Pro-Kopf-Belastung im Westen bei 305 Dollar lag, war sie im Osten mit 890 Dollar etwa dreimal so hoch.

### **„Wiedervereinigung“**

Zulassen wollte man diese nur, wenn Westdeutschland sich zu allerlei Zahlungen verpflichtete und versprach, die Firmen im Osten den Firmen im westlichen Ausland zukommen zu lassen, die DM zugunsten des Euro abzuschaffen, auch in Zukunft nichts gegen die Konfiszierungen von Besitz einzuwenden und eine dauerhafte Stationierung der alliierten Truppen im Lande zu erlauben.

Bei den „2+4-Verhandlungen“ akzeptierten Kohl und Konsorten alles bedingungslos.



Im Rahmen der Vereinigung verkaufte also die deutsche Rentenversicherung BfA den Großteil ihres Anlagevermögens, um mit dem Erlös Wohnungen für die abziehenden Sowjetsoldaten zu finanzieren und es gab Zahlungen an Russland (61,65 Mrd. DM) und Polen (10 Mrd. DM).



Mit den Firmen der DDR, der seinerzeit zehntstärksten Industrienation der Welt mit einer Produktionsfläche von über 1,6 Mio. Quadratmetern, innovativen Firmen, die Computer und Düsenflugzeuge bauten, weltberühmten Firmen für optische Geräte, 38.000 Firmen, die den Osten mit Traktoren

und den Westen mit Möbeln, Radios, Fernsehern, Kühlschränken und Bekleidung versorgten, die das einst riesige Versandhaus Quelle, das etwa 60 % der Produkte aus seinem über tausend Seiten starken Katalog aus Ostdeutschland bezog, dann im Westen vertrieb; mit all diesen Firmen wurde auf Wunsch der Alliierten vereinbarungsgemäß in einer besonderen Weise verfahren.

Die Firmen der DDR wurden großen Westfirmen durch die „Treuhand“ weit unter Wert überlassen, die sich die Filetstücke nahmen und den Rest liquidieren durften und die dafür obendrein noch Staatssubventionen erhielten. Die Waggonbau-Werke in Dessau, Leipzig, Halle, Görlitz und Berlin ließ man beispielsweise über die US-Investmentfirma „Advent“ der kanadischen Konkurrenzfirma „Bombardier“ zukommen, die die Firmen dann liquidierte und die S-Bahnen in Berlin mit gefährlich unzureichenden Bremssystemen ausstattete.

Dem französischen Ölkonzern Elf Aquitaine überließ die Treuhand die Leuna-Chemiewerke, das Minol-Tankstellennetz und – dank Helmut Kohl – obendrein noch 256 Mio. Francs (40 Mio. Euro) an Subventionen, die letztlich auf einem liechtensteinischen Konto und als Vermittlungsprovision beim französischen Geheimdienstler Pierre L  thier landeten.

**Nach vielen Geschäften dieser Art ergab sich bei der Treuhand ein Verlust von 270 Mrd. DM, zu dessen Ausgleich die Bürger mit einer Steuererhöhung in Form des Solidarbeitrags zur Kasse gebeten wurden.**

Am Ende war auch das Versandhaus Quelle nicht mehr systemrelevant und man ließ 2009 die Konkurrenz das Geschäft übernehmen, indem man Quelle die Kredite kündigte. Das ging ganz einfach, weil ein Freund des

Konkurrenz-Chefs Middelhoff von Arcandor die für Quelle zuständige Bank leitete.

Mit den DDR-Banken verfuhr man im Rahmen der Wiedervereinigung ebenfalls in besonderer Weise. In ihrem Abschlussbericht zur Situation der DDR wies die Deutsche Bundesbank für die DDR nur Auslandsschulden von rund 12 Mrd. Dollar aus. Die 550 DDR-Banken mit ihrem Gold-, Kassen- und Immobilienbesitz überließ man westlichen Banken zu einem Zehntel ihres Wertes.

Der Journalist Karl Weiss schätzt, dass die westlichen Privatbanken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank u.a.m. so einen Profit von 200 Mrd. Euro erzielten.

Man machte die Westbanken dabei auch zu rechtmäßigen Gläubigern der ganz anders funktionierenden Kredite der DDR und erlaubte ihnen dann noch, den vereinbarten DDR-Zins von 0,5 % auf westliche 10 % anzuheben und für die unter dieser plötzlichen Last zusammenbrechenden Firmen und Kommunen, man ahnt es schon, durfte wieder der deutsche Steuerzahler aufkommen.

### **Verantwortlich für diese Finanzschiebereien: Horst Köhler**

Damit das DDR-Vermögen problemlos aus Deutschland abfließen konnte, ohne auf größere Barrieren zu stoßen, hat man den weltweiten Kapitalverkehr neu geordnet und für einen freien Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg gesorgt.

Auf deutscher Seite hat sich dabei der damalige Staatssekretär im Finanzministerium besonders um einen reibungslosen Transfer der Werte ins Ausland gekümmert. Horst Köhler erwies sich dabei als einer der besten Finanz-Staatssekretäre, den die Alliierten je hatten und so beförderte man ihn nach dieser glanzvollen Ausplünderung des deutschen Steuerzahlers erst zum Chef des IWF und dann zum deutschen Bundespräsidenten.

Der Umgang der Regierung Kohl mit dem Eigentum anderer im Zuge der Wiedervereinigung lässt auch in anderer Hinsicht auf einen völligen Rückgratverlust der deutschen Politiker schließen. Wie der Deutsch-Russisch-Dolmetscher der Verhandlungen in seinen Memoiren berichtet, sollen von russischer Seite im Vorfeld der



Verhandlungen auch Pläne der Universität Moskau für eine Wiederangliederung von Ostpreußen, Pommern und Schlesien angesprochen worden sein, doch Genscher soll Polen bekniert haben, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. Mehr „Wiedervereinigung“ wollte er gar nicht ...



Zum anderen hätte die Kohl-Regierung dann eigentlich die von der DDR zwischen 1945 und 1949 verstaatlichten Betriebe den Eigentümern zurückgeben müssen, behielt sie aber unter dem Vorwand, dies sei sowjetische Vorbedingung für die Vereinigung gewesen.

Das wies Gorbatschow aber später zurück, das hätte er nie gefordert. Mit dieser „**Wiedervereinigungslüge**“ ergaunerte sich die BRD-Regierung damals aber Firmen im Wert von 600 Mrd. DM, wie Constanze Paffrath in ihrer Doktorarbeit recherchierte.

Im Rahmen der Vereinigung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl zugestimmt, die DM zugunsten des Euro abzuschaffen, obwohl sich die DM gegenüber anderen Währungen eine internationale Stellung als Reservewährung erarbeitet hatte. Dafür hatte die damalige Bundesbank als unabhängige nationale Bank gesorgt, während in anderen Ländern die Banken eher den Weisungen der Politik folgten oder sogar denen eines privaten Kartells wie in den USA.

Man sorgte also dafür, dass die unabhängige Bundesbank ihre Funktion an eine politisch weisungsgebundene Europäische Zentralbank abgab. Durch die Abgabe der Macht über die Zinserhöhung, die Wechselkurse und das Gelddrucken hat Deutschland damals auf seine wichtigsten Instrumente zur Wirtschaftssteuerung verzichtet.

Dies war aber eine Bedingung der Alliierten an Helmut Kohl, damit er den „Kanzler der Einheit“ spielen durfte. Ohne Rücksicht auf deutsche Interessen stimmte er auch hier vorbehaltlos zu.

Neben dem Verlust der Währungshoheit hat dies für Deutschland zur Folge, dass seitdem die gesamten deutschen Exportüberschüsse von jährlich etwa 200 Mrd. Euro nicht mehr Deutschland allein zugute kommen, sondern allen Ländern der Euro-Zone, die zusammen nur 10 Mrd. Euro Exportüberschüsse erwirtschaften.

**Für Deutschland bedeutet dies ein jährliches Defizit von 190 Mrd. Euro gegenüber der Zeit mit der DM!**

Der Finanzminister und sein Wirtschaftsexperte von damals, Prof. Dr. Schiller und sein Bankenexperte Prof. Dr. Hankel hatten die heute bestehenden Finanzprobleme vorausgesagt und sich seinerzeit mit aller Kraft gegen die Abgabe dieser hoheitlichen Funktionen ausgesprochen, konnten sich aber gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Kohl nicht durchsetzen.

**An die EU wird Deutschland 2010 so die Rekordsumme von 26 Mrd. Euro überweisen.**

Schon von Anfang an war Deutschland Spitzen-Nettozahler. Laut einer Untersuchung von Prof. Willekes von der Universität Heidelberg hat Deutschland zwischen 1990 und 2002 netto 278,9 Mrd. Euro mehr an die EU gezahlt als erhalten.

**Bundeskanzler Kohl hatte Deutschland dazu verpflichtet, konstant mindestens 40 % aller EU-Kosten und Subventionen zu übernehmen.**

**Kanzlerin Merkel hat 2005 unter dem Jubel der Presse 2 Mrd. Euro mehr zugesagt.**

Es wird somit langsam klar, dass der Hauptzweck der CDU weniger „christlich-demokratisch“ ist, sondern mehr darin besteht, Deutschland uneingeschränkt zum Zahlmeister für die EU, die NATO, die UN und zahlreiche andere Organisationen zu machen.

Dabei stehen die Alliierten des zweiten Weltkrieges in der ersten Reihe. Bis 1983 hatte die Bundesrepublik alle Forderungen aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 bezahlt, doch durch die Vereinigung lebte die Schuld erneut auf und am 03.10.1990 versprach die Bundesrepublik, die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen erneut zu bedienen.

Besonders weit vorn stehen die USA. Zusammen mit den 50 Mrd. Euro im jährlichen US-Außenhandelsdefizit, den 80 Mrd. Euro für die Schuldentilgung, den 6 Mrd. Euro für das in Deutschland stationierte US-Militär und den 31,5 Mrd. Euro für die Bundeswehr bzw. NATO sind es heute etwa 167,5 Mrd. Euro, die Deutschland jährlich an die USA zahlt.

Mit diesem Geld könnten **80 Mio. Deutsche** mit monatlich 173 Euro entlastet werden.

## **Besatzungskosten**

Rund 25.000 britische und 68.000 amerikanische Soldaten sind noch auf deutschem Boden stationiert, mit 159 Abrams-Panzern, 173 Panzern M2, 18 Raketenwerfern und über 100 Atombomben. Das sind deutlich mehr, als es einem freundschaftlichen Austausch im Rahmen einer Zusammenarbeit entspricht. Dieser Umfang entspricht einer vollen Besatzungsstärke, wie im Irak.

Das Recht zur Stationierung und ihre absolute Bewegungsfreiheit haben sich die alliierten Streitkräfte im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung heimlich verlängert. Und nach Art. 120 des Grundgesetzes übernimmt Deutschland die Besatzungskosten. Die alliierten Soldaten kosten Deutschland etwa 6,9 Mrd. Dollar jährlich, von denen 1,2 Mrd. Dollar durch die Übernahme von Stationierungskosten getragen werden und 5,7 Mrd. Dollar als „foreign development assistance“ („ausländische Entwicklungshilfe“).

Während Japan nur 78 % der Kosten der dort stationierten amerikanischen Soldaten übernehmen muss, ist für Deutschland im Artikel 120 des Grundgesetzes festgelegt, dass Deutschland die Aufwendungen für die Besatzungskosten voll zu tragen hat.

In Grafenwöhr wurde **2005** mit dem **Neubau eines Truppenübungsplatzes für 3.400 amerikanische Soldaten** begonnen, wobei allein die militärische Infrastruktur 650 Mio. Euro kostete.

Die Militärflughäfen Spangdahlem (Eifel) und Ramstein (Pfalz) wurden **2005** für die Nutzung durch die US Air Force für 400 Mio. Euro ausgebaut, weil die Basis am Flughafen Frankfurt (Main) nicht mehr als Haupttor für den Einsatz in Europa ausreichte.



Und nach Aussagen des sächsischen Innenministeriums dient der für 350 Mio. Euro ausgebaut Großflughafen Leipzig nicht nur der DHL, sondern vor allem **der NATO als internationales Drehkreuz.**

Die DHL hat in diesem Rahmen Versorgungsflüge in den Irak und nach Afghanistan übernommen und seit 2008 fliegen täglich durchschnittlich 1.500 US-Soldaten von Leipzig zu ihren Einsätzen ab. Zudem will

Deutschland in Leipzig für die Response Force der NATO bis zum Jahr 2012 sechs Antonow-Transportflugzeuge anschaffen und stationieren, von denen jedes 120 Tonnen Kriegsgerät weltweit zu einem beliebigen Einsatzort bringen kann. Die Kosten dafür wurden mit 7,2 Mrd. Euro beziffert. Die eigenen Streitkräfte kosten Deutschland dabei „nur“ 31,5 Mrd. Euro jährlich.

Zusammen mit den Kosten für die in Deutschland stationierten US-Soldaten hat Deutschland damit fast ebenso hohe Militärausgaben wie Russland mit 35,4 Mrd. Euro. Mit Blick auf die angrenzenden Länder ist heute eigentlich jede Sorge unberechtigt, Deutschland könnte von einem Nachbarn angegriffen werden und auch das Feindbild Terrorismus und die Verfolgung von Taliban in den Wüsten Afghanistans taugen kaum dazu, die ausgegebenen Milliarden für Kriegsschiffe, U-Boote und Hunderte von Panzern zu rechtfertigen.

### ***Kriegszahlungen***

Für die von den USA geführten Kriege ist zudem auch immer wieder eine Beteiligung fällig: 6 Mrd. Dollar zahlte Deutschland 1991 für den 1. Golf-Krieg.



Anfang 2004 hatte Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch in Washington Unterstützungszahlungen für den Irakkrieg in Milliardenhöhe zugesagt. Deutschland bildet seitdem irakische Offiziere und Polizisten aus, hat Hunderte LKW an die neue irakische Armee geliefert, dient für die Amerikaner als Nachschubdrehscheibe und versorgt die verletzten GI's. Weitere deutsche Milliarden wurden für die Osterweiterung der NATO zugesagt.

250 Mio. Euro werden jährlich an die Terror-Spezialeinheit KSK ausgegeben.

Die zwei U-Boote zum halben Preis und den Satz Patriot-Raketen sowie 3 Fregatten im Februar 2008 im Wert von 1,5 Mrd. Euro als Geschenke an Israel noch gar nicht mitgerechnet ...

Neben diesen Rüstungsmilliarden fallen die Zahlungen für Entwicklungshilfe fast gering aus: Für die Zeit zwischen 2005 und 2008 flossen 320 Mio. Euro Aufbauhilfe nach Afghanistan, zusätzlich zu den 821.000 Euro für Liberia, den 683.000 Euro für Norduganda und den 500.000 Euro für Somalia usw.

Die restlichen bedürftigen Länder der Welt erhielten gegenüber Afghanistan zusammengekommen im Jahr 2003 „nur“ 71,5 Mio. Euro.

An die verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen (UN) gehen dann noch mal 900 Mio. Dollar jährlich.

Kleinigkeiten, wie die 4,7 Mio. Euro an die Türkei für die Behandlung der dort lebenden Angehörigen der in Deutschland arbeitenden und versicherten Türken, sind da kaum erwähnenswert ...

Doch Geld wird auch noch ganz anders verschoben: als Kredit, als Zinszahlung, als Bezahlung und als Gewinnabführung. Irgendwie funktioniert der ganze freie Markt und Welthandel gegen Deutschland.

Deutschland hat die letzten sechzig Jahre in zunehmendem Maße wirtschaftliche und finanzielle Unterstützungsleistungen an die USA, an Israel, an die EG, die NATO und die UN geleistet. 2008 erreichten die Zahlungen ein Ausmaß, das der deutsche Steuerzahler nicht mehr zu verkraften vermag.

### ***Das Bankwesen***

Die faulen Kredite der amerikanischen Lehman-Bank brachten das Fass zum Überlaufen. Sie machten den deutschen Landesbanken zu schaffen und waren vom deutschen Steuerzahler schließlich nicht mehr aufzubringen.

Die Banken spielen beim Verschieben deutschen Geldes ins Ausland eine besondere Rolle, weil viele der rund 30.000 Pleiten deutscher Firmen pro Jahr vermeidbar wären, wenn die Banken den deutschen Unternehmen mit Krediten weiterhelfen würden, anstatt das Geld ins Ausland zu verschieben. Oft ist bei den insolventen deutschen Firmen sogar die Auftragslage gut und es fehlte den Unternehmen nur das nötige Geld, um das Material für Aufträge vorzufinanzieren.

Nach einer Umfrage der Handwerkskammer Münster im Jahre 2004 werden 27 % der Kreditanträge der Handwerksbetriebe von ihren Hausbanken abgelehnt. Eine Umfrage des Münchener ifo-Instituts bei 1.000 Firmen Anfang 2004 hatte zum Ergebnis, dass 79 % der Befragten angaben, nicht zu hohe Löhne, sondern Kapitalmangel und die Kreditvergabepraxis der Banken seien schuld am deutschen Innovationsmangel. So sahen nach einer GEM-Umfrage 2003 in Deutschland auch nur 13 % gute Chancen für Unternehmensgründungen, während es z.B. in Finnland 48 % waren.





Die Deutsche Bank spielt dabei ganz vorn mit. Sie ist eine Art deutsche Zentralbank, auch wenn sie nicht selbst Euros drucken darf. Sie dient den meisten deutschen Banken als Zwischenstation für die Abwicklung von Geldgeschäften mit dem Ausland, berät die Bundesregierung und andere Banken und gewährt anderen deutschen Banken Kredite, wenn diese welche brauchen.

Letztlich erweist sie sich aber weniger als Bank der Deutschen, sondern mehr als Interessenvertretung von englischen und amerikanischen Banken in Deutschland.

Ihr Machtzentrum hat die Deutsche Bank denn auch in London und dort spricht man explizit von einer „De-Germanization“ der Deutschen Bank. So war die Deutsche Bank schon maßgeblich am Verkauf von Mannesmann an Vodafone beteiligt, aber erst 2003 ging man die Eroberung des deutschen Marktes richtig an. Dazu gründete man die „Initiative Finanzstandort Deutschland“ (IFD), deren Sprecher Josef Ackermann wurde. Mitglieder der Initiative waren ausschließlich amerikanische Investmentbanken, nämlich die deutschen Vertreter von Lehman Brothers, Goldman Sachs, Morgan Stanley, JPMorgan, Citibank und Merrill Lynch.

2003 beriet die Deutsche Bank, angeführt von Josef Ackermann, Gerhard Schröder und seinen Finanzminister Hans Eichel dahingehend, Zweckgesellschaften wie die IKB für den Handel mit Risikopapieren einzurichten (Bad Banks).

Der deutsche Staat folgte dieser Weisung praktisch sofort und förderte diese Spezialbanken noch mit dem Erlass der Gewerbesteuer. Der „verstärkte Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente“ wurde im Koalitionsvertrag von SPD und CDU beschlossen. Inzwischen gibt es die „Bad Banks“ längst.

Das Bundesministerium der Finanzen ließ sich 2003 dann ein Gutachten dazu erstellen, wie es denn den Kreditbedarf des Mittelstandes besonders fördern könnte. Das Gutachten wurde an die Boston Consulting Group vergeben. Man hatte der Boston Consulting Group aber womöglich nicht gesagt, dass es bei der Fragestellung darum ging, den deutschen und nicht den amerikanischen Mittelstand zu fördern. Heraus kam dann nämlich die Empfehlung, doch in amerikanischen Asset Backed Securities (ABS) zu investieren, die man heute als Schrottimmobilien bezeichnen würde.

Alsdann warf sich das Bundesfinanzministerium mächtig ins Zeug, deutsche Banken in ABS investieren zu lassen. Der ministerielle Aufseher der Bankenkontrollen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz der BaFin, SPD-Mitglied Dr. Jörg Asmussen, war praktischerweise gleichzeitig Beiratsmitglied der IKB-Bank und Mitglied im Gesellschafterbeirat der Lobbyorganisation für den Verkauf von ABS in Deutschland, der True Sale International GmbH, und erleichterte im Jahr 2006 den Kauf der ABS, indem er sein Ministerium anwies, dabei **keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen zu lassen.** Nach dieser Glanzleistung wurde er zum Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen befördert.



Die IKB kaufte in der Folge massenweise Asset Backed Securities und man schob das wohl größte Verbriefungsprogramm Europas an, womit Deutschland den Großteil der US-Schrottimmobilien von rund 2 Billionen Euro übernahm.

Die BaFin prüfte die IKB 2005 und fand alles großartig und auch der Aufsichtsrat sah kein Risiko.

Der amerikanische Investmentguru Jim Cramer meinte derweilen bei einem Fernsehauftritt in den USA, die deutschen Bankiers seien echte Deppen, denen könne man alles verkaufen.

Als die Immobilienfonds 2007 einbrachen, sperrte die Deutsche Bank der IKB die Kredite und in der Konsequenz brach die IKB zusammen. Der deutsche Staat rettete die IKB darauf mit 10 Mrd. Euro und verkaufte sie dann für 150 Mio. Euro an den amerik. Private Equity Fond Lonestar.

Auch bei der Einrichtung der DEPFA als Zweckgesellschaft für die Hypo Real Estate (HRE) half die Deutsche Bank mit. Die DEPFA, 1922 für den deutschen Kleinwohnungsbau gegründet, hat heute ihren Hauptsitz in Irland und weitere Büros in den USA und in Israel. Eins ihrer Aufsichtsratsmitglieder ist der Rechtsanwalt Bernd Knobloch, Sohn der ehemaligen Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Die Bank übernahm mit ihrem US-Ableger First Albany Securities in New York, Chicago und an anderen Orten gewaltige Mengen wertloser ABS in Höhe von rund 400 Mrd. Euro. 2008 hatte die DEPFA plötzlich über ein Finanzloch in einer Größe von 50 Mrd. Euro zu klagen und wollte mit einer deutschen Staatsbürgschaft gerettet werden.

Der Staat unterstützte die Deutsche Bank auch in anderer Weise mit seiner Steuergesetzgebung. Die Deutsche Bank hat neben Niederlassungen in Deutschland und den USA auch welche in den Steuerparadiesen Luxemburg, Jersey, der Schweiz, in Dubai und in Irland. In Deutschland zahlt die Deutsche Bank keine Steuern mehr. Im Jahr 2000 erhielt sie umgekehrt vom deutschen Finanzamt ca. 8 Mrd. Euro.

Aber natürlich erhalten die Shareholder stets ihre Dividenden und die Topmanager ihre fürstlichen Gehälter. Während die Firmen und Konzerne 1967 noch 42 % zum Steueraufkommen beitrugen, waren es 2003 nur noch 8 %. Und mit der Kapitalsteuer-„Reform“ 2007 wurden die Unternehmen noch einmal weiter entlastet, um den Standort Deutschland für Firmen attraktiver zu machen.

Auf Weisung des Staates haben die deutschen Banken mit den so genannten Basel-II-Vorschriften die Kreditvergabe an deutsche Unternehmen deutlich erschwert. Die Banken verweigern den deutschen Unternehmern seitdem oft auch kleinste Kredite, während sie das Geld großzügig und vorzugsweise an US-amerikanische und englische Firmen weiterreichen. Während die Kreditbedingungen für deutsche Unternehmen verschärft wurden, gab die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 2002 der amerikanischen Fluglinie UAL 500 Mio. Dollar Kredit aus Geldern, die eigentlich für deutsche Mittelstandsfirmen gedacht waren.

Da seit dem erklärten Krieg gegen den Terrorismus die Passagiere internationale Flüge mit amerikanischen Fluggesellschaften meiden, sind die US-amerikanischen internationalen Fluglinien deswegen in eine schlimme Krise geraten. Da ist deswegen derzeit kein Geschäft zu machen.

Die Hessische Landesbank gab der amerikanischen Fluglinie UAL 216 Mio. Dollar, die Norddeutsche Landesbank 131 Mio. Dollar, die HypoVereinsbank 97 Mio. Dollar, die Bayerische Landesbank 75 Mio. Dollar und die Deutsche Bank 47 Mio. Dollar. Auch die HSH Nordbank und die Dresdner Bank gaben über 30 Mio. Dollar Kredit.

Nachdem UAL Insolvenz anmeldete und alle deutschen Gelder verloren waren, fanden die Entlassungen vor allem bei den deutschen Banken statt.



Auch die deutsche WestLB, deren Eigentümer zu 43 % das Land Nordrhein-Westfalen ist, arbeitet offensichtlich in erster Linie zum Wohl des Auslands: Anstatt deutsche Firmen vor der Insolvenz zu bewahren, investierte und

verlor sie lieber einige 100 Mio. Dollar mit der US-amerikanischen Flugzeugleasingfirma Boullion Aviation.

Dem britischen TV-Geräteverleiher Boxclever, der praktisch schon pleite war, gab die WestLB noch einen Kredit von 1,3 Mrd. Pfund (etwa 2 Mrd. Euro) und musste dann 2002 mit einem Jahresverlust von 1,7 Mrd. Euro, dem größten in der Geschichte der Bank, fast selbst Insolvenz anmelden.

Das Geschäft mit Boxclever war von der amerikanischen Finanzmanagerin Saunders für die WestLB eingefädelt worden. Nachdem die WestLB 2003 nochmal 860 Mio. Euro in Boxclever investiert hatte, gab sie den Verlustbringer Anfang 2004 wieder für 518 Mio. Euro zurück. Trotz dieser Pleite erhielt der Chef der WestLB, Jürgen Sengera, später eine Abfindung von ca. 3,5 Mio. Euro.

Zu dieser Zeit war Peer Steinbrück (SPD) Finanzminister in Nordrhein-Westfalen und kassierte für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat bei der WestLB pro Jahr **25.000 € zusätzlich**. Er fühlte sich offensichtlich den Firmen und Arbeitern bei der britischen Boxclever mehr verpflichtet als den Firmen und Arbeitern, die ihn gewählt hatten.



**Kein Wunder also, dass Peer Steinbrück anschließend Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und dann Bundesfinanzminister wurde.**

Die verlorenen Gelder stammen größtenteils aus dem Bundesvermögen, der Salzgitter AG, der Preussag AG, aus Zonenrandförderungsgeldern und aus dem Verkauf von 7.500 bundeseigenen Wohnungen. Der damalige Chef des Aufsichtsrates der Preussag AG und spätere Chef der WestLB, Friedel Neuber, verwandelte in kürzester Zeit ein Bundesvermögen von 12 Mrd. Euro in 5,4 Mrd. Euro Schulden.

Als Prof. Dr. Selenz 1998 als Vorstand der Preussag AG eine um 2,5 Mrd. DM fehlerhafte Bilanz unter solchen Umständen nicht unterschreiben wollte, warf Neuber Selenz einfach heraus.

### ***Beteiligungen***

Die landeseigene Wohnungsgesellschaft LEG verkaufte Nordrhein-Westfalen 2008 zum Spottpreis der US-Investmentbank GoldmanSachs.

Die erhöhte sofort die Mieten der 92.000 Wohnungen. Investiert wurde aber nichts - es ist nun damit zu rechnen, dass NRW völlig heruntergekommene Wohnungen wird zurückkaufen oder abreißen lassen müssen.

Das Stahlunternehmen Preussag kaufte dann den Reiseanbieter TUI und damit das marode englische Reiseunternehmen Thomas Cook, als die Schulden dieses Unternehmens bei der WestLB erdrückend waren. So half man der WestLB und Thomas Cook, aber zu Lasten des Bundesvermögens und damit des Steuerzahlers.

Das alles geschah im Einvernehmen mit der Politik. Der Ex-MdB Wolf-Dieter Zumpfort berichtete im ARD-Bericht aus Berlin freimütig, dass hierfür über eine Clearingstelle in der Schweiz „*Geld in Umschlägen unter dem Tisch an Politiker und Beamte*“ verteilt wurde.

Als es Ende 2003 in der Presse breit hieß, dass der amerikanische Chiphersteller AMD 2,4 Mrd. Euro in Dresden investieren wollte, wurde das als Indikator dafür hingestellt, was für ein investitionswürdiger Standort Deutschland doch sei. Näher hingeschaut bedeutete das aber, dass AMD von den 2,4 Mrd. Euro nur 900 Mio. selbst investierte und 1,5 Mrd. Euro als Landes- und Bundesbürgschaften in Form von deutschen Fördergeldern an AMD gegeben wurden. Bei dieser asymmetrischen Investition würde man eigentlich die Aktienmehrheit in deutscher Hand sehen wollen. Oder man hätte für ein paar Euro weniger eine eigene Fabrik bauen können.

Auch bei anderen großen Firmen gibt es durch die Freundschaft und die Konsenshaltung mit der US-amerikanischen und englischen Politik ganz neue, kreative Wege, die von deutschen Arbeitern erzeugten Vermögen ins Ausland zu verschaffen.

So kaufte die Telekom im Sommer 2000 die marode amerikanische Firma Voicestream, die eigentlich höchsten 10 Mrd. Euro wert war, für völlig überteuerte 40 Mrd. Euro. Interessant ist dabei, dass durch dieses Vergrößern des Besitzes der Telekom andere Aktionäre mit ins Boot kamen, wie die US-Investmentbank Goldman Sachs, so dass die Telekom, die zuvor zu 58 % der Bundesrepublik Deutschland gehörte, seitdem nur noch zu 44 % in deren Besitz ist.

Die BRD hat durch diesen Kauf die Mehrheit an der Telekom abgegeben. 4,5 % an der Telekom hat dann Mitte 2006 noch der amerikanische Equity Fond Blackstone bekommen, herein gebeten vom deutschen



Finanzminister Peer Steinbrück. Durch den Geldtransfer von 40 Mrd. Euro von der deutschen Telekom konnten in den USA dann allerlei strukturelle Verbesserungen bei VoiceStream durchgeführt werden, während es in Deutschland bei der Telekom Entlassungen gab. So weit zur Einkaufsstrategie der Telekom.



Man muss sich einmal vorstellen, was für ein Riesenbetrag diese 40 Mrd. Euro sind. Ein Vergleich mit den Werten des Bundeshaushaltes 2004 zeigt die Größenordnung: Ohne solche Verluste wäre für viele Vorhaben ausreichend Geld vorhanden.

Warum hat die staatseigene Telekom dem Bund nicht einen Kredit in einer Höhe eingeräumt, der die Zinszahlungen ins Ausland wesentlich verringert hätte?

Nicht nur beim Einkaufen, auch beim Verkaufen macht die Telekom nicht unbedingt Gewinn. Im Oktober 2005 trennte sich die Telekom von ihrem 49%-Anteil an dem Servicenummernanbieter Digame, der Telefonabstimmungen durchführt. Bei einem Umsatz von ca. 60 Mio. Euro erzielte Digame in 2004 einen Gewinn von rund 4 Mio. Euro und der Wert der Firma wurde auf mind. 50 Mio. Euro taxiert. Doch die Telekom erhielt beim Verkauf an die Beteiligungsgesellschaft Spütz nicht nur nichts, sie legte beim Verkauf noch 39 Mio. Euro drauf und trat auch ihre 10%-Beteiligung an der holländischen Holding Twister mit an die Spütz AG ab.

Kontrolliert wird die Spütz AG von dem israelischen Geschäftsmann Jacob Agam. Die Zeitung „Die Welt“ schrieb, Jakob Agam hätte der Telekom Antisemitismus vorgeworfen und mit einer Klage vor US-Gerichten gedroht. Nach einem verlustreichen Kauf durch Ron Sommer nun ein verlustreicher Verkauf an Jakob Agam ...

Der Verkauf von Mannesmann an Vodafone, von Digame an Spütz und des Dualen Systems an KKR zeigt, wie deutsche Riesen von ausländischen Zwergen übernommen werden können.

Die Übernahme des Dualen Systems ist dabei beachtenswert, weil es sich hier auch wieder um reines Staatseigentum handelt. Die Firma „Das Duale System Deutschland“, Der Grüne Punkt, wurde als Monopol in Deutschland angelegt und die deutschen Einzelhändler wurden staatlich verpflichtet, Verpackungen mit dem grünen Punkt zurückzunehmen.

Gleichwohl Fachleute den Wert der Firma auf 1,6 Mrd. Euro schätzten und die Firma allein auf ihrem Bankkonto 836 Mio. Euro auswies, verkaufte der Staat 2004 das Duale System Deutschland für lediglich 260 Mio. Euro an den US-amerikanischen Hedgefonds KKR. Der Hedgefonds KKR nahm zum Erwerb einen Kredit auf, den er dann aus der erworbenen Firmenkasse des Dualen Systems Deutschland zurückzahlte.

Nach diesem Prinzip plant der Staat inzwischen auch den Verkauf deutscher Wälder an ausländische Firmen und Fonds.

## **Geldanlagen**

Die US-Bank Lehman Brothers ist schon etwas Besonderes, was sich allein daran zeigt, dass sie in den USA zwischen 2000 und 2008 die Anzahl von 360 Strafgerichtsverfahren durchzustehen hatte. Einige Prozesse wegen Bilanzbetruges richteten sich dabei direkt gegen den Firmenchef Richard Severin Fuld.



Als die US-Bank Lehman Brothers 2008 pleite ging, verloren etwa 50.000 deutsche Rentner und Sparer bei der Citibank, der Dresdner Bank und den Sparkassen ihre kleinen Ersparnisse eines ganzen Arbeitslebens. Der durch die Pleite von Lehman verursachte Schaden in Höhe von rund 300 Mrd. Dollar entstand schwerpunktmäßig außerhalb der USA - und da die USA sich ausländischen Kunden nicht verpflichtet fühlen, bestand für die USA bei der Pleite auch kein Anlass, die Bank zu retten.

Bei Lehman Brothers waren die Zertifikate zudem von vornherein nie für eine Rückzahlung vorgesehen, sondern die Einnahmen wanderten direkt in einen Bilanzausgleich.

Verwundert beginnen die Sparer deswegen heute langsam zu verstehen, dass gegenüber früher die Räuber bei einem Bankraub nunmehr auf der anderen Seite des Tresens stehen. Und während die Bankräuber früher gefasst und ins Gefängnis geworfen wurden, erhalten Sie heute als Vorstände und Aufsichtsräte prächtige Boni für ihre Verbrechen ...

In den neunziger Jahren wurden Zertifikate von US-Banken wie Lehman Brothers, Goldman Sachs oder Meryll Lynch als Finanzprodukte entwickelt, etwa zur selben Zeit, als Penny Pritzker, die amerikanische Hotelerbin der Hyatt-Kette, die Verbriefung von hochriskanten Hypothekenbriefen erfand, deren Umsatz man auf 600 Mrd. Dollar



schätzte. Zertifikate ermöglichten ein besonders einträgliches Geschäft mit Anlegern außerhalb der USA.

Zielgebiet war insbesondere Deutschland, denn es war bekannt, dass die Deutschen weltweit die größte Menge an Ersparnissen auf einfachen Sparkonten hatten - über 3,4 Billionen Euro.

Zertifikate zeigen Kursbewegungen, die zwar einen Bezug zu einer Aktie, einem Index oder einem Rohstoff haben, die ansonsten aber finanzmathematisch relativ frei definiert werden können. Damit sind der Kreativität der Derivate-Entwickler keine Grenzen gesetzt. Es können Schwellen und Hebel eingebaut sein, die das Geld sehr schnell vom Anleger zur Bank befördern. Die Investmentlegende Warren Buffett nannte die Derivate „finanzielle Massenvernichtungswaffen.“

Sollte eine Kursbewegung doch einmal ungünstig für eine Bank sein, so darf diese den Kurs einfach aussetzen. Am besten für die Banken ist aber, dass Zertifikate den Sparern im Falle einer Pleite nicht ersetzt zu werden brauchen, sie gehören nicht zu den abgesicherten, geschützten Vermögensanlagen. Die Lehmann-Zertifikate wurden in Deutschland insbesondere von der Deutschen Bank an ihre Anleger und Sparer vermittelt.

Schließlich waren allein bei der Deutschen Bank rund 30.000 Rentner geschädigt und rund 125 Mrd. Euro hatten den Besitzer gewechselt. Die einen verloren zwar, andere gewannen dadurch aber.

**Im November 2007 erhielt der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, in New York den großen Orden der Lehmann-Bank verliehen, den Herbert H. Lehman Human Relations Award. Im Juni 2009 erhielt die bundesdeutsche Kanzlerin Angela Merkel für ihre Zuarbeit in Washington einen Preis, den man nach dem Bankier Eric M. Warburg benannt hatte.**

### ***Aufsicht***

Als Schutzinstitution für die Investoren sollte eigentlich die deutsche Bankenaufsicht wirken, das Bundesministerium der Finanzen (BaFin). Die BaFin hatte aber nie etwas gegen den Verkauf von Zertifikaten in Deutschland, woran erkennbar ist, dass die BaFin eher als Schutz Einrichtung für die US-Banken arbeitet denn als Schutz Einrichtung für die deutschen Sparer, was wenig verwundert, wird die BaFin doch nicht durch Steuergelder, sondern durch Umlagen der von ihr beaufsichtigten Banken finanziert.



Auch die Landesbehörden der BaFin, die Ordnungsämter der Landräte, prüfen praktisch nie die lokalen Finanzvertriebe wie AWD, MAGUS, PHOENIX usw. auf den Strukturvertrieb wertloser Wertpapiere ab, sondern prüfen allenfalls die Bücher der angeschlossenen provisionierten Handelsvertreter daraufhin, ob die denn auch brav alles nach oben abgeliefert haben. Und nachdem der Finanzanleger PHOENIX die 100.000 Euro Ersparnisse des Rentners Paul Lange verzockt hatte, erhielt sein Rechtsanwalt nicht einmal Einsicht in die Prüfungsunterlagen der Ämter, trotz Informationsfreiheitsgesetz.

Die Vernachlässigung der Interessen der deutschen Anleger ist bei der BaFin praktisch Routine. Als die isländische Kaupthing-Bank Ende 2008 pleite ging, sahen sich 30.000 deutsche Kunden als Geschädigte. Aber völlig unnötig, denn in Österreich, Norwegen, Finnland und Schweden erhielt jeder Kaupthing-Kunde sein Geld zurück, wenn er es wollte. In Deutschland aber sperrte die BaFin die Konten der Kaupthing-Bank und so konnten die deutschen Anleger ihr Geld nicht zurückerhalten.

### **„Heuschrecken“**

Auch anderes spricht dafür, dass die deutschen Behörden keineswegs die Interessen der deutschen Sparer schützen. Beispielsweise verdienen US-Banken heute auch daran, wenn deutsche Hauseigentümer ihre Kredite und Hypotheken nicht mehr bedienen können. So haben sie so manches Haus in Deutschland für 30 % des Wertes bekommen. Die Hypo Bank ließ den US-Investor Lone Star verdienen und verkaufte ihm 1.350 Kreditportfolios, weitere bekam Goldman Sachs.



Eine verschärfte Form dieses Geschäfts ist bei der Hypo Real Estate Bank der Verkauf von gut bedienten Hypotheken an US-Inkassounternehmen wie die Hudson Advisors GmbH, eine Firma, die gar kein Interesse an Rückzahlungen hat, sondern die die Kredite umgehend kündigt. Obwohl beispielsweise Sybille R. aus Wahlitz bei Magdeburg den Kredit für die Renovierung ihres Hauses planmäßig zurückgezahlt hatte, leitete das US-Inkassounternehmen die Zwangsversteigerung ihres Hauses ein.

Auch Sparkassen verkauften gut bediente Kredite an den US-Fonds LoneStar weiter, der diese sofort vollstreckte, wie Christian Jentzsch in einer ARD-Dokumentation berichtete.

Rechtsanwälte und die Justiz helfen auch noch auf anderen Wegen bei einer Neuverteilung deutschen Immobilienbesitzes mit: New Yorker Anwälte führen in Deutschland unter den Besitzern älterer Häuser und Grundstücke aus der Zeit vor 1945 systematisch Analysen der Grundbücher über die Besitzverhältnisse dahingehend durch, ob man diese Häuser und Grundstücke nicht zugunsten jüdischer Vorbesitzer beanspruchen könnte. Den New Yorker Anwälten gelingt es dabei auch, in Erfahrung zu bringen, wie es um die betreffenden Privatvermögen der Hausbesitzer steht und neben der Enteignung stellen sie dann Forderungen für Nutzungsausfall, mit denen sie das Privatvermögen zielgenau abschöpfen. Es erfolgt dann über deutsche Gerichte eine ersatzlose Enteignung.

Als Dieter S. im Jahre 2001 ein Haus in Görlitz mit acht Wohnungen von seinem Vater erbte, war das Haus völlig heruntergekommen und praktisch unbewohnbar. Doch er renovierte es in vier Jahren aufwändig, um dann die Wohnungen vermieten zu können. Als er gerade mit dem Renovieren fertig war, meldeten sich die Gerichte und verlangten die Hergabe des Hauses, weil es früher in jüdischem Besitz gewesen sei.

Sein Vater hatte das Haus zwar von einer Bank erworben, doch das zählte nicht. Das geerbte Haus wurde Dieter S. per Gerichtsbeschluss ohne irgendeine Entschädigung abgenommen. Nicht einmal die Renovierungskosten wurden erstattet.

Damit aber nicht genug, die Jewish Claims Commission verlangte nun für die vier Jahre, die das Haus im Besitz von Dieter S. war, eine Nutzungsausfallentschädigung von 100.000 Euro und beanspruchte damit quasi die gesamten Lebensersparnisse und Altersrücklagen des Rentners. Und die „Gerichte“ gaben der Jewish Claims Commission Recht, Dieter S. verlor sein Erbe und musste zusätzliche 50.000 Euro zahlen.

Diese gezielten Abschöpfungen machen klar, wie gefährlich es ist, seine finanziellen Verhältnisse Banken und anderen Organisationen wie der Schufa oder der Creditreform gegenüber genau anzugeben. Zu Tausenden werden ahnungslose Bürger Opfer von BRD-Gesetzen und -Verordnungen, die man nur als kriminell bezeichnen kann.

Laut Beschluss des Bundesgerichtshofes soll z.B. Karl-Heinz Fröhlich den Rest eines Kredites zurückzahlen, den sein Großvater für einen Gutshof aufgenommen hatte, den er damals betrieb. Als ihm jedoch 1950 von der DDR das Gut ohne Entschädigung enteignet wurde, konnte der Großvater den Kredit nicht mehr vollständig zurückzahlen. Karl-Heinz Fröhlich soll nun, laut Gerichtsbeschluss, für seinen Großvater aufkommen.

Rund 700 deutsche Familien waren 2008 mit solchen Forderungen konfrontiert und teils mit gerichtlichen Zwangsvollstreckungen bedroht. Und der **Bundestag der Deutschen** (?) hat diesen Forderungen 2001 per Gesetz Legitimität gegeben. Kriminell ist dieses Gesetz auch insofern zu nennen, als dass wahrscheinlich kein Abgeordneter selbst betroffen ist, etliche Abgeordnete aber durch Aufsichtsratsantien der Banken davon profitierten.

## **Filmindustrie**

Vor einigen Jahren versuchte die US-Filmindustrie noch darauf hinzuwirken, dass in Europa sämtliche Filmsubventionen verboten werden, doch dann fand man eine bessere Lösung: Die Filme aus den Hollywoodstudios werden heute teils aus deutschem Anlegerkapital finanziert und die Studios erhalten obendrein noch deutsche Staatssubventionen.

Etwa 9 Mrd. Dollar sind so seit 1999 aus Deutschland nach Hollywood geflossen, wobei etwa die Hälfte aus Inhaberschuldverschreibungen für Filmfonds stammt, die letztlich über steuerliche Abschreibungen in Deutschland finanziert sind. „Stupid German Money“ nennt man das in den USA.

Der von Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) ins Leben gerufene „Deutsche Filmförderfonds“ (DFFF) unterstützte beispielsweise 2007 Tom Cruise bei seinem Anti-Hitler-Film mit 5 Mio. Euro. Diese Fördersumme übersteigt die Produktionskosten der meisten deutschen Filme bei weitem. Oft resultierten Filme zur Holocaust-Thematik wie „Schindlers Liste“ oder „Der Pianist“ aus diesen Förderungen. Zwischen 1989 und 2003 wurden allein mehr als 170 Filme mit Holocaust-Themen gedreht, manche Quellen verzeichnen sogar 429 Titel.

Manchmal fallen Filme zu diesem Thema aber auch so grottenschlecht und unglaublich aus, dass sie die Kinos gar nicht erst erreichen, so wie ein Film von Jerry Lewis, in dem er einen Clown spielt, der Kinder in KZ-Gaskammern führt ...

## **Exporte**

Auch die gepriesene Exportweltmeisterschaft der deutschen Wirtschaft mit einem Ausfuhrüberschuss von 195 Mrd. Euro allein 2007 verdient genauere Betrachtung. Verschiedenes spricht dafür, dass es sich hier eigentlich um verdeckte Reparationszahlungen, Subventionen oder um eine Weltmeisterschaft im Spendieren handelt.

Die Besteuerung spricht dafür, weil es auf Exporte keine Steuern gibt. Während die Deutschen im Inland auf alles 19 Prozent Umsatzsteuer zahlen müssen, erhalten Ausländer die deutschen Produkte ohne Aufpreis und die Mehrwertsteuer wird ihnen sogar zurückerstattet, sollten sie diese versehentlich gezahlt haben. Regierungen im Ausland können ihre Verkaufssteuern aufschlagen und verdienen.

Der Preis spricht des weiteren dafür, weil es sich bei vielen Exporten um ein Zuschussgeschäft handelt: Die Preise deutscher Fahrzeuge sind in den USA beispielsweise bis zu 50 Prozent niedriger als in Deutschland, trotz sehr viel besserer Ausstattung, trotz Spezialanpassung an die amerikanischen Sicherheitsvorschriften und trotz Verschiffung im Container.

Ein Golf, der in Deutschland 20.000 Euro kostet, ist in den USA so für lediglich 10.000 Euro zu haben. 5,5 Mio. Fahrzeuge werden jährlich in Deutschland produziert, ein Drittel der europäischen Gesamtproduktion, 20 Prozent der Weltproduktion.

Wenn 2008 Fahrzeuge im Wert von 73 Mrd. Euro in die USA exportiert wurden, so wurden den USA bei einem gegebenen US-Rabatt von 50 Prozent also rund 73 Mrd. Euro spendiert.

Und schließlich bleibt auch zu fragen, wer denn letztlich von diesen Exportüberschüssen profitiert. Soweit diese nämlich von ausländischen Firmen in Deutschland erzielt werden, fließen sie als Gewinne ins Ausland ab - für Deutschland bleiben nur die Späne der Arbeit, die Entlassenen, die Kranken, die Verunfallten und die Umweltverschmutzung ...

### ***Subventionen***

Die Reformen der Bundesregierung dienen nicht dem Wohlergehen der einfachen Bürger, sondern dem der großen Firmen. Der Redakteur Karl Weiss von der Berliner Umschau schätzt, dass durch die „Reformen“ von den großen Firmen heute pro Jahr 100 bis 150 Mrd. Euro weniger an Steuern erhoben werden als vor der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.

**Bei Angela Merkel hat sich dahingehend nichts geändert. Im Gegenteil: es ist noch rapider vorangetrieben worden!**

Viele der größten Firmen im Lande haben sich so regelrecht zu verdeckt **antisozialen Organisationen** entwickelt. Anders kann man es nicht nennen, wenn eine Firma wie Infineon erst 1 Mrd. Euro an Subventionen

für ihre Fabrik in Mitteldeutschland bekommt, dann aber 2003 erklärt, sie wolle zum Teil ins Ausland umziehen.

Die abwandernde Körber AG erhielt ebenfalls einige Millionen Euro an Subventionsgeldern. Eine Fachhochschule in Ost-Berlin entwickelte für sie eine Hochleistungsschleifmaschine und die will die Körber AG aber jetzt von der Schweiz aus verkaufen und den Standort Berlin aufgeben.

Müller-Milch erhielt 31 Mio. Euro Subventionen für den Stellenaufbau in den „neuen Bundesländern“, schloss aber zwei Standorte in Westdeutschland und der Eigentümer verlegte seinen privaten Wohnsitz zuerst in die Schweiz und dann nach Österreich.

Und so zahlt die Bundesrepublik jedes Jahr ca. 25 Mrd. Euro an Subventionen. Für Firmen gibt die BRD damit insgesamt mehr an Subventionen aus als für die ganze Sozialhilfe zusammengenommen.

Ein Großteil der jährlichen Unternehmenssteuern von 70 Mrd. Euro fließt so an Unternehmen zurück, die nichts Besseres zu tun haben, als das Geld ins Ausland weiterzureichen. Es ist aber bei so einem Umzug nicht nur der Verlust an Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen zu sehen, man muss auch sehen, dass diese Firmen alle Patente und Rechte mit ins Ausland nehmen, die von deutschen Ingenieuren entwickelt wurden.

Damit dadurch bei den Kapitalgesellschaften genügend viel abfließen kann, hat die Steuerreform von Finanzminister Hans Eichel anno 2000 dafür gesorgt, dass steuerlich versierte Kapitalgesellschaften praktisch keine Steuern mehr zu zahlen brauchen. Kapitalgesellschaften können ihre Buchgewinne an Beteiligungen (z.B. durch gestiegene Aktienkurse) steuerfrei realisieren, Buchverluste (z.B. durch gefallene Aktienkurse) dagegen dürfen sie steuerlich abschreiben.

Erst als Vodafone 2004 die unverschämte Summe von 52 Mrd. Euro abschreiben wollte, fiel der Öffentlichkeit auf, was für eine Vorzugsbehandlung hier legitimiert wurde. Tatsächlich erlaubte der Staat 2009 der Firma Vodafone eine Abschreibung von 15 Mrd. Euro.



Allein bei den 30 DAX-Firmen schätzt man steuerlich legitimierte Buchwertverluste von 100 Mrd. Euro pro Jahr: Siemens z.B. zahlte 2002 in Deutschland keine Steuern, ließ sich vielmehr 349 Mio. Euro vom Finanzamt auszahlen, zahlte aber im Ausland Steuern.

Auch so kann man das Geld vom deutschen Steuerzahler ins Ausland pumpen. Seit der Steuerreform 2000 dürfen deutsche Konzerne ihre ausländischen Verluste mit den inländischen Gewinnen verrechnen, was den Steuerzahler viele Milliarden kostet. Und wenn ein großer Konzern Firmenanteile verkauft, so kann er die Gewinne steuerfrei kassieren. Macht dies aber ein kleiner Handwerker mit seinem Betrieb am Ende seines Erwerbslebens, so ist er voll steuerpflichtig.

Die großen Firmen werden auch in den nächsten Jahren keine Steuern zahlen und die Steuerlast wird zu den kleineren Firmen, zur Einkommensteuer und Lohnsteuer der einfachen Arbeitnehmer verschoben. Kein Wunder, dass es den Menschen in Deutschland immer schlechter geht und sie immer höher belastet werden.

**Während im Fernsehen Bilder von kriminellen Bürgern gezeigt werden, die an der Grenze zur Schweiz von der Polizei geschnappt wurden, wie sie 10.000 Euro ins Ausland schmuggeln wollen, entgeht es der Aufmerksamkeit völlig, wie die großen Firmen und Banken mit der Unterstützung und dem Wohlwollen des „Staates“ Milliardenbeträge ins Ausland abfließen lassen.**

**Während der „Staat“ für die Öffentlichkeit mit der Lupe nach den kleinen deutschen Termiten am Bau sucht, übersieht er dabei geflissentlich, wie global agierende Elefanten das ganze Haus niedertrampeln.**

Bei den geschäftlichen Verlusten der Wirtschaft bei Auslandsgeschäften scheint die Ursache weniger darin zu bestehen, dass es inkompetente Nieten in Nadelstreifen an die Spitze von Großkonzernen geschafft haben, es scheint eher so zu sein, dass bewusst korrupte Manager und Entscheider an Schlüsselstellen installiert werden, damit man mit ihrer Hilfe gezielt Geld abfließen lassen kann.

Wie sonst wären nach den für die Firmen ja gigantischen Pleiten die hohen Abfindungen für diese Manager zu erklären und wie sonst, dass diese danach regelmäßig schnell die nächste Chance erhalten, ihr unheilvolles Management in einer anderen Firma fortzusetzen. Angesichts dieser gigantischen Fehlleistungen ist es schierer Hohn, wenn da einige äußern, die hohen Managergehälter seien wegen der gewaltigen Personalverantwortung der Manager durchaus gerechtfertigt. So wie es angesichts der heutigen Massenentlassungen aussieht, beziehen die Topmanager ihre Topgehälter eher proportional zu ihrer Skrupellosigkeit.



Der französische Historiker Emmanuel Todd erinnert sich an den Skandal der Credit Lyonnais und meint, dass ein massives finanzielles Engagement in den Vereinigten Staaten immer der Ankündigung einer Katastrophe gleichkommt. Wie wird sich also z.B. Siemens entwickeln, wenn im Aufsichtsrat inzwischen schon drei der Herren nicht mehr aus Deutschland sind?

Zuletzt trat im August 2003 der in New York lebende Jerry I. Speyer in den Siemens-Aufsichtsrat ein, um hier seine Kollegen John D. Coombe und Sir Ian Vallance zu unterstützen. Wie viele Deutsche sitzen eigentlich im Aufsichtsrat von General Electric?!

Die Abschöpfung der Deutschen zugunsten des Auslands wird sich jedenfalls so schnell nicht ändern. Das machte eine Anfrage des CDU-Parlamentariers Martin Hohmann klar. Der fragte 2003:

1. *Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern? – Die Antwort war: **Die deutsche Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union wird ohne Abstriche eingehalten.***
2. *Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter 10 Milliarden DM zur Verfügung gestellt worden sind? – Die Antwort war: **Man könne die beiden Fälle nicht vergleichen. Die Bundesregierung wird sich gegenüber Russland, Polen und der Tschechischen Republik auch nicht für eine symbolische Entschädigung und ein Zeichen der Genugtuung für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzen.***
3. *Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – vor allem jüdische – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen? – **Die Antwort war: Nein, der Respekt vor dem damaligen Leiden dieser Menschen gebiete, das Entschädigungsniveau uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.***

Und sein Fazit fasste Hohmann anschließend so zusammen:

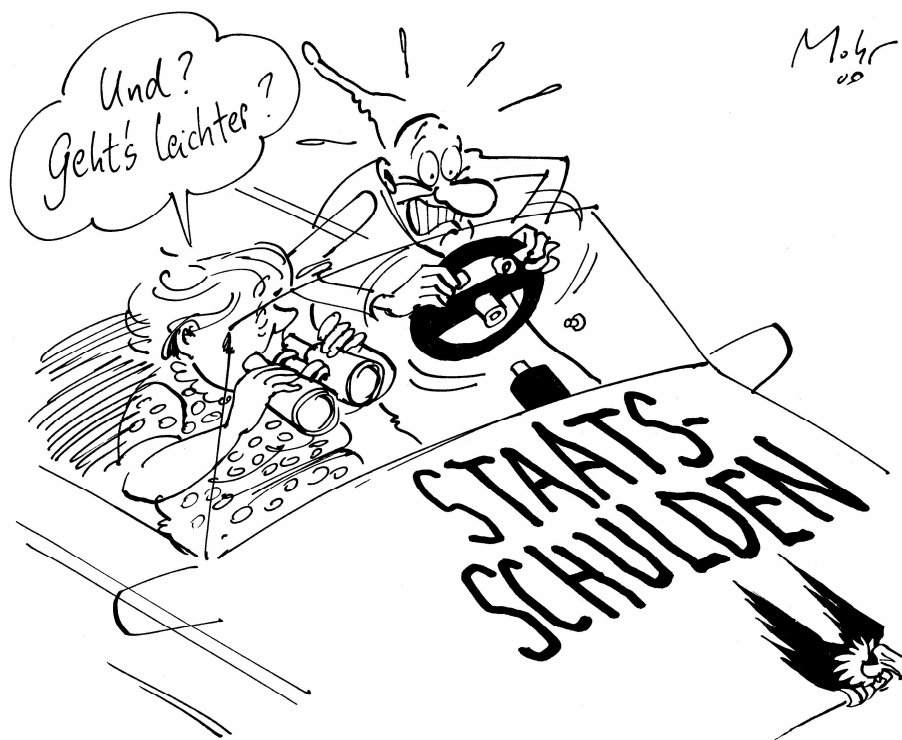
*„Mich haben diese Antworten nachdenklich gemacht und sie bestätigen die in unserem Land weit verbreitete Anschauung: Erst kommen die anderen, dann wir. Überspitzt gesagt: Hauptsache, die deutschen Zahlungen gehen auf Auslandskonten pünktlich und ungeschmälert ein. Dafür müssen die Deutschen den Gürtel halt noch ein wenig enger schnallen.“*

*Offen gestanden, ich würde mir einen Konsens wünschen, wie er in vielen anderen Ländern der Welt besteht. Dort lautet dieser Konsens: Der eigene Staat muss in erster Linie für die eigenen Staatsbürger da sein. Wenn schon eine Bevorzugung der Deutschen als nicht möglich oder nicht opportun erscheint, dann erbitte ich wenigstens Gleichbehandlung von Ausländern und Deutschen.“*

Da die Politik selbst keine Konsequenzen zieht, statt dessen den Ausverkauf Deutschlands immer weiter vorantreibt und es uns dadurch aufgrund ständig steigender Belastungen immer schlechter gehen wird, kann es darauf nur eine einzige Antwort geben:



## Zum Thema



# Ein Staatsgeheimnis

*„Den Interessen unseres Volkes wird nicht gerecht, wer schon "Amen" sagt,  
wenn in Washington noch gebetet wird.“  
Willy Brandt*

Herbst 1989. Der Zweite Weltkrieg war offiziell noch nicht beendet, da ein Friedensvertrag bislang fehlte und die Uno-Charta erlaubte jedem Mitglied der Vereinten Nationen, zwischen Rhein und Oder einzumarschieren, sollten die Deutschen eine „aggressive Politik“ verfolgen.

Die Deutschen in Ost und West durften nicht ohne Zustimmung der vier Siegermächte über ihre Grenzen entscheiden, nicht gegen alliierten Willen einen einheitlichen Staat begründen, nicht ohne Zustimmung der Sieger Berlin zur Hauptstadt machen. Die Sowjets behielten sich sogar das Recht vor, bei Bedarf die Vertretung der DDR sowohl international als auch gegenüber der Bundesrepublik zu übernehmen. Wie bei einem Vasallen.

Und wollte ein Bundeskanzler einem amerikanischen Präsidenten das geteilte Berlin zeigen, konnte er gern mit dem US-Staatspräsidenten in den Westteil reisen – jedoch als Gast des Amerikaners. Und natürlich flogen Westdeutsche nur in Flugzeugen der Westmächte, also mit Pan Am, British Airways und Air France. Die Alliierten verboten der Lufthansa, von Hamburg, Köln oder München an die Spree zu fliegen.

So war Deutschland offensichtlich nur ein Spielball der Alliierten.

Die Amerikaner verfolgten mit kaltem Blick ihre eigenen Interessen und favorisierten dafür ein geeintes Deutschland in der Nato, was sie offen aussprachen. Als der Bonner Nato-Botschafter nachfragte, wie das zu deuten sei, entgegnete ein US-Kollege:

**„Diese Forderung enthält ein Element der Warnung an alle Deutschen, die eine Neutralität ihres Landes befürworten.“**

Beim EG-Gipfel im Straßburger Kongresspalast war Margaret Thatcher völlig außer sich über die Pläne der Vereinigung und fauchte:

*„Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!“*

Zwar hatten Bonns westliche Verbündete über Jahrzehnte hinweg erklärt, sie würden eine Wiedervereinigung begrüßen. Das hatte man aber angeblich nur getan, so argumentierte Thatcher, weil man geglaubt hatte, dazu würde es nie kommen.

Anfang 1990 war der Stand der Dinge dann so:

Die Europäer waren gegen eine Einheit, die Amerikaner verlangten Unmögliches und die Sowjets blockierten. Nur durch die Unruhen, die Ausreisen und den friedlichen Protest der „DDR“-Bewohner kam die Einheit ins Rollen, andernfalls hätte der Traum von der Einheit wohl erstmal stagniert.

Doch die Aufbruchstimmung der Deutschen verunsicherte auch die Amerikaner. James Baker machte daraufhin schnell seinen Machtanspruch geltend und zeigte, wer hier wirklich das Sagen hat: *„Die Deutschen wollen wohl die Einheit unter sich ausmachen – das läuft nicht!“*



Und so schufen die Alliierten mit dem Anschluss (**ein Anschluss ist KEINE Wiedervereinigung!**) der DDR an die BRD den Rahmen, den sie für ihre eigenen Interessen für am verträglichsten hielten.

**Für die deutsche Wirklichkeit bedeutete das keine Souveränität gemäß „2+4-Vertrag“** (der 13 Tage später suspendiert wurde, wie ich ausführlich in meinem Buch „Die Jahrhundertlüge“ darlegte), **sondern lediglich den Austausch der „4-Mächte-Vereinbarungen“ gegen die „Vereinbarungen mit den 3 Mächten“.** Damit behielten die Alliierten weiterhin die volle Kontrolle über unser Land!

Und wer glaubt, dass dies heute im Jahr 2011 alles anders ist, der irrt. Deutschland wird auch weiterhin kontrolliert und als Marionette benutzt, nur diesmal passiert das Ganze im Geheimen. Ein freies Deutschland gibt es auch heute noch nicht.

Und so schrieb ich in meinem Buch „Die Jahrhundertlüge“ auch von dem „Geheimen Staatsvertrag“ und der „Kanzlerakte“. Die Echtheit dieser Dokumente zweifeln noch immer viele Menschen an.

Und somit greife ich nun dieses Thema nochmals auf:



So bestätigte Generalmajor Gerd-Helmut Komossa, ehemaliger Kommandeur der 12. Panzerdivision und vorheriger Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in dem Buch „Die deutsche Karte“ beide Dokumente.

Ich fand dazu auch bestätigende Aussagen eines Professors in den „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) aus dem Jahr 2007.

Letztlich möchte ich noch die Aussagen von Egon Bahr erwähnen, der als Weggefährte Brandts bekannt ist und die Dokumente ebenfalls bestätigte:



## Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis

Herbst 1969: Bundeskanzler Willy Brandt wird ein Schreiben vorgelegt. Erst weigert er sich, es zu unterzeichnen – dann tut er es doch



© dpa

Willy Brandt bei seiner Vereidigung als Kanzler am 21. Oktober 1969. Kurz danach wurden ihm Schreiben der Alliierten vorgelegt

### *Auszüge aus dem Textbeitrag:*

Brandt war empört, dass man von ihm verlangte, »einen solchen Unterwerfungsbrief« zu unterschreiben. Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Da musste er sich belehren lassen, dass Konrad Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Ludwig Erhard und danach Kurt Georg Kiesinger. Dass aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare geworden waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur Nato 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden war, änderte daran nichts. Er schloss: »Also habe ich auch unterschrieben« – und hat nie wieder davon gesprochen.



Damit dürfte auch der Sachverhalt, dass die Alliierten der Regierung Schriftstücke vorlegen, die unterschrieben werden müssen und klarmachen, wer das Sagen in unserem Land hat, hinlänglich bewiesen sein. Und wer immer noch Zweifel hegt, der möge genau darauf achten, welche Reisen ein neuer „Bundeskanzler“ immer zuerst macht... Amerika, England, Frankreich, Russland.

Ist Ihnen das noch nie aufgefallen?

Und auch wenn das eingefügte Schriftstück des BND nie in seiner Echtheit bestätigt werden kann und sich sogar als Fälschung herausstellen sollte, wie es immer wieder behauptet wird, so bestätigen die Aussagen der benannten Zeugen den Sachverhalt doch eindeutig!

**Und wer soll es denn besser wissen als ein ehemaliger Bundeskanzler selbst?!**

Zu der Thematik „Deutsche Souveränität“ möchte ich abschließend noch auf ein Interview eingehen, welches der russische Sicherheitsexperte Alexej Fenenko gab:

**Frage:**

Ist Deutschland durch den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ tatsächlich souverän geworden?

**Alexej Fenenko:**

*„Erstens ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag. Bislang haben weder Russland noch die Westmächte einen Friedensvertrag mit Deutschland.*

*Zweitens wurden nach dem Bonner Vertrag von 1952 vier Einschränkungen der deutschen Souveränität beschlossen: das Verbot von Referenden zu militärpolitischen Fragen, Verbot des Anspruchs auf den Abzug der alliierten Truppen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags. Zudem wurde die Beschlussfassung vor den Beratungen mit den Siegermächten sowie die Entwicklung einzelner Bestandteile der Streitkräfte, darunter der Massenvernichtungswaffen, verboten.*

*Diese Einschränkungen wurden vom Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht aufgehoben und gelten offiziell bis heute.“*

**Frage:**

Wieso? Ist die Zeit für die Unterzeichnung der Friedensverträge noch nicht gekommen?

**Alexej Fenenko:**

„Anfang der 1990-er Jahre hatten Großbritannien und Frankreich Angst vor Deutschland. Erinnerungswert sind einige interessante Tatsachen aus der neuesten Geschichte Deutschlands. Als Jugoslawien 1991 zerfiel, erkannte Deutschland einseitig die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Frankreich und Großbritannien stimmten dieser Entscheidung nicht zu. Im Gegenzug drohte Deutschland mit dem Ausstieg aus der Europäischen Gemeinschaft. Danach überredeten Paris und London den US-Präsidenten Bill Clinton, die US-Militärpräsenz in Deutschland um jeden Preis zu erhalten, um die deutsche Politik zu kontrollieren.“

**Frage:**

Wie sieht die Situation um die US-Militärpräsenz in Europa aus, darunter in Deutschland?

**Alexej Fenenko:**

„Seit zwei Jahren ist diese Frage eine der wichtigsten in der europäischen Sicherheit. Im April des vergangenen Jahres verabschiedete der Bundestag eine Empfehlung des Kabinetts Merkel und schlug vor, die Frage über den Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Deutschland zu erörtern. In diesem Vorschlag gibt es zwei wichtige Aspekte. Erstens gibt es seit 1957 US-Atomwaffen in Deutschland. Das ist ein sogenannter Schutzschirm der USA. Falls Deutschland keine US-Atomwaffen braucht, braucht es auch keine Sicherheitsgarantien der Amerikaner. Das kann bedeuten, dass Berlin eine eigene Militärpolitik entwickeln will. Zweitens kann Berlin die Frage nach einem vollwertigen Friedensvertrag stellen, falls es seine militärische Selbstständigkeit ausbauen will. Diese Frage wird in Deutschland regelmäßig besprochen. In dieser Situation verkünden die USA, dass es notwendig sei, die gemeinsame Atompolitik der Allianz zu erhalten. Die Präsenz der taktischen US-Atomwaffen sei eine Prerogative der ganzen NATO. In Wirklichkeit wird dies gemacht, um Deutschland weiter zu kontrollieren. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass Deutschland Russland sehr braucht. Es weiß gut, dass Russland als Siegermacht wohl nicht dagegen sein würde, einmal einen vollwertigen Friedensvertrag im militärpolitischen Bereich zu erörtern.“

Ich fasse es nochmals zusammen:

**Kein Friedensvertrag - keine Souveränität - keine Freiheit!**

## 65 Jahre

*„In diesem Klima, gemischt aus Erpressung, Heuchelei und Demagogie auf der einen Seite, Feigheit, Opportunismus und Verrat aller politischen Einsichten und Grundsätze auf der anderen Seite, kann natürlich keine wahre und gesunde öffentliche Meinungsbildung geschehen.“*

*Kurt Ziesel*

65 Jahre sind inzwischen vergangen, seit Deutschland besetzt und unter Fremdherrschaft gebracht wurde. Unsere „Vertreter“ feiern diesen Tag als „Tag der Befreiung“.

Und in der Tat wurden am 8. Mai 1945 Millionen der damals lebenden Deutschen „befreit“: von ihrer Heimat, von ihrem Besitz, von ihrer Freiheit, von ihrer Unschuld und von ihrem Leben ...

Was hat sich bis heute daran geändert?

Peter Scholl-Latour hat unter dem Titel „Geheimakte Zweiter Weltkrieg“ zu einigen Staaten kleine Absätze geschrieben. Einen Abschnitt über Deutschland möchte ich an dieser Stelle zitieren:

*„Wird Deutschland von der CIA regiert? Am 12. Mai 1949 genehmigen die Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszonen das vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitete Grundgesetz.*

*Was kaum bekannt ist: Es lässt "rechtsfreie Räume" in Westdeutschland zu, in denen die Besatzungsmächte frei von Gesetzen schalten und walten dürfen. Ob es um die heimliche Stationierung von Atomwaffen und CIA-Folterhäusern in den 60er Jahren oder um geheime CIA-Gefängnisse und -Flüge Anfang des 21. Jahrhunderts geht: Was auf den vielen Quadratkilometer großen Geländen der US-Armee wie Rammstein Air Base, Truppenübungsplatz Grafenwöhr oder im United States European Command geschieht, hat die Deutschen nicht zu interessieren - ebenso wie, dass die US-Geheimdienste praktisch jedes Telefonat in Deutschland abhören können.*

*Bis heute tobt darum unter Juristen ein Meinungskampf darüber, wie souverän Deutschland wirklich ist. Kritiker sagen: Ein Machtwort der USA sorgte dafür, dass Deutschland nach dem Mauerfall keine vom Volk verabschiedete Verfassung bekam, sondern das Grundgesetz behielt.*

Wie Sie sehen können, ist der Zustand der Fremdherrschaft und der Besetzung des Landes bis heute unverändert.

Mit den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des „Grundgesetzes“, haben „die da oben“ nochmals klargestellt, dass sie die „BRD“ für das Optimum deutscher Staatlichkeit halten: der freieste, der wohlhabendste Staat auf deutschem Boden, geachtet und geliebt in der ganzen Welt ... man kennt die Sprüche.

Mal ganz davon abgesehen, dass das Kaiserreich (1871-1918) für seine Zeit wesentlich freier und erfolgreicher war (hohe Geburtenrate, junge und gesunde Gesellschaft, funktionierende Sozialversicherungen, nur ca. 2% Arbeitslosigkeit, positives Selbstbild der Deutschen, Erfindungen und wirtschaftlicher Aufschwung in der Gründerzeit, Blüte von Kunst und Kultur), sollen solche Leerformeln, zu allen passenden und unpassenden Gelegenheiten ausgestreut und von den Medienhuren wohlfeil verbreitet, die Krisenzeichen übertünchen, die jeder bereits mit bloßem Auge zu sehen vermag, die aber medial schöngeredet, überlagert oder verdrängt werden.

Diese werden die „Erfolgsgeschichte BRD“ in absehbarer Zeit vor die Existenzfrage stellen und soziale Revolten heraufbeschwören, die diese Republik im Herbst ihres „Staaten“lebens und ihre Nutznießer in Behörden, Konzernen, Parteipolitik, Lobbygruppen und Kartellmedien nur mit Hilfe des polizeilichen Repressionsapparats, also durch mehr Überwachung, mehr Polizei (brutales Niederknüppeln von nationalen Protestzügen, ausgeweitete nachrichtendienstliche Erfassung durch Polizei und Inlandsgeheimdienste wie VS, MAD und BND), mehr Justiz (politische Verfahren, Kriminalisierung Nationaler) und mehr Sondergesetze (Ausweitung von Gummiparagrafen wie den § 130 StGB) in den Griff bekommen werden.

Die heraufziehende Existenzkrise wird durch folgende entscheidende Entwicklungen heraufbeschworen:

### **Massenarbeitslosigkeit**

Trotz oder gerade wegen der Hartz-IV-“Reformen“ ist die Arbeitslosigkeit 2010 wieder bei der stattlichen Zahl von mehreren Millionen angelangt. Doch selbst diese Zahlen sind noch schön gefärbt, zurechtgebogen, kunstvoll manipuliert.

Denn: Es wurden so viele Gruppen (Tausende Jugendliche in Umschulungen, ältere Menschen ab 55, die nicht mehr "vermittelbar" sind, arbeitslose Mütter, Ein-Euro-Jobber, Arbeitslose die von privaten Vermittlern "betreut" werden, rund 1,5 Millionen Kurzarbeiter, deren Gehälter der „Staat“ zahlt und die ihr blaues Wunder später erleben werden, wenn ihnen die Zeit der Kurzarbeit als Beitragszeit aberkannt oder nur geringfügig angerechnet wird usw.) herausgerechnet, dass die "Arbeitslosenstatistik" nichts, aber auch gar nichts mehr über die Erwerbslosigkeit aussagt. Sie ist ein trauriger Witz auf Kosten des Volkes.

Tatsächlich liegt die Arbeitslosigkeit bei ca. 8 - 9 Millionen. Doch zu dieser Statistik in einem anderen Kapitel mehr.

Diese abgeschobenen Menschen werden sich auf Dauer nicht einfach an den Rand drängen lassen, sondern – völlig zurecht – ihre Teilhabe an der Gesellschaft fordern und sich eine politische Interessenvertretung suchen.

### **Abgleiten des deutschen Mittelstandes**

Durch hohe Besteuerung ausgelaugt, entnervt durch eine mittelstandsfeindliche Politik und die korrupte Wirtschaftselite, die selbst kräftig einsteckt (explodierende Managergehälter), aber andere ständig zum Verzicht aufruft, wird der deutsche Mittelstand zum großen Verlierer. Schon die ungerechte Steuerlast engt die wahren Leistungsträger der Nation immer weiter ein, die sich in Zukunft mehrmals überlegen werden, für Nachwuchs zu sorgen oder Pläne für eine Auswanderung schmieden.

Damit dünnt die Schicht der Leistungsträger aus, sie reproduziert sich (im Gegensatz zur Unterschicht) nicht mehr in genügendem Maße oder rutscht sozial ab. Die Folgen dieser Entwicklung werden dramatisch sein.

### **Konflikte mit sich ausdehnenden Ausländerghettos in den Großstädten**

Jeder weiß es, traut es sich aber nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen: Die Masseneinwanderung und das menschenverachtende Gesellschaftsexperiment "Multikulti" sind restlos gescheitert. Beide gefährden den Frieden in unserem Land, gefährden die Deutschen und ihre Heimat.

Bereits 2030 werden ca. 30 Millionen Türken in Deutschland leben und ihren Anteil an Besitz und Macht einfordern. Jetzt noch junge Türken, von denen nur 5% in der Berufsausbildung stehen (Berlin), die sich Ehepartner aus Anatolien einfliegen lassen, deren Ehen zu 90% scheitern – dann

haben die Frauen allerdings Bleiberecht, ohne Deutsch zu können, ohne einen Schulabschluss zu besitzen – werden die Mehrheit in den Innenstädten der Großstädte stellen.

## Der deutsche Steuerzahler bezahlt seine eigene Existenzgefährdung!

### Astronomische Staatsverschuldung

Die galoppierende Staatsverschuldung, ausgelöst durch absurde „Bankenrettungspakete“, wird Generationen von Deutschen belasten und finanziell in die Knie zwingen. Auch eine Währungsreform, mit der sich der Staat auf Kosten der Bürger von seinen Schulden befreit, ist durchaus möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich.

Zunächst werden allerdings wieder mehrere Steuererhöhungen auf uns zukommen. Eines ist dabei jedenfalls sicher: Wenn die Steuererhöhungen kommen, dann allerdings immer erst nach den Wahlen!

### 60 Jahre Grundgesetz

Möglich macht diese fatale Entwicklung immer noch der unerschütterliche Glaube des Volkes an das „Grundgesetz“ und die darin enthaltenen Floskeln. Niemand hinterfragt mehr etwas ...

In einer Umfrage zu dem Thema „Ich bin stolz auf das Grundgesetz“, votierten 65 Prozent (Ost) und 77 Prozent (West) positiv (siehe Grafik 1).



Interessanter ist da schon Grafik 2:

Insgesamt 86 Prozent kennen den Text des „Grundgesetzes“ dabei nicht oder nicht genau.

Das nenne ich unerschütterlichen Glauben – der „Tagesschau“ sei Dank!



Aber auch wenn der Text des „Grundgesetzes“ jedem bekannt wäre, änderte das nichts an der Tatsache, dass es sich dabei nur um Floskeln handelt, an die sich „die da oben“ in keiner Sekunde halten ...

Denken sie bei der nächsten Feier zum „Grundgesetz“ an diese Tatsachen!

## Besteht noch Hoffnung?

Zumindest was die britischen Streitkräfte in Deutschland anbelangt, könnte sich da demnächst etwas ändern. So heißt es in einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP:

*„Die Konservativen in Großbritannien wollen im Falle eines Wahlsieges die 25.000 in Deutschland stationierten britischen Soldaten abziehen. Der verteidigungspolitische Sprecher der Tories, Liam Fox, sagte dem „Daily Telegraph“, andere NATO-Verbündete könnten die Aufgabe der Sicherung des europäischen Kontinents übernehmen und auf diese Weise die britischen Truppen für Einsätze außerhalb Europas freisetzen.“*

Dem letzten Satz ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken, denn man denkt freilich nicht daran, das 1945 niedergeworfene Deutschland sich selbst zu überlassen, man möchte nur nicht mehr selbst Streitkräfte und Geld dafür ausgeben, sondern überlässt das anderen Nationen:

*„Wenn die neuen NATO-Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere Polen, in Deutschland für Ersatz sorgen würden, hätten die Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs mehr Raum für Einsätze außerhalb Europas.“*

Die Ankündigung einer fremden Besatzungsmacht, die Truppen abziehen, würde freilich in den meisten Ländern großen Jubel auslösen, in der „BRD“ hingegen sorgt man sich zumindest offiziell, laut WELTONLINE, darüber:

*„Ein militärischer Abzug der Briten aus Deutschland kann freilich unter den ökonomisch mit den Stationierungsorten verflochtenen deutschen Gemeinden nur Alarm auslösen. Die britischen Truppen und ihre Angehörigen steuern der deutschen Wirtschaft jährlich rund 1,5 Milliarden Euro bei; viele infrastrukturelle Arbeitsplätze gingen bei dem Abzug verloren.“*

**Also auf in die nächsten 65 Jahre ...**



## Die Käuflichen

*„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat, sondern seit Ende 1990 eine Parteien-Diktatur und genau genommen ein juristischer Trickbetrug mit arglistiger Täuschung.“  
Prof. Dres. von Hüller*

Es ist wieder einmal „WM“. Und wieder einmal sitzt ganz Deutschland vor dem Fernseher und misst dem Fußball mehr Bedeutung zu als den Dingen, die gerade wieder gegen ihre Interessen entschieden werden und eigentlich ihre absolute Aufmerksamkeit erforderten.

Und dabei schwenken sie die Fahnen der „BRD-GmbH“, jubeln einer zu 70 Prozent mit Ausländern besetzten „National“mannschaft zu und zaubern Frau Merkel damit ein Lächeln ins Gesicht. Ja, die Ablenkungen funktionieren gut in unserem Land.

Ein junger Bundestagsabgeordneter sagte vor einigen Jahren einmal: *„Je mehr das Volk wegsieht, um so mehr Macht bekommen die da oben!“* Und genau aus diesem Grund gibt es die vielen Zerstreuungen in den Medien ja auch – um das Volk abzulenken und regierbar zu halten!

In einem Interview äußerte Egon Krenz in diesem Zusammenhang etwas, dem ich vorbehaltlos zustimmen kann:

*„Wenn man sich nicht für die Wahrheit interessiert, dann wird man zur Strafe von unfähigen korrupten Verbrechern regiert. Politiker werden nicht eingesetzt, um etwas zu verändern, ihre Aufgabe ist es, im Namen der Macht den Status quo zu erhalten.  
Wir leben in einer Zuschauerdemokratie, wir dürfen zuschauen, was die Mächtigen machen. Die Demokratie heute ist - wenn man wählen kann, wer einen verarscht!“*

Leiten wirklich Verbrecher die Geschicke unseres Landes? Haben es denn wirklich Verbrecher in der Hand, unsere Lebensumstände zu gestalten?

Meine Überlegungen ergaben für die Antwort auf diese Frage eine ganz eigene Philosophie:

Wenn man davon ausgeht, dass Menschen bei ihrer Geburt noch völlig ungeformt und gleich sind – sieht man von ihrer Herkunft und frühen

Entwicklung im Elternhaus ab – dann treffen sie irgendwann die Entscheidung, wie sie durch das Leben gehen wollen: Die einen sind ehrlich und haben Wertvorstellungen entwickelt, in denen sie anderen Menschen nicht schaden wollen. Und die anderen wollen Karriere machen – um jeden Preis!

Jetzt lassen wir einmal 20 Jahre vergehen und sehen, was aus ihnen wurde: Ich denke, sie glauben genau wie ich, dass die Gruppe der Zweitgenannten in der Karriereleiter mittlerweile ganz oben steht! Sie waren es ja schließlich auch, die bei ihrer Karriere keine Skrupel kannten ...

**Und nun scheint es logisch, dass in der Industrie, den Banken und der Politik nie ehrliche Menschen an der Spitze stehen werden!**

Aus diesem Gesichtspunkt heraus muss ich Egon Krenz in diesem Punkt also zustimmen.

Und auch die Geschichte kann anhand von einigen Beispielen und Tatsachen gut belegen, welche Moralvorstellungen sich unsere Politiker in ihrer Karriere „erarbeitet“ haben.

Nachfolgend habe ich einige Beispiele zur Erinnerung für Sie ausgewählt:



Im Jahre 1984, nur ein Jahr nach seiner Vereidigung zum Bundeskanzler, sah sich Helmut Kohl in den größten Politskandal der BRD verwickelt. Im Untersuchungsausschuss, der Licht in die illegale Parteienfinanzierung des Großunternehmers Flick bringen sollte, konnte sich CDU-Chef Kohl nicht an Zuwendungen Flicks erinnern. Und das, obwohl es sich um Millionenbeträge handelte. Die erstaunlichen Erinnerungslücken erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit einem "Blackout".

Der Karikaturist Hanitzsch interpretierte die Methode Helmut Kohl so:

- |                            |                     |
|----------------------------|---------------------|
| 1. Unschuldssengel spielen | 2. Akten vernichten |
| 3. Aussage verweigern      | 4. Ehrenwort geben  |

## Die Konsequenzen für diese eklatanten Verstöße gegen das Grundgesetz? **Keine!**



Gleich mehrere Affären brachten Günther Krause, ehemals Bundesverkehrsminister und früher Förderer von Angela Merkel, 1993 zu Fall. Der CDU-Politiker soll eine Putzhilfe mit Geldern vom Arbeitsamt bezahlt haben. Auch seinen Umzug von Berlin nach Böttingen ließ Krause sich vom Staat finanzieren. Das Landgericht Rostock verurteilte ihn 2002 wegen Untreue, Betrug und Steuerhinterziehung. Der Bundesgerichtshof hob dieses Urteil allerdings teilweise wegen Verjährung auf. Letztlich erhielt Krause eine Bewährungsstrafe von 14 Monaten.

## Sonstige Konsequenzen? **Keine!**



Am 21. Dezember 1999 hat Roland Koch, „Ministerpräsident“ Hessens, zusammen mit Herrn Seitz (CDU, Ex-Landesgeschäftsführer) und Herrn Müller (CDU, Generalsekretär der CDU-Landesgeschäftsstelle) den Rechenschaftsbericht 1998 gefälscht. Am 10. Januar 2000 erklärte Koch, es gebe keine Einnahmen außerhalb der offiziellen Kassen. Er kannte als verantwortlich Handelnder selbstverständlich die Existenz weiterer schwarzen Konten der CDU.

Trotzdem blieb Koch als williger Handlanger der politischen Führung ebenfalls unangetastet. **Keine Konsequenzen!**



Frank-Walter Steinmeier trägt die Verantwortung dafür, dass der unschuldig verschleppte und inhaftierte Murat Kurnaz im Gefangenlager Guantanamo verbleiben musste, was ihn menschenrechtswidrigen Folterungen aussetzte.

Im Bericht des CIA-Sonderausschusses des Europäischen Parlaments wird dazu festgestellt, die deutsche Bundesregierung habe 2002 ein Angebot der Vereinigten Staaten, Kurnaz freizulassen, ausgeschlagen. Dies sei geschehen, obwohl die Nachrichtendienste beider Staaten von seiner Unschuld überzeugt waren. Die politische

Verantwortung für den Fall trägt der damalige Chef des Bundeskanzleramtes und Beauftragter für die Nachrichtendienste Frank-Walter Steinmeier.

Am 1. März 2007 kam es im BND-Untersuchungsausschuss, der die Hintergründe untersuchte, zum Eklat, da wichtige Akten zum Fall des verschleppten Murat Kurnaz verschwunden sind. Der Untersuchungsausschuss deckte Steinmeier schließlich „aus Mangel an Beweisen“.

### Die Konsequenzen? **Keine!**



Der niederländische Medienvertreter Rob Savelberg wollte von der „Bundeskanzlerin“ Merkel bei einer Pressekonferenz wissen, wie sie ausgerechnet Wolfgang Schäuble, der einst während der CDU-Spendenaffäre „100.000 Mark in seiner Schublade“ vergessen habe, das Finanzministerium überlassen könne. Die Frage sorgte im Pressesaal für Schmunzeln.

„Welt online“ hat den Journalisten gefragt, warum er denn das Thema wieder aufgegriffen habe, die Spendenaffäre sei doch längst Geschichte. Darauf antwortete Rob Savelberg: *„Nein, das ist sie nicht. Der künftige Finanzminister ist für den Haushalt von 82 Millionen Deutschen verantwortlich. In der Spendenaffäre konnte er sich nicht direkt erinnern, von Karlheinz Schreiber eine Spende von 100.000 Mark erhalten zu haben. Er ist demnach nicht verlässlich. Schäuble ist keine saubere Person.“*

Geschadet haben Schäuble seine Verstrickungen in die Spendenaffäre natürlich nicht.

### Die Konsequenzen? **Keine!**



Die Webseite [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) hatte im letzten Jahr aufgedeckt, dass der Ex-Finanzminister Peer Steinbrück 13 Honorar-Vorträge für mindestens 91.000 Euro in der noch jungen Wahlperiode gehalten hatte, aber gleichzeitig bei sechs von elf wichtigen Abstimmungen im Bundestag gefehlt und auch kein einziges Mal dort gesprochen hatte.

Und das bei ca. 30.000 Euro im Monat als MdB!



Vor kurzem hat er dem Bundestagspräsidenten weitere 16 Vorträge gemeldet, u.a. bei der Deutschen Bank und der Union Investment Privatfonds GmbH. Seine Nebeneinkünfte allein aus Vortragshonoraren belaufen sich seit der Bundestagswahl im September 2009 auf mindestens 199.500 Euro, doch wahrscheinlich sind es weitaus mehr. In jedem Fall übersteigt es das Amtsgehalt der Bundeskanzlerin.

Darüber hinaus ist Steinbrück Aufsichtsratsmitglied bei der ThyssenKrupp AG. In den Jahren 2008 / 2009 wurde eine solche Tätigkeit mit 130.000 bis 230.000 Euro pro Jahr vergütet.

Allein die Zahl der Nebeneinkünfte und deren Höhe sind eigentlich schon unglaublich. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die gewissenhafte Ausübung eines Bundestagsmandats ein Vollzeitjob ist und keine Zeit für bezahlte Nebentätigkeiten lässt.

Die Recherchen haben außerdem ergeben, dass Steinbrück sogar einer Bundestagssitzung fernblieb, um einen Privatvortrag zu halten: Am 23. April 2010 debattierte das Parlament über eine Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Brüderle und über einen Antrag zum Thema Mindestlohn, während Steinbrück vor Managern bei einem Finanzsymposium als Referent auftrat.

Das alles ist bei den Abgeordneten längst alltäglich: Es geht nur noch darum, die politischen Kontakte möglichst gewinnbringend zu nutzen und maximale Einnahmen zu erzielen, um nach der Tätigkeit ein ruhiges und gut versorgtes Leben zu führen.

### **Die Konsequenzen? Keine!**



*„Ich freue mich, dass sich Herr Mronz die Zeit nimmt, mich auf eigene Kosten zu begleiten, um sich in der Region über soziale Probleme zu informieren und dafür zu engagieren. Das wollen und werden wir fortsetzen.“*, sagte Guido Westerwelle einem Journalisten in einem Interview, als herauskam, dass sein Lebensgefährte ihn bei seinen Auslandsbesuchen, die er als Außenminister wahrnimmt, begleitet. Sein Lebenspartner ist Unternehmer und nutzt die Kontakte Westerwelles, um weitere Geschäfte mit neuen ausländischen Geschäftspartnern zu vereinbaren. Jede andere Behauptung ist eine Lüge Westerwelles.

Geschäfte mit politischen Kontakten abzuwickeln, ist eine gängige Praxis in der Politik. Üblicherweise laufen solche Dinge aber nicht unbedingt öffentlich ab. Die Qualität, diese Vorteilsnahmen im Amt jetzt auch völlig offensichtlich bei offiziellen Anlässen stattfinden zu lassen, ist ein gutes Beispiel dafür, wie unmoralisch und korrupt Politiker mittlerweile sind: Konsequenzen fürchten sie nicht!

Am Beispiel Gerhard Schröder, der sich neben der Vorteilsnahme im Amt (Deals mit dem russischen Gasunternehmen „Gazprom“, die ihm heute 250.000 Euro jährlich nebenbei einbringen) auch dem Hochverrat schuldig gemacht hat (Bürgschaften für „Gazprom“ mit deutschem Staatsvermögen) und der dafür überhaupt keine Konsequenzen zu befürchten hatte, sieht man, wo die wirklichen Verbrechen im Land stattfinden: in der Politik!

Da es sich bei der Vorteilsnahme und der Bestechlichkeit um durchaus schwerwiegende Strafdelikte handelt, möchte ich hier die beiden Normen des **§ 331 StGB** (Bestechlichkeit) und **§ 332 StGB** (Vorteilsnahme) nennen, in denen diese Strafdelikte jeweils in erheblichem Umfang unter Strafe gestellt sind. Warum wird dies bei Politikern nicht geahndet?

### Die Konsequenzen? *Keine!*

Einige weitere Beispiele von Vorteilsnahmen im Amt:

**Rita Süßmuth:** Die frühere Bundestagspräsidentin hat die Flugbereitschaft mehrfach benutzt, um ihre Tochter in der Schweiz zu besuchen.

**Hans Eichel:** Als Finanzminister flog er auffallend häufig mit der Luftwaffe von Berlin ins heimatliche Frankfurt und zurück.

**Rudolf Scharping:** Als Verteidigungsminister ließ er sich 2001 von der Flugbereitschaft bei seiner Freundin auf Mallorca absetzen.

**Gregor Gysi, Rezzo Schlauch, Cem Özdemir:** Der Fraktionschef der Linken und die beiden Grünen waren 2002 die prominentesten „Opfer“ der so genannten „Bonusmeilen-Affäre“. Dienstlich erflogene Meilen nutzten sie für Privatreisen.



Im Bundestagswahlkampf warb die SPD offensiv damit, die Mehrwertsteuer auf gar keinen Fall zu erhöhen. Glatt gelogen: In der großen Koalition stimmte auch die SPD für eine Mehrwertsteuererhöhung. Und das sogar um 3 Prozent, obwohl sogar die CDU im Wahlkampf nur 2 Prozent angekündigt hatte!

Aber Wahllügen gehören ja zum Standard in der BRD.

Was passiert da in unserem Land, wenn Moral und Ethik nur noch als lauter Ruf zu hören sind, aber nicht mal mehr in der Politik gelebt werden? Der Bankier Rothschild prägte schon 1863 folgende Aussage:

*„Die Wenigen, die das System verstehen, werden so sehr an seinen Profiten interessiert oder so abhängig sein von der Gunst des Systems, dass aus deren Reihen nie eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, mental unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne zu mutmaßen, dass das System ihrem Interesse feindlich ist.“*

Ich finde, diese Aussagen haben an Aktualität nicht das Geringste verloren und können auch die momentane Situation in Deutschland treffend wiedergeben!

Und wie sehr „unsere“ Politiker vom System profitieren, das zeige ich Ihnen einmal an folgenden Grafiken (Stand 2008):

#### Abgeordnete mit den meisten angegebenen Arbeitgebern

1. Riester, Walter (SPD) (53)
2. Scheer, Dr. Hermann (SPD) (31)
3. Westerwelle, Dr. Guido (FDP) (29)
4. Thierse, Dr. h. c. Wolfgang (SPD) (24)
5. Merz, Friedrich (CDU/CSU) (21)
6. Riesenhuber, Dr. Heinz (CDU/CSU) (21)
7. Michelbach, Dr. h.c. Hans (CDU/CSU) (18)
8. Schily, Dr. Konrad (FDP) (18)
9. Lammert, Dr. Norbert (CDU/CSU) (16)
10. Schirmbeck, Georg (CDU/CSU) (17)

#### Arbeitgeber der meisten Abgeordneten

1. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bonn (32)
2. ZDF, Mainz (18)
3. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (16)
4. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin (14)
5. Bundesverband Erneuerbare Energie e.V., Paderborn (13)
6. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn (13)
7. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main (13)
8. Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., Berlin (12)
9. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V., Berlin (11)
10. Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V., Bonn (10)

Wenn Walter Riester von 53 Institutionen und Unternehmen Geld bekommt, weil er dort Tätigkeiten ausübt, dann übersteigen diese Einkommen leicht seine Einkünfte als Politiker.

Wem fühlt er sich dann wohl mehr verpflichtet?

Wie kann es überhaupt sein, dass Politiker Gelder aus der freien Wirtschaft empfangen und dadurch an sie gebunden sind?!

**Das ist die höchste Form der käuflichen Politik und Korruption!**

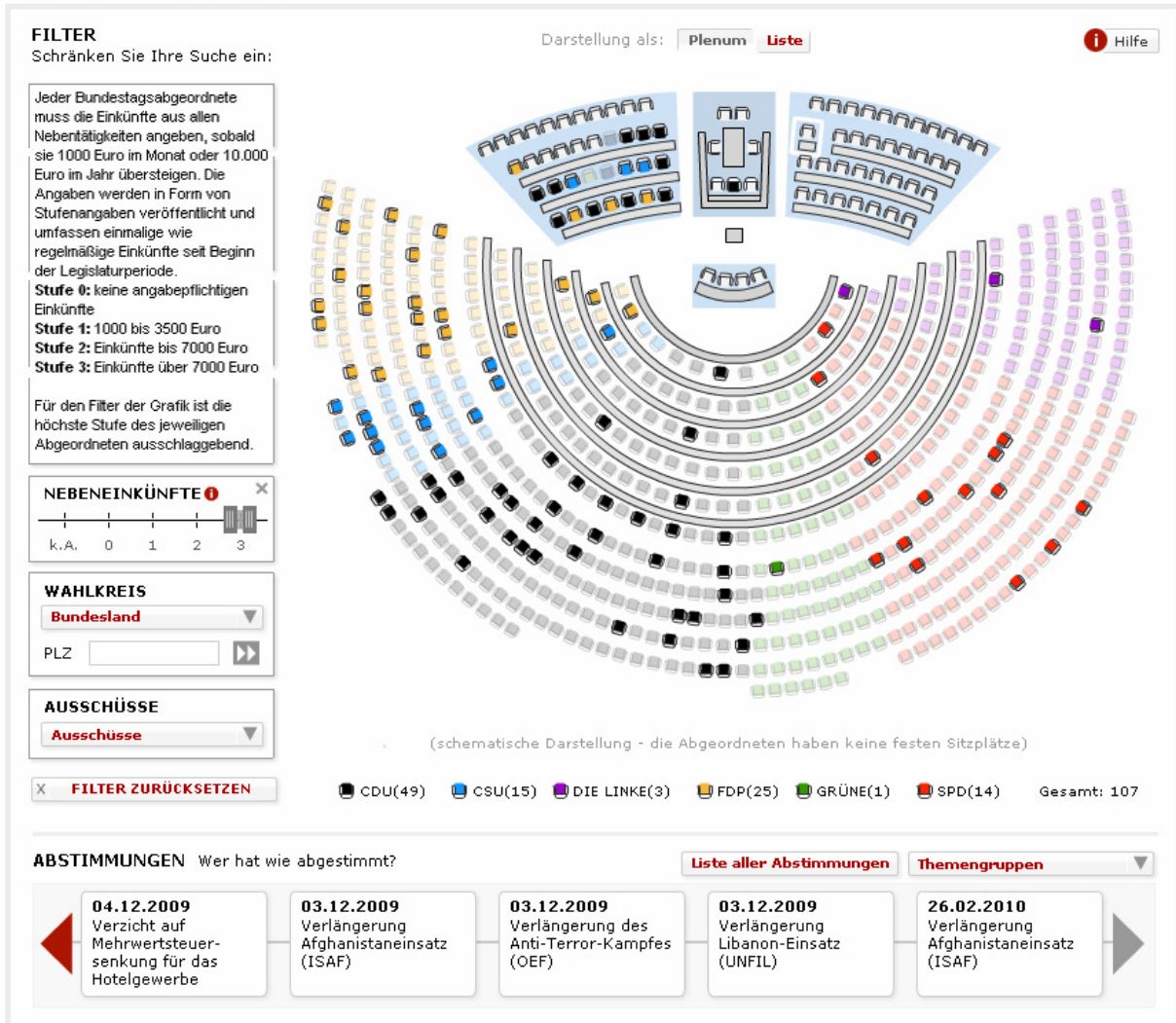
Sicher erinnern Sie sich noch (falls Sie es überhaupt mitbekommen haben) an die Spenden der Hotelbranche in Millionenhöhe an die CDU und die FDP im Jahr 2009, welche daraufhin die Mehrwertsteuersätze für Hotels senkten?! Dies führte zu einer sofortigen **Gewinnsteigerung** in der Hotelbranche um 12 Prozent!



Gibt es ein besseres Beispiel für käufliche Politik?!

Und damit Sie sehen, wo die absoluten Topverdiener im „Bundestag“ sitzen, zeige ich Ihnen noch die folgende Grafik:

### BUNDESTAGSRADAR



Die Grafik ist so eingestellt, dass sie nur diejenigen zeigt, die Nebeneinkünfte von mindestens 7.000 Euro im Monat haben. Das sind schon unglaubliche (mindestens) 84.000 Euro jährlicher **Nebenverdienst!**

Links von der Mitte (oben) finden Sie die Regierungsbank. Dort sitzen diejenigen, die im Moment die absolute Macht über uns alle haben. Da dort die Regierung sitzt, sollte man annehmen, dass man sich dort ausschließlich Zeit für die Tagespolitik nimmt. Weit gefehlt!

Da dort das Machtpotential vereint ist, sind Nebeneinnahmen hier obligatorisch, da „Nebeneinkünfte“ (oder „Spenden“) hier ja am leichtesten zu Ergebnissen führen!

Alle Politiker versprechen bei ihrer Amtseinführung, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Viele Abgeordnete lassen sich dann aber in Aufsichtsräte wählen oder kassieren für so genannte „Beraterverträge“. Die Parteien selbst lassen sich von **Konzernen** durch Spenden finanzieren. Eine unabhängige Politik zum Wohle der Allgemeinheit ist so nicht mehr möglich.

Die Demokratie lebt davon, dass die Gesetzgebungsorgane und ihre Arbeit durch Wahlen und durch das freie Gewissen der Gewählten bestimmt werden. Politische Korruption greift diese Voraussetzungen an, indem sie den Leuten unmissverständlich zeigt, dass die im Sozialkundeunterricht erlernten Sätze romantische, märchenhafte Verfälschungen oder doch nur Idealvorstellungen ohne Realitätsbezug sind.

Politische Korruption zeigt den Bürgern, dass es wirksamere Mittel gibt, den Gang der Dinge zu beeinflussen - wirksamere Mittel, als es die anstrengend-regelmäßige Beteiligung an der Meinungsbildung im Diskurs und die sporadische Beteiligung an Wahlen sind.

Korruption greift die Lebensvoraussetzung des demokratischen Systems, die Ahnung von der Volkssouveränität, im Zentrum an: Das begründete Wissen um politische Korruption, die vielfach nachgewiesene Beeinflussung legislativer Akte durch Geldzuwendungen, Möglichkeiten zu Nebentätigkeiten und Chancen auf lukrative Positionen nach der politischen Laufbahn werden von den Bürgern als Verlust eigener Gestaltungsmacht interpretiert: Der Geld- und Chancenzufluss an Parteien und Politiker entwertet die Stimme des Bürgers bei der Wahl und die Stimme des Bürgers im meinungsbildenden Diskurs.

Wenn mit Geld und Chancengewährung Gesetzgebung beeinflusst werden kann, wird natürlich auch die Gleichheit der Chancen im Interessenstreit zerstört: Die in ihrer Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit für die demokratische Gesellschaft unbestrittenen Organisationen zur Interessenbündelung und Interessenartikulation werden sozusagen in zwei große Gruppen eingeteilt:

- In die Gruppe der zur Korruption materiell fähigen, welche Geldmittel und lukrative Positionen zur Verfügung haben und
- in die Gruppe derjenigen, die über diese Möglichkeiten nicht verfügen.

Wir haben uns daran gewöhnt, davon auszugehen, dass die politischen Apparate in Parlamenten und Regierungen nicht in der Lage sind, die Probleme der Welt ausreichend erkennen und gedanklich durchdringen zu können. Wir haben uns daran gewöhnt, die Zulieferung von Analysen und Problemlösungsvorschlägen aus Kreisen wohlorganisierter Partikularinteressen für selbstverständlich und unverzichtbar zu halten.

Um die Fragwürdigkeit dieser eingeübten und eingeschliffenen Realität wieder zu erkennen, muss man die Vergleiche mit den beiden anderen Gewalten ziehen: Würden wir es tolerieren, dass Interessensverbände versuchen, ihre Leute in die Senate der Landes- und Bundesgerichte, in die Staatsanwaltschaften oder auch nur in das Bauamt einer Stadt zu bringen? Würden wir es tolerieren, dass ein Firmenverband routinemäßig Entscheidungsvorschläge an Gerichte und Verwaltungen liefert und von dort Dank und Anerkennung erhält? Würden wir es tolerieren, dass Exekutive und Judikative regelmäßig mit Spenden aus Firmen bedacht werden und dabei lediglich auf die ordentliche Veröffentlichung und Verbuchung geachtet werden muss?

Natürlich nicht. Aber das Spendenunwesen breitet sich mehr und mehr in die Bereiche der öffentlichen Einrichtungen aus! Mancher Bereich der Drittmittelforschung an öffentlichen Universitäten, aber auch der Ankauf moderner Lernsysteme oder die Einrichtungen der Tagesbetreuung an allgemeinbildenden Schulen mit freundlicher Hilfe der Firma Soundso oder auch die Public Private Partnership im Bereich der Kultur- und Sozialförderung signalisiert genau genommen das Vordringen der Korruption in die Bereiche der Exekutive.

Da für die Abwehr politischer Korruption, also der Beeinflussung der Gesetzgebung durch Zuwendungen und Chancengewährung, letztlich nur die Legislative selbst sorgen kann, deren personelle und organisatorische Träger aber die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für problematisch und veränderungsbedürftig halten, muss zur repräsentativen Form der Gesetzgebung unbedingt auch die Möglichkeit für direktdemokratische Gesetzesinitiativen und Volksabstimmungen geschaffen werden. Freilich - hier beißt sich das schwarze Schaf der Gesetzgebung in den Schwanz ...

Direkte Demokratie in ihren unterschiedlichen Formen - von der bürgerschaftlichen Planungszelle über die Volksinitiative bis hin zu Volksbegehren und Volksentscheiden - hat auch noch eine andere Wirkung gegen politische Korruption: Die Bestechung und Vorteilsgewährung durch einzelne Interessensträger wird angesichts der Vielzahl und der Anonymität der Entscheider bei der direktdemokratischen Gesetzgebung wesentlich erschwert, praktisch unmöglich.

Und wie ist das im Moment mit der Entscheidungsfindung in der Politik? Das schauen wir uns einmal anhand des Abstimmungsverhaltens eines CDU- und eines FDP-Politikers genauer an:



#### Dr. Christoph Bergner (CDU)

Abgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

[Profil](#) | [Abstimmungsverhalten](#) | [Nebeneinkünfte](#)

Abstimmungen	Entscheidung
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes vor der libanesischen Küste	JA
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes im Sudan	JA
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Darfur	JA
17.06.2010 Verkürzung von Wehr- und Zivildienst	JA
17.06.2010 Grundgesetz-änderung zur Reform der Jobcenter	JA
10.06.2010 Fortsetzung des Kosovo-Einsatzes	JA
21.05.2010 Gewährleistungen in einem europäischen Stabilisierungs-Mechanismus	JA
07.05.2010 Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz (Griechenland-Hilfe)	JA
26.02.2010 Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF)	JA
03.12.2009 Verlängerung Libanon-Einsatz (UNFIL)	JA
03.12.2009 Verlängerung des Anti-Terror-Kampfes (OEF)	JA
03.12.2009 Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF)	JA
04.12.2009 Verzicht auf Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe	NEIN
04.12.2009 Wachstumsbeschleunigungsgesetz	JA
18.12.2009 Bundeswehreinsatz in Bosnien Herzegowina	JA
18.12.2009 Kampf gegen Piraten (ATALANTA)	JA



#### Cornelia Pieper (FDP)

Abgeordnete, Staatssekretärin im Auswärtigen Amt

[Profil](#) | [Abstimmungsverhalten](#) | [Nebeneinkünfte](#)

Abstimmungen	Entscheidung
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes vor der libanesischen Küste	JA
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes im Sudan	JA
17.06.2010 Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Darfur	JA
17.06.2010 Verkürzung von Wehr- und Zivildienst	JA
17.06.2010 Grundgesetz-änderung zur Reform der Jobcenter	JA
21.05.2010 Gewährleistungen in einem europäischen Stabilisierungs-Mechanismus	JA
07.05.2010 Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz (Griechenland-Hilfe)	JA
26.02.2010 Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF)	JA
03.12.2009 Verlängerung Libanon-Einsatz (UNFIL)	JA
03.12.2009 Verlängerung des Anti-Terror-Kampfes (OEF)	JA
03.12.2009 Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF)	JA
04.12.2009 Verzicht auf Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe	NEIN
04.12.2009 Wachstumsbeschleunigungsgesetz	JA
18.12.2009 Bundeswehreinsatz in Bosnien Herzegowina	JA
18.12.2009 Kampf gegen Piraten (ATALANTA)	JA

Ist Ihnen aufgefallen, dass das Abstimmungsvotum bei beiden **IMMER** gleich ausfällt?! Was ist denn mit der persönlichen und unabhängigen Gewissensentscheidung? Die ist schon lange dem Fraktionszwang gewichen – genauso wie das Gewissen der Sicherheit des eigenen Kontostandes ...

Haben Sie sich denn so die Vertretung IHRER Interessen vorgestellt? Sicher nicht. Aber das ist die Realität! Alles andere ist Schauspiel.

So werden Politikerreden immer nur von Rhetorikspezialisten geschrieben.

Marketingstrategen entwerfen Parteienstrategien und deren Schlagworte („Wachstum schaffen“, „Krise meistern“ etc.). Und wann immer es Sinn macht, durch das Auftreten in den Medien und durch Heuchelei Punkte bei den Unwissenden zu sammeln, passiert dies: So trat Frau Merkel im Sommer 2010 nach den Toten der Massenpanik auf der „Loveparade“ vor die Kameras, las einen für sie formulierten Text vor und heuchelte Mitgefühl ... Menschen wollen verblendet werden.

Die Vorgehensweise ist immer gleich: Schließlich sollen ja optimale Ergebnisse bei der Beeinflussung der Bevölkerung erzielt werden! Und das Schlimme daran ist, dass die Masse so leicht manipuliert werden kann und das „...ohne zu mutmaßen, dass das System ihrem Interesse feindlich ist“, wie Rotschild es formulierte.

Doch die Politiker sind ja nur die Erfüllungsgehilfen derjenigen, die die wirkliche Macht im Land haben: Industrie, Banken – das Kapital an sich. Und diese „Dienstleistungen“ lassen sie sich eben sehr gut bezahlen. Da wird man in einigen Jahren schnell zum Millionär. Nahezu jeder hochrangige Politiker, den Sie kennen, hat das geschafft!

Denken Sie jetzt aber nicht, dass es denen dann schon reicht: Auch über ihre Amtszeit hinaus lassen sie sich hohe Summen an Steuergeldern auszahlen (neben den Einkünften aus ihren zahlreichen Aufsichtsrats- und ähnlichen Tätigkeiten natürlich)! So bekommt Herr Eichel, der ja nur einige Zeit ein Ministeramt bekleidete, derzeit **29.442 Euro** „Ruhegeld“ **im Monat**.

Und dies nur für seine politische Tätigkeit – andere Einkünfte sind da noch gar nicht berücksichtigt ...

Was glauben Sie denn, was höhergestellte Politiker (Kohl, Schröder, Merkel etc.) kassieren?!

Zuerst einmal bekommt jeder Politiker, der aus irgendeinem Amt scheidet oder seine Tätigkeit einfach enden lässt, großzügige Übergangsgelder: Für „Kanzler“ Schröder waren dies rund 310.000 Euro, für „Außenminister“ Fischer noch etwa 250.000 Euro. Und dann werden üppige Pensionen, zuzüglich einer Abgeltung für jede einzelne politische Tätigkeit, gezahlt.

Schauen wir uns hierzu zuerst einmal *die reinen Pensionen* an:

(Stand 2010)

<b>Euro</b>	<b>Jahre</b>	<b>Name</b>	<b>Partei</b>	<b>Funktion</b>
12800	<b>233</b>	Kohl	CDU	Ex-Bundeskanzler
11600	<b>210</b>	Eichel	SPD	Ex-Finanzminister
9500	<b>173</b>	Fischer	B'90/Grüne	Ex-Außenminister
9100	<b>165</b>	Blüm	CDU	Ex-Arbeitsminister
8900	<b>162</b>	Schröder	SPD	Ex-Bundeskanzler
8900	<b>162</b>	Seehofer	CSU	Gesundheitsexperte
8800	<b>159</b>	Clement	SPD	Ex-Wirtschaftsminister
8700	<b>158</b>	Lambsdorff	FDP	Ex-Wirtschaftsminister
8000	<b>146</b>	Wieczorek-Zeul	SPD	Ex-Entwicklungshilfeministerin
7600	<b>138</b>	Schily	SPD	Ex-Innenminister
7400	<b>135</b>	Schäuble	CDU	Ex-Innenminister
7300	<b>132</b>	Merkel	CDU	Partei-/Fraktionsvorsitzende
6800	<b>123</b>	Struck	SPD	Ex-Verteidigungsminister

**Jahre:** So viele Jahre müsste der **Höchstbeitrag** in die gesetzliche Rentenkasse eingezahlt werden, um eine gleich hohe Rente zu erhalten. Noch erschreckender ist die Diskrepanz zum **Durchschnittsrentner**: Dieser müsste, um z.B. die Pensionshöhe Kohls zu erreichen, **490** statt **233 Jahre arbeiten!**

Hinzu kommen dann noch Pensionsansprüche für jedes einzelne ausgeübte Amt, für jede Tätigkeit. Und daher kommt Herr Eichel eben zu den schon erwähnten 29.442 Euro „Ruhegeld“ im Monat.

Beispiel „Bundespräsident“:

“Der Bundespräsident erhält Amtsbezüge von 10/9 des Amtsgehalts des Bundeskanzlers“, heißt es im Haushaltsplan. Das sind 213.000 Euro jährlich. Dazu kommt eine „freie Amtswohnung mit Ausstattung“. Die Bezüge werden in voller Höhe bis zum Lebensende - auch nach dem Ausscheiden unter der Bezeichnung „Ehrensold“ - gezahlt.

Pensionen für Mitglieder der „Bundesregierung“:

Minister und parlamentarische Staatssekretäre haben bereits nach 2 Jahren Anspruch auf Ruhegehalt von rund **2.000 Euro**. Je länger im Amt, um so früher entsteht der Anspruch auf Ruhegeld. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler erhält ein Minister, der eine Legislaturperiode im Amt war, ab dem 55. Lebensjahr eine Pension von 3.556 Euro. Bereits nach mehr als 22 Amtsjahren beträgt die Pension **9.198 Euro** im Monat.

Zum Vergleich: Der „**Eckrentner**“ hat nach 45 Beitragsjahren heute Anspruch auf eine Bruttorente von **1.176 Euro**. Er müsste theoretisch 342 Jahre in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen, um auf Schröders Pension zu kommen. Um auf Kohls Pension zu kommen, müsste er sogar 490 Jahre arbeiten.

Es ist mehr als eine Geschmacksfrage, wenn solche Pensionen von Leuten in Anspruch genommen werden, die den Umbau der Sozialsysteme fordern und die Bürger ermahnen, mehr private Vorsorge zu betreiben. Und es passt schlecht zusammen, wenn diejenigen, die eben noch Nebentätigkeiten damit begründet haben, dass sie einen Rückweg in den erlernten Beruf offen halten wollen, nun hohe Pensionen als Entschädigung für den Karriereverzicht rechtfertigen!

Doch selbstverständlich warten „unsere“ Politiker nicht erst bis zur Pension mit dem Geldverdienen:

Seit 1995 gab es insgesamt zehn "Anpassungen" (Diätenerhöhungen). In diesem Zeitraum stiegen die Bezüge um rund 45 Prozent auf heute 7.668 Euro. Die letzte Diätenerhöhung erfolgte zum 1. Januar 2009.

Mittlerweile hören Sie nichts mehr über „Diätenerhöhungen“, was Sie angesichts der „Krise“ sicher auch aufgeregt hätte. Meinen Sie, es hätte keine gegeben?

Falsch vermutet: **Die Diäten wurden mechanisiert und erhöhen sich mittlerweile in jedem Jahr automatisch! Es muss also nicht mehr öffentlich darüber abgestimmt werden ...**

Mit diesen Erhöhungen wollten die Abgeordneten ihre Bezüge an die Besoldungsgruppe B6 und R6 koppeln, also an die Bezüge von Bürgermeister\*innen mittelgroßer Städte mit bis zu 250.000 Einwohnern und von Richtern an einem obersten Gerichtshof des Bundes.



Hierdurch entstehen zwei Probleme: Bisher haben die Abgeordneten über eine Diätenerhöhung immer öffentlich diskutiert und mussten sich dafür auch vor der Bevölkerung rechtfertigen. Mit der inzwischen geltenden Gesetzeslage soll genau diese öffentliche Diskussion umgangen werden.

Zum anderen wird durch die Koppelung ein pikanter Automatismus eingeführt: Sobald die Besoldungssätze für Beamte angehoben werden, steigen auch die Bezüge der Abgeordneten an. Bei den Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtenbezüge sitzt aber auch der Bundesinnenminister mit am Tisch und ist an einer Entscheidung über eine Erhöhung der Besoldung maßgeblich beteiligt. In den meisten Fällen ist ein Bundesminister gleichzeitig Abgeordneter, das heißt der Bundesminister würde in so einem Fall über seine eigenen Bezüge selbst bestimmen.

Darüber hinaus erhalten die Abgeordneten noch einige Sonderleistungen: So können sie alle Verkehrsmittel der Deutschen Bahn kostenfrei nutzen und im Raum Berlin steht ihnen zusätzlich ein Dienstwagen aus der Flotte des Bundestages zur Verfügung. Außerdem werden die Kosten von Flug und Schlafwagen auf Nachweis erstattet und Ausgaben für Büro, Telekommunikation und **Geschäftsbedarf** werden bis zu einer Höhe von **12.000 Euro im Jahr** beglichen.

Ein Bundestagsabgeordneter bekommt zusätzlich eine **Mitarbeiterpauschale** in Höhe von derzeit **14.712 Euro**, um damit sein Personal zu bezahlen. Die Summe erhält der Abgeordnete nicht selbst, sondern die Bundestagsverwaltung bezahlt die von den Abgeordneten eingestellten Mitarbeiter unmittelbar.

Nachfolgend ist die Entwicklung der Mitarbeiterpauschale der letzten Jahre dargestellt:

<b>Zeitraum</b>	<b>Pauschale pro Jahr und Abgeordneten</b>	<b>Gesamtausgaben für Mitarbeiter pro Jahr</b>
2010	176.544 Euro	146.770.000 Euro
2009	176.544 Euro	147.251.000 Euro
2008	163.920 Euro	131.369.000 Euro
2007	163.920 Euro	125.547.000 Euro
2006	127.920 Euro	105.674.000 Euro
2005	123.420 Euro	96.421.000 Euro

Wenn Sie sich also immer fragten, warum immer wieder großzügige „Neuverschuldungen“ aufgenommen werden und die Ausgaben immer

weiter steigen, dann haben Sie nun die Antwort: **Politiker wollen immer besser versorgt werden!**

Und wie Sie sicher auch schon ahnen, wird der angesammelte Reichtum dann auch gern in Sicherheit gebracht, wie am Beispiel von Herrn Zumwinkel eindeutig zu sehen war. Haben Sie denn eigentlich mitbekommen, wie die „Affäre Zumwinkel“ endete?

Vermögende Angeklagte können sich ein Urteil nach ihrem Gusto gestalten. Selbst Richter des Bundesgerichtshofs sollen eine Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung wegen der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe für Zumwinkel für „gut vertretbar“ gehalten haben. Zumwinkel kündigte dann an, Deutschland zu verlassen, um in der italienischen Gemeinde Tenno am nördlichen Ende des Gardasees im Trentino zu residieren.

Anfang März 2009 wurde dann bekannt, dass Zumwinkel sich seine Pensionsansprüche über **20 Millionen Euro** von der Deutschen Post als Kapitalwahlrecht hat auszahlen lassen.

Außerdem erhielt er (laut Geschäftsbericht der Deutschen Post) für zwei Monate seiner Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von insgesamt **714.045 Euro**.

In diesem Betrag enthalten war eine Bonuszahlung von **480.184 Euro**. Zudem erhielt er des Weiteren Aktienoptionen mit einem so genannten Zeitwert von mehr als **1 Million Euro**.

Und er lebt ruhig und finanziell abgesichert in einer romantischen italienischen Gemeinde.

### **Noch Fragen?!**

Der Schweizer Bund der Steuerzahler fordert aufgrund der zahlreichen Auslandskonten deutscher Politiker mehr Transparenz bei diesen Konten. Der Chef der Organisation sagte dem Newsportal „20 Minuten“, man solle unbedingt schauen, wie sauber Schäuble und Co. sind. Er warf der Bundesregierung zudem vor, ihre Bürger zu kriminalisieren:

*„Hamburg - Die Schweizer holen im Streit um die Steuer-CD zum Gegenschlag aus: Der Bund der Schweizer Steuerzahler (BDS) fordert, dass alle schwarzen Konten von deutschen Politikern in der Schweiz offen gelegt werden sollen, wenn die Regierung die CD mit den gestohlenen*

*Daten kauft. Das berichtet das Schweizer Newsportal "20 Minuten". Welche deutschen Politiker nach Ansicht des BDS schwarze Konten in der Schweiz haben sollen, geht aus der Meldung allerdings nicht hervor.*

*"Wenn deutsche Politiker meinen, sie müssten ihre Bürger kriminalisieren, sollte man unbedingt mal schauen, wie sauber sie wirklich sind", sagt Alfred Heer, BDS-Präsident und Nationalrat der Schweizer Volkspartei (SVP). "Dabei sind sie selber durch und durch korrupt, man denke nur an die Spendenaffäre um Wolfgang Schäuble", zitiert das Blatt Heer weiter.*

*Der heutige Finanzminister hatte 1994 Spenden über 100.000 Mark von Waffenhändler Karlheinz Schreiber angenommen. Deshalb fordere der BDS nun eine drastische Vergeltungsmaßnahme, falls die deutsche Regierung die Daten kauft, so "20 Minuten". "Dann müssten sämtliche Schweizer Konten von Deutschen, die ein öffentliches Amt bekleiden, offen gelegt werden", zitiert das Portal Heer. Diese Vergeltungsmaßnahme wolle Heer mit einem parlamentarischen Vorstoß erreichen."*

Würde dies passieren, dann hätten die Damen und Herren Politiker wohl einiges zu erklären ... Wer das denkt, der versteht das System noch immer nicht. Denn eines ist doch sicher: Genauso, wie im ersten Halbjahr sechs Führungspolitiker der CDU und der „Bundespräsident“ Köhler zurückgetreten sind, würden dann noch einige folgen – allerdings bis ans Lebensende bestens versorgt!



Und jetzt wissen endlich auch Sie, warum Politiker immer gut Lachen haben...

## Zitate zum Thema

*„Regiert sein heißt unter polizeilicher Überwachung stehen, inspiziert, spioniert, dirigiert, mit Gesetzen überschüttet, reglementiert, eingepfercht, belehrt, bepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert, kommandiert zu werden durch Leute, die weder das Recht noch das Wissen noch die Tugend dazu haben ...*

*Regiert sein heißt, bei jeder Handlung, bei jedem Geschäft, bei jeder Bewegung versteuert, patentiert, notiert, registriert, erfasst, taxiert, gestempelt, vermessen, bewertet, lizenziert, autorisiert, befürwortet, ermahnt, behindert, reformiert, ausgerichtet, bestraft zu werden.*

*Es heißt, unter dem Vorwand der öffentlichen Nützlichkeit und im Namen des Allgemeininteresses ausgenutzt, verwaltet, geprellt, ausgebeutet, monopolisiert, hintergangen, ausgepresst, getäuscht, bestohlen zu werden; schließlich bei dem geringsten Widerstand, beim ersten Wort der Klage unterdrückt, bestraft, heruntergemacht, beleidigt, verfolgt, misshandelt, zu Boden geschlagen, entwaffnet, geknebelt, eingesperrt, füsiliert, beschossen, verurteilt, verdammt, deportiert, geopfert, verkauft, verraten und obendrein verhöhnt, gehänselt, beschimpft und entehrt zu werden.*

*Das ist die **Regierung**, das ist ihre Gerechtigkeit, das ist ihre Moral.“*

*Pierre Joseph Proudhon*

*„Die Parteien haben im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland alle Fäden in der Hand. Kehrseite ihrer alles beherrschenden Stellung ist die völlige Entmachtung des Volkes.“*

*„Wenn ein Politiker sich in die Dienste eines Interessenten begibt, sich von ihm bezahlen lässt, manchmal sehr hoch, ist das für mich eine Form der Korruption.“*

*„Es gilt als ganz normal und selbstverständlich, dass ein Abgeordneter neben seinem Einkommen, das er vom Steuerzahler bezieht, auch noch Einkommen von an der Gesetzgebung interessierten Unternehmen oder Verbänden bezieht, sich also quasi in die bezahlten Dienste eines Lobbyisten begibt, das gilt als ganz normal, obwohl es eigentlich ein Skandal ist.“*

*„Das ständige Patt zwischen Bundesrat und Bundestag sorgt heute für ein extremes Übergewicht der organisierten Interessen, die nur die Opposition für sich gewinnen müssen, um jede Reform zu blockieren. Das ist ein wunderbarer Nährboden für Lobbyisten.“*

*„Es ist für mich etwas ganz Neues und Überraschendes, die Betreffenden sind zwar in die Ministerien eingegliedert, ihre Loyalität gehört aber denen, die sie bezahlen aus der **Wirtschaft**, und die tun das nicht für Gotteslohn, sondern weil sie sich davon etwas versprechen, nämlich die Förderung ihrer Interessen, die bevorzugte Information, die sie auf diese Weise bekommen. Das ist eine besonders gefährliche Form des Lobbyismus, ja es bewegt sich sogar im Dunstkreis der Korruption.“*  
*alle Professor Hans Herbert von Arnim*

*„In diesem Klima, gemischt aus Erpressung, Heuchelei und Demagogie auf der einen Seite, Feigheit, Opportunismus und Verrat aller politischen Einsichten und Grundsätze auf der anderen Seite, kann natürlich keine wahre und gesunde öffentliche Meinungsbildung geschehen.“*  
*Kurt Ziesel*

*"Ich bleibe lieber ein politisch denkender Schauspieler  
als ein schauspielernder Politiker."*  
*Peter Sodann*

## Politik zum Wohle des Volkes

*„Demokratie, das ist die Kunst, sich an die Stelle des Volkes zu setzen  
und ihm feierlich in seinem Namen, aber zum Vorteil einiger guter Hirten  
die Wolle abzuscheren.“  
Romain Rolland*

Es wird von der Allgemeinheit, während sie die tägliche „Tagesschau“ verfolgt, angenommen, dass die Protagonisten der allabendlichen „Vorstellung“, die für die Verstehenden nichts mehr als bloßes Theater ist, sich tagtäglich für ihr Wohl und ihre Interessen einsetzen.

Manchmal verstehe ich nicht, wie es möglich sein kann, dass die Menschen nach all den Lügen der Politiker, nach ihren zahlreichen Verstößen gegen Gesetze und den Verbrechen am Volk, so etwas noch immer glauben können.

Aber vielleicht liegt darin auch die Antwort: sie **glauben** es eben nur!

Leider gibt es nur sehr wenige in unserem Land, die hinter die Kulissen schauen, die Dinge hinterfragen und selbst denken.

Die Mehrzahl bleibt auf dem Wissensstand der „Tagesschau“ stehen und ist daher erschreckend weit von der Wahrheit entfernt.

Es ist daher wohl kaum verwunderlich, dass die so gut bezahlten „Darsteller“ in Berlin so ungehindert vor und mit uns allen spielen können und alle nur zuschauen ...

Warum macht es der Souverän denen denn nur so unglaublich leicht?



In diesem Kapitel möchte ich nun ein wenig hinter die Kulissen dieses „Berliner Theaters“ schauen und ihnen zuerst einmal die populärsten Politiker-Lügen vorstellen:

## 1. Die Renten sind sicher

Natürlich sind die Renten nicht sicher. Wenn immer mehr Menschen immer länger von immer weniger Erwerbstätigen finanziert werden, kann die Rente nicht sicher sein. Und vor allem: Sie darf es auch nicht!

Mag das Bundesverfassungsgericht auch die Ansicht vertreten, Rentenansprüche seien gleichsam Eigentum und daher unverletzlich, sollten wir auf dem Boden der Realität doch in der Lage sein, die Alten-Alimentierung nach dem zu bestimmen, was möglich ist. Das ist keine „Kampfansage“ und keine „Aufkündigung des Generationenvertrags“, sondern „Sicherung des sozialen Friedens“ – um mal im Politiker-Jargon zu sprechen.

Wenn die Politiker nun endlich eine wahrhafte Reform der Sozialsysteme in Richtung **Grundeinkommen** realisieren würden, wäre ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Einkünfte (auch) im Rentenalter getan – und das für alle Zeit.

## 2. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist die wichtigste Aufgabe

Arbeitslosigkeit ist das liebste Debattierthema der Politiker. Denn es ist so wunderbar abstrakt: Man kann jede beliebige Aussage dazu treffen und muss niemals Erfolge vorweisen, sondern kann sich fortlaufend gegenseitig Versagen vorwerfen. Es ist geradezu ein Selbsterhaltungstrieb der Politik, Arbeitslosigkeit auf einem als bedrohlich empfundenen Niveau zu halten. Wie bei jeder Droge muss auch hier die Dosis kontinuierlich erhöht werden.

Mitte der 70er Jahre empfand man 500.000 Arbeitslose noch als einen Skandal. Heute operieren wir alltäglich mit ständig steigenden Millionenzahlen.

In der nebenstehenden Grafik können sie die Politikerlüge über die Höhe der Arbeitslosenzahlen ebenfalls gleich erkennen: Im November 2008 gab es **7.399.444** **Arbeitslose** bzw. Leistungsempfänger. Heute sind es sogar noch mehr ...

Aktuelle Wirtschaftsdaten	
<b>Erwerbstätige:</b>	
September 2008:	40,724 Millionen <sup>1)</sup>
<b>Oktober 2008:</b>	<b>40,912 Millionen <sup>1)</sup></b>
<b>soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:</b>	
August 2008:	27,690 Millionen <sup>1)</sup>
<b>September 2008:</b>	<b>28,005 Millionen <sup>1)</sup></b>
<b>Offizielle Arbeitslosigkeit:</b>	
Oktober 2008:	2.996.912 <sup>1)</sup>
<b>November 2008:</b>	<b>2.988.444 <sup>1)</sup></b>
<b>Leistungsempfänger:</b>	
ALG, ALG II und Sozialgeld	
Oktober 2008:	7.500.275 <sup>1)</sup>
<b>November 2008:</b>	<b>7.399.311 <sup>1)</sup></b>
<b>Offene Stellen:</b>	
Oktober 2008:	570.999 <sup>1)</sup>
<b>November 2008:</b>	<b>539.384 <sup>1)</sup></b>
<b>Staatsverschuldung:</b>	
	1.516.313.938.240 <sup>2)</sup>
<b>Schuldenzuwachs pro Sekunde:</b>	
	474 Euro <sup>2)</sup>
<b>Schulden pro Kopf:</b>	
20.11.2008:	18.411 <sup>2)</sup>
<b>10.12.2008:</b>	<b>18.421 <sup>2)</sup></b>
<sup>1)</sup> Bundesagentur für Arbeit, 10.12.2008	
<sup>2)</sup> Bund der Steuerzahler, 10.12.2008	



Tatsächlich ist also der Aktionismus, über den Politiker streiten, nicht im Geringsten geeignet, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Arbeitsverbote für Ausländer, Ausbildungspflicht für Unternehmer, Strafabgaben für zu wenig Schwerbehinderte im Betrieb ... Und in Wahrheit wollen wir doch gar nicht Arbeit für alle um jeden Preis!

Fakt ist: Wir gehen lieber in den Selbstbedienungs-Bäckerladen und wir kaufen lieber günstige Brötchen, als für den doppelten Preis einer Lebensmittelfachverkäuferin den Job zu sichern.

Wir freuen uns über niedrigere Buchungsgebühren beim Online-Banking und verzichten auf die süße Sparkassenfachwirtin in der marmornen Schalterhalle.

Es ist doch gewaltig banal: Überflüssige Jobs braucht niemand, will niemand. Entweder haben uns also die Millionen Arbeitslosen etwas zu bieten, was uns bisher fehlt – und wir verteilen dabei unsere Budgets für Arbeit z.B. in Jobs der Altenpflege, Kinderbetreuung, Straßenmusik oder was wir sonst gern hätten – oder aber wir akzeptieren, dass es für diese Arbeitslosen keinen Job auf dem Markt gibt, weil wir diese Jobs nicht nachfragen.

Natürlich können Politiker die berühmten „Rahmenbedingungen“ gestalten, aber sie schaffen damit keine Jobs – es sei denn, sie finanzieren sie, und dann mit unserem Geld. Das muss klar sein und dann kann man die Millionen Arbeitslosen auch von heute auf morgen beschäftigen – nur: Wer will das?

Eben, und deshalb tut sich auch nichts, über Jahrzehnte des Lamentierens hinweg.

### ***3. Die BRD sorgt sich um das Wohl ihrer Bürger***

Erinnert sich irgendjemand an irgendein Politikerwort zur Zufriedenheit? Ist schon jemals ein Politiker zu der Einsicht gekommen, dass, abgesehen von Krankheit, Liebeskummer und schlechtem Wetter, alle Unzufriedenheit hausgemacht, keine Herausforderung für die Politik, sondern deren Ergebnis ist? Durch hunderttausend Gesetze und Vorschriften!

Wenn der überschuldete Familienvater sich und seine Familie auslöscht, dann gehörte er zur Spitze dieses eisigen Unzufriedenheitsberges, zu diesem kleinen sichtbaren Teil totaler Verzweiflung, bereitet von unseren Politikern!

Uns nervt das Finanzamt, der Solidaritätszuschlag und die Mehrwertsteuer, die Krankenkasse, der Strafzettel fürs Falschparken, das Pisa-Ergebnis, die fehlenden Spielplätze, der bürokratische Aufwand für eine Baugenehmigung und vieles andere mehr.

All das aber haben Politiker verbockt! Bewahre uns jemand vor dieser Art staatlicher Sorge um unser Wohl!

#### **4. „Der Wähler hat entschieden“**

Das einzig wirkliche Votum ist das der Nichtwähler. Abgesehen von den wenigen unter ihnen, die schlicht und ergreifend zu lethargisch und uninteressiert an allem sind, treffen diese eine klare Entscheidung: Was mir politisch angeboten wird, taugt nichts!

Wer zur Wahl geht, entscheidet nicht über irgendetwas, sondern nur über eine Machtverteilung im Parlament. Er hat keinen Einfluss auf die Politik, nicht einmal auf die Kandidatenliste der Parteien!

#### **5. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft**

Je nach Erfordernis wird damit das „Soziale“ (die Regulierung) oder der „Markt“ (der Kampf) legitimiert. Doch wir haben keine Marktwirtschaft - alles ist staatlich reglementiert: Öffnungs- und Beschäftigungszeiten, Preisbindungen, Verpackungen, Handwerksinnungen, Mindestlöhne, Arbeitsverbote - das bürokratische Labyrinth ist unendlich. Sozial wird damit leider trotzdem nichts: Wer diesen extrem regulierten Markt nicht überlebt, hat Pech gehabt - Solidarität gleich null.

Und gerade bastelte EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou an der Verpflichtung, Frauen und Männer bei Versicherungen gleich zu behandeln: Mit einer Richtlinie will sie nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Biologie auf den Kopf stellen: Obwohl Frauen deutlich länger leben als Männer, sollen sie die gleichen Beiträge für Lebensversicherungen oder Krankenkassen zahlen. Soviel zum Markt ...

#### **6. Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit**

Es geht nicht nur um das „Recht auf Rausch“, das man als freier Bürger haben sollte. Sie sind hier so frei, dass Sie nicht einmal über Ihr eigenes Ableben bestimmen dürfen. Ganz zu schweigen von Entmündigungen, Enteignungen, Untersuchungshaft, Lauschangriff, Telefon- und E-Mail-Überwachung u.v.m. Und versuchen Sie niemals, irgendwem Ihre Meinung

zu sagen - schon der falsche Blick kann Ihnen einen Strafprozess wegen Beleidigung einbringen!

Die Bundesländer sind zwar gerade mit der Idee gescheitert, Handwerker zur Mithilfe beim Lauschangriff zu verpflichten, aber die Idee ist ihnen schon mal gekommen. Doch für jeden Vergleich mit der Stasi gibt es eine Anklage wegen **Volksverhetzung** (dafür reichen in diesem „freien“ Land übrigens schon Feuerzeuge mit der Abbildung einstürzender Twin Towers).

Wie frei Sie sich nun in unserem Land tatsächlich entfalten können, dürfte Ihnen die nebenstehende Grafik verdeutlichen.

Es ist Ihnen aber erlaubt, dies alles für alle Zeiten zu akzeptieren – ohne nachzufragen, ohne zu diskutieren – einfach nur funktionieren ...



## 7. Keine Ahnung

Die allgegenwärtigste Lüge unserer Politiker ist, etwas nicht zu wissen. Denn wenn die wahre Antwort auch nicht immer lauten müsste: „*Wir wissen es, sagen es euch aber nicht*“, dann doch wenigstens: „*Wir könnten es wissen, wollen es aber nicht*.“

Vorgetragen wird die Lüge dann auch eleganterweise ganz überwiegend von den Herolden der Politiker: den Pressesprechern.

Es ist das triste Alltagsgeschäft der Journalisten, Pressestellen von Ministerien und anderen Behörden nach etwas zu fragen und keine brauchbare Antwort zu bekommen. Der gesetzliche Auskunftsanspruch kann mit nichts so einfach ausgehebelt werden wie mit vorgeblicher oder vorsätzlicher Ahnungslosigkeit.

Wer sich als Schüler oder Student für seine Lokalzeitung verdingt und regelmäßig Verhandlungen des Amtsgerichts besucht, kennt es: Der Tatvorwurf der Beleidigung von Polizisten gehört zu jedem ordentlichen Verfahren gegen einen Junkie oder Ladendieb dazu. Wir glauben es gerne, denn schließlich reicht dafür schon ein „*Lasst mich in Ruhe*“ aus: Anrede in der zweiten Person Plural statt in der Höflichkeitsform heißt gemeinhin „Duzen“ und ist eine Beleidigung unter erwachsenen Menschen, die sich nicht näher kennen.

Wie oft aber kommt es wohl umgekehrt vor, dass Polizeibeamte Bürger beleidigen? „Keine Ahnung.“ Wie viele Beschwerden gegen Polizisten gibt es? „Keine Ahnung.“ Warum sollten die Innenministerien auch zusammenzählen, was ihnen die Polizeipräsidien pflichtbewusst melden?

Was kostet eigentlich eine Verhandlung vor dem Amtsgericht im Durchschnitt? Für eine Kosten-Nutzen-Betrachtung der Rechtspflege keine ganz belanglose Frage. „Keine Ahnung, das ist doch völlig unterschiedlich“, raunt darauf der Pressesprecher eines Landesjustizministeriums.

Kaum zu glauben, wo die Länder z.B. die durchschnittlichen Kosten eines Hafttags bis auf den Cent kennen – schließlich berechnen sie sich diese gegenseitig oder dem Bund, wenn Zuständigkeiten wechseln.

Wie hoch ist eigentlich die Staatsverschuldung? Hinreichend bekannt sei das ja ohnehin. Nein, nein, wir meinen nicht die 2,0 Billionen Euro, zu denen auch die Politik steht. Wir wüssten gerne die tatsächliche Zahl, mit Schulden der Eigenbetriebe des Bundes, der Körperschaften öffentlichen Rechts – und mit den Zukunftsschulden, z.B. Pensionsansprüchen der Beamten. Also?

Politiker wissen es nicht. Wozu auch, sie haben die Ausgaben ja auch nur beschlossen. Also klaben wir uns zugängliche Informationen selbst zusammen, rechnen und spekulieren ein wenig. Damit kommt dann z.B. der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen auf etwa 100 % mehr als offiziell ausgewiesen.

Aber wie soll man Politikern da böse sein, wenn sie es doch wirklich einfach nicht wissen? (*Ironie!*)

Manche von ihnen bekommen ja bei schwierigen Fragen auch gern mal einen Blackout oder können sich selbst bei den Fragen, bei denen sie die Antwort kennen, nicht mehr an diese erinnern.

Wie denn auch, wo sie doch an jedem Tag immer so viel „arbeiten“ müssen und sie auch das ständige Herumreisen im Ausland so sehr anstrengt. Rund um die Uhr sorgen sie für unser aller Wohl – und manchmal bis spät in die Nacht:



# Demokratie light – Wenn es Nacht wird im Bundestag

---

## ■ Unter Ausschluss der Öffentlichkeit: Was machen die großen politischen Parteien, wenn sie über Themen sprechen wollen, die das Volk nicht mitbekommen soll?

Wenn es Nacht wird im Bundestag und die letzten Besucher gegangen sind, dann wird es spannend. Gemäß Artikel 42 des *Deutschen Grundgesetzes* verhandelt der Bundestag öffentlich. Schließlich sollen die Bürger ja auch wissen, worüber ihre Abgeordneten verhandeln. Von 9 bis maximal 18 Uhr dürfen Besucher auf der Besuchertribüne des Bundestages den Plenarsitzungen ihrer Abgeordneten zuhören. Doch nun wird

es interessant. Von 18 Uhr bis 8 Uhr gibt es ja keine Zuhörer. Aber der Betrieb im Parlament geht weiter.

Und in der Zeit, in der es keine ungebetenen Zuhörer gibt, da werden dann Dinge einfach durchgewunken. Wenn garantiert weder der Hausmeister noch Journalisten im Raume anwesend sind, werden interessante Dinge behandelt – etwa die Bestechlichkeit von Abgeordneten. Am Morgen des

19. Juni 2009 um 2.55 Uhr sprach man im Bundestag im kleinen Kreis über »Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten« (Tagesordnungspunkt 26). An jenem Tag wurde auch um 3.40 Uhr über »internationale Kreditfinanzierung« gesprochen und zwischen 0.25 und 1.00 Uhr über das neue »Biopatentrecht«. Zwischen 5.40 und 6.15 Uhr war das »Wahlrecht von Geburt an« Gesprächsthema, zwischen 6.20 und 6.55 Uhr »Sicherheit in der Informationstechnik« und um 6.55 Uhr sinnierte man über Einsparungen bei der Bildung. Zwischen 6.20 und 6.55 Uhr, beim Thema »Sicherheit in der Informationstechnik«, da stand das Abhören aller Gespräche zwischen Bürgern und Behörden, die künftig vollautomatisch und verdachtsunabhängig ausgewertet werden sollen, auf der Tagesordnung. Das haben Sie doch sicher alles gewusst? ■

Ja, so arbeitsam sind unsere Politiker. Und aus purer Rücksicht auf unser Wohlbefinden verlegen sie Debatten über „Bestechlichkeit von Abgeordneten“ und das Abhören aller Gespräche der Bürger mit den Behörden tief in die Nacht, damit nicht irgendein Journalist etwas aufschnappt und uns in einer der nächsten Nachrichtensendungen unverhofft damit erschreckt.

Ja, so sehr sind sie um uns alle besorgt, dass es mir ganz warm ums Herz wird ... Und dann bekomme ich ein ganz schlechtes Gewissen, weil ich sie nicht gewählt habe, wo sie doch so viel für uns tun ... (*Ironie!*)

Sie sind ja auch so sehr darum bemüht, dass wir immer genügend teuren Strom beziehen dürfen, wie das nachfolgende Beispiel aus der „Atompolitik“ zeigt:

Die schwarz-gelbe Regierung hat ihre Drohung mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie wahr gemacht: Im Koalitionsvertrag 2009 ist das Ziel der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke festgeschrieben worden.

Während die neue Regierung von „Brückentechnologie“ fabuliert und gleichzeitig die Laufzeitverlängerung generalstabsmäßig plant, tauchen Akten und Dokumente auf, die belegen, dass die Entscheidung, das atomare Endlager in Gorleben zu bauen, durch gezielte Manipulation von Gutachten und massiver Einflussnahme von CDU-Politikern zustande kam.

Seitdem ist es recht still geworden. Der Rest der Empörung wird sich - aller Erfahrung nach – in den langen, parlamentarischen Gängen verlaufen: Ein Untersuchungsausschuss wurde eingerichtet, eine moderne Sickergrube.

Währenddessen nutzt die schwarz-gelbe Regierung die Zeit, um sich darauf zu einigen, ob die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke 10, 20 oder 30 Jahre betragen soll.

Gleichzeitig vergibt die schwarz-gelbe Regierung erstmals wieder Hermes Kredite in Höhe von 2,5 Milliarden Euro für Siemens/Areva, also Staatsgarantien für einen Atomreaktor, der in Brasilien gebaut werden soll. Damit hält sich die „deutsche“ Bundesregierung nicht nur die Option für neue Atomkraftwerke in Deutschland offen.

Ein Parteienpoker statt lückenloser und öffentlicher Aufklärung. Warum werden keine Strafanzeigen erstattet? Warum werden keine weiteren Fakten an die Öffentlichkeit gebracht? Warum wird alles Weitere hinter verschlossenen Türen ausgehandelt?

Die Gründe dafür sind schlicht bestechend:

Bei der Durchsetzung des Atomprogramms existierte zwischen den Ex-Regierungsparteien und der aktuellen Regierungskoalition ein „nationaler“ Konsens, also weitestgehende Übereinstimmung. Um diese „nationale“ Aufgabe gegen eine große Mehrheit in der Bevölkerung durchzusetzen, bedienten sich alle Parteien rechtswidriger Praktiken, die die Nutzung der Atomenergie für militärische Zwecke mit einschloss.

Wenn also der Ex-SPD-Umweltminister Gabriel mit Blick auf das Atomforum von „Lug und Trug“ spricht, dann weiß er, wie weit er damit gehen kann. Nicht viel weiter, eben. Denn die CSU-CDU-FDP-Regierung bräuchte nur in eine Schublade zu greifen, in der sich Dossiers befinden, die denselben kriminellen Umgang bei der Durchsetzung der Atomenergie bei den von der SPD geführten Regierungen beweisen würden. Im Folgenden geht es darum, einen Blick in diese Schublade zu werfen:

Im Bundestagswahlkampf 2009 stand neben der Frage „Wer bezahlt die Krise?“ die von FDP und CDU/CSU gestartete Kampagne zum Wiedereinstieg in die Atomenergie im Mittelpunkt. Nach gewonnener Wahl machte sich das schwarz-gelbe Lager zügig an die Umsetzung seiner Drohung.

Die Zeit brennt unter den Nägeln: Der Ausstieg aus der Atomenergie mit festgeschriebenen Restlaufzeiten hätte das baldige Aus für die nächsten Atomkraftwerke bedeutet. Mit Blick auf neue Regierungskonstellationen drosselten sogar einige Energiekonzerne die produzierte Strommenge alter Atomkraftwerke, um sie so in die erhoffte schwarz-gelbe Ära der Atomkraftrenaissance hinüberzuretten.

Es geht um unglaublich viel Geld: Die Verlängerung der Laufzeiten würde Milliarden von Euros in die Taschen der Stromkonzerne spülen. Unter dem Titel *„Unsere Atomkraftwerke sind noch lange nicht am Ende ihrer Laufzeit“* rechnet der RWE-Chef Jürgen Großmann schon einmal laut durch: *„Wir sind bereit, die Gesellschaft angemessen an diesem Mehrwert zu beteiligen. Es wäre zu überlegen, ob wir 45, 50 oder 55 Prozent davon abgeben.“*

**Ein Deal, der die illegalen Parteienfinanzierungen durch Industrie und Wirtschaft der letzten 30 Jahre in den Schatten stellen würde.**

Während man sich offiziell in der Prüfungsphase befindet, werden die Weichen für diesen milliardenschweren Deal schon gestellt, wobei man sich nicht einmal mehr um den Anschein der Unparteilichkeit bemüht:

Bundesumweltminister Röttgen gab bekannt, dass er die Leitung der Abteilung Reaktorsicherheit mit Gerhard Hennenhöfer besetzen will, was darauf hinausläuft, einen Waffenschmuggler damit zu beauftragen, das Verbot des Waffenbesitzes durchzusetzen: Gerhard Hennenhöfer war Generalbevollmächtigter für Wirtschaftspolitik beim Stromkonzern Viag.



In dieser Funktion handelte er mit der damaligen rot-grünen Regierung den „Atomkonsens“ aus, den er mit seiner Unterschrift besiegelte. Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes verbieten allerdings eine solche Nominierung: Dort steht recht verständlich geschrieben, dass, „*wer außerhalb seiner amtlichen Eigenschaft in der Angelegenheit ... tätig geworden ist*“, einen solchen Posten nicht wahrnehmen kann und darf.

Doch die Befangenheit des Atomlobbyisten ist für Umweltminister Röttgen (CDU) kein Problem, sondern eine Art Garantiekunde. Er lässt durch einen Sprecher verlautbaren: „*Unser Haus teilt die Bewertung nicht*“. Die Frage der Befangenheit Hennenhöfers stelle sich „*zurzeit nicht*“.

Warum ein Atommanager in dieses Amt gehievt werden soll, hat einen einfachen und durchsichtigen Grund: Diese Abteilung ist federführend bei der Entscheidung über AKW-Laufzeitverlängerungen. Mit diesem Mann an der Spitze darf das Ergebnis als gesetzt betrachtet werden.

Es geht auch um die Gesundheit der Menschen, um eine Technologie, deren Restrisiko den kalkulierten Tod von Zehntausenden von Menschen billigend in Kauf nimmt. Ein Restrisiko, für das AKW-Betreiber mit einer Haftungspflicht bis maximal 250 Millionen Euro nur symbolisch aufkommen – was zur Konsequenz hätte, dass die Folgen eines möglichen nuklearen Unfalls durch eine Staatsgarantie sozialisiert werden würden.

Mit diesen Machenschaften befindet sich die CDU in gut dotierter Gesellschaft. Mit Blick auf das fünfzigjährige Bestehen des Atomforums fasste Sigmar Gabriel (SPD) die Tätigkeit der „Propagandazentrale der Atomkonzerne“ überraschend harsch so zusammen: „*50 Jahre Atomforum – das bedeutet ein halbes Jahrhundert Lug und Trug*“.

Man kann davon ausgehen, dass solch schwerwiegende und strafrechtlich relevante Vorwürfe Anzeigen und Ermittlungsverfahren zur Folge hätten, wenn sie nicht im Detail belegbar wären. Verständlicherweise schweigt die Atomindustrie, schweigt die CDU.

Sie haben allen Grund dazu. Die Tageszeitung „TAZ“ legte nach und veröffentlichte „streng geheime Kabinettsprotokolle“, die belegen, dass bei der Standortwahl wissenschaftliche Kriterien, also geologische Aspekte fast keine Rolle gespielt hatten.

Dass zivil-militärische und wirtschaftliche Entscheidungen den Ausschlag gaben, belegt ein weiteres Faktum, das 30 Jahre zu spät an die Öffentlichkeit gelangte: Um kommunale, landespolitische Entscheidungs-

träger für den atomaren Standort Gorleben zu „gewinnen“, wurde mit Millionen von Mark geschmiert: Aus den der Elbe-Jeetzel-Zeitung vorliegenden Dokumenten geht hervor, dass „von den rund 500 Millionen DM, die in den Jahren 1979 bis 1982 als ‘Gorleben-Gelder, vom Bund an das Land Niedersachsen, den Landkreis Lüchow-Dannenberg und die Kommunen Gartow und Gorleben flossen, 200 Millionen DM direkt von der „DWK“ stammten“.

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) ist eine Vereinigung aus Energie- und Atomfirmen, deren Großaktionär die RWE ist. Sie wäre bei der geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Niedersachsen federführend gewesen.

Es gibt jedoch genug ähnlich gelagerte Fälle, in denen die SPD (gelegentlich in Koalition mit den Grünen, wie in Hessen), dieselben Verflechtungen eingegangen war und dieselben Verfilzungen genutzt und gedeckt hatte, was bis hin zu strafbaren Handlungen reichte.

Würden also SPD und Grüne tatsächlich das ganze Kartenspiel hinschmeißen, anstatt immer wieder eine Karte zu ziehen, wüssten sie um das entsprechende Risiko: Um das Atomprogramm durchzusetzen, bedienten sich alle Regierungsparteien krimineller Machenschaften, von der CDU/CSU über die FDP bis hin zur SPD, in deren Regierungszeit bekanntlich die maßgeblichen Entscheidungen für einen geschlossenen Atomkreislauf fielen.

**Die kriminelle Einflussnahme auf Gutachten, die katastrophale Prognosen und „Störfälle“ vertuschen, sind Bestandteil der „Großen Koalition“ in Sachen Atomenergie.**

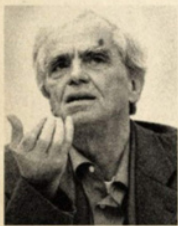
Ein Hoch auf die Politik „zum Wohle des Volkes“!  
(Ironie!)



# Verräter am Deutschen Volk

## - Die fremdgesteuerte BRD-Sprechroboter-Bande -

Wegen stillschweigender Duldung und Begünstigung von Straftaten, Rechtsbeugungen und fortwährender Vorteilsnahme im Amt, Korruption und Verrat an den Interessen des deutschen Volkes werden gesucht:



Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen, sind insgesamt **100 000 €** Belohnung ausgesetzt, die nicht für Beamte bestimmt sind, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgen unter Ausschluß des Rechtsweges.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen u.a. entgegen:

*Leider im Moment niemand, da Polizei und Staatsanwaltschaften weisungsgebunden und diesen Tätern untergeordnet sind!*

**Vorsicht! Diese Volksverräter machen von der Nazikeule rücksichtslos Gebrauch!**



## Noch mal zu den „Wahlen“

*„Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert,  
dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“  
George Bernard Shaw*

Bereits in meinem Buch „Die Jahrhundertlüge“ bin ich umfangreich auf die Thematik der Wahlbetrügereien und Wahlfälschungen in unserem Land (bei den so genannten „Bundestagswahlen“) und in der EU eingegangen.

Die aktuellen Ereignisse um die „Wahl“ des „Bundespräsidenten“ erfordern es allerdings, diese Thematik nochmals aufzugreifen, um zu zeigen, dass man bei der Manipulierung von „Wahlen“ immer ungenierter vorgeht:

Aus Nordrhein-Westfalen sind 133 Wahlmänner und Frauen zur Wahl des neuen „Bundespräsidenten“ nach Berlin entsandt worden. Offenbar fehlte dafür aber jegliche rechtliche Grundlage, da am 9. Juni nach der Landtagswahl eine konstituierende Sitzung stattgefunden hatte, die nicht ordentlich war, wodurch auch kein geschäftsführendes Präsidium zustande kam.



Nach der Landtagswahl in NRW, genau am Mittwoch, dem 09.06.2010 um Null Uhr, traten die neuen Landtagsmandate der gewählten Parlamentarier in Kraft. Zu der vorgesehenen konstituierenden Sitzung gehört es, dass sie durch die Präsidentin oder den Präsidenten des geschäftsführenden Präsidiums aus der vorangegangenen Wahlperiode, die am 08.06.2010 um 24 Uhr endete, eröffnet wird.

So bestimmt es die „Verfassung“ von Nordrhein-Westfalen. Gibt es keinen Präsidenten oder keine Präsidentin mehr, zum Beispiel, weil sie nicht wieder gewählt wurden, sind die Vizes oder die Schriftführer ihre Vertreter. Dies ist in der Geschäftsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen eindeutig festgelegt.

Während der konstituierenden Sitzung muss ein neues Präsidium unter den Landtagsabgeordneten gewählt werden, denn ohne Präsidium ist ein Landtag nicht beschluss- oder arbeitsfähig. Das trifft auch für die Bestimmung von Wahlmännern und -frauen zur Wahl eines

Bundespräsidenten zu, die in gleicher Anzahl auch durch die Länderparlamente gestellt werden.

Und weil an diesem Tag, dem 9. Juni, alles anders kam, als es gesetzlich vorgesehen war, erhebt nun die „Bürgerinitiative für Verfassungsschutz“ in Berlin den Vorwurf, dass Christian Wulff mit den aus Nordrhein-Westfalen kommenden Wahlmännern und -frauen gar nicht hätte gewählt werden können, weil der nordrhein-westfälische Landtag nicht ordentlich zustande kam.

Für zwei Mitglieder des alten Landtags könnte es sogar noch schlimmer kommen: Die Bürgerinitiative wirft Regina van Dinther (CDU) und Edgar Moron (SPD) sogar Amtsanmaßung vor, denn sie hätten durch die Sitzungsleitung unbefugt ein öffentliches Amt ausgeübt, zu dem sie gesetzlich nicht ermächtigt waren, weil ihr Landtagsmandat nicht mehr aktiv war.

Für Regina van Dinther, die ehemalige Präsidentin des Düsseldorfer Landtages, endete das Landtagsmandat am 8. Juni, denn sie wurde durch die NRW-Wahl nicht mehr in den Landtag gewählt und bekam auch kein Listenmandat der CDU.

Danach hätte sie nicht einmal mehr den Plenarsaal betreten dürfen, geschweige denn, die Funktion *„als präsidiales Mitglied oder als geschäftsführende Präsidentin einnehmen und ausführen dürfen, weil jede präsidiale Funktion ein gültiges Abgeordnetenmandat voraussetzt“*, wirft die „Bürgerinitiative für Verfassungsschutz“ ihr vor.

Ähnliches gelte auch für den ehemaligen 1. Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, Edgar Moron (SPD), welcher nur vom 31. Mai 1990 bis 8. Juni 2010 Mitglied des Landtags war. Moron trat nicht einmal mehr zur damaligen Wahl an, nahm aber offenbar trotzdem während der konstituierenden Sitzung am 9. Juni geschäftsführende Funktionen wahr.

Während am 09.06.2010 die **selbsternannte** Interimspräsidentin van Dinther von diesem Amte, welches sie zu diesem Zeitpunkt durch den Verlust des Abgeordnetenmandates nicht mehr innehatte, zurücktrat, erklärte der ehemalige Vizepräsident, Edgar Moron, ebenfalls ohne erforderliches gültiges Landtagsmandat, bis zur Wahl eines neuen Landtagspräsidiums zusammen mit der Vizepräsidentin Freimut interimistisch im Amt des Vizepräsidenten des Landtages NRW zu bleiben.

## **Dies ist eindeutig rechtswidrig!**

Damit ist auch – so die Bürgerinitiative für Verfassungsschutz – „*die Wahl der Wahlfrauen und Wahlmänner für die Bundesversammlung zum Zwecke der Wahl des Bundespräsidenten am 30.06.2010 in Berlin aufgrund des zum 09.06.2010 nicht geschäfts- und beschlussfähigen Landtages des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ungültig und nachträglich nicht heilbar. Diese Wahlfrauen und Wahlmänner hatten daher in Berlin am 30.06.2010 kein Stimmrecht, woraus sich die Unvollständigkeit der Bundesversammlung zur Wahl des 10. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ergibt und die Ungültigkeit der Bundespräsidentenwahl.*“

**Christian Wulff sei daher kein rechtmäßiges Oberhaupt und somit umgehend aus dem Amte zu entfernen!**

Weitere Kommentare erübrigen sich da wohl ...

*Man wollte eben einfach jemanden unbedingt in dieses „Amt“ integrieren, der bei den zukünftigen Machenschaften alles abnickt und ohne Skrupel unterschreibt – und dafür ist Christian Wulff eben perfekt!*

Und nun noch ein Blick auf ein **echtes Wahlergebnis**:

Wir haben auf einer Netzseite parallel zur letzten Bundestagswahl ein Wahlmodul integriert, in welchem wir den Besuchern tatsächlich eine Wahl ließen: Neben den „etablierten“ (vorgesetzten) Parteien boten wir als Alternative die „Echte Volksdemokratie“ an. Die nachfolgende Grafik zeigt den eindeutigen Willen des Volkes.

Um Fragen vorzubeugen:

Wir haben von jedem Besucher die IP-Adresse erfasst und das Modul so programmieren lassen, dass Mehrfachabstimmungen und damit auch Manipulationen völlig ausgeschlossen waren.

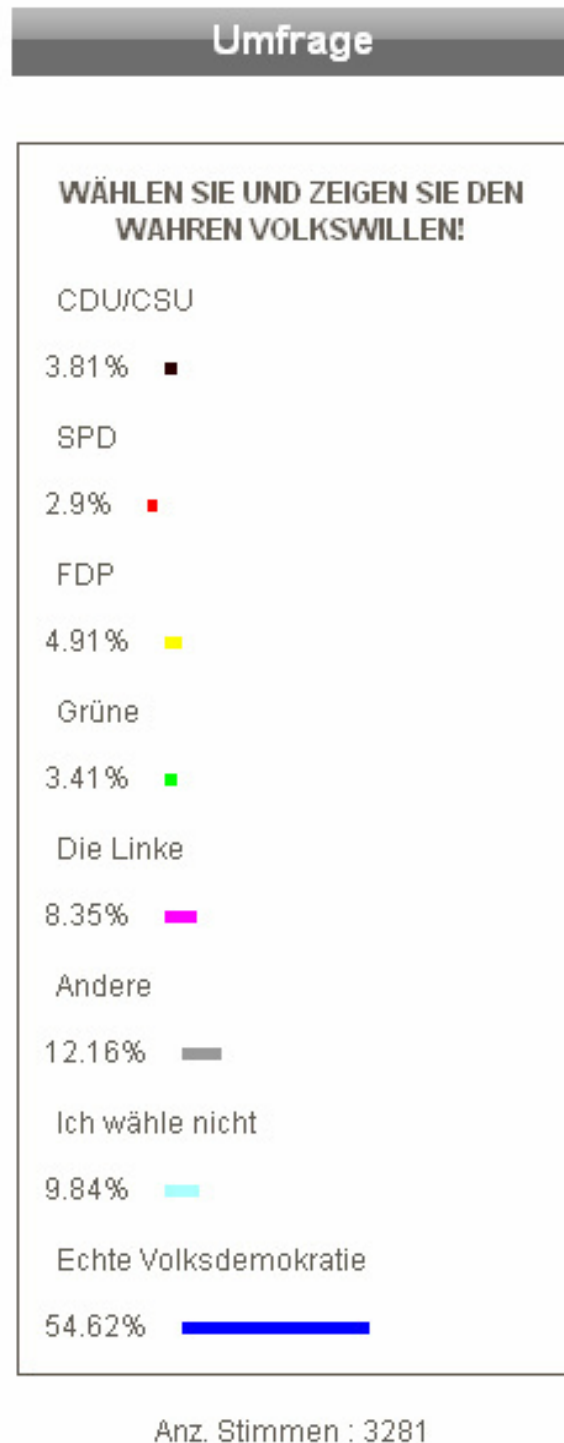
Die aktive Beteiligung von 3.281 abstimmenden Personen reicht für ein aussagekräftiges Ergebnis völlig aus.

Und das Ergebnis ist eindeutig:

Von den „etablierten“ Parteien wäre nur „Die Linke“ in den Bundestag gekommen. Alle anderen wären an der 5-Prozent-Hürde gescheitert ...

Am Ergebnis kann man nun eindeutig sehen, welche **Legitimation** „*unsere Vertreter*“ in Berlin haben – nämlich überhaupt keine!

Nun werden Sie sicher verstehen, dass die „Diener des Kapitals“ in Berlin freie und unabhängige Wahlen niemals zulassen werden – es wäre ihr Ende!





## Big Schäuble is watching you!

*"Da Pazifisten mehr Handlungsfreiheit in Ländern haben,  
in denen Ansätze der Demokratie bestehen,  
können Pazifisten effektiver gegen die Demokratie wirken als für sie.  
Objektiv betrachtet ist der Pazifist pro-nazistisch."  
George Orwell*

Der Große Bruder (engl. Big Brother) ist in dem Roman „1984“ von George Orwell der angebliche Diktator des fiktiven, totalitären Staates „Ozeanien“, der die Kontrolle und Unterdrückung seiner Bürger bis zur Perfektion getrieben hat.

In der Gesellschaft, die Orwell beschreibt, befindet sich jeder unter der vollständigen Überwachung durch die Behörden. Der Große Bruder ist allgegenwärtig und verfolgt einen bis in die intimsten Bereiche des Lebens. Selbst vor der Sexualität macht die ständige Kontrolle des Großen Bruders nicht halt. Die Bevölkerung wird durch die ständige Erwähnung des Propaganda-Slogans „Der Große Bruder sieht dich“ (engl. „Big Brother is watching you“) an diese Tatsache erinnert.

In Anlehnung an Orwells Roman wird der Begriff „Großer Bruder“ heutzutage auch für einen staatlichen Überwachungsapparat gebraucht, dem man machtlos gegenübersteht. Da die verschiedenen persönlichen Daten selten an einer einzigen Stelle zusammenlaufen, sondern die Vernetzung oft als problematisch gesehen wird, erscheint das Bild eines großen Bruders nicht immer als adäquat, obwohl auch im Roman der Große Bruder nur eine beispielhafte Ikone der staatlichen Kontrolle darstellt, dessen tatsächliche Existenz ungeklärt ist.

Sehr interessant in dem Roman ist die Beschreibung der Welt in „dem Buch“, das Winston, der Hauptdarsteller der Geschichte, von O'Brien bekommt. Die darin enthaltene Aufteilung der Menschen in drei Schichten erinnert an die Welt, in der wir jetzt leben. Nicht so extrem, aber in manchen Ländern doch sehr präsent, verläuft die Unterteilung der Menschen in unterschiedliche Klassen.

Beim Lesen dieses Buches musste ich immer denken, dass ich in der beschriebenen Welt gerne zu der niedrigsten Schicht gehören würde, zu den Proles, denn „Proles und Tiere sind frei.“

„1984“ ist ein wichtiger Roman, der eindeutig zur Weltliteratur gehört und in den Schulen unbedingt gelesen werden sollte, da die dargestellte Gesellschaft in vielen Dingen der heutigen Realität sehr nahe kommt. Aktuelles Beispiel: die Schweinegrippe. Es wurde überall lauthals verbreitet, dass die Grippe wahnsinnig schlimm sei, dabei ist diese Grippe viel harmloser als die jährliche Grippe. Sie glaubten aber das Gegenteil.

Aber leider ist das nicht die einzige Parallele unserer kontrollierten Welt zu Orwells Roman:

- Seit Jahren werden die Konten und Geldflüsse durch die „Behörden“ überwacht.
- Telefondaten werden gespeichert, Gespräche mitgeschnitten.
- E-Mails werden durchsucht.
- Mautbrücken werden zur Überwachung genutzt.
- Computer werden online durchsucht.
- Wohnungen werden abgehört und gefilmt.
- Ausweisdokumente speichern biometrische Daten, wodurch Identifizierungen ermöglicht werden.
- Arbeitgeber müssen Lohnzahlungen an eine Zentraldatei melden.
- Krankenkassen melden die Daten ihrer Mitglieder an eine Zentraldatei.



Sie bemerken schon die Parallelen bei diesen ersten Beispielen?

Leider war das alles erst der Anfang!



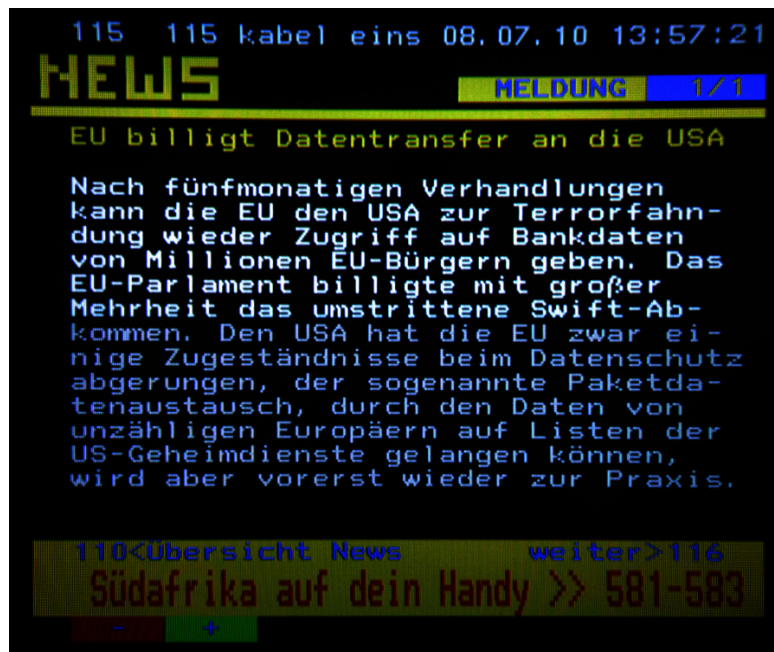
Nebstehend sehen Sie, was sich (wahrscheinlich, ohne dass Sie es in diesem Umfang bemerkten) in den letzten Jahren alles getan hat.

Selbst Mikrofone und Kameras dürfen in ihren Wohnungen (entgegen Art. 13 GG) versteckt werden!

Merken sie denn, welchem Zweck das alles dient?

Die Datensammelwut des Systems kennt schon lange keine Grenzen mehr! Da fragt man sich doch unwillkürlich, was mit all den Daten geschieht.

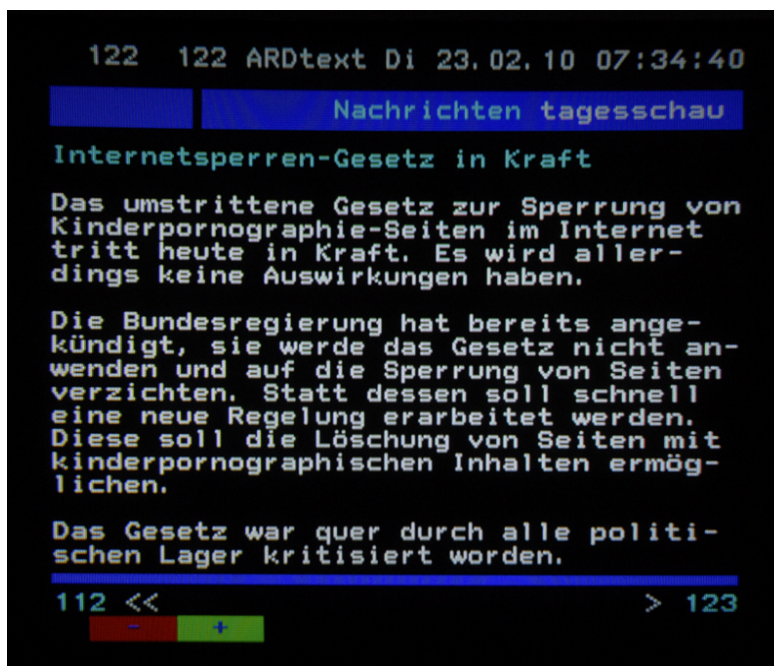
Und vor allem, wer auf diese Zugriff hat:



Gemäß dem ganz neuen so genannten „Swift-Abkommen“ ist es, wie Sie nebenstehend gut nachvollziehen können, jetzt sogar der CIA möglich, Ihre Konten zu überprüfen und zu überwachen.

***Stimmen Sie zu, oder stört es Sie?***

Das nächste Beispiel ist nicht etwa weniger problematisch:



Hier kommt Ihnen bestimmt zuerst der Gedanke, dass das ja eine gute Sache ist, so ein Gesetz zur Sperrung von Kinderpornografieseiten.

***Stimmen Sie zu?***

An diesem Beispiel zeigt sich aber nun wieder genau, wie perfide das System arbeitet und funktioniert und wie es Sie im Denken beeinflusst:

Sie können auch lesen, dass man das Gesetz nicht anwenden will, da es viel besser ist, die Seiten gleich zu löschen!

Wieder werden Sie zustimmen, ohne viel zu überlegen ...

Denken wir aber einmal logisch: Kinderpornografieseiten liegen meist auf ausländischen Servern, auf die das deutsche Recht sowieso keinen Zugriff hat. So viele Gesetze dies auch vorsehen mögen, **deutsche Behörden können niemals ausländische Seiten löschen!**

Angesichts der Tatsache, dass das Internet aus Milliarden von Seiten besteht (gibt man bei Google „Kinderpornografie“ ein, werden 346.000 Ergebnisse angezeigt) wäre das sowieso ein sinnloses Unterfangen – oder glauben Sie wirklich, dass unsere fähigen „Gesetzeshüter“ über 300.000 Seiten löschen könnten?!

Jetzt werden Sie sich sicherlich fragen, was das Ganze dann überhaupt soll. Und mit dieser Frage sind Sie auf dem richtigen Weg:

Hier wurde einfach wieder ein (leider erfolgreicher!) Versuch unternommen, weitere Kontrolle über uns alle zu erlangen. Man gab dem Ganzen dazu einen seriösen Anschein, damit jeder Mensch vorbehaltlos zustimmt.

Und nun hat man ein Gesetz, um den Zugang zu Internetseiten zu blockieren. Ich selbst wundere mich nicht mehr, dass mein Internetbrowser den Zugang zu einigen sozialkritischen Seiten bereits blockiert ...

Merken Sie etwas?

## **Hier geht es doch nicht um Kinderpornografie, sondern um Kontrolle!**

Mit dem neuen Gesetz kann man Seiten sogar löschen – natürlich nur deutsche. Und welche das sind, das wird man dann im Laufe der Zeit immer mehr ausdehnen:

Zuerst Kinderpornografie, dann vielleicht die Seiten der „Rechten“, danach sicher die der „Linksautonomen“ – am Ende alle kritischen ...

Wir erleben um uns herum tagtäglich Schritte zu George Orwells schlimmsten Zukunftsvisionen – wir befinden uns schon mittendrin!



Und die nächsten Schritte sind lange geplant:

### Versicherung prüft elektronisches System

## Kfz-Prämie nach den Kilometern berechnen

In der Kfz-Haftpflichtversicherung bahnt sich eine „Revolution“ an. Die Uniqa testet gemeinsam mit IBM ein elektronisches System, das künftig per Satellitennavigation die gefahrenen Kilometer und so die Höhe der Prämie berechnet. Wer wenig fährt, steigt günstiger als jetzt aus, sagen die Versicherer.

In England ist die „flexible Autoversicherung“ mit Grundgebühr und Kilometerpreis bereits seit Anfang 2005 („pay as you drive“) als preiswerte Alternative auf dem Markt. Technisch funktioniert das Ganze über einen Chip im Auto, der die Daten an einen zentralen IBM-Computer übermittelt (siehe Grafik). 2006 wird es erste „Testfahrer“ geben, die Uniqa könnte 2007 als erste mit diesem System auf den Markt kommen.

### Prämie hängt von Fahrleistung ab

Telematik Gateway

RECHNUNG Versicherung

Eine Kombination von GPS- und Kartendaten wird zur Verrechnung verwendet

GPS-Satellit

verschlüsselte Verbindung

Navi-Box: Zeichnet Fahrten mit Hilfe der GPS-Koordinaten auf

Quelle: GDS

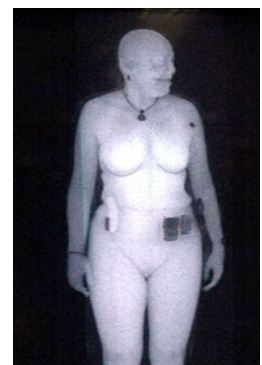
Na, was sagen Sie jetzt?! Ist es nicht toll, dass dann auch noch jeder weiß, **WANN** und **WO** Sie **WIE OFT** sind?!

Wieder wird man Ihnen suggerieren, dass diese Daten natürlich nicht für andere Dinge verwendet werden. Wieder wird dies eine Lüge sein - genau, wie es bei den Mautbrücken der Fall gewesen ist ...

Ein weiterer Fall totaler Kontrolle sind die 2010 eingeführten „Körperscanner“:

Körperscanner, auch Bodyscanner oder Nacktscanner genannt, erfassen die Oberfläche des menschlichen Körpers unter der Kleidung und stellen diese auf einem Bildschirm dar. So sollen versteckte Gegenstände sichtbar gemacht werden.

Weil sie körperliche Details sichtbar machen, sind Körperscanner umstritten, da sie dadurch eindeutig die menschliche Würde verletzen.



Für die Nacktscanner gibt es zwei technische Methoden: Röntgenstrahlen und Terahertzwellen. Bei der Röntgenmethode ist die Gesamtstrahlenbelastung zwar geringer als beim konventionellen Röntgen beim Arzt, gesundheitliche Folgen sind aber trotzdem nicht auszuschließen.

Dazu Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz:

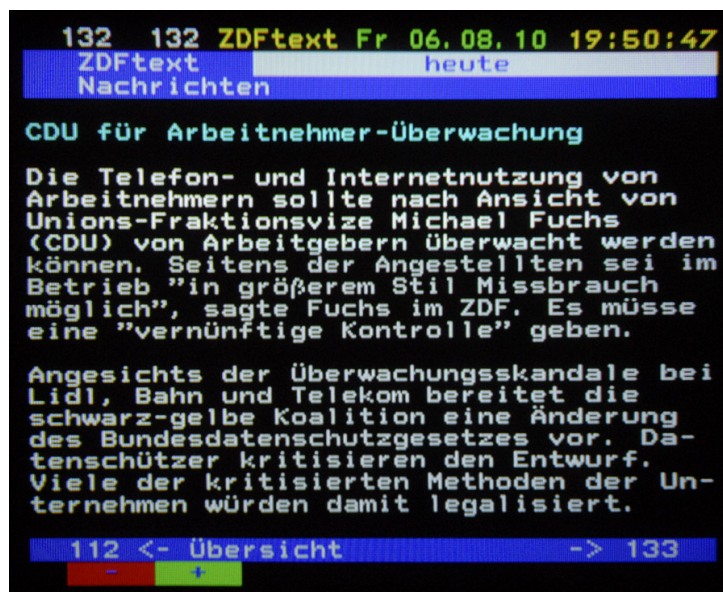
*„Die Geräte, die vor gut einem Jahr vorgestellt wurden, zeichnen ein genaues Bild der Silhouette einschließlich der gesamten Körperoberfläche, der Genitalien, von Prothesen bis hin zum künstlichen Darmausgang.“*

Die Strahlenschutzkommission des Bundes warnte indes vor dem Einsatz von Scannern mit Röntgentechnologie. Die Röntgenstrahlung habe das Potenzial, langfristig Krebs und Leukämie zu erzeugen, sagte der Vorsitzende der Kommission, Rolf Michel.

Politiker stört so etwas aber nicht.

Dass auch Firmen seit einiger Zeit längst die Datensammelflut gepackt hat, ist ebenfalls hinlänglich bekannt. Dies blieb bisher – trotz eines bestehenden Datenschutzgesetzes (welches allerdings nur zur Beruhigung der Bevölkerung existiert) – immer ungestraft.

Lesen Sie zu dieser Thematik erst einmal folgende Nachricht:



Jetzt will man also die Sammlung von persönlichen Daten und die Überwachung legalisieren.

Erneut ist es offensichtlich, dass dies wieder **gegen den Bürger** gerichtet ist!

**Wofür werden Ihre Daten denn überhaupt benötigt?**

**Wer schützt denn nun Ihre Rechte?**

Die Politik sicher nicht, da sie andere Aufgaben hat, wie Sie in den entsprechenden Kapiteln dieses Buches nachlesen können.

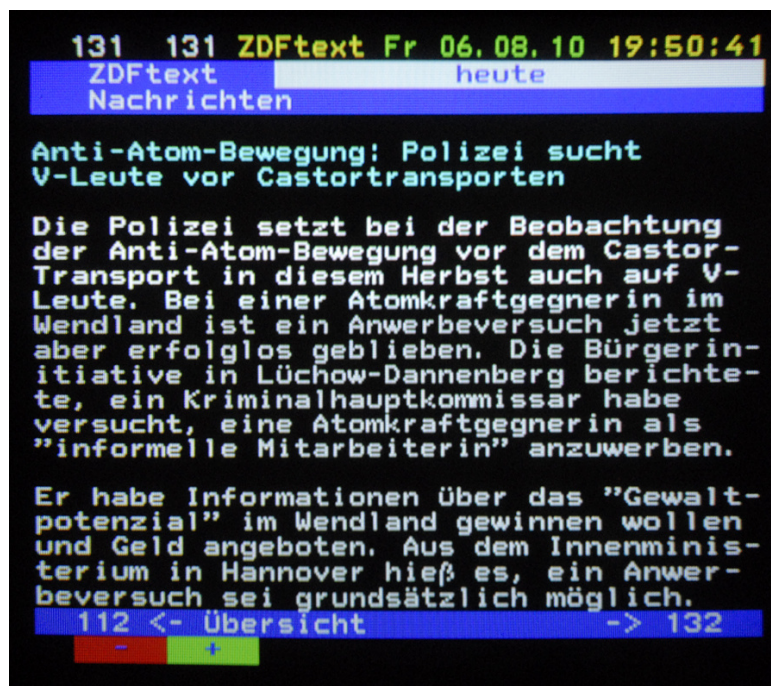
Und dabei wird von den Politikern immer wieder die „Staatssicherheit“ („Stasi“) der „DDR“ als negatives Beispiel für Überwachungen und Kontrolle des Volkes genannt.

Für diejenigen, die mit diesem Begriff nichts anfangen können: Das „Ministerium für Staatssicherheit“ (kurz MfS) war der Inlands- und Auslandsgeheimdienst der DDR und zugleich Ermittlungsbehörde (Untersuchungsorgan) für „politische Straftaten“.

Das MfS war innenpolitisch vor allem ein Unterdrückungs- und Überwachungsinstrument der SED gegenüber der DDR-Bevölkerung, das dem Machterhalt diente. Dabei setzte es als Mittel Überwachung, Einschüchterung, Terror und die so genannte Zersetzung gegen Oppositionelle und Regimekritiker ein.

Speziell die „Informellen Mitarbeiter“ (IM) waren in allen Bevölkerungsschichten vertreten. Es waren einfache Bürger, die ihre Mitmenschen bespitzelten und Informationen über sie an die „Stasi“ weitergaben.

Da wird auch wieder eine deutliche Parallele zu „1984“ deutlich: Überwachungsstaaten funktionieren immer gleich – Menschen denunzieren Menschen:



Was sagen Sie denn zu dieser Nachricht?

Das System nutzt schon sehr lange die gut bewährten „informellen Mitarbeiter“.

Und wieder ist es so, dass Menschen ihre Mitbürger bespitzeln.

Ist es auch Ihr Nachbar?

Wie real ist „1984“ schon?!

Wir sind lange schon angekommen in der schönen neuen Welt, die George Orwell „Ozeanien“ nannte – oder gefällt Ihnen „**Eurasien**“ (= **Europa + Asien**) besser?



Das Bundeskriminalamt hat vor einiger Zeit über Monate hinweg die Fahndung mit Hilfe von Kameras und Fotos erprobt. Eine Gesichtserkennungssoftware gleicht dabei die gespeicherten Fotos mit allen gefilmten Passanten ab – so gerät jeder Unschuldige ins Visier der Fahnder.

*(Lesen Sie zu diesem Thema das Kapitel „Europa 2010“ und vergleichen Sie diese Tatsache mit dem neuen INDECT-Projekt!)*

Bislang dürfen die biometrischen Passfotos nach dem Gesetz aber nicht in einer bundesweiten Fahndungsdatei gespeichert werden. Doch die Bundesregierung will jetzt der Polizei erlauben, eigenmächtig die Fotodatenbanken der Meldestellen für Fahndungen zu nutzen.

Dazu Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz:

*„Mich bedrückt schon die kurze Halbwertszeit von bestimmten Zusicherungen, dass irgendetwas nicht geschieht, dass der Datenschutz gewährleistet wird, wenn auf der anderen Seite dann relativ bald neue technische Verfahren eingeführt werden, die genau zu dieser Situation führen, die man vermeiden wollte und von der man auch heute noch sagt, dass man sie gar nicht will, nämlich eine bundesweite Verfügbarkeit genau dieser biometrischen Passbilder. Wenn man das von Anfang an gesagt hätte, dann hätte man die biometrischen Daten im Pass nicht bekommen, weil das kein Mensch akzeptiert hätte.“*

Doch Innenminister Schäuble geht noch weiter, will noch mehr Überwachung. So beschloss die Regierung vor kurzem die Vorratsdatenspeicherung. Damit kann die Polizei ein halbes Jahr lang zurückverfolgen, wer wann, wo und mit wem telefonierte oder per Computer kommunizierte. Ein lückenloses Überwachungsnetz entsteht.

Eine Brandstiftung irgendwo in Deutschland: Ein Brandstifter steckt mehrere Gebäude an. Die Polizei testet, was Innenminister Schäuble bundesweit plant. Sie ermittelt, wer zur Tatzeit in der Nähe war.

Das verraten die Handy-Verbindungsdaten. 700 Mobiltelefone ortet die Polizei im Umkreis von mehreren Kilometern zum Tatort. 700 Handybesitzer geraten unter Verdacht.

Auch der Journalist Peter Strehmel. Ein Kollege hatte den Reporter in der Brandnacht auf dem Handy angerufen. Nur deshalb müssen Strehmel und Hunderte andere einen mehrseitigen Fragebogen der Polizei ausfüllen.

Dazu Peter Strehmel:

*„Ich musste dann natürlich überlegen: Wo war ich zu der fraglichen Zeit, als ein Kollege versuchte, mich über Handy anzurufen, habe ich Zeugen dafür, dass ich wirklich im Bett gelegen habe? Und das Gleiche ist in der Nacht noch einigen hundert anderen passiert, die im Umkreis von zehn Kilometern um den Tatort waren. Kinder, Jugendliche, die bekamen alle den Fragebogen.“*

Peter Schaar:

*„Ich halte es für geradezu absurd, dass man, wenn man die Stecknadel im Heuhaufen sucht, erst mal den Heuhaufen vergrößert. Es wäre vielleicht sinnvoller, noch einmal darüber nachzudenken, ob man den Kreis der Verdachtspersonen, der Personen, gegen die sich eine Maßnahme richtet, erst mal einschränkt und dann gezielt vorgeht.“*

Dennoch beschloss die Bundesregierung die Vorratsdatenspeicherung. Sie folgt damit einer europäischen Richtlinie. Doch auch die halten Experten für rechtswidrig.

Auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages warnte erfolglos vor der Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht:

Zitat:

*„Es bestehen erhebliche Bedenken, ob die Richtlinie in der beschlossenen Form mit dem Europarecht vereinbar ist.“*

Doch der Innenminister setzt sich über alle Einwände hinweg. Er hat sogar die verdeckte Durchsuchung von Computern durchgesetzt. Dabei hatte der Bundesgerichtshof das gerade für unzulässig erklärt. Aber die Regierung, die Exekutive, mag selbst höchstrichterliche Entscheidungen nicht akzeptieren.

Prof. Peter-Alexis Albrecht, Strafrechtler, Universität Frankfurt:

*„Die Exekutive gewöhnt sich daran, alles zu schlucken in unserem Staat: Das Recht, die Legislative und auch alle Prinzipien der Verfassung. Und das ist eine neue Entwicklung, eine neue Qualität, die dem besonnenen Bürger und dem Rechtslehrer große Sorge macht. Denn wenn die Politik das Recht verliert, dann verliert sie ihre Berechtigungsgrundlage, ihre Legitimation.“*

Dass Bundesbehörden heimlich in privaten Computern herumschnüffeln, war früher undenkbar. So antwortete die Bundesregierung im Dezember 2006 auf eine Anfrage der Linkspartei:

Zitat:

*„Verfahren, in denen Online-Durchsuchungen für Zwecke der Gefahrenabwehr durchgeführt wurden, sind der Bundesregierung nicht bekannt.“*

Doch später musste Geheimdienstkoordinator Fritzsche im Innenausschuss des Bundestages zugeben, dass heimliche Online-Durchsuchungen seit Jahren stattfinden – und das nur aufgrund einer geheimen Dienstanweisung von Schäubles Vorgänger im Amt des Innenministers, Otto Schily.

Gisela Piltz, MdB, FDP, Innenausschuss:

*„Es gibt einen Widerspruch zwischen dem, was der Geheimdienstkoordinator sagt und dem, was das Innenministerium sagt. Das ist sehr deutlich geworden, und für uns ist jetzt auch klar, dass es seit fast zwei Jahren heimliche Online-Durchsuchungen von Computern gegeben hat, ohne eine entsprechende Rechtsgrundlage, und das ist der maximale Eingriff in die Bürgerrechte.“*

Das Innenministerium räumte ebenfalls ein, man habe bereits 2005 dem heimlichen Zugriff auf Computer zugestimmt. Ganz heimlich hat die Bundesregierung damit den Weg für massive Eingriffe in die Grundrechte aller Bürger freigemacht und schuf direkte Anbindungen der Behörden zu den Internet Providern, damit ihre Konten regelmäßig ausgelesen werden können und damit alles, was sie im Netz schreiben oder lesen!

Mittlerweile ist auf Schäubles Bestrebungen mit dem Argument, man müsse sich vor Terroristen schützen, das Gesetz zur „Terrorabwehr“ verabschiedet wurden. Darin wird eine Datenbank („Terrordatei“) aufgebaut, die jeden Deutschen mit einer Nummer erfasst. Jetzt hat jeder, vom biometrisch-fotografierten Baby bis zum seit 20 Jahren Toten eine eigene „Identifikationsnummer“.

Damit lassen sich nun alle gesammelten Datenströme, seien es nun Kontodaten, Telefongespräche oder irgend etwas anderes, das der Staat gerade von Ihnen gesammelt hat, bündeln und bei einem Zugriff mit einem Klick verfügbar machen.

Jetzt ist endlich Ordnung!



## Aktualisierungen

Die aufgerufene Internetseite verstößt gegen einen der folgenden Punkte:

- 2011 – sie enthält kinderpornografisches Material
- 2012 – sie enthält Informationen zum Umgehen von Internetsperren
- 2013 – sie enthält rechtsradikales Material
- 2014 – sie schadet der deutschen Wirtschaft
- 2015 – sie beinhaltet Links zu Raubkopien
- 2016 – sie enthält Gewaltdarstellungen
- 2017 – sie ist kritisch gegenüber der deutschen Regierung
- 2018 – sie enthält freie Meinungsäußerungen
- 2019 – sie ist keine beim deutschen Staat angemeldete Seite
- 2020 – Das Internet ist in ihrer Region nur für geprüfte Personen verfügbar
- 2021 – Das Informationsministerium hat Ihre biometrischen Daten gespeichert. Bleiben Sie an Ort und Stelle, Ihre Verhaftung wurde bereits angeordnet.

## Meinungsfreiheit in der BRD

*„Wir können nie sicher sein, dass die Ansicht,  
die wir zu unterdrücken suchen, falsch ist;  
auch wenn wir sicher sein könnten,  
wäre die Unterdrückung immer noch ein Übel.“  
John Stuart Mill*

Meinungsfreiheit ist in Deutschland längst zu einer Mutprobe geworden. Auch wenn ihnen durch die Medien eine „freie Berichterstattung“ vorgegaukelt wird, so wird den Chefredakteuren der Medien durch die Bundesregierung doch immer wieder vorgeschrieben, über welche Themen sie berichten dürfen – bzw. über welche auf keinen Fall.

Das geht so weit, dass die führenden Chefredakteure beispielsweise im Jahr 2009 in das Kanzleramt eingeladen wurden, wo man ihnen nahe legte, nichts Kritisches mehr über die wirtschaftliche Situation und die Stabilität des Euros zu berichten. Das Volk sollte nicht beunruhigt werden.

Das ist vollkommene Zensur – und die Medien spielten mit.

Und so zieht sich ein roter Faden durch die Geschichte der letzten 65 Jahre, indem Sie immer nur das erfuhren, was Sie erfahren durften und sollten. Aus diesem „Wissen“ wurde gezielt Ihre Meinung geformt, die, wenn sie denn systemkonform war, auch von Ihnen geäußert werden durfte.

Und auch dieses System funktioniert perfekt!

Durch immer stärkere Präsenz der *angepassten Informationen* in den Medien entstand **IHRE REALITÄT**:

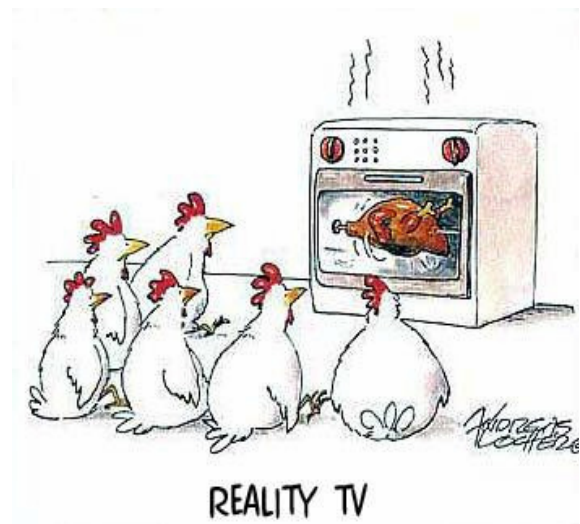
- Und so **glauben** Sie durch „Richter Hold“, „Richterin Barbara Salesch“ und „Das Strafgericht“ beeinflusst, dass Sie sich in einem Rechtsstaat befinden, in dem die Justiz toll funktioniert.
- Und Sie **glauben**, durch „Achtung Kontrolle! Einsatz für die Ordnungshüter“ manipuliert, dass die Polizei jedes Recht hat, gegen das Volk vorzugehen und auch immer nur dessen Freund und Helfer ist.

Das Ziel ist bei vielen durch das „Pseudo-Reality-TV“ erreicht: **Sie GLAUBEN.**

Und so vermittelt die wirklichkeitsferne Darstellung der tatsächlichen Realität gerade den jüngeren und naiveren Zuschauern ein unrealistisches Bild der deutschen Justiz. Und genau das ist die Absicht.

Ein Kabarettist sagte einmal, dass dies so lange geht, bis die Menschen glauben, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet, einem völlig Fremden in einer Fernsehshow sagen zu können, er wäre zu dick!

Und so werden viele Dinge nicht mehr laut ausgesprochen, da die Menschen schon beginnen, sich Sorgen zu machen – unterbewusst glauben, dass man nicht mehr alles frei sagen kann ...



Denn wenn Sie sich einmal besinnen und nach der Wahrheit in der eigenen Vergangenheit, der eigenen Geschichte suchen, dann begeben Sie sich in Gefahr!

Im Wissen Napoleons, dass *„ein Volk, das in der Lage ist, alles zu sagen, bald in der Lage ist, alles zu tun“*, verbietet man den Menschen einfach, alles sagen zu können: Man schafft Paragraphen, die das unter Strafe stellen!

Man nennt das nunmehr „Volksverhetzung“ und schafft damit das Recht auf freie Meinungsäußerung einfach ab:

Einem Rechtsanwalt waren, nachdem der Volksverhetzungsparagraph 130 Strafgesetzbuch (StGB) im Jahr 2005 um einen Absatz 4 verschärft worden war, seine jährlichen Gedenkkundgebungen in Wunsiedel aufgrund dieser neuen Bestimmung verboten worden.

Seine dagegen gerichtete Klage war im Juni 2008 in letzter Instanz vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) abgewiesen worden, wogegen er unter anderem wegen grundgesetzwidriger Einschränkung seiner Meinungsfreiheit Verfassungsbeschwerde erhoben hatte.



Diese hat das Bundesverfassungsgericht in seinem am 4. November veröffentlichten Beschluss zurückgewiesen (1 BvR 2150/08).

Die wichtigsten Eckpunkte dieser umstrittenen Entscheidung möchte ich hier kurz vorstellen und erläutern:

**Paragraph 130 Absatz 4 StGB:** *„Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.“*

Auszüge aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2009:

*„Geschützt sind von **Art. 5 Abs. 1 GG** auch Meinungen, die auf eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung zielen ... Das Grundgesetz vertraut auf die Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien.*

*Dementsprechend fällt selbst die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts als radikale Infragestellung der geltenden Ordnung nicht von vornherein aus dem Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG heraus.“*

*„Indem § 130 (4) StGB an die Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft anknüpft und sie ... unter Strafe stellt, greift die Vorschrift in den Schutzbereich der Meinungsfreiheit ein.“*

*„§ 130 (4) StGB ist kein allgemeines Gesetz im Sinne des Art. 5 (2) GG.“*

Dieser knappe Satz hat es in sich, denn nach dem Grundgesetz findet die Meinungsfreiheit ihre Grenzen in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, und das sind nur solche meinungsneutralen Inhalts, die also nicht auf bestimmte – etwa politisch unliebsame, unerhörte, falsche oder sonst verpönte – Meinungen zielen.

Paragraph 130 (4) StGB stellt aber Meinungsäußerungen unter Strafe, die eine bestimmte Haltung zum Nationalsozialismus ausdrücken - keine vergleichbaren anderen - wozu der Beschluss auch an das 1994 in Art. 3 (3) GG eingefügte Verbot erinnert, jemanden wegen seiner politischen Anschauungen zu „diskriminieren“.

Dies alles mag selbstverständlich klingen; dennoch scheinen diese Feststellungen hier deshalb fundamental zu sein, weil das Bundesverwaltungsgericht seine angegriffene Entscheidung just damit begründet hatte, dass der Paragraph 130 (4) StGB ein allgemeines Gesetz im Sinne des Art. 5 (2) GG sei. Da er diese Meinung mit Recht verwirft, wird der Senat die Verfassungswidrigkeit des fraglichen Gesetzes nun feststellen müssen (!):

*„§130 (4) StGB ist auch als nichtallgemeines Gesetz mit Art. 5 (1) und (2) GG vereinbar. Angesichts des sich allgemeinen Kategorien entziehenden Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat, und der als Gegenentwurf hierzu verstandenen Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, ist Art. 5 (1) und (2) GG für Bestimmungen, die der propagandistischen Gutheißung des nationalsozialistischen Regimes in den Jahren zwischen 1933 und 1945 Grenzen setzen, eine Ausnahme vom Verbot des Sonderrechts für meinungsbezogene Gesetze immanent.“*

Hier tritt an die Stelle der Argumentation ein politischer Kommentar, der ihre Richtung abrupt umdreht.

In verstehbarer Sprache besagt er: An sich sind „meinungsbezogene“ – nicht allgemeine – Verbote als „Sondergesetze“ nach Art. 5 GG verfassungswidrig. Das gilt aber nicht für den Sonderfall der „Gutheißung“ des NS-Regimes, weil dergleichen so verfassungswidrig ist, dass es noch nicht einmal eigens im Grundgesetz stehen muss.

Diese politische Auslassung wird dann wiederholt und zu einer geradezu dramatischen Tonlage gesteigert:

*„Die Befürwortung dieser Herrschaft ist in Deutschland ein Angriff auf die Identität des Gemeinwesens nach innen mit friedensbedrohendem Potential. Insofern ist sie mit anderen Meinungsäußerungen nicht vergleichbar und kann nicht zuletzt auch im Ausland tiefgreifende Beunruhigung auslösen ...“.*

Das Verbot eines Sondergesetzes, das bisher unstrittig galt, *„kann für diese, die geschichtsprägende Identität der Bundesrepublik betreffende ... einzigartige Konstellation keine Geltung beanspruchen“.*

*„... Auch die ... Ausnahme vom Allgemeinheitserfordernis meinungsbeschränkender Gesetze aufgrund der Einzigartigkeit der Verbrechen*

*der historischen NS-Gewalt- und Willkürherrschaft ... öffnet hierzu keine Türen, sondern belässt die Verantwortung für die notwendige Zurückdrängung solch gefährlicher Ideen der Kritik in freier Diskussion ...“*

Dies ist einer der Versuche des Senats, den Strom von Verboten, der durch die nun weit geöffneten Schleusentore strömen könnte, wieder zu bändigen und die Entscheidungsfolgen nicht völlig aus der Hand zu verlieren. Systematik und Gehalt der hin- und herpendelnden Grund-, Neben- und Gegensätze bleiben einstweilen aber unergründlich.



Und so darf eben niemand mehr irgendetwas in Frage stellen, nichts sagen, was von der „offiziellen“ und gültigen Meinung abweicht.

Mit der Geschichte fängt es an. Mit der Gegenwart wächst es. Enden wird es mit dem Verbot aller alternativen Gedanken ...

Der Jurist Dr. Herbert Schaller hat sich mit den „problematischen Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Straftatbestand des § 130 Abs. 3 des deutschen Strafgesetzbuches“ befasst. Hier seine Ausführungen:

*„In der letzten Zeit sind von offensichtlich NS-unverdächtiger Seite Stimmen laut geworden, die sich gegen eine Bestrafung des Holocaustleugnens wenden. Darunter finden sich Richter in Pension des Bundesverfassungsgerichts. Meist geschieht dies aus Erwägungen der Meinungsäußerungsfreiheit.*

*Der bekannte Holocaust-Spezialist, der verstorbene Univ.-Prof. Raoul Hilberg, hat dem „Standard“, einer Zeitung in Wien, am 10. Juni 2006 ein Interview gegeben, in welchem er sich nicht nur gegen eine Bestrafung der Holocaustleugner ausspricht, sondern – darüber weit hinausgehend – einerseits berichtete, dass das Problem des Holocaust erst zu 20 % erforscht ist, und andererseits der Forderung der Revisionisten auf Durchführung von Sachbeweisen zum Holocaust beiträt.*

*Die nachstehende strafrechtliche und strafprozessuale Untersuchung befasst sich nur mit der Frage, wie weit in der Bundesrepublik Deutschland in den wegen Holocaustleugnens laufend geführten Strafverfahren zwingende rechtsstaatliche Bestimmungen des Strafrechtes und Strafprozesses beachtet oder verletzt werden. Zur Frage der Existenz der Gaskammern selbst wird in dieser Untersuchung in keiner Weise Stellung genommen, sondern ausschließlich auf Probleme hingewiesen, die objektive Rechtsverletzungen indizieren.*

- 1. In allen Strafprozessen wegen Leugnung der Gaskammern [zunächst gemäß §§ 185 und 189, später § 130 und nunmehr § 130 (3) StGB] ist jegliche Beweisaufnahme zur objektiven und zur subjektiven Tatseite unterblieben. Zielführende Beweisanträge der Verteidigung wurden aufgrund der Bestimmung des § 244 Abs. 3 StPO abgelehnt und werden dies auch weiterhin.*

*Das konnte nur geschehen, weil in allen Instanzen bis hinauf zum BGH und zum Bundesverfassungsgericht ein vollkommen falsches Verständnis von jener Rangordnung herrscht, welche zwischen den Vorschriften des Absatzes 2 (Verpflichtung des Gerichts zur amtswegigen Erforschung des materiellen wahren Sachverhaltes) einerseits und des Absatzes 3, zweiter Satz des § 244 StPO (Möglichkeit der Abweisung von Beweisanträgen wegen Offenkundigkeit) andererseits besteht: Die Bestimmung des § 244 (3) StPO wird so behandelt, als ob sie über der des § 244 (2) StPO stünde. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt.*

*Gegenüber der grundlegenden und den ganzen Strafprozess beherrschenden Verpflichtungen des Gerichtes zur Erforschung der materiellen Wahrheit von Amts wegen tritt die Bestimmung über die Ablehnung von Beweisanträgen wegen Offenkundigkeit gänzlich zurück.*

*Wie überhaupt alle Verfahrensbestimmungen der Strafprozessordnung ist auch das Beweis-Ablehnungsrecht dem strafprozessualen Hauptzweck, nämlich die amtswegige Erforschung der materiellen Wahrheit, gänzlich untergeordnet. Die Erforschung der Wahrheit von Amts wegen darf durch keine Verfahrensbestimmung gestört oder beeinträchtigt werden.*

*Da es im Strafprozess überdies keine Beweislast für die Prozessparteien gibt, sind Beweisanträge der Verteidigung gar nicht*

erforderlich. Das Gericht hat vielmehr von sich aus alle erforderlichen Beweise aufzunehmen. Somit geht die Bestimmung des § 244 Abs. 3 StPO schon dogmatisch ins Leere: Sie darf niemals als Grund oder Vorwand für die Verweigerung der gerichtlichen Verpflichtung zur völligen Aufklärung des gesamten relevanten Sachverhaltes herangezogen werden.

Im übrigen gibt es für die politische Strafjustiz auch bei Anwendung des Begriffes der Offenkundigkeit (Notorietät) nicht lösbare Probleme:

Was Offenkundigkeit ist, wird in der deutschen und österreichischen Rechtssprache übereinstimmend definiert:

Werner Sarstedt, Reiner Hamm, ersterer ein ehemaliger deutscher Bundesrichter, führen in „Die Revision im Strafverfahren“, 5. Auflage RdN 372 folgendes aus:

„Freilich gehört zum Begriff der Offenkundigkeit nicht die Wahrheit. Die Offenkundigkeit ist eine *M e i n u n g* über Tatsachen, eine von verlässlicher Seite vorgetragene, eine vielleicht unwidersprochen gebliebene, vielleicht von vielen Menschen geglaubte, möglicherweise aber falsche Meinung.“

Im österreichischen Strafrecht, StPO, Mayerhofer/Hollaender, wird zu § 258, RdZ 3) gesagt:

„Notorisch ist eine Tatsache, wenn die *Ü b e r z e u g u n g* von ihrer Wahrheit allgemein oder doch einem außerordentlichen Kreis in gleicher Lebenslage befindlicher Personen gemeinsam ist und da auf jedermann zugänglichen Wegen erreichbar ist.“  
(KH 765; Rz 1937, 258; 8 Bs 5/93 des OLG Innsbruck 19.1.1993.)

In kriminellen Strafsachen werden die nachstehend angeführten Grundsätze der Anwendung der Offenkundigkeit beachtet, nichtkriminellen Meinungsäußerern werden sie hingegen vorenthalten:

- „Die *Allgemeinkundigkeit einer Tatsache ist (nur) Indiz für ihre Wahrheit. Beweisanträge, die auf den Nachweis der Unrichtigkeit der als offenkundig angenommenen Tatsache oder aber auf ihre nicht unangefochtene Anerkennung abzielen, sind sachlich zu würdigen.*“  
(BGHSt 6, 292, 295; Alsberg/Nüse/Mayer Seite 568 und Karlsruher Kommentar StPO, 2. Auflage, RdNr. 67 zu § 244 aus Seite 954).

- „Offenkundigkeit braucht nicht für alle Zeiten fortzubestehen. Ganz abgesehen davon, dass die Tatsachen, auf die sie sich bezieht, in Vergessenheit geraten können, können auch neue Erfahrungen oder Ergebnisse die bisher angenommene Offenkundigkeit in Frage stellen. Ein darauf abzielender Beweisantrag muss aber dann neue Tatsachen oder Erfahrungssätze vortragen und schlüssig dartun, weshalb sie geeignet sind, die bisher angenommene Offenkundigkeit zu erschüttern, um eine Beweiserhebung auszulösen.“

(Großkommentar StPO Löwe-Rosenberg-Gollwitzer, 25. Auflage, RdN 227 zu § 244).

- „Tatsachen, die ganz oder zum Teil Tatbestandsmerkmale der aufzuklärenden Straftat selbst ausmachen, die also unmittelbar beweiserheblich sind, können nicht als allgemeinkundig oder gerichtskundig behandelt werden. Ihr Vorliegen muss nach den strengen Regeln des Strafverfahrensrechtes in der Hauptverhandlung (§ 261) nachgewiesen werden.“

(Kommentar StPO Löwe-Rosenberg-Gollwitzer. RdN 231 zu § 244 mit vielen weiteren Nachweisen.)

- „Stets sind offenkundige Tatsachen in der Hauptverhandlung zu erörtern (BverfG 48, 209; BGH 6, 296; BGH NstZ 1995, 247). Aber der allgemeine Erfahrungssatz bedarf keines Beweises (BGH 25, 251 = NJW 1973, 246; KK-Herdegen Rn. 70). Eine Ablehnung wegen Offenkundigkeit von Haupttatsachen (o.Rn. 3) ist unzulässig (vgl. Meyer-Goßner Rn.52 mwN).“

(StPO Kommentar Prof. Dr. Gerhard Pfeifer, 5. Auflage RdN 26 zu § 244 StPO.)

2. Nach dem Willen des Gesetzgebers des § 130 (3) StGB sollen mit diesem Tatbestand nicht Dumme, Unwissende oder Ungläubige erfasst werden, sondern Unbelehrbare (BT-Drs. 12/7960,4; 12/8411,4 laut Tröndle-Fischer 52. Auflage, Ru 35 zu § 130 StGB).

Somit hat der Gesetzgeber ein Leugnen mit bedingtem Vorsatz eben nicht pönalisiert. Denn *u n b e l e h r b a r* ist ja nur, wer es besser weiß, als er sagt und somit lügt. Daraus folgt, dass dem Tatbestandsmerkmal „Leugnen“ im Strafverfahren hinsichtlich der subjektiven Tatseite besondere Bedeutung zukommt: Nur der darf als Leugner verurteilt werden, dem ordnungsgemäß nachgewiesen wurde, dass er von der Existenz der NS-Massenmord-Gaskammern positiv w u s s t e, diese aber dennoch – in lügnerischer Absicht – in Abrede stellte.



*Der erläuternden Bemerkung in den vorbezeichneten Bundestags-Drucksachen ist eine erstaunliche Überheblichkeit des Gesetzgebers zu entnehmen. Ohne Sachkenntnis und ohne jegliche technische Ermittlungsmöglichkeit zum Problem des Holocaust maßt er sich an, jene als dumm, unwissend und ungläubig diskriminieren zu dürfen, die seine diesbezügliche Meinung nicht teilen können.*

*Besonders entlarvend ist der Hinweis auf „Ungläubige“: Geht es hier etwa um einen staatlich oktroyierten G l a u b e n s z w a n g wie weiland cujus regio eius et religio?*

*Erstaunlicherweise ist dies auch in die Rechtsprechung eingeflossen, wenn z.B. im BGH Urteil vom 10.04.2002 NJW 2002, S 2115/16, von „revisionistischer Verblendung“ und von „Unbelehrbaren“ die Rede ist.*

3. Die Gerichte stützen sich bei der objektiv unrichtigen Anwendung des sachlichen Rechts auf die ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Die maßgeblichen Leitsätze des in dieser Hinsicht markantesten Urteiles des Bundesgerichtshofes, BGH St 47/278, lauten:

*a) Das Tatbestandsmerkmal „Leugnen“ des § 130 Abs. 3 StGB werde ohne besonderen Leugnungsvorsatz verwirklicht. Der an den Juden begangene Gaskammern-Völkermord sei unwiderleglich.*

*b) Die Existenz der Gaskammern sei im § 130 Abs. 3 StGB tatbestandlich vorausgesetzt.*

*Zu a): „Der Gesetzgeber wollte mit der Strafnorm des § 130 Abs. 3 StGB gerade auch Unbelehrbaren begegnen ... Danach ist als vorsätzliches Leugnen im Sinne dieses Tatbestandes das bewusste Abstreiten des bekanntermaßen historisch anerkannten Holocaust ausreichend. Eine „bewusste Lüge“ wird nicht verlangt.“*

*Dieser Ausspruch ist mit dem Wortlaut und dem Sinn des Tatbestandsmerkmals „Leugnen“ unvereinbar:*

*Der Gesetzgeber des § 130 Abs. 3 StGB in der geltenden Fassung hat mit der Verwendung des Begriffs „Leugnen“ ein Verhalten umschrieben, das in der deutschen Sprache seit Alters her vollkommen eindeutig ist:*

Schon im Althochdeutschen und im Mittelhochdeutschen verstand man unter Lügen: „bewusst Unwahres sagen“. Das hat sich auch in der jüngsten Zeit nicht geändert. Im Großen Brockhaus wird Lüge wie folgt definiert: „eine bewusst falsche, auf Täuschung berechnete Aussage; sie liegt auch dann vor, wenn Tatsachen mit Absicht verschwiegen oder gefärbt werden. Da Wahrhaftigkeit eine Grundlage menschlichen Zusammenlebens und eine Forderung der Selbstachtung ist, stimmen alle Richtungen der Ethik in der Verwerfung der Lüge überein“.

Dieses Tatbestandsmerkmal „Leugnen“ ist vom Gesetzgeber also mit einem absolut unmissverständlichen, seinem Sinn nach in keiner Weise umdeutbaren Wort bezeichnet.

Der Bundesgerichtshof hat – offensichtlich in der Annahme, dass dem Täter die innere Tatseite bei der Tathandlung des Leugnens kaum nachweisbar ist und solche Verurteilungen daher kaum je herbeigeführt und bestätigt werden könnten – zu einer Umdeutung des Begriffes „Leugnen“ in den Begriff „Bestreiten“ Zuflucht genommen.

Dem Dilemma kann aber mit dem Leitsatz „das Tatbestandsmerkmal Leugnen wird verwirklicht, wenn der Holocaust bewusst abgestritten wird, ohne dass eine bewusste Lüge vorausgesetzt wird“, nicht abgeholfen werden. Denn damit unterstellt der Bundesgerichtshof nicht nur allen Ernstes, dass das Tatbestandsmerkmal Leugnen durch bloßes Abstreiten, also ohne bewusste Lüge, durch bloßes Nichtleugnen verwirklicht werde, sondern verstößt mit dieser Gleichsetzung der Begriffe auch eklatant gegen die Denkgesetze: Gegensätzliches kann niemals als gleich gelten!

Dazu kommt, dass Bestreiten ethisch neutral, „Lügen“ hingegen ethisch verwerflich ist, so dass die unfaire Gleichsetzung dieser vollkommen heterogenen Begriffe nicht nur rechtslogisch unzulässig, sondern ihrerseits ethisch verwerflich ist.

Zu b): Es ist nicht erklärbar, wie dem Bundesgesetzgeber von einem deutschen Höchstgericht unterstellt bzw. zugemutet werden kann, er habe ein konkretes Verbrechen „tatbestandlich vorausgesetzt“, also gesetzlich festgestellt.

Nach dem Grundgesetz kommt dem Gesetzgeber in Strafsachen ja nur die Normierung abstrakter Strafbestimmungen zu. Die inhaltliche Annahme von konkreten, ein bestimmtes Delikt verwirklichenden Sachverhalten obliegt (auch bei den größten und entsetzlichsten Verbrechen) grundsätzlich und ausschließlich den Strafgerichten.

Außerdem ist aus der klaren Formulierung des § 130 (3) StGB „mit Freiheitsstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 (Abs. 1) des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten ... leugnet ...“ eindeutig zu entnehmen, dass der Gesetzgeber mit der Anführung der fünf verschiedenen abstrakten Tatbilder des § 6 (1) Ziffern 1 bis 5 VStGB keines davon als sachverhaltlich konkret verwirklicht „normiert“ haben kann, geschweige denn, dessen Verwirklichung unter allen (z.B. auch gegen naturwissenschaftliche Gegebenheiten verstoßenden) Umständen „unwiderleglich“ fingieren wollte und konnte.

Dank des in allen Rechtsstaaten geltenden Grundsatzes, wonach ein durch Schuldspruch rechtskräftig beendetes Strafverfahren bei Hervorkommen neuer Fakten und Beweise wieder aufgenommen werden kann, gibt es keine unwiderlegbaren Tatsachen.

Einer „tatbestandlichen Voraussetzung“ der Existenz von NS-Massenmord-Gaskammern steht aber nicht nur der fundamentale Grundsatz der Gewaltenteilung entgegen, die Feststellung konkreter Verbrechen durch den Bundesgesetzgeber ist auch *p r a k t i s c h* vollkommen ausgeschlossen:

Die Parlamentarier verfügen über keinerlei Ermittlungsmöglichkeiten; überdies ist nicht ersichtlich, wo die ermittelten Tatbestände festgehalten sind oder festgehalten werden könnten.

Auch § 130 Abs. 3 StGB enthält hierzu nicht den geringsten Hinweis. In dieser Bestimmung wird nur abstrakt auf fünf theoretisch mögliche Völkermordarten, nicht jedoch auf tatsächlich geschehene, konkrete Fakten hingewiesen. Angabe über Tatorte, Tatzeiten, Tatabläufe, Tatwaffen u.s.w. finden sich nirgends im Gesetz.

Die Prozesse gegen Holocaustleugner laufen wie **Schau- oder Geisterprozesse** ab: die Staatsanwaltschaft bringt zu den Gaskammern nichts vor und beantragt auch keine Beweise. Der Beschuldigte und sein Verteidiger dürfen dazu nichts vortragen und keine Beweisanträge stellen, widrigenfalls sie wegen solchen Verhaltens im Gericht zusätzlich bestraft werden. Auch im Urteil fehlen Feststellungen zu den Gaskammern. Dennoch wird der Angeklagte darin als Lügner diskriminiert, obwohl weder der angeblich richtige Sachverhalt konkret beschrieben, noch ein Leugnungsvorsatz nachgewiesen ist.

*Die rechtsstaatliche Unmöglichkeit, einen Verteidiger wegen sachlichen Vorbringens und wegen Stellung von Beweisanträgen in der Hauptverhandlung zu bestrafen, soll hier nicht näher erörtert werden. Ein Urteil, mit welchem ein Verteidiger wegen einer solchen „Tat“ in erster Instanz nach § 130 Abs. 3 StGB schuldig gesprochen wurde, hat der Bundesgerichtshof bestätigt. Über die dagegen erhobene Verfassungsbeschwerde ist aber, soweit ersichtlich, noch nicht entschieden.“*

So weit die Ausführungen von Dr. Herbert Schaller.

Denen möchte ich abschließend hinzufügen, das es mir nicht darum geht, Kriegsverbrechen, die von allen Seiten begangen wurden, zu rechtfertigen – oder Dinge, von denen ich nur Behauptungen kenne und keinerlei persönliche Erfahrungen damit habe, zu leugnen, sondern nur darum, anzuprangern, dass es eben keine Meinungsfreiheit in der „BRD“ gibt!

Getreu dem Ausspruch **„Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden!“**, setze ich mich dafür ein, dass es in unserem Land wieder möglich sein muss, öffentlich auch die deutsche Geschichte zu diskutieren – und durch diesen Disput die Wahrheit auferstehen zu lassen!

Den nach Wahrheit Suchenden empfehle ich die Abhandlung „Mut zur Wahrheit“ (nicht zu verwechseln mit dem US-Film) und schließe mit einem Zitat daraus:

**„Was ist das für eine Wahrheit, die das Licht einer öffentlichen Erörterung scheut und obendrein noch strafrechtlich verordnet ist?!“**

## „Integrationspolitik“

*„Die Deutsche Elf ist ein Vorbild für gelungene Integration.“  
Dilek Güngör*

Dass fremde Bevölkerungselemente in Deutschland immer mehr werden und der angestammten deutschen Bevölkerung vorgezogen werden, ist längst kein Geheimnis mehr. Zwar ziert man sich in der Politik noch formell und verweist auf grundgesetzliche Phrasen, wie die Gleichheit des Menschen und artverwandte Phantome, doch weiß man inzwischen auf der Straße längst, wie der Hase wirklich läuft.

Und wenn die *„deutsche Fußballnationalmannschaft“* aufläuft, dann jubeln heutzutage neben den Fans auch diejenigen, deren Ziel es war und ist, den deutschen Geist durch Überfremdung zu unterminieren und zu zerstören. Und so werden Boateng, Holtby, Cacau, Gómez, Aogo, Taşçı, Hunt, Özil, Podolski, Trochowski und Klose (*um nur die bekanntesten Vertreter zu nennen*) kurzerhand als Deutsche aufgestellt – und das Volk jubelt darüber noch ...

Um eines klar zu sagen: Ich bin nicht ausländerfeindlich und bin mit Menschen, die nicht aus Deutschland stammen, genauso befreundet, wie mit Deutschen. Für mich kommt es viel mehr darauf an, wer jemand ist – und nicht, woher er kommt!

Für ein Volk ist es aber wichtig, seine Wurzeln, Traditionen und seine Seele zu bewahren. Dies aber wird Deutschland seit 65 Jahren versagt.

Mittlerweile hat sich auch Frau Merkel schon völlig diesen fremden Interessen unterworfen (*anders wäre sie ja auch nicht zur „Kanzlerin“ gemacht worden*) und hat mit der CDU ein Grundsatzprogramm aufgestellt, in welchem es heißt:

***„Deutschland ist ein Integrationsland“.***

Der CSU-Fachpolitiker Hartmut Koschyk machte nach den Koalitionsverhandlungen der zuständigen Arbeitsgruppe von Union und FDP klar, dass man nicht mehr darüber streiten wolle, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht:

***„Wir wollen, dass Deutschland immer stärker zum Integrationsland wird, denn darauf kommt es an.“***

Darauf kommt es also an.

Merken Sie was?!

Die CDU hat nun auch auf einem ihrer Kleinen Parteitage **einstimmig** ein neues Integrationskonzept beschlossen.

Mit dem Papier will sich die Partei nach eigenen Worten als „Anwalt der integrationswilligen Zuwanderer“ empfehlen und gleichzeitig eine Art „Regierungsprogramm“ für die Zeit nach den nächsten Wahlen 2011 präsentieren.

Und Frau Merkel verkündet stolz in Interviews:

*„Wenn türkischstämmige junge Leute hier in der dritten, vierten Generation aufwachsen, wenn sie zum großen Teil die deutsche Staatsbürgerschaft haben, dann bin ich ihre Bundeskanzlerin.“*

Dass dafür Lob aus dem Ausland kommt, dürfte klar sein. Nicolas Sarkozy ließ sich sogar zu folgendem Satz hinreißen:

*„Ich liebe Angela Merkel. Mehr als manche das schreiben mögen.“*

Das sollte uns allen zu denken geben!

In Berlin will man es jedoch bei dem bisherigen Status quo keineswegs bewenden lassen. So plant man dort inzwischen ein Gesetz, das volksfremde Elemente in Deutschland künftig auch auf legalem Weg gegenüber den Deutschen bevorzugen soll.

Das Gesetz soll bis März 2011 fertig gestellt und vom Berliner Abgeordnetenhaus abgesegnet werden. Das Ganze nennt sich dann „Integrations- und Partizipationsgesetz“.

Das Gesetz sieht vor, „Migranten“ bei der Einstellung im öffentlichen Dienst und bei der Vergabe von Aufträgen gegenüber anderen Bewerbern und Anbietern bessere Chancen zu sichern.

Weil es rechtlich nicht möglich ist, die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Behörden und öffentlichen Betrieben durch Quoten zu regeln, will der Senat die Anforderungsprofile für zu besetzende Stellen neu formulieren.



So sollen häufiger als bisher „Sprachkenntnisse“, „Mehrsprachigkeit“ oder „interkulturelle Kompetenz“ verlangt werden. Im Vergaberecht will der Senat prüfen, ob von Migranten geführte Firmen gegenüber anderen bevorzugt werden können. Vorsichtshalber fügt man jedoch hinzu, dass die Koalition mit ihrem „Integrations- und Partizipationsgesetz“ noch bei der Abstimmung der Details sei.

Nicht eben eine tröstliche oder gar beruhigende Aussage ...

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang einmal die Quoten des Ausländeranteils gegenüber der Gesamtbevölkerung an und vergleichen Deutschland dabei mit dem integrationsfreundlichstem Land in Europa: Frankreich.

Die folgende Tabelle macht das Problem sichtbar:

Land	Frankreich	Deutschland
Einwohner	65 Millionen	82 Millionen
Ausländeranteil	5 Millionen	20 Millionen
Quote	7 %	<b>24 %</b>

Während in der ausländerfreundlichsten Nation der Anteil der Einwanderer gegenüber der Gesamtbevölkerung gerade einmal 7 Prozent beträgt, was man durchaus als gesund bezeichnen kann, liegt dieser Anteil in Deutschland bereits bei 24 Prozent!

Diesen Anteil kann man nicht mehr als gesund bezeichnen – er ist für das deutsche Volk sogar gefährlich! Und daraus resultieren auch das unbewusste Gefühl des Volkes und die Vorbehalte gegenüber den ausländischen Mitbürgern.



Sieht man in die Kriminalstatistik, dann wird ein weiterer Grund für die Vorbehalte klar:

Auch wenn die Zahlen nicht die aktuellsten sind, so wird der Anteil der Straftäter „mit Migrationshintergrund“ (77 Prozent) doch deutlich sichtbar.

Mittlerweile dürfte sich dieser Anteil sogar noch gesteigert haben, wie Sie auf den nächsten Seiten feststellen können.

Deutschland ist eine „Migrantenrepublik“. Diesen Eindruck muss bekommen, wer hinter die Kulissen der Verlautbarungen unserer Politiker schaut.

Und auch vor den Gerichten wird schon mit zweierlei Maß gemessen, wie der Leserbrief eines Schöffen belegen kann:

*„Absolut richtig, ich kann das bestätigen.*

*Ich war 8 Jahre Jugendschöffe, 4 Jahre am Landgericht XXX und dann 4 Jahre am Amtsgericht XXX.*

*Ich kann einem ›richtigen‹ Deutschen nur empfehlen, nicht mit Nachbars Quad zu fahren, dafür gibt es die gleiche Strafe wie für 70 (in Worten: siebzig) professionelle Einbrüche eines ›neuen guten‹ Deutschen.*

*Heute ist es in Deutschland wieder so weit, dass die Stellung der Augen und die Haarfarbe bei der Urteilsfindung herangezogen wird. Ich habe da Bolzen erlebt, die sind einfach unbeschreiblich. Da kann man ein Buch von schreiben.*

*Eine Berufsrichterin meinte in einer Schöffenbesprechung nur, man müsse ›die‹ (gemeint war die Summe der migrantischen Südländerdeutschen) einfach nur ›präventiv‹ 3 Tage die Woche wegsperren, dann hätten wir halb so viel Kriminalität in Deutschland.*

*Ein kleines Beispiel aus dem Anfang meiner Schöffenperiode:*

*Im Gerichtssaal. Der Staatsanwalt verliest (eine halbe Ewigkeit) die Anklageschrift. Täter Deutscher (Türke), Anführer einer Gang, muskelbepackt. Taten: extreme Körperverletzung, Raub, Diebstahl, Drogendealerei usw.*

*Als der Staatsanwalt seine Ausführungen beendete, stand der Täter auf, baute sich drohend auf und meinte voller Aggressivität: „Jetzt weiß ich, wie du heißt, heute Abend bin ich draußen und ficke deine Tochter.“ Gut, das konnte verhindert werden, da der Staatsanwalt keine Tochter hatte. Urteil: 3 Jahre und 3 Monate, ohne Bewährung. (Es geht auch ohne Bewährung.)*

*Nachdem es viele Fälle mit Bewährungsstrafen gab, fragte ich dümmlicherweise die 3 Berufsrichter, warum denn so viele mit Bewährung von den Amtsgerichten beim Landgericht landen. Antwort eines Berufsrichters am Landgericht: Wir (die Richter) haben eine mündliche Anweisung vom Justizministerium NRW, dass eben möglichst nur im Ausnahmefall Gefängnis vergeben werden solle. Die Begründung war:*

- 1. die Gefängnisse sind voll;*
- 2. die Kosten von über 3.000 € pro Kopf und Monat sind nicht bezahlbar; und*
- 3. (der echte Hammer) sonst wäre die Statistik so massiv negativ für die Migranten.*

*Das war noch zu rot-grüner Zeit. Nach dem Wechsel habe ich das*

unserem CDU-Abgeordneten mitgeteilt mit der Bitte, das anzusprechen. Nichts hat sich geändert. (Er hat es wohl nie angesprochen.)

Jahre später (Ende 2006) war Wolfgang Bosbach bei dem CDU-Kreisparteitag. Es ging zufällig um das Thema »Jugendkriminalität«.

Dort sagte Bosbach (und hat mit den Armen ganz wichtig gefuchelt): Das sind alles Deutsche und ich (Bosbach) verwahre mich dagegen, diese jungen Menschen jemals in einer Statistik separat zu führen.

Ferner war auf dem Kreisparteitag Bülent Arslan, Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums der CDU NRW. Er meinte sinngemäß: Vor vielen Jahren war es die CDU, die die Katholiken und Protestanten geeint hat, jetzt muss es die CDU sein, die das Christentum mit dem Islam vereint. Alle (na ja, zumindest viele) waren rührselig am Klatschen. Es haben aber auch einige mit dem Kopf geschüttelt oder nur dumm geschaut.

Ich bin an dem Abend aufgestanden und nach Hause gefahren. Im Mai 2008 bin ich dann aus der CDU ausgetreten.“

Natürlich lauten die offiziellen Verlautbarungen anders: Dort spricht man lediglich von „Einzelfällen“.

Ich stieß bei meinen Recherchen auf eine Statistik, welche die täglichen „Einzelfälle“ erfasst und veröffentlicht. Den nachfolgenden Grafiken können sie die Vorfälle eines beliebig ausgewählten Tages entnehmen:

Einzelfälle in ...	
- Nordrhein-Westfalen	692
- Hessen	241
- Niedersachsen	136
- Hamburg	125
- Bayern	104
- Berlin	71
- Schleswig-Holstein	65
- Baden-Württemberg	63
- Sachsen	35
- Bremen	31
- Rheinland-Pfalz	21
- Mecklenburg-Vorpommern	20
- Saarland	12
- Brandenburg	9
- Thüringen	3
- Sachsen-Anhalt	3

Würde man nur über die Straftaten berichten, die täglich in Deutschland geschehen, dann würde man einen eigenen Sender dafür benötigen.

Und dass dabei Täter „mit Migrationshintergrund“ sehr oft nicht oder nur mild bestraft werden (um die Statistik besser aussehen zu lassen), dann führt das zu immer weiteren Verstößen gegen unsere Gesetze.

Eine Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht, wie auch die Grafik auf der folgenden Seite zeigt.

Innerhalb der letzten 24 Stunden erfasste Einzelfälle	
30.12.2010 - Callenberg	Südländer überfallen Sparkasse
30.12.2010 - Fulda	Türkischer Schwerverbrecher verhaftet
30.12.2010 - Halver	Trickbetrüger in Bankfiliale
30.12.2010 - Essen	Dunkelhäutiger Triebtäter in Essen unterwegs
30.12.2010 - Nürnberg	Ostafrikanische Messerbambule in Nürnberg
30.12.2010 - Bad Segeberg	Osteuropäische Einbrecher von Hausbewohnerin überrascht
30.12.2010 - Oberhausen	Dunkelhäutige Straßenräuber überfallen 16-jährigen
30.12.2010 - Aschaffenburg	Mann springt in Todesangst aus dem Fenster
30.12.2010 - Rosenheim	Italienische Drogenkuriere geschnappt
30.12.2010 - Düren	Polnische "Helden" zünden "Urknall-Böller" neben Baby
30.12.2010 - Hannover	Junge Frau von Brasilianer abgestochen
30.12.2010 - Hagen	Diebischer "Tourist" kleidete sich neu ein
30.12.2010 - Frankfurt / Main	Kroatische Einbrecher geschnappt
30.12.2010 - Siegen	Türkenhorde griff mit Pfefferspray an
30.12.2010 - Köln	Italienischer Betrüger geschnappt
30.12.2010 - Frankfurt / Oder	Polnischer Berufsverbrecher muß 300 Tage "brummen"
30.12.2010 - Gießen	Südländer überfällt Tankstelle
30.12.2010 - Köln	Türken überfallen Sonnenstudio
30.12.2010 - Eitorf	Südländer überfallen erfolglos Kiosk
30.12.2010 - Saarbrücken	"Feier" unter "Freunden" aus Russland
30.12.2010 - Saarbrücken	Franzose zettelt Schlägerei in Kneipe an
30.12.2010 - Hamburg	Südländer überfallen Spielothek
30.12.2010 - Aachen	Türkischer Schleuser mit Syren im "Gepäck"
30.12.2010 - Bad Hersfeld	Holländischer Einmietbetrüger und Autodieb geschnappt
30.12.2010 - Koblenz	Raubüberfall auf 21-jährigen Saarbrücker
30.12.2010 - Dinslaken	Zigeuner tricksen Verkäuferin aus
29.12.2010 - Wust	Gesiebte Luft für polnischen Gewohnheitsdieb
29.12.2010 - Rüsselsheim	Zigeuner bei Einbruch geschnappt
29.12.2010 - München	Geschleuste Afghanen aufgegriffen
29.12.2010 - Krefeld	Berufsverbrecher bei Einbruch geschnappt

Wer sich angesichts von immer mehr ausweitender Gewalt und Straftaten (Körperverletzung, Totschlag, Raub, Erpressung etc.) durch unsere neuen Mitbürger bedroht und wegen der Entwicklung besorgt fühlt, der ist bei Politik und Justiz schlecht aufgehoben.

Denn wer heute einen Deutschen fast tot prügelt, der ist schnell wieder auf freiem Fuß, wie der Bericht einer großen Tageszeitung zeigt:

*„Die drei jungen Männer, die den 42 Jahre alten Artur G. auf dem Hamburger S-Bahnhof Veddel bewusstlos geprügelt haben sollen, haben sich in Begleitung von Anwälten bei der Bundespolizeiinspektion an der*

Jenfelder Allee gestellt. Sie erschienen am Morgen um 9 Uhr in der zentralen Dienststelle der in diesem Fall zuständigen Bundespolizei, machten aber zu den Vorfällen auf dem Bahnsteig keinerlei Angaben. Bei den mutmaßlichen Schlägern handelt es sich um deutsche Staatsangehörige.

Amir A. (22) aus Hummelsbüttel, Ibrahim O. (24) aus Winterhude und Hüseyin O. (24) aus Eilbek wurden erkennungsdienstlich behandelt und anschließend freigelassen. Nach Ansicht des Richters lagen keine Gründe vor, um das Trio in Untersuchungshaft zu nehmen. Alle drei sind berufstätig und haben einen festen Wohnsitz. Offenbar besteht nach Ansicht des Richters auch keine Wiederholungs- oder Verdunkelungsgefahr. Nach Abendblatt-Informationen ist keiner der drei Verdächtigen vorbestraft. Gegen die mutmaßlichen Täter wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Nach dem bisherigen Ermittlungsstand der Bundespolizei brachte einer der mutmaßlichen Täter Artur G. kurz nach der Konfrontation mit einem Tritt in die Knie auf dem Bahnsteig zu Fall. Durch die Tritte auf den Kopf erlitt dieser Schädelprellungen und Abschürfungen. Seine Lebensgefährtin musste die Tat mit ansehen. Auch sie leidet unter den Folgen, ist traumatisiert.“

Sie als Deutsche dürfen aber gegen diese „Mitbürger“ nichts sagen, denn das wäre ja ausländerfeindlich ...

Umgekehrt aber macht sich immer mehr „Deutschenfeindlichkeit“ im Land bemerkbar:

Eine Lehrerin spricht in einem Interview bei „ZEIT ONLINE“ von „Ghettoisierungstendenzen“ in Neukölln, einem so genannten „A-Bezirk“ („A“ für Alte, Arbeitslose, Ausländer, Alleinerziehende). An ihrer Schule seien über 80 Prozent der Kinder „nichtdeutscher Herkunftssprache“, die große Mehrheit davon türkisch- oder arabischstämmig. Fast alle Familien seien arm, viele zerrüttet.

Die türkischen und arabischen Schüler seien tonangebend in ihrer Respektlosigkeit gegenüber Lehrern. Sie bekämen dafür Anerkennung unter ihresgleichen und stärkten so ihr Selbstwertgefühl: „*Wenn es bei uns mal so genannten Unterricht gibt, erleben sie Misserfolge. Also tun sie alles, um ihn zu sabotieren.*“



Die deutschen Kinder hätten als kleine Minderheit „*alle Qualitäten, die ein Opfer haben muss*“. Sie müssten lernen, „*sich unsichtbar zu machen*“. Sie wollten während der Pausen nicht mehr auf den Schulhof, weil draußen nur ein Spießrutenlauf mit Beschimpfungen und Drohungen auf sie warte.

Nicht nur deutsche, auch leistungsbereite türkische und arabische Schüler würden von den Wortführern niedergemacht. Ein türkischer Junge, der zu den guten Schülern zähle, werde als „schwul“ beschimpft: „*Jeder, der irgendwas erreichen will in der Schule, ist der Gegner. Es wird alles gemobbt, was anders ist.*“ Auch sie selber ist in demütigender und sexistischer Weise angemacht worden.

Das ist mittlerweile die beklemmende Realität in unserem Heimatland.

Und mit deutschen Geldern werden diese Auswüchse noch sehr gut subventioniert, wie Sie in dem Leserbrief eines ehemaligen Mitarbeiters des Sozialamtes Berlin-Neukölln, der dort für ausländische Mitbürger zuständig war, lesen können:

*„Ich war von XXXX bis XXXX Sachbearbeiter im Sozialamt Berlin-Neukölln, dem wohl größten Europas ... Ausländer wurden klar bevorzugt, haben über Anrufe vom Türkischen Verein usw. und ihre Heerscharen an Beratern, Sozialarbeitern sogar Urlaubsreisen bezahlt bekommen, weil sie ja natürlich Heimweh hatten, obwohl das BSHG dafür keine Ermächtigung gab.*

*Haben auch mal ein paar Tausender extra bekommen für eine Sofalandschaft. Ein afghanischer Drogenhändler saß im Knast, Frau und acht Kinder haben jeden Monat 4.000 Euro Sozialhilfe abgeholt. Als ich den Fall bekomme, stelle ich fest, dass sie seit ein paar Wochen einen neuen Mercedes für 50.000,- Euro haben. Ich will Halteranfrage machen, um zu verlangen, dass nach § 2 BSHG (nachrangige Leistung) das eigene Vermögen eingesetzt werden muss. Mein Vorgesetzter meint, das machen wir nicht, es gäbe das ungeschriebene Gesetz, bei den Neuköllner Ausländern alles zu bewilligen, das sei politisch so gewollt, damit sie ruhig bleiben.*

*Einer türkischen Familie musste eine Kollegin mal 15.000 Euro für Malerarbeiten bezahlen inkl. Möbelrücken. Nach einem Jahr schrieb die Frau einen neuen Antrag, die Kinder hätten alle Tapeten abgerissen und bemalt, es müsse noch mal die Malerfirma kommen. Wie es weiterging, konnte ich nicht mehr nachverfolgen. Deutsche bekamen so was nicht!*

*Einmal bekam ich eine Akte von einem Türken mit drei Lohnbescheinigungen der letzten Monate, danach war er nicht mehr hilfebedürftig, da der Lohn viel höher war als der SH-Anspruch. Ich stoppte*



*die laufenden Zahlungen. Daraufhin kam er in die nächste Sprechstunde und schrie mich an, er wolle sofort das Geld. Ich bat mehrfach, er möge sich erstmal wie jeder andere in die Warteliste eintragen und draußen warten. Er verweigerte dies und sagte selbst- und siegesbewusst, er werde mich jetzt fertigmachen und ging zu meiner Gruppenleiterin. Zusammen kamen sie rein und sie schrie mich auch an, es sei eine Schweinerei, was ich mit dem Mann mache, ich solle ihm sofort sein Geld zahlen. Ich verwies auf die Gesetzeslage und verbat mir, mich zu einer Straftat zu nötigen, sie solle ihm selbst das Geld zahlen. Nachmittags bekam ich vor Ärger – nach diesem 1.000sten Vorfall – wieder mal einen Hörsturz und ließ mich krankschreiben, deshalb weiß ich nicht mehr, wie es weiterging. Kurz darauf wurde ich ins Ausländer-Sachgebiet Soz 303 versetzt ...“*

Und nun entwerfen führende Politiker noch ein weiteres Gesetz, das unseren neuen „deutschen Staatsbürgern“ noch weitere Bevorzugungen ermöglichen soll.

### **Finden nicht auch Sie das völlig unglaublich?!**

Die Abgeordnete Bilkay Öney sagte dazu:

*„Auch innerhalb der Koalition erschließt sich nicht allen der Sinn (des Gesetzes). Es gehe vor allem darum, den Einfluss der Migrantenlobby zu sichern.“*

Und damit ist ein solches Gesetz eigentlich nichts weiter als die öffentliche Bestätigung, dass Deutsche in Berlin nur noch Menschen zweiter Klasse sind. Gegen Politiker, die für so etwas verantwortlich zeichnen, helfen keine Wahlaufrufe mehr, irgendeine andere Partei zu wählen, sondern nur noch das im Grundgesetz vorgesehene Widerstandsrecht nach Artikel 20, Absatz 4.

Wer glaubt, es ginge auch anders, der glaubt vermutlich auch, dass man Krebs mit Kopfschmerztabletten bekämpfen kann.

Und wenn Sie über das Thema das nächste Mal im Fernsehen bei einer Politikerrede „informiert“ werden, dann schauen Sie ins Gesicht von Frau Merkel, wenn sie die „erfolgreiche Integrationspolitik“ ihrer Partei lobt.

Dann werden Sie verstehen, warum sie Polizeischutz braucht ...

## Zitate zum Thema

*„Ein weiterer Schritt soll in der Unterstützung von Migranten liegen. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren kommt aus einer Migrantenfamilie. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, wie sehr wir diese Kinder brauchen: In 20, 30 Jahren erwarten wir von diesen Kindern, dass sie innovativ und verantwortungsbewusst dieses Land tragen.“*  
Ursula von der Leyen

*„Minarette gehören künftig zum Alltag. Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.“*  
Çigdem Akkaya  
stellvertretende Direktorin des Essener Zentrums für Türkeistudien

*„Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarz-rot-goldenen Fahnen.“*  
Claudia Roth  
Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

*„Ich glaube, dass es möglich ist, dass der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Moslem ist, dass wir im Bundesverfassungsgericht einen moslemischen Richter oder eine moslemische Richterin haben.“*  
Ibrahim El-Zayat  
Präsident der Islamischen Gemeinschaft

*„Ihr habt nur die Chance, mit uns zu leben. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, dass bald ein türkischstämmiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird. Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun.“*  
Walid Nakschbandi  
Geschäftsführer der Fernsehproduktionsfirma AVE

*„Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“*

*Renate Schmidt  
ehemals Bundesfamilienministerin (SPD)*

*„Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!“*

*Cem Özdemir  
Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen*

*„Migration ist in Frankfurt eine Tatsache.  
Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“*

*Nargess Eskandari-Grünberg*

*„Moscheen werden Teil unseres Stadtbildes sein.“*

*Angela Merkel*

*„Ich will haben, dass am Ende meiner Zeit keiner mehr die Richtung verändern kann. Zwar kann der Zug noch mal aufgehalten werden, das macht nichts. Hauptsache ist, er fährt in die richtige Richtung.“*

*Helmut Kohl*

Udo Ulfkotte

## In Bremen kapitulieren Polizisten vor einer kriminellen Großfamilie

■ In Bremen ist der Rechtsstaat am Ende. Dort zahlen inzwischen sogar Polizisten und Journalisten Schutzgeld an Kriminelle. Sie alle haben ebenso wie viele Bürger Angst vor der kriminellen Großfamilie Miri. Denn die bestimmt inzwischen in Bremen über Leben und Tod.

Diana B. (38) hat Todesangst. In Gegenwart zweier Polizisten hat ihr Mitte Juli in Bremen ein Mitglied der libanesischen Großfamilie Miri mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Mehr noch: Herr Miri bedrohte die Frau lautstark mit dem Tod. Und er kündigte an, eine Boutique in Brand zu setzen. Die Polizisten taten so, als sei das alles völlig normal. Sie schauten lieber weg. Denn vor den Miris hat man in Bremen als Deutscher untertänigst auf den Boden zu schauen. In immer mehr Bremer Stadtteilen bestimmen Mitglieder der Großfamilie Miri – und nicht länger die Polizei, was in Ordnung ist und was nicht. Und im vorliegenden Fall hatten die Miri entschieden, dass die Polizei wegzuschauen habe. So einfach ist das.

Die Polizisten waren von Diana B. und ihrem Mann Peter zu Hilfe gerufen worden, weil etwa zwanzig Frauen einer Hochzeitsgesellschaft in einem türkischen Bremer Kulturverein Designer-Ballkleider und Diademe trugen, die wenige Tage zuvor in der Boutique von Diana und Peter B. bei einem Einbruch gestohlen worden waren. Das ist unstrittig. Doch die herbeigerufene Polizei half nicht etwa den rechtmäßigen Eigentümern der wertvollen Kleidungsstücke – sie half der libanesischen Großfamilie. Sie fragte sogar in Gegenwart der Miris die Personalien der Boutiquenbesitzer ab – und die Miris bedankten sich und kündigten lautstark an, die beiden Deutschen dort demnächst zu ermorden. Und die Polizisten zwangen die Boutiquenbesitzer noch am Tatort, jene Beweisfotos von der Kamera zu löschen, mit denen diese ihre geraubten Kleider auf dem Türkenfest dokumentiert hatten. In Bremen stellt sich heute niemand mehr den Miris entgegen. Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (58) ist nun unter erheblichem Druck. Denn



weil die Bremer Polizei sich sogar weigerte, eine gegen die Miris gerichtete Strafanzeige von Diana und Peter B. aufzunehmen, gehen die beiden nun an die Öffentlichkeit. Sie wollen nicht, dass ihre Stadt vor der Organisierten Kriminalität kapituliert. Immerhin haben die Miris in Bremen-Weyhe in einem anderen Fall bei einer brutalen Auseinandersetzung mit einem Iraner sogar in Gegenwart von Polizisten angekündigt, sich »nicht einmal von der Bundeswehr« von ihren Taten abhalten zu lassen. Das hat die Polizei offenkundig beeindruckt.

### Die ungeschminkte Wirklichkeit

Es ist bekannt, dass immer mehr Polizisten und auch Journalisten Schutzgeld an Mitglieder krimineller Großfamilien zahlen. Die Großfamilien beeindrucken durch ihre schiere Größe: So besteht allein die Miri-Sippe aus 1.400 Mitgliedern, die eigentlich aus dem Libanon stammen, aber türkische Pässe haben. Sie wird behördlich nachweislich als »Hochrisikofamilie« eingestuft. Die Miri, über die im Bremer Senat und den Unterlagen als die »M.« ge-

sprochen wird, sind im Raum Bremen und Bremerhaven tief in die Organisierte Kriminalität verstrickt. Nach offiziellen Angaben des Bremer Senats auf eine Anfrage in der Bürgerschaft sind mindestens 440 »M.« schon als Tatverdächtige in Erscheinung getreten. Das ist allerdings einige Monate her – inzwischen heißt es, schon mehr als 500 Miri seien polizeibekannt. Viele von ihnen sind Intensivstraftäter. Zieht man die Kinder und die Alten ab, dann bleiben nur noch wenige »M.« übrig, die noch nicht als Intensivstraftäter registriert sind. Fast die gesamte Familie bekommt Hartz-IV. Im Jahre 2008 versuchte sich die Sippe an einer Gefangenenerbefreiung. Die Behörden haben seither eine Nachrichtensperre über die Aktivitäten der Familie verhängt, weil Berichte über deren Machenschaften und die weitgehende Untätigkeit der Sicherheitsbehörden zu Unmut in der Bevölkerung führen könnten. Das nutzt die Familie nun aus und erpresst »Schutzgeld« von norddeutschen Journalisten und Polizisten. Und stolz verkündeten einige »M.«, als nächstes müssten in mehreren Bremer Stadtteilen die Einwohner Schutzgeld zahlen, so etwa in Gröpelingen. Den Behörden soll das alles schon länger bekannt sein. Es gibt jedenfalls viele Aktenvermerke über die Aktivitäten der »M.«. Allerdings ist es politisch nicht korrekt, darüber zu sprechen. Und wenn Journalisten über die »M.« berichten müssen, weil es einfach nicht anders geht, dann schreibt man keinesfalls den Namen Miri. Denn das könnte die Großfamilie in Wallung bringen. Man nennt sie lieber Müller oder Meyer. Das ist dann auch politisch korrekt. Und die »M.« können in aller Ruhe weitermachen.

Die Miris sind angeblich eine sehr religiöse Familie. Einer von ihnen, Ali Miri, hat es gar zum Vorbeter der Bremer Abu-Bakr-Moschee gebracht. Der mehrfach vorbestrafte Ali Miri hat für den Islam viel geleistet: Er hat sogar den Deutschen Murat K. zum militanten Islam bekehrt. Murat K. ist heute besser bekannt als der »Bremer Taliban«. Die Familie Miri fühlt sich im multikulturellen Deutschland sichtlich wohl. Und sie würden es sich wünschen, künftig weniger von den Deutschen diskriminiert zu werden. ■

## Europa 2010

*„Der gefährlichste Feind der Wahrheit und der Freiheit –  
das ist die kompakte Majorität.“  
Henrik Ibsen*

Bei einer seiner Reden vor dem Europaparlament hat der britische Abgeordnete Nigel Farage den Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy schwer kritisiert. Farage ist bekannt für seine scharfe Zunge und er benennt die Dinge, wie sie wirklich sind:

*„Ich will nicht unhöflich sein“, begann er, „wirklich, Sie haben das Charisma eines feuchten Lappens und das Auftreten eines niederen Bankangestellten.“*

*„Und die Frage, die ich stellen möchte, die wir alle stellen, wer sind Sie? Ich habe noch nie von Ihnen gehört. Niemand in Europa hat von Ihnen gehört. Ich möchte Sie fragen ... Herr Präsident, wer hat Sie gewählt? Mit welchem Mechanismus?“*

Als Zwischenrufe kamen, kanzelte er sie mit dem Kommentar ab, *„Oh, ich weiß, Demokratie ist nicht sehr beliebt bei eurem Haufen.“*

Dann fuhr er fort: *„Mit welchen Mechanismus können die Europäer Sie entfernen? Ist das europäische Demokratie? Ich meine, Sie sind kompetent, fähig und gefährlich. Ich habe keine Zweifel, es ist Ihre Absicht, dass Sie sich als stiller Mörder der europäischen Demokratie und der Nationalstaaten aufführen wollen.“*

*„Sie scheinen einen Hass gegen die pure Existenz von Nationalstaaten zu haben. Wahrscheinlich, weil sie aus Belgien kommen, das selbstverständlich ein ziemliches Nicht-Land ist.“*

*„Seitdem Sie übernommen haben, haben wir gesehen, wie Griechenland zu nicht mehr als einem Protektorat reduziert wurde. Sir ..., Sie haben keinerlei Legitimität in diesem Job und ich kann mit Vertrauen sagen, ich spreche für die Mehrheit der britischen Bevölkerung, wir kennen Sie nicht, wir wollen Sie nicht, und je früher Sie auf die Weide hinausgestellt werden, desto besser.“*



Die Frage von Farage ist völlig berechtigt: Mit welchem Mechanismus wurde Van Rompuy auf den Posten des EU-Präsidenten gehievt? Er wurde nicht gewählt, sondern einfach als Marionette und Schauspieler bestimmt, der die Interessen seiner Hintermänner zu vertreten hat.

Die Schönredner des "Mechanismus" sagen, Van Rumpoy wurde von den 27 EU-Regierungschefs gewählt, also ist er legitimiert. Die Mehrheit dieser Regierungschefs wurde aber selbst auch nicht gewählt: Die „Kanzlerin“ der „BRD“ oder der Premierminister Großbritanniens - und viele andere - werden doch nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament.

Als Wähler kann ich nur einen Abgeordneten direkt wählen, mehr nicht. Und manchmal nicht mal das, denn man wählt oft nur eine Partei, die dann einen Abgeordneten bestimmt, der wiederum einen Regierungschef bestimmt, der wiederum den EU-Präsidenten bestimmt.

Dann stehen die Abgeordneten und Regierungschefs unter direktem Einfluss der Lobbyisten, der Interessenverbände, der Konzerne, der Technokraten, der Militärs und der Geheimdienste, die sich als "Denkfabriken" und "Stiftungen" tarnen, und werden von denen beeinflusst und gesteuert. Wer nicht nach ihrer Pfeife tanzt, wird gestürzt oder erleidet einen "Unfall". Und das soll Demokratie sein?

Für mich ist das eine Pseudodemokratie, eine Show, die vorgibt, eine Demokratie zu sein. Tatsächlich ist es eine Diktatur des Machtapparats.

Und auf europäischer Ebene sogar eine Unmöglichkeit, wie es Hans Herbert von Arnim in seinen Büchern beschreibt: Wie kann Europa ein Parlament haben, wo es doch weder ein Staatsgebiet noch ein Staatsvolk besitzt?! Wie kann man sich in Brüssel erdreisten, den einzelnen Mitgliedsstaaten verbindliche Entscheidungen aufzuzwingen?

Tatsächlich geschieht dies täglich. Und das Schlimme daran ist, dass die Mitgliedsstaaten keinerlei Einspruchsmöglichkeiten dagegen geltend machen können und diese gemäß dem **„EU-Richtlinienumsetzungsgesetz“** sofort in Landesrecht übergehen lassen müssen.

Und so kommt es, dass auch in Deutschland nur noch Statisten im Bundestag sitzen, deren einzige Funktion darin besteht, die europäischen Richtlinien, die mittlerweile über 80 Prozent des deutschen Rechtes ausmachen, abzuwinken.

Widerstand dagegen gibt es nur außerhalb des Parlamentes:



## **Totgeschwiegene Euro-Konferenz**

bl. Mehr als 700 Teilnehmer zählte die Konferenz „Der Euro vor dem Zusammenbruch“ am 25.9.2010 in Berlin. In den deutschen Medien wurde dies jedoch komplett ignoriert, was einem medialen Skandal gleichkommt. Um so erstaunlicher, dass der weltweit empfangsbereite russische Sender „Russia Today“ vor Ort war und live berichtete.

Teilnehmer der Konferenz waren u. a. Prof. Wilhelm Hankel, Prof. Karl-Albrecht Schachtschneider, Nigel Farage, Prof. Max Otte, Edgar Most, Andreas Clauss und viele weitere prominente Gastredner.

Es wurde unter anderem gesagt, dass die „Bankster und Spekulanten“ die grösste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg herbeigeführt haben. „Wirtschaftsdemokratie statt Finanzdiktatur“ lautet deshalb die Forderung. Auch für die Einleitung verfassungsrechtlicher Schritte zur Verhinderung der „Euro-Rettungspakete“ wurde geworben, sowie dazu aufgerufen, an Protest-Demonstrationen und Streiks gegen die unsoziale Politik teilzunehmen.

Bleibt zu hoffen, dass viele Menschen im Land diese Botschaft vernehmen, aufwachen und mitstreiten.

Quelle:

[www.mmnews.de/](http://www.mmnews.de/)

So fand beispielsweise im Herbst 2010 in Berlin eine Euro-Konferenz statt, bei der neben dem schon erwähnten Nigel Farage weitere namhafte Redner wie Prof. Karl-Albrecht Schachtschneider und Andreas Clauss teilnahmen und die weit über 700 Besucher über die aktuelle Entwicklung des Euro und der EU aufklärten.

Und obwohl sogar ausländische Medien starkes Interesse dafür zeigten und darüber berichteten, haben die deutschen Medien diese Konferenz komplett ignoriert.

Nebenstehend können sie einen Artikel, welchen das unabhängige Blatt „Anti-Zensur-Zeitung“ veröffentlichte, über die Konferenz lesen.

Einige Stimmen zu den an die EU abgegebenen Kompetenzen lassen sich in Deutschland aber doch finden:

*„Es stellt sich die Frage, ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch uneingeschränkt als parlamentarische Demokratie bezeichnen kann“*, heißt es in einem Beitrag, den Roman Herzog als Kuratoriumsmitglied des Centrums für Europäische Politik (CEP) gemeinsam mit dem CEP-Direktor Lüder Gerken für die „Welt am Sonntag“ geschrieben hat.

Die Politik der Europäischen Union *„leidet in besorgniserregender Weise unter einem Demokratiedefizit und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung“*, schreiben Herzog und Gerken weiter. Der Bundestag sei in die für Deutschland relevante EU-Gesetzgebung nicht so eingebunden, wie es das Grundgesetz für das „deutsche“ Parlament verlange.

Viele Bundestagsabgeordnete seien über diese Entwicklung ebenfalls beunruhigt, scheuten aber davor zurück, dies öffentlich zu äußern. Hinzu komme, dass die EU immer weitere Kompetenzen erlange, obwohl dies sachlich häufig nicht angebracht sei. Die politischen Strukturen, die „*dieser schleichenden Zentralisierung*“ Einhalt gebieten sollen, hätten versagt.

### Fazit: Die EU-Diktatur ist vollends errichtet!

In meinem Buch „Die Jahrhundertlüge“ beschrieb ich schon, welche Konsequenzen der „Lissabon-Vertrag“ für uns alle haben würde. Mittlerweile sieht man an der Teilnahme europäischer Sondereinheiten - z.B. bei den Anti-Castor-Demonstrationen im Wendland - dass wir längst in den dunklen Zukunftsvisionen angekommen sind.

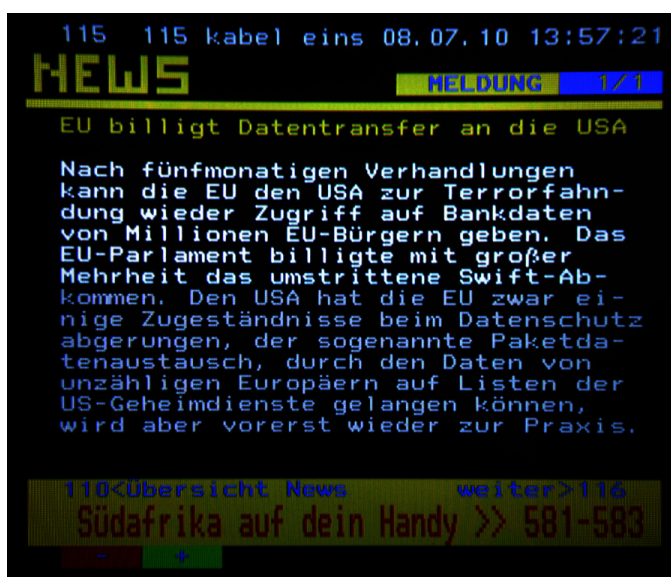
Und für unsere Bevormundung und Unterdrückung zahlen wir auch noch!

Nicht nur für repressive Behörden, für gegen uns Gewaltmaßnahmen durchsetzende Polizisten und für die für alles verantwortlichen Politiker bezahlen wir, sondern natürlich auch für die EU-Führung:

So will die EU im Jahr 2011 ganze **131 Mrd. Euro** ausgeben und damit schon 6 Prozent mehr als noch 2010, was deutlich zeigt, dass diese Institution völlig haltlos immer mehr unseres Geldes verschlingt:

- 13,7 Mio. Euro für Gehälter der Kommissare
- 8,3 Mrd. Euro für die EU-Verwaltung, davon 1,3 Mrd. Euro Pensionen
- 1,8 Mrd. Euro „Heranführungshilfe“ für Länder, die in die EU wollen
- 706 Mio. Euro für Dutzende von dezentralen Agenturen

Und was bekommen wir für diese immensen Aufwendungen?



Mit dem so genannten „SWIFT-Abkommen“, welches von der EU mit den USA abgeschlossen wurde, werden sämtliche Bankdaten der EU-Bürger gegenüber der CIA offen gelegt (siehe Grafik).

Dient das *unseren* Interessen?

Wir haben von der EU so vieles zu erwarten, was nicht unseren Interessen dient. Und es gibt noch dramatischere Pläne:

## **INDECT - EU forscht im Geheimen am Überwachungsstaat:**

Das Projekt sieht vor, den Einsatz von Überwachungskameras auszubauen und ihre Daten automatisiert auszuwerten. Für die Luftüberwachung sollen sogar Drohnen eingesetzt werden. Außerdem ist geplant, Datenspuren der Bürger im Internet – insbesondere in sozialen Netzwerken, Foren und Blogs – zu analysieren, zu speichern, zu vernetzen und zu nutzen, um potentielle Gefährder zu erkennen.

Überwachungskameras nutzen präventiv die biometrischen Daten aus Pässen, um Personen zu identifizieren.

Durch mangelhaft konzipierte Umfragen unter Polizisten sollen in der Folge stereotype Gefährder-Profile geschaffen werden: Wie sehen Taschendiebe, Hooligans oder Terroristen aus? Woran erkennt man Vandalismus, Überfälle oder Personen, die Hilfe benötigen?

Das Projekt weiß eine Antwort darauf: Generell ist jeder verdächtig, der auf der Straße läuft, rennt oder zu schnell fährt. Wer im öffentlichen Nahverkehr auf dem Fußboden sitzt, zu lange mitfährt oder sein Gepäck vergisst, muss ebenfalls mit Maßnahmen der Sicherheitskräfte rechnen. Genauso verdächtig sind "herumlungern", sich mit zu vielen Personen treffen und fluchen.

Anhand der gewonnenen Profile sollen die automatisierten Programme lernen, Gefährder selbständig zu erkennen. Angesichts der mangelhaften Ausgangsdaten wird somit falschen Anschuldigungen Tür und Tor geöffnet.

Dass diesen Plänen schwerwiegende Bürgerrechts- und Datenschutzbedenken entgegenstehen, ist zwar bekannt, wird aber eher als zu überwindendes Hindernis denn als ernstzunehmende Warnung gesehen.

Stellenweise sehen die Macher von INDECT ihre Bestrebungen jedoch als Verbesserung des Datenschutzes an. Schließlich, so die Erklärung, würden Personen nicht mehr von anderen Menschen überwacht, sondern vorerst vermeintlich anonym von einer Software. Diese Software entscheide dann gemäß der eingestellten bzw. erlernten Kriterien zu verdächtigem Verhalten, in wessen Privatsphäre später noch tiefer eingegriffen werden soll.

Diese Argumentation führt die Unschuldsvermutung ad absurdum und zeigt vor allem die wahren Ziele der EU-Diktatur: **Überwachung und Kontrolle!**

Dabei klang das Konzept der Menschenrechte in der EU bei der Verabschiedung der „Charta von Paris“ im Jahr 1990 doch noch so schön: (Nichtzutreffendes ist unterstrichen)

„...Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken. In diesem Bestreben werden wir an Folgendem festhalten:

Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. Sie zu schützen und zu fördern, ist vornehmste Pflicht jeder Regierung. Ihre Achtung ist wesentlicher Schutz gegen staatliche Übermacht. Ihre Einhaltung und uneingeschränkte Ausübung bilden die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.

Demokratische Regierung gründet sich auf den Volkswillen, der seinen Ausdruck in regelmäßigen, freien und gerechten Wahlen findet.

Demokratie beruht auf Achtung vor der menschlichen Person und Rechtsstaatlichkeit. Demokratie ist der beste Schutz für freie Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen und Chancengleichheit für alle.

Die Demokratie, ihrem Wesen nach repräsentativ und pluralistisch, erfordert Verantwortlichkeit gegenüber der Wählerschaft, Bindung der staatlichen Gewalt an das Recht sowie eine unparteiische Rechtspflege. Niemand steht über dem Gesetz ...“

Diese Formulierungen sind mittlerweile über 20 Jahre alt und sie dienten ohnehin nur dazu, der Öffentlichkeit vorzumachen, dass mit Europa ein System entsteht, in dem es sich zu leben lohnt. Von den tatsächlichen Plänen und Absichten sagte man natürlich nichts.

Die Veränderungen hin zur Diktatur wurden langsam und schrittweise umgesetzt, um das Volk daran zu gewöhnen. Jetzt braucht man die Kontrolle über die Menschen, um ein Aufbegehren dagegen früh unterbinden zu können.

Wer das kritisch sieht, wird zum Terroristen und als Feind bekämpft:

„Diejenigen, die gegen die EU sind, sind Terroristen. Es ist psychologischer Terrorismus, das Gespenst eines europäischen Superstaates an die Wand zu malen.“ Giorgio Napolitano

**Willkommen in EUROPA!**



## Es war einmal... die „Krise“

*„Jetzt haben wir Zombie-Banken, die sind nicht tot,  
sondern laufen als Untote durch die Gegend,  
aber richtig lebendig sind sie auch nicht, weil sie immer noch  
diesen Abschreibungsbedarf in ihren Bilanzen haben.“*

*Harald Wolf*

Die „Bundeskanzlerin“ Angela Merkel hat die deutschen Medien in den vergangenen 2 Jahren mehrfach dazu aufgefordert, die Bevölkerung nicht über die tatsächliche Lage und die wahren Gründe der Krise zu unterrichten. Das ist unstrittig und wurde mittlerweile sogar von Systemmedien am Rande erwähnt. Eine nachfolgende Generation wird allerdings einmal fragen, warum die Bevölkerung dabei wieder einmal mitgemacht und das geduldet hat.

Angela Merkel dürfte es sicherlich kaum recht sein, dass damit eine weitere unschöne Episode ihres Lebens als oberste Leiterin der „deutschen“ Politik bekannt wurde: Sie hatte schon vor längerer Zeit die wichtigsten Chefredakteure in Deutschland ganz offen dazu aufgefordert, nicht länger wahrheitsgemäß über die Lage im Land zu berichten. Bereits am 8. Oktober 2008 hatte sie die wichtigsten Medienvertreter und Verlagsleiter zu einem abendlichen Treffen eingeladen. Drei Tage zuvor hatte die Kanzlerin vor den Fernsehkameras noch dreist behauptet: *„Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.“* Doch in Wahrheit war und ist die Lage für die Ersparnisse der „Bundesbürger“ alles andere als sicher. Und deshalb sollten Journalisten und Verlagsleiter im Auftrag „unserer“ Kanzlerin in den deutschen Medien die Unwahrheit verbreiten.

Merkel sagte den vor ihr aufmarschierten Journalisten der Systempresse, die deutschen Medien spielten bei der Wirtschafts- und Finanzkrise eine „wichtige Rolle“. Und aus Gründen der Staatsraison dürften die Bürger nicht die volle Wahrheit über die schlimme Lage der Staatsfinanzen und der sich entwickelnden Wirtschaftskrise erfahren. Die Medien sollten sich zurückhalten, lieber positive Nachrichten unters Volk bringen. Angela Merkel forderte die Journalisten dazu auf, zurückhaltend über die tatsächliche Lage zu berichten. Sonst gerate das Land möglicherweise außer Kontrolle. Es liege jetzt in der Macht der Journalisten, eine Panik zu vermeiden. Die Aufforderung zur Ablenkung von der Realität war damit eindeutig.

Doch schon im **Februar 2003 (!)** gab es im Kanzleramt ein erstes geheimes Spitzengespräch zwischen Bankenvertretern und der Bundesregierung über die wachsende Zahl fauler Kredite. Niemand in dieser Gesprächsrunde zweifelte damals daran, dass faule Kredite die Banken irgendwann in der Zukunft in den Abgrund reißen würden. Man sprach hinter verschlossenen Türen über „angeschlagene Banken“. Schon damals hatte man die Idee zur Gründung einer „Bad Bank“ zur „Rettung“ der Finanzwelt.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der damalige Bundesfinanzminister Hans Eichel und führende Vertreter der deutschen Kreditwirtschaft hatten im Kanzleramt nachweislich darüber gesprochen. Nur bekannt werden sollte das auf keinen Fall. Denn man hatte zu jenem Zeitpunkt im Kanzleramt beschlossen, den Crash einfach auf die Bevölkerung zukommen zu lassen. Volldampf voraus in die Krise. Noch eine Zigarre und noch eine Flasche Wein! Schaden abwenden vom deutschen Volke? Wozu denn? Nach uns die Sintflut!

Sie glauben das nicht?

Das renommierte Handelsblatt berichtete damals gleich in einer ganzen Serie von Artikeln über die geheimen Finanzkrisen-Treffen im Kanzleramt, etwa unter der Überschrift „Erfolge beim Management fauler Kredite“. Viele renommierte Führungskräfte erwarteten eben schon damals künftige Zusammenbrüche von Banken – das war für jene, die die Basisfakten kannten, abzusehen. Nur das leichtgläubige Volk sollte davon nichts mitbekommen. Man blieb damals aufseiten der Bundesregierung einfach faul und untätig und täuschte das Volk über die Fakten.

Und auch heute machen die Systemmedien damit brav weiter: „Wie sicher ist unser Geld?“ lautete eine Sondersendung der ARD. Da durfte Angela Merkel mal wieder die Realität leugnen. Angeblich ist unser Geld ja sicher.

Es scheint Menschen zu geben, die solche Sendungen immer noch anschauen und Politikern vom Schlage der früheren DDR-FDJ-Aktivistin Merkel Glauben schenken.

Das deutsche Bankensystem aus Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen verfügt zusammengenommen nur über eine Sicherungseinlage von etwa **4,6 Milliarden Euro**. Dies bestätigte der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück in einer nicht-öffentlichen Sitzung vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, wie die Wirtschaftszeitung „Euro“ seinerzeit berichtete.



Steinbrück machte diesen niedrigen Betrag mit dafür verantwortlich, dass die deutschen Banken sich bei der IKB-Rettung sehr zurückgehalten hätten. Dieser Betrag wäre im Falle einer Insolvenz rasch ausgeschöpft. Damit kämen auf die Banken weitere Zahlungen zu.

Die Höhe der Sicherungseinlage galt immer als eines der bestgehüteten Geheimnisse der Branche. Jetzt steht es endgültig fest, dass die Sicherungseinlage von **4,6 Milliarden** auf die Ersparnisse aller Deutschen viel zu niedrig ist, um im Ernstfall alle Konten auszuzahlen. Aufgeteilt auf alle Einwohner kommt man auf eine lächerliche Summe von ca. **60,00 €** pro Kopf. Bis jetzt ist das aber so noch nicht bis zur Bevölkerung durchgedrungen. Es ist aber ein Fakt.

Mit dieser lächerlichen Summe hat man die Einlagen der Bürger also abgesichert. **Und mit wie viel Kapital hat man die Banken gestützt?!**

Die „Regierung“ der „Bundesrepublik Deutschland“ hat für die „Rettung“ deutscher Banken die gigantische Summe von **500.000.000.000 Euro** (500 Milliarden) zur Verfügung gestellt. Allein für die „Rettung“ der HypoRealEstate-Bank waren **101 Milliarden Euro** nötig. Die HSH-Nordbank hat bisher **40 Milliarden Euro** an Unterstützung erhalten. Die Sachsen-LB musste mit **17 Milliarden Euro** gerettet werden. Für die staatliche IKB-Bank mussten **10 Milliarden Euro** aus Steuergeldern aufgebracht werden, damit diese Bank für 150 Millionen Euro verkauft werden konnte. Das Eigenkapital dieser Bank betrug 1,4 Milliarden Euro, usw. ...

Doch ist dies das Ende der Zahlungen, für die wir alle über viele Jahrzehnte hinweg mit steigenden Abgaben herhalten müssen?

Nein! Denn da waren ja noch die Rettungspakte für Griechenland, die Zahlungen für den EU-Rettungsschirm ...

**In allen diesen Fällen musste Deutschland aufgrund der EU-Verträge den größten Teil der Last tragen! Mittlerweile ist der Rettungsschirm (750 Milliarden Euro) dauerhaft eingerichtet, was nichts anderes bedeutet, als dass die Länder zukünftig IMMER Zahlungen leisten müssen, wenn es den Banken und dem Euro mal schlecht geht ... Ein Freibrief für Spekulanten!**

Franz Hörmann, Professor am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der Wirtschaftsuniversität Wien, sagte dazu in einem Interview folgendes:

*„Die europäischen Länder haben nicht unbedingt die Griechen gerettet, sondern ihre eigenen, in erster Linie die deutschen Banken, die hier absurde Kredite vergeben haben. Die Zusammenhänge sind auch völlig absurd, wenn man sich Folgendes überlegt: **Der Staat verschuldet sich bei den Banken, um die Zinsen der Schulden, die er bei den Banken hat, zu begleichen oder um die Banken zu retten, bei denen er selber Schulden hat.** Da versteht ja keiner mehr, wer eigentlich bei wem Schulden hat und was Schulden eigentlich sind.“*

Weiter sagte er:

*„Die Bankenrettungspakete sind überhaupt wahnsinnig witzig: Die Banken wurden nicht gerettet, es gibt nur einen Plan für die Zukunft, von dem man heute schon weiß, dass er nicht funktionieren wird, denn die Gelder müssen ja erst in den kommenden "Sparpaketen" mittels Steuererhöhungen von den Bürgerinnen und Bürgern einkassiert werden. Die Banken sind rund um den Globus pleite. Darum kann man getrost so tun, als ob es sie nicht mehr gäbe.“*

Trotz der Vielzahl von verschluckten Milliarden haben sich die Banken zu einem Fass ohne Boden entwickelt und es gibt die „**Bad Bank**“ längst: Es ist der Steuerzahler!

*„Ich würde mich schämen, wenn wir in der Krise Staatsgeld annehmen würden“,* sagte Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, einmal. Dabei ließ er völlig unerwähnt, dass er Frau Merkel geradezu bekniete, unbedingt die HypoRealEstate zu retten. Da die Deutsche Bank dort investiert war, hätte ein Absturz dieser Bank die Deutsche Bank mitgerissen – und so kam das Steuergeld eben über diesen Umweg zu Herrn Ackermann.

Wie sie auf dem nachfolgenden Bild sehen können, gibt es sehr gute Verbindungen zwischen Herrn Ackermann und Frau Merkel, die sich gegenseitig oft zum Essen einladen.



Der Grünen-Experte Bonde sagte dazu, die zentrale politische Frage sei die Nähe von Merkel und Ackermann. Bei der Schlussbehandlung des Bankenrettungspakets sei Ackermann erneut zu Gast bei Merkel gewesen. *„Das war sicherlich der Termin, der für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in dieser Beziehung Merkel-Ackermann der wesentlich teurere war“*, sagte Bonde.

Und so führen gute Beziehungen dann eben auch immer zu noch weiteren Zahlungen, wie sich am Beispiel HypoRealEstate sehen lässt:



Erst im September 2010 wurden durch die Bundesregierung erneut **40 Milliarden Euro** an die HypoRealEstate überwiesen, die einen Teil davon dazu nutzte, um **25 Millionen Euro** als **Bonuszahlungen** an ihre handelnden Personen auszuzahlen – und das bei einem Geschäftsverlust in diesem Jahr von 2,2 Milliarden Euro!

Geht es noch deutlicher?

Die Banken sind zu einem Selbstbedienungsladen verkommen, der von unserer „Bundesregierung“ laufend mit neuen Geschenken versorgt wird!

Im Gegenzug wird dort gerade lauthals verkündet, dass 5 Euro Erhöhung für die Bezieher von Hartz 4 völlig ausreichend sind.

### Wem dient diese „Bundesregierung“ wirklich?!

Den Verursachern der „Krise“ erlaubt man von dort großzügig, ohne Konsequenzen überhaupt in Erwägung ziehen zu müssen, mit ihrem Handeln ohne Einbußen immer weiter zu machen.

Doch wie kam es denn überhaupt zu der „Krise“ und was ist sie genau?

Franz Hörmann sagt zu den grundlegenden Problemen Folgendes:

*„Die heutige Krise geht von den Banken aus. Banken erfinden im Kreditprozess Geld. Wenn man aber Geld aus Luft erfindet und das, was vorher noch nicht existiert hat, verzinslich weitergibt und dinglich absichern lässt, dann ist das, wenn das Geschäftsmodell schief geht, in Wahrheit ein*

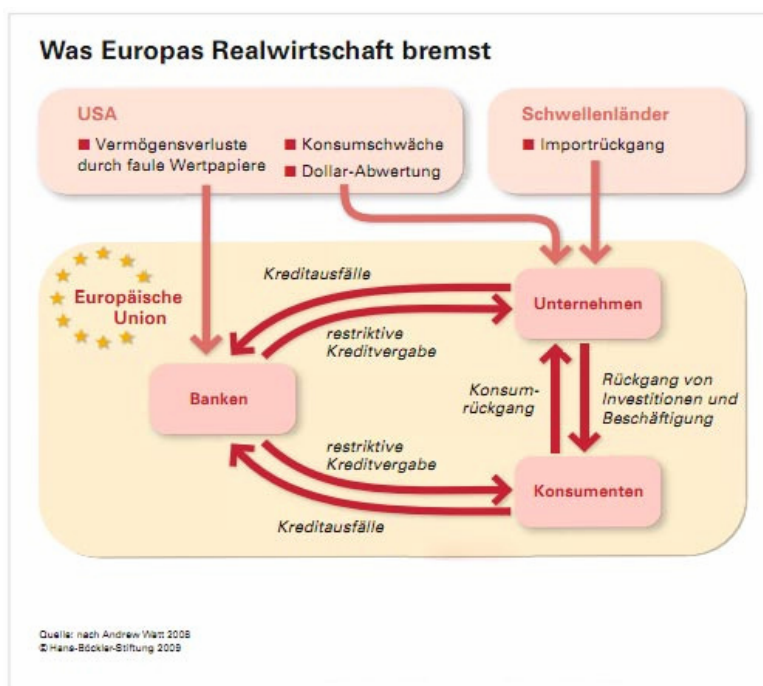
**Enteignungsmodell.** Das ist auch der Hintergrund des Bankgeheimnisses. Banken können überhaupt nicht offen legen, wo beispielsweise die Zinsen für Sparbücher, Bausparverträge oder Sonstiges herkommen. Denn wenn sie das täten, müssten sie zugeben, dass das alles in Wirklichkeit verkettete Pyramidenspiele sind.

Diese verdeckte Geldmengenausweitung hat mit der doppelten Buchführung begonnen. Weil wenn man mit Geld eine Sache kauft, dann wechselt das Geld in Wahrheit den Besitzer. Der Verkäufer hat das Geld, der Käufer hat die Sache. Ab dem Moment ist die Sache aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr in Geld bewertbar. Trotzdem schreiben wir diese Geldbeträge in Bilanzen rein.“

Also liegt es am System der Banken überhaupt, die Geld aus Zinsen bzw. ohne einen Gegenwert schöpfen. Doch wo kommen die Zinsen denn überhaupt her?

Da die Geldmenge begrenzt ist, ist es mathematisch nicht möglich, von jemandem eine größere Menge Geld (Zinsen) zu erhalten, die nicht jemand anderes aufbringt oder verliert. Damit befinden wir uns in einem Enteignungssystem“!

Die Gier der Banken nach immer höheren Gewinnen führte nun dazu, dass sie hochriskante Investitionen betrieben, die letztlich scheiterten. Das war in Wahrheit keine „Krise“, sondern nur ein normaler wirtschaftlicher Vorgang.



Auf der nebenstehenden Grafik können Sie sehen, dass die Banken dann einfach aufhörten, den Unternehmen oder den Konsumenten Kredite zu geben – obwohl sie nur deshalb von der Zentralbank mit Geld versorgt werden!

Die Folge war, dass die Unternehmen Mitarbeiter entließen und damit der Konsum zurück ging, was die Situation verschärfte.

Damit waren die Menschen wieder einmal die Leidtragenden eines Wirtschaftssystems, welches eben vordringlich der Ausbeutung dient: des **Kapitalismus!**

*(Mehr zu diesem Thema können Sie im Kapitel „Kapitalismus“ lesen.)*

Doch wo war das denn eine „Krise“?

**Eine Staatsbank, die den Aufgaben einer Bank gerecht wird, nämlich das Geld der Zentralbank an die Wirtschaft und Kreditsuchenden zu vergeben und die nicht von skrupellosen Geschäftemachern geführt wird, hätte eine solche „Krise“ nicht stattfinden lassen!**

Tatsächlich war es doch so, dass gewissenlose „Zocker“ Milliarden verspielt hatten und dieses Geld nun gern wieder zurück haben wollten!

In einem freien Wirtschaftssystem wären die spekulativen Banken einfach vom Markt verschwunden, was zu einer Gesundung des Systems geführt hätte. Aber in unserer schönen Welt fanden sich eben willige Politiker, die dafür sorgten, dass – unter Zuhilfenahme ungezählter Milliarden, die wir in den nächsten Jahren alle gemeinsam aufbringen dürfen – die „Zocker“ uns in Zukunft weiter mit ihrem Enteignungssystem betrügen dürfen.

Und so erfanden Politiker eben die „Krise“, um uns alle zu täuschen.

Und ich frage mich, welche Berechtigung Politiker da noch in den entsprechenden Gremien der Finanzwelt haben, wenn Debakel á la KfW möglich waren. Diese Frage stellen zu dürfen, ist legitim. Würde man beispielsweise die Pannen der KfW rund um das Lehman-Desaster genau beleuchten wollen, müsste man im Finanzausschuss nicht lange nach Kennern der KfW-Szene suchen: Christine Scheel (Bündnis 90/ Die Grünen) ist ebenso wie Diplommathematiker Michael Meister (CDU/CSU) Mitglied des Verwaltungsrates bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main. Gleichzeitig agiert letzterer als Vertrauensmann auch bei der Allianz Dresdner Bauspar AG, Bad Vilbel.

Interpretieren Sie das, wie Sie wollen – in den USA sind politisches Mandat und Nebentätigkeit seit „Watergate“ absolut tabu!

Wohin das Gegenteil führt, spüren Sie in den nächsten 20 Jahren in Ihrer Brieftasche ...

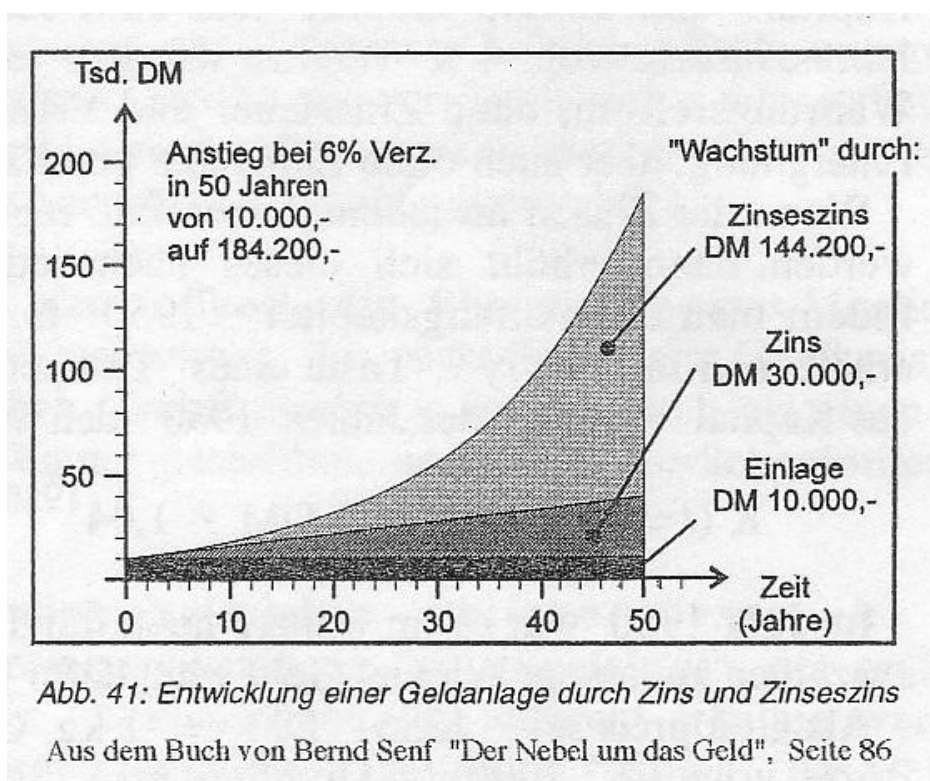
## Das Zinseszinssystem

Erlauben Sie mir, abschließend noch darauf einzugehen, dass einer der Gründe dafür, dass es in unserm Geldsystem immer wieder zu Verwerfungen und „Krisen“ kommen **MUSS**, das Zinssystem ist.

Denn heute ist bereits durchschnittlich jeder Haushalt in seinen Ausgaben mit **40 Prozent Zinsen (!)** belastet, da in den Verkaufspreisen der Produkte die Zinsbelastung der Unternehmen an den Kunden weitergegeben wird. Bei den Mieten liegt der durchschnittliche Anteil sogar schon bei **70 Prozent Zinsen!**

Prof. Dr. Bernd Senf von der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin hat über die problematische Verknüpfung von Geld und Zins im Zinssystem in der Vergangenheit schon interessante Aussagen getätigt, auf die ich mich im Folgenden beziehe:

Aus der Sicht der Geldanleger erscheint der Zins ja als etwas sehr Positives: Er lässt automatisch das Geldvermögen immer weiter anwachsen, und wenn die jährlichen Zinserträge nicht entnommen, sondern immer wieder dem vorhandenen Geldvermögen zugeschlagen und ebenfalls verzinst werden, ergibt sich durch den Zinseszins sogar ein beschleunigtes Wachstum (siehe Abbildung):

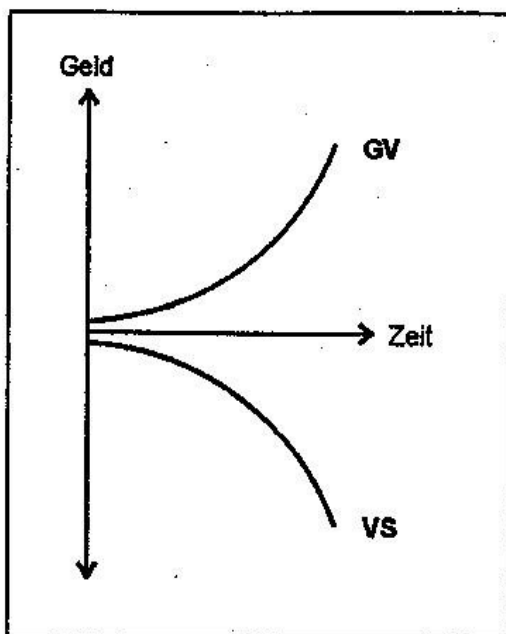




Geld wächst und wächst scheinbar ganz von selbst. Es handelt sich hierbei nicht einfach um Bestandserhaltung und auch nicht einfach nur um ein lineares Anwachsen, sondern um ein immer schneller werdendes Wachstum des Geldvermögens.

Aber woher kann dieses Wachstum kommen, was liegt ihm zugrunde?

Die angelegten Gelder fließen über die Geschäftsbanken an die Kreditnehmer, werden also irgendwo anders zu Schulden, die mit Tilgung, Zinsen und Sicherung verbunden sind: bei Unternehmen, privaten Haushalten, dem Staat oder im Ausland. Die wachsenden Geldvermögen (GV) an einer Stelle entstehen also nur auf der Grundlage entsprechend wachsender Verschuldung (VS) an anderer Stelle des Gesamtsystems. Geldvermögen und Verschuldung entwickeln sich insofern spiegelbildlich - also wächst auch die Verschuldung exponentiell (siehe Abbildung):



**Abbildung** : Wachsende Geldvermögen (GV) gehen einher mit spiegelbildlich wachsender Verschuldung (VS) an anderer Stelle.

Die wachsenden Schulden müssen aber bedient werden und gehen (bei gegebenem Zinssatz) mit entsprechend wachsenden Zinslasten der Schuldner einher. Und die Schuldner müssen zur Aufbringung von Tilgung und Zinsen Überschüsse erzielen – durch weiter wachsende Erlöse und/oder durch Senkung anderer Kosten.

Bezogen auf die Unternehmen bedeutet das: Der Zins setzt ihre Produktion und ihren Absatz unter einen ständigen Wachstumszwang.

Auf Dauer und im Durchschnitt müsste das Unternehmenswachstum mit dem Wachstum der Zinslasten Schritt halten, wenn die Zinsen problemlos aufgebracht werden sollen. Das hieße aber auch: Die Wirtschaft müsste ständig und dauerhaft mindestens eine Wachstumsrate in Höhe des Kreditzinses am Kapitalmarkt hervorbringen. Dies ist wirtschaftlich aber völlig unmöglich.

Unser gesetzlich anerkanntes Zinssystem ist also nicht nur mit Ethik und Moral unvereinbar, sondern auch bereits mit einer rein mathematisch-naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise:

**Eine zeitlich unbegrenzte, exponentielle Zunahme materieller Werte, die durch das Zinssystem vorausgesetzt wird, widerspricht nämlich der naturwissenschaftlich feststellbaren Wahrheit.**

Die zwangsläufige Folge der durch das Zinssystem entstehenden Widersprüche zwischen den postulierten Werten und der Wirklichkeit sind periodisch wiederkehrende gewaltsame Entladungen, durch die die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten teilweise abgebaut werden, ohne jedoch die gesetzlichen Ursachen für deren Neuentstehung zu beseitigen.

Leider wurden die destruktiven Gesetzmäßigkeiten des Zinssystems von der Mehrheit der Bevölkerung und der verantwortlichen Politiker bisher nicht klar genug durchschaut.

Auf eine Veränderung des bestehenden Systems brauchen Sie daher auch nicht zu hoffen, da viele Politiker außerdem selbst von diesem System profitieren.

Und so ist die nächste „Krise“ bereits vorprogrammiert. Erinnern Sie sich bei deren Eintritt einfach an diese Tatsachen ...



## Zitate zum Thema

*„Eine illiquide Bank ist genauso tot wie eine insolvente Bank.“  
Prof. Dr. Helge Berger*

*„Wenn man einen Schuldschein zu einem Wertpapier umdeklariert, mit allen Folgen, die das hat, dann finde ich das schon bemerkenswert.“  
Bodo Kirchhoff*

*„Wer hätte gedacht, dass aus dem Mutterland des Turbokapitalismus innerhalb weniger Wochen die "Vereinigten Verstaatlichungen von Amerika" werden würden?“  
Carsten Schneider*

*„Für unser Wort "Krise" haben die Chinesen einen interessanten Ausdruck, Wei ji, zwei Worte: "Gefahr" und "Gelegenheit", also Gelegenheit zur Umkehr.“  
Otmar Wassermann*

*„Die verderblichen Folgen politischer Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt.“  
Heinrich Brüning*

*„Auf die Füße kommt unsere Welt erst wieder, wenn sie sich beibringen lässt, dass ihr Heil nicht in Maßnahmen, sondern in neuen Gesinnungen besteht.“  
unbekannt*

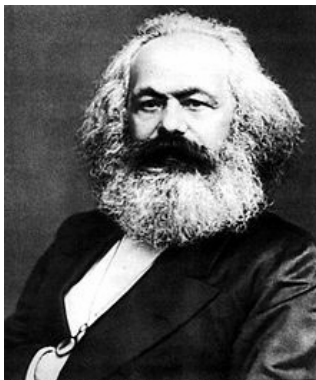
# Kapitalismus

*"Stelle die Bedeutung der Begriffe wieder her  
und dulde keine Unordnung in den Worten."  
Konfuzius*

Mit Worten kann man bedrohen, emotionalisieren, verharmlosen und beschönigen, sie als Machtmittel einsetzen, Kompliziertes vereinfachen sowie Stimmung machen. Ob in Wirtschaft, Militär, Politik, Medien oder im Alltag, Wörter fungieren als Wegbereiter, um im Vorfeld eine bestimmte Sicht der Dinge zu vermitteln. Die Sprache ist fast immer die Sprache der Mächtigen.

Auch heute ist das in unserer geplanten und kontrollierten Welt nicht anders und uns umgebene Dinge werden mit Worten bezeichnet, die ihren tatsächlichen Sinn überdecken sollen. Und es sind nicht unsere *eigenen* Sichtweisen, die damit vermittelt werden.

*„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbst gewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“* schrieb der deutsche Philosoph und Vordenker Karl Marx bereits im 19. Jahrhundert. Im 21. Jahrhundert leben wir noch immer in einer Umgebung, die wir nicht *selbst* gewählt oder gestaltet haben. Und dabei will man uns das Gefühl geben, dass es uns doch gut geht und wir zufrieden sein sollen.



Im offiziellen Sprachgebrauch hören wir von „Sozialer Marktwirtschaft“ oder von der „Globalisierung“. Die schönen Worte sollen unser Wohlbefinden erhöhen, obwohl es sich dabei um nichts anderes als **KAPITALISMUS** und **IMPERIALISMUS** handelt.

Millionen Arbeitslose und immer niedriger werdende Einkommen sprechen eine deutliche Sprache: Dieses System ist nicht für die Gemeinschaft gemacht.

Das einzelne Menschenleben zählt nur so viel, wie es Nutzen für diejenigen bringen kann, die davon profitieren wollen. In der großen Masse sind wir nur noch als Konsumenten wichtig. Und ob wir Schaden in diesem System nehmen, ist nicht von Bedeutung, so weit es die allgemeine Kaufkraft nicht nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Bereits sehr früh wurde durch die Aufklärer eine Pyramide aufgestellt, die das kapitalistische System darstellt und erklärt – welche auch leicht in unsere Zeit übertragbar ist:



Erkennen Sie die Zusammenhänge?

Und obwohl dies seit Jahrhunderten bekannt ist, *fühlen* Sie es nicht, sondern lassen sich ablenken und von den schönen Worten beeinflussen, die Sie umgeben und Ihnen die Welt, in der Sie leben, erklären sollen. .

Und so fällt Ihnen auch nicht auf, wie sehr Ihnen in Ihrer Welt ständig geschadet wird, da Ihnen ja alles Sie Umgebene immer als Vorteil verkauft wird:

## Beispiel Atomenergie

Anfang der 90er Jahre sorgte eine wachsende Zahl von Leukämiefällen nahe dem AKW Krümmel und dem staatlichen Atomforschungszentrum GKSS für große Unruhe. 1991 und 1992 wurden von den Landesregierungen Schleswig-Holstein und Niedersachsen Untersuchungskommissionen ins Leben gerufen. Die eine beendete ihre Arbeit ergebnislos, die zweite endete im Eklat: Die Mehrheit der darin



versammelten Wissenschaftler legte ihre Arbeit nieder, nachdem sie die massiven Behinderungen durch Atomaufsichtsbehörde und Atomwirtschaft anprangerten: „*Wir haben das Vertrauen in diese Landesregierung verloren.*“

Seitdem herrscht Stillstand in Sachen Ursachenforschung, während sich die Leukämiefälle zum weltweit größten Cluster verdichteten. Der Vorwurf vonseiten der Bürgerinitiativen und renommierter Wissenschaftler ist gravierend: Die rund um Geesthacht gefundenen hoch radioaktiven Mikrokügelchen sind weder Wurm Kot oder natürliche Nuklide noch „Emissionen“ aus dem Atomkraftwerk Krümmel oder Fallout-Produkte aus dem AKW in Tschernobyl. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind sie das Ergebnis von „*besonderen kerntechnischen Experimenten*“, die nur auf dem Gelände der GKSS stattgefunden haben konnten.

2004 begannen die Journalistinnen Angelica Fell und Barbara Dickmann mit einer ZDF-Dokumentation über die Hintergründe der tödlichen Leukämieerkrankungen rund um Geesthacht. Im Mittelpunkt stand eine erneute Probenentnahme nahe der GKSS, die sie begleiteten und filmisch dokumentierten. Mit der Untersuchung dieser Proben beauftragte man das Institut für Mineralogie der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt. Mit der Absicht, alle Parteien an einen Tisch zu bringen, setzten sich die Redakteurinnen auch mit dem Leiter der Reaktorsicherheit in Kiel, Dr. Cloosters, in Verbindung. Sie informierten ihn über das Vorhaben und boten ihm an, an der Probenentnahme teilzunehmen.

Am 20.12.2004 wurden von Dr. Axel Gerdes in Gegenwart des ZDF-Teams eine Staubprobe und sechs Bodenproben aus der Elbmarsch genommen. Weder Dr. Cloosters noch ein anderer Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde waren zugegen. Begründung: „*Das Sozialministerium hat eine Teilnahme an dem Drehtermin vor dem Hintergrund jahrelanger Forschung und den dabei gemachten Erfahrungen nicht für zielführend gehalten und deshalb darauf verzichtet.*“

Sechs Wochen später, am 4.2.2005, erschien das ZDF-Team im Institut für Mineralogie. Man wollte das Ergebnis auch im Bild festhalten und Dr. Axel Gerdes Gelegenheit zur Erläuterung geben. Fazit seiner Untersuchung war: „*Die gefundenen Uran- und Plutoniumkonzentrationen sind mit einer Ausnahme relativ niedrig im Vergleich zu typischen Konzentrationen in Böden und Gesteinen Deutschlands ...*“

Gefälligkeitsgutachten sind nichts Ungewöhnliches. Schwer bis unmöglich ist es im Einzelfall nachzuweisen, dass wirtschaftliche und/oder politische



Einflussnahmen ein erwünschtes Ergebnis vorgeben. Im Fall des Mineralogischen Instituts hätten Zuschauer die äußerst seltene Gelegenheit gehabt, bei einem solchen Vorgang dabei zu sein – wenn denn diese Sequenz zur Ausstrahlung gekommen wäre ...

Fakt ist: Die hier beschriebene Filmsequenz wurde aus dem am 2.4.2006 im ZDF ausgestrahlten Film „Und keiner weiß warum ... Leukämietod in der Elbmarsch“ herausgeschnitten. Die ZDF-Redaktion begründete diesen Schritt mit belegten Aussagen des Institutsleiters Prof. Gerhard Brey, der mit rechtlichen Schritten drohte, sollte diese Sequenz in die Öffentlichkeit gelangen.

Einen schlüssigeren Nachweis, dass zur Durchsetzung der Atomenergie Gutachten manipuliert wurden, „unabhängige“ Institute Beihilfe geleistet und staatliche Aufsichtsbehörden dazu anstiftet haben, kann man kaum liefern.

All die hier zitierten und angeführten Dokumente wurden Beteiligten der Anhörung im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit des Niedersächsischen Landtages in Hannover am 11./12.4.2007 zur Verfügung gestellt. Ebenso wurde die zensierte Filmsequenz aus der ZDF-Dokumentation den Ausschussmitgliedern vorgeführt.

Im Zuge dieser Anhörung kann auch Prof. Vladislav P. Mironov, weißrussischer Atomphysiker der Sacharov-Umwelt-Universität in Minsk zu Wort, der die Bodenproben rund um Geesthacht untersucht hatte: Er belegte erneut, dass *„keine einzige Bodenprobe der zu erwartenden natürlichen Zusammensetzung entspricht. Alle Proben enthielten Uran, Thorium und Plutonium künstlichen Ursprungs. Die einzig mögliche Erklärung für Funde außerhalb der atomtechnischen Anlagen an der Elbe ist ein atomarer Unfall.“*

All diese Indizien, Fakten und Dokumente sind bis heute kein Grund, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen einzuleiten. Bis heute wurde keiner der Beteiligten gerichtlich belangt. Von Rücktritten der politisch Verantwortlichen ganz zu schweigen.

Mit diesem nicht vorhandenen Unrechtsbewusstsein hat die Bundesregierung mittlerweile den Bruch des „Atomkonsenses“, die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, ohne Anrufung des Bundesrates durchgesetzt. Ein Paradebeispiel dafür, dass in einer Demokratie parlamentarische Mehrheiten wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig sind.

Und so wird die Bevölkerung einfach weiter den Gefahren der Atomenergie ausgesetzt, über die sie natürlich auch nicht informiert wird.

Und es war von den Energiekonzernen auch einfach vorgegeben worden, wie weit die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gehen soll – die Politik hatte das nur abzunicken. Dafür wird sie ja durch die Konzerne auch bezahlt ...

### **Beispiel Mobilfunkstrahlung**

Die Sunday Times berichtete am 22.4.2007 ganzseitig über die Zunahme von Krebsfällen und Erkrankungen von Kindern um einen Mobilfunkmasten in Coleshill und die heftigen Auseinandersetzungen:

*„Margaret Hines-Randle kämpft gegen den Krebs, doch sie steht nicht allein in ihrem Kampf. Die meisten Menschen in ihrer Straße kämpfen gemeinsam mit ihr, seitdem sie selbst auch an dieser Krankheit leiden. Nach der neuesten Zählung leiden 30 ihrer unmittelbaren Nachbarn ebenfalls an der Krankheit bzw. sind bereits an ihr gestorben...*

*Noch besorgniserregender ist vielleicht, dass die außergewöhnliche Häufung von Erkrankungen in Coleshill keineswegs einzigartig ist. Häufungen von Krebs- und anderen Krankheitsfällen in der Nähe von Masten wurden auch in anderen Landesteilen festgestellt und die Furcht vor Mobilfunkmasten ist weit verbreitet ...*

*Unter Wissenschaftlern besteht kein Zweifel, dass elektromagnetische Strahlung der Art, wie sie von Telefonmasten ausgeht, bei hoher Intensität Krebs verursachen und genetische Schäden hervorrufen können. Die Wissenschaft ist jedoch darüber uneins, welche Pegel als unschädlich zu betrachten sind.“*

Selbstverständlich wird dies von der Mobilfunkindustrie bestritten:

*„Die Mobilfunkfrequenzen gehören zur nichtionisierenden Strahlung. Ihre Energie liegt etwa 1.000.000fach unter der Energie, die erforderlich ist, um chemische Bindungen (z. B. in Nukleinsäuren) aufzubrechen. Anders als UV-Licht oder Röntgenstrahlung sind Mobilfunkfelder somit aus energetischen Gründen nicht in der Lage, das Erbgut direkt zu schädigen und so einen Tumor zu initiieren.“*

(aus der Ärzte-Broschüre des IZMF, 3.1.)

Selbstverständlich ist von einem „Betreiber“, der mit dem Mobilfunk Geld verdient, keine andere Aussage zu erwarten.

Ich selbst vertraue da doch lieber Wissenschaftlern, die unabhängig die Wirkungen der Mobilfunkstrahlung auf die Körperzellen untersuchen:

*„An der Freien Universität (FU) in Berlin befassen sich Biochemiker mit der Frage, auf welche Weise Elektronen mit geringer Energie es schaffen, Krebszellen zu zerstören. Was nicht bekannt war, ist die Tatsache, dass bei der Bestrahlung so genannte sekundäre Elektronen auftreten, von denen solche mit geringer Energie besonders wirksam zu sein scheinen. Und doch sind die so genannten langsamen Elektronen die Auslöser der Schädigungen, das haben die Experimente ergeben, obwohl die Elektronen durch das Abbremsen nur noch einen Bruchteil der Energie der chemischen Bindung haben.*

*Vielleicht lässt sich mit Hilfe dieser Entdeckung der langsamen Elektronen auch erklären, wie nicht-ionisierende Strahlung (sämtliche Funkanwendungen, Mikrowellenherde, Überwachungsanlagen, Radar usw.) als gering-energetische Strahlung auf lebende Organe, Zellen, Membranen und gesamte Organismen einwirken und dort **schädigende Wirkung entfalten.**“*

Eine weitere, von der EU finanzierte, internationale Studie, an der auch Forscher der Uni-Klinik Benjamin Franklin (Steglitz) beteiligt waren, kam zu folgenden Ergebnissen:

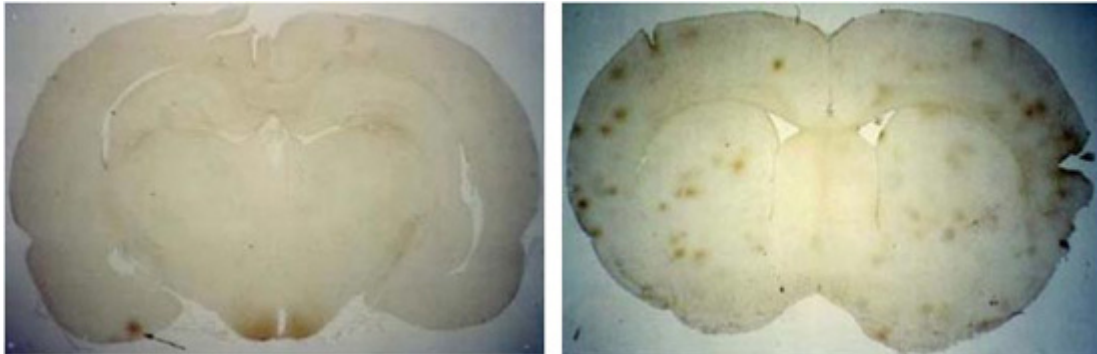
Handyübliche Strahlungen bewirken schwere Zellschädigungen, knacken die DNS, die das Erbgut trägt. Das bewiesen zwölf Forscherteams in sieben europäischen Ländern unabhängig voneinander. Schlimmer noch: Nach Auskunft des Wiener Wissenschaftlers Hugo Rüdiger, einem der Forscher, hat die Industrie in den vergangenen Monaten in Brüssel massiv versucht, die Ergebnisse zu unterdrücken.

Die Ergebnisse der Studie sind erschreckend: *„Seit 40 Jahren gilt die Lehrmeinung, dass elektromagnetische Felder zu schwach sind, um das Erbgut zu verändern“,* sagt Projektleiter Franz Adlkofer. *„Unsere Ergebnisse haben das Gegenteil gezeigt.“* Trotz unterschiedlicher Nachweismethoden kamen die Forscher zum gleichen Ergebnis: Ab einem SAR-Wert von **1,3 Watt pro Kilogramm** Körpergewebe kam es zu Einfach- und Doppel-Strangbrüchen. Der Grenzwert für Mobiltelefone beträgt **2 Watt pro Kilogramm**.

Weitere Studien hatten ergeben, dass bei getesteten Ratten die Strahlung sogar die Blut-Hirn-Schranke aufweichte - die Ratten-Gehirne bekamen Löcher. Diese Barriere ist aber überlebensnotwendig. Die Wiener Forschungsgruppe fand außerdem heraus, dass die beschädigte DNS vom Körper längst nicht so gut repariert wird, wie man bisher glaubte.

Was sich bereits bei Werten 10.000-fach unterhalb der Grenzwerte ereignete, zeigt eine Studie im Auftrag der Telecom, deren Feststellungen vor Jahren bereits publik wurden.

Die nachfolgenden Bilder zeigen Hirnschnitte von Ratten, die mit einer Mobilfunkfrequenz bestrahlt wurden. Im Vergleich: Links unbestrahlt – rechts bestrahlt mit Werten die 10.000-fach unterhalb der Grenzwerte lagen. Schwarze Löcher wie im rechten Hirnschnitt werden auch bei Alzheimerpatienten gefunden.



Einige Zitate weiterer Wissenschaftler:

- Der Medizin-Physiker der Universität Lübeck, Dr. Lebrecht von Klitzing, fand schon 1994: *„Gepulste Mikrowellen verändern die menschlichen Gehirnströme. Das ist im EEG bei Strahlungsstärken von  $1000 \mu\text{W}/\text{m}^2$  nach wenigen Minuten nachweisbar.“* Diese Strahlungsstärke finden wir in einer Entfernung von, je nach Situation, etwa 50 bis über 200 Metern zu Mobilfunk-Basisstationen, in 5 bis 20 Metern zu Handys.
- Die Bundesärztekammer ist besorgt: *„Es gibt gewichtige Hinweise auf Schäden durch Mobilfunkstrahlung. Die zuständigen Behörden werden von uns dringend aufgefordert, sich mit den wissenschaftlichen Ergebnissen auseinanderzusetzen.“*
- Das Ecolog-Institut veröffentlichte vor zwei Jahren die umfangreichste Risikobewertung weltweiter Forschungsergebnisse im Auftrag der Telekom: *„Beeinträchtigungen des Immunsystems sind vielfach nachgewiesen. Es ist nicht auszuschließen, dass Mobilfunkfelder krebserfördernde Wirkung haben, dass sich Krebs schneller entwickelt und fataler verläuft. Es wurde bewiesen, dass Stresshormone vermehrt ausgeschüttet werden mit allen Konsequenzen, die das haben kann. Es gibt Störungen vieler Zellfunktionen, was besonders bedenklich stimmt. Die Auswirkung, die das alles auf den Organismus hat, können wir noch gar nicht abschätzen.“*

- Die Latenzzeit eines Tumors beträgt 5 - 10 Jahre. Entwarnungen, die auf Statistiken von nur 3 Jahren beruhen, sind deshalb absichtliche Täuschungen der Handy-Industrie.

Und wieder ist die Gesundheit der Bevölkerung kein Maßstab für die Bundesregierung: Da sie Mobilfunklizenzen für Milliarden verkauft, nimmt sie durch die Aufstellung immer zahlreicherer Mobilfunkmasten die Erkrankung der Bevölkerung billigend in Kauf!

### **Beispiel Glühlampenverbot**

Die Bundesregierung hat per Gesetz die Benutzung der herkömmlichen Glühlampe verboten. Hintergrund dafür soll die angebliche CO<sub>2</sub>-Reduzierung und die Einsparung von Energie sein. Das jedenfalls ist die offizielle Darstellung.

Das Schweizer Bundesamt für Energie hat in einem Radio-Interview festgestellt, dass das ausgegebene Ziel der EU-Kommission von 4 % Einsparung des Gesamtstromverbrauchs völlig unrealistisch sei und lediglich 1 % zu erwarten sei.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Regierung neben der Manipulierung der angeblich möglichen Vorteile die Nachteile der „Energiesparlampe“ natürlich wieder verschwiegen hat:

- **starke elektrische Felder mit ausgeprägten Oberwellen und gepulste hochfrequente Felder**
- **nervende Flimmersequenzen**
- **schlechtes, naturfremdes Licht**
- **giftiges Quecksilber und andere toxische Stoffe**
- **Emission von Schadstoffen**

Angesichts der überwiegenden schlechten und gefährlichen Eigenschaften der „Energiesparlampe“ fragt man sich doch, warum dann das Verbot der herkömmlichen und ungefährlichen Glühlampe überhaupt kam?!

Ganz einfach: Damit die Industrie ihnen die teureren neuen „Energiesparlampen“ auch sehr schnell verkaufen kann!

Und wieder zählt ihre Gesundheit sehr wenig, denn über die schon genannten Nachteile hinausgehend gibt es noch einige andere Dinge zu den „Energiesparlampen“ zu sagen:



Wussten sie z.B., dass ...

... die in mehreren Ländern öffentlich verbreitete Falschbehauptung, wonach die elektromagnetische Abstrahlung der Sparlampen "nicht höher als bei Haushaltgeräten" sei, einem Merkblatt von Schweizer Bundesämtern entstammt? Dieses basiert auf (von der Lampenindustrie unterstützten) Messungen an Sparlampen, die mit einer hierfür völlig ungeeigneten Messmethode durchgeführt wurden. Das Merkblatt behauptet, die Sparlampen hielten die TCO-Richtwerte für Computerarbeitsplätze ein. Misst man aber Sparlampen mit der von der TCO vorgeschriebenen Messmethode, so überschreiten sie den TCO-Richtwert um ein Vielfaches.

... sich die Britische Gesellschaft für Dermatologie gegen die Sparlampe ausgesprochen hat, weil Patienten darauf mit Gesundheitsschäden reagierten? Sie hat die britische Regierung ersucht, den Menschen mit Hautproblemen die Benutzung von Glühlampen trotz des Glühlampenverbots weiterhin zu erlauben.

... ein Schlafforscher, Chefarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik der Berliner Charité, vor der Sparlampe warnte? Der hohe Blauanteil im Lichtspektrum vieler Energiesparlampen wirke als "Wachmacher" auf den menschlichen Körper, weil das Schlafhormon Melatonin unterdrückt werde. Dadurch gerate auf Dauer die "innere Uhr" im menschlichen Organismus durcheinander. "Wir wissen, dass das zum Beispiel Einfluss hat auf Tumorerkrankungen, aber auch auf Herzinfarkte, Depressionen und eine ganze Reihe von andere Erkrankungen."

... aufgrund des erhöhten Blaulicht-Anteils der Sparlampen wie auch anderer Entladungslampen sowie der TFT-Bildschirme ("Flachbildschirme") eine Zunahme der altersbedingten Makuladegeneration (Altersblindheit) befürchtet wird?

... es Studien gibt, wonach Leuchtstofflampen (wozu die Sparlampen gehören) eine visuelle Wahrnehmungsstörung mit dem Namen Irlen-Syndrom (auch Scotopic Sensitivity Syndrome) fördern? Dieses Syndrom beeinträchtigt die Fähigkeit zu lesen. Glühlampenlicht dagegen fördere die Lesefähigkeit.

Fazit: Die „Energiesparlampe“ ist unökonomisch und darüber hinaus noch extrem gesundheitsschädigend! Trotzdem gibt es bald nur noch diese Lampen zu kaufen ...

## Beispiel Verbraucherschutz

Nach „BSE“, „Gammelfleischskandal“, „Analogkäse“, „Gen-Schokolade“, „Verpackungsmogelei“, „Dioxinskandal“ und all den anderen Skandalen, die ich mir aus Platzgründen erspare, wundert es mich immer wieder, wie schnell die Bevölkerung vergisst und dass sich niemand so richtig aufregt und schon gar nicht dagegen vorgeht!



Gerade erst haben wir wieder einen Dioxin-Skandal erleben müssen, in dem unsere Lebensmittel mit Dioxin verseucht wurden.

Schnell demonstrierten Politiker Aktionismus und erklärten, dass alles bis ins letzte Detail aufgeklärt werden würde.

Das haben die gleichen Leute doch aber schon vor ca. **einem Jahr** – nämlich beim letzten Dioxin-Skandal – gesagt!



Bei so viel Verbraucherschutz, wie er uns immer vorgelogen wird, frage ich mich ernsthaft, warum es da in jedem neuen Jahr immer wieder solche Skandale gibt?! Die Wahrheit ist eben, dass es die Politiker nicht wirklich interessiert, wie es uns geht.

Haben Sie es schon vergessen? Wir leben im **Kapitalismus** – und da **bestimmt einzig das Kapital die Handlungsweisen!** Und das Kapital verdient an verseuchtem Fleisch eben genauso wie an Käse aus minderwertigen Ersatzstoffen ...

### Beispiel Altersvorsorge

Über die unmoralischen Handlungsweisen der Banken habe ich im Kapitel „*Es war einmal ... die 'Krise'*“ ja schon einiges geschrieben. Wenn Sie nun denken, dass Sie da bei Ihrer Versicherung besser aufgehoben sind, dann unterliegen Sie einem vollständigen Irrtum:

Die Versicherungen legen *Ihr* Geld in den verschiedensten Geldanlagen an. Diese reichen von Aktien- und Immobilienbeteiligungen bis hin zu Bundesanleihen. An den Gewinnen werden Sie nicht einmal beteiligt, denn ihnen steht nur eine gesetzliche Mindestverzinsung von 2,25 % zu, die deutlich unter der Inflations- und Teuerungsrate liegt.

Da die Gewinne der Versicherungskonzerne natürlich deutlich höher ausfallen, werden die Inhaber schnell zu Multimillionären, wie das Beispiel von Herrn Maschmeyer zeigt: Dieser hatte den AWD gegründet, die Kunden unter Zuhilfenahme unlauterer Werbung (angeblich sei der AWD unabhängig) getäuscht und ihnen dann oft Hochrisikoaanleihen verkauft.

Als das Unternehmen durch die große Kundenanzahl einen gewissen Wert hatte, hat Maschmeyer den AWD verkauft und gehört nun als Millionär zu den gehobenen Kreisen (linkes Bild).



Allerdings gab es zum Zeitpunkt des Verkaufes schon ein Heer an Geschädigten, die den Reichtum von Herrn Maschmeyer ja erst begründeten. Davon will der gute Mann heute nichts mehr wissen und betreibt Publicity, indem er in öffentlichen Sendungen größere Geldsummen für „gute“ Zwecke spendet (rechtes Bild).

Ob dies seine geprellten Kunden tröstet, die oft nicht nur ihr gesamtes Geld verloren haben, sondern auch noch bis an ihr Lebensende verschuldet sind? (*Die ARD berichtete in einer Reportage.*)

Aber Herr Maschmeyer ist nicht allein, da nahezu jede Versicherungsgesellschaft, die ihren Kunden „Kapitallebensversicherungen“ oder „private Rentenversicherungen“ verkauft, ihre Kunden übervorteilt. Denn dort sind die Renditen in jedem Fall negativ, wie der Hamburger Professor Michael Adams in einer Sendung des ARD-Magazins „PlusMinus“ vorrechnete. Dies liegt vor allem daran, dass ca. 50 Prozent der gezahlten Beiträge nicht gespart, sondern durch die Konzerne aufgebraucht werden.

Und weil sich die Bundesregierung auch durch den Sparanteil, den die Versicherungen in „Bundesanleihen“ investieren, finanziert, ist sie auch großzügig mit gesetzlichen Regelungen, die die Versicherung dem Kunden gegenüber von der Leistung freistellt:

Sollte nämlich festgestellt werden, dass die betreffende Gesellschaft die Auszahlungen nicht in voller Höhe (wie vertraglich vorgesehen) erbringen kann, dann darf sie die Zahlungen aussetzen, um nicht in Konkurs gehen zu müssen.

Was für ein Trost für die geprellten Kunden, die ihr halbes Leben lang in eine Versicherung zum Zwecke des Sparens für die Altersvorsorge eingezahlt haben ...



Das waren nur einige ausgewählte Beispiele, die Ihnen aber sicher gezeigt haben, dass Sie im Kapitalismus nur als Konsument gesehen werden – und so lange es genug Konsumenten gibt, ist das Schicksal des Einzelnen dem System egal.

Lesen sie einmal Karl Marx ... es lohnt sich *heute* umso mehr!

## Zitate zum Thema

*„Die Globalisierung benötigt „eine internationale Konföderation aus loyalen, korrupten, autoritären Regierungen in den ärmeren Ländern, die unpopuläre Reformen durchpeitschen und Aufstände niederschlagen, um so ihre ‘Vettern-Deals’ durchziehen zu können. Wobei die ‘Vettern-Deals’ der Konzern-Globalisierung darin bestehen, die Früchte, die wir anbauen, zu Konzerneigentum zu machen, ebenso das Wasser, das wir trinken und die Luft, die wir atmen, ja selbst die Träume, die wir träumen, eignen sie sich an.*

*Konzern-Globalisierung - ihr wirklicher Name lautet ‘Imperialismus’ -, braucht aber noch mehr: eine Presse, die vorgibt, frei zu sein und Gerichte, die vorgeben, Gerechtigkeit zu üben. Gleichzeitig machen die Länder des Nordens ihre Grenzen dicht und horten Waffen – Massenvernichtungswaffen. Schließlich wollen sie sicherstellen, dass lediglich Geld, Waren, Dienstleistungen und Patente durch das Globalisierungsnetz schlüpfen.*

*Dinge wie Reisefreiheit sollen hingegen nicht globalisiert werden, ebenso wenig Respekt vor den Menschenrechten oder internationale Verträge und schon gar nicht Gerechtigkeit - Gott bewahre!“*  
Arundhati Roy

*„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“*  
Karl Marx

*„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“*  
Karl Marx

*„Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit.“*  
Prof. Dr. Elisabeth Neumann

## Im „Zirkus“

*„Die heutige politische Justiz judiziert aus dem gleichen gebrochenem Rückgrat heraus, aus dem das Sondergerichtswesen (Hitlers) zu erklären ist.“  
Dr. h.c. Max Güde (Generalstaatsanwalt)*

Wenn Sie angesichts des Titels dieses Kapitels glauben, ich würde hier über den Auftritt eines Clownes berichten, der mit Bällen jongliert und dabei etwas Lustiges tut, dann enthält dieses Denken in einem bestimmten Fall vor dem „Amtsgericht“ Halle-Saalkreis eine makabere Realität.

Ich möchte Ihnen in diesem Kapitel aber anhand einiger Beispiele die tatsächliche „Gerichts“*realität* schildern, so wie sie tagtäglich in Deutschland stattfindet und wie Sie sie sicher nicht erwarten werden.

Ich selbst durfte von der rechtswidrigen Willkür, die in unserem Land herrscht, auch schon hin und wieder kosten und werde bis zum heutigen Tag vom System verfolgt – speziell durch meine Lieblings“richterin“ Frau Schölzel, ebenfalls tätig am „Amtsgericht“ Halle-Saalkreis.

Sie gehört zu denjenigen Menschen, die ihre **MACHT** gewissenlos ausleben und damit demonstrieren, dass man sich besser nicht mit ihnen anlegt, da man – egal ob man recht hat oder nicht – vor ihnen nicht besteht. Dabei pflegte sie schon solch bedeutende Zitate, wie „Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes interessieren mich nicht!“. Damit verstößt sie klar gegen den **Paragraphen 31 BVerfGG**, welcher alle Gerichte und Behörden an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bindet!

Was glauben Sie: Haben Beschwerden und Anzeigen gegen diese Person, welche von mir bis zum Justizministerium vorgetragen wurden, an ihrer „Willkürherrschaft“ oder an den durch sie bewirkten Rechtsbrüchen irgend etwas geändert?

Das haben sie nicht – und das ist um so schwerwiegender, da mir fortlaufend das rechtliche Gehör verweigert wurde, was einen der größten Rechtsbrüche in einem Rechtsstaat darstellt!

Nach Artikel 103 Absatz 1 Grundgesetz (GG) hat in Deutschland vor Gericht jeder einen zwingenden Anspruch auf rechtliches Gehör (lat.: *audiator et altera pars*). Der Anspruch auf rechtliches Gehör ist ein grundrechtsgleiches Recht und zugleich eine besondere Erscheinungsform der Rechtsstaatlichkeit.

Aber wie Sie nachfolgend lesen werden, befinden wir uns genau in dieser ja nicht ...

Denjenigen unter ihnen, denen die inszenierten Sendungen des Systems, wie „Richterin Barbara Salesch“ oder „Richter Hold“ bekannt sind, die dazu entstehen und gesendet werden, dass die Zuschauer glauben, dass alles immer völlig korrekt vor Gericht ablaufe und es eine Rechtsstaatlichkeit in unserem Land gäbe, sei gesagt, dass diese Sendungen nicht weiter von der Realität entfernt sein können.

Je weiter sich die Realität von dem in den Medien gezeigten entfernt, um so mehr muss davon gesendet werden, um die Illusion aufrecht zu erhalten. Und genau dies passiert verstärkt in den letzten Jahren: Neben den schon genannten Gerichtssendungen gibt es noch „Staatsanwalt Posch ermittelt“, „Die Ordnungshüter“, „Toto und Harry“, „K11“ und vieles andere mehr. Und alle diese Sendungen zeichnen sich gemeinsam dadurch aus, dass sie völlig realitätsfremd und gestellt sind.

Nach diesem Ausflug in die **mediale Scheinwelt** kommen wir aber nun wieder zurück in die Realität des Unrechtssystems:

Zu Beginn des Jahres 2009 lernte ich als Prozessbeobachter eines vermeintlichen Strafverfahrens vor dem „Amtsgericht“ Halle-Saalkreis die beiden Beschuldigten dieses Verfahrens, die Herren Hans-Joachim G. und Detlef K., kennen. Nach dem Studium der Akten stellte ich fest, dass man beide wegen Betrugshandlungen anklagte, die sie nachweislich nicht begangen hatten. Im Gegenteil: Sie selbst waren Geschädigte, die auf Betrüger hereingefallen waren, die ihnen Tätigkeiten angeboten und sie dann als Strohmänner missbraucht hatten, um bei ihren eigenen Straftaten nicht in Erscheinung treten zu müssen.

Beide waren zu diesem Zeitpunkt nicht vorbestraft und hatten sich auch noch nichts im Leben zuschulden kommen lassen. Selbstverständlich unterstützten sie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und offenbarten ihr gesamtes Wissen über die Hintermänner – in dem festen Glauben, dass die Staatsanwaltschaft schon erkennen würde, dass sie unschuldig sind.

Die Staatsanwaltschaft hatte aber schon zwei Schuldige ausgemacht und verzichtete auf die Ermittlung der Hintermänner, obwohl das ihre gesetzliche Pflicht gewesen wäre. Denn die Staatsanwaltschaft muss stets objektiv ermitteln, d.h. nicht nur belastende, sondern auch entlastende Umstände ermitteln, wie es der **§ 160 Abs. 2 StPO** vorschreibt:



*(2) Die Staatsanwaltschaft hat nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und für die Erhebung der Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen ist.*

Dies tat man dort nicht. Und so wurde der Einfachheit halber ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Beschuldigten eröffnet.

Beide erhielten nun zufällig vor dem Verhandlungstermin über eine Justizopferinitiative Kenntnis davon, dass es in der „BRD“ keine „gesetzlichen Richter“ und auch keine „Staatsgerichte“ (die ja durch Wegfall des **§ 15 GVG** abgeschafft wurden) gibt. Das veranlasste beide nun, die Legitimität der Verhandlung in Frage zu stellen ...

Schon am ersten Prozesstag beobachteten über 20 Prozessbeobachter, wie der „Richter“ Karsten Kolbig sich abmühte, irgendwie in die Hauptverhandlung einzutreten. Da er aber der mehrfachen Aufforderung der Angeklagten, er solle sich legitimieren, nicht nachkommen wollte bzw. konnte und diese ihn dann ablehnten, vertagte er die Veranstaltung völlig entnervt.

Im Vorfeld sind die Angeklagten auf die BILD-Zeitung zugegangen, da sie diesen Fall und die damit verbundene Willkür öffentlich machen wollten. Leider war man dort nicht an einer aufklärenden Berichterstattung interessiert, sondern nur an wilden Schlagzeilen – und so wurde die Geschichte um „Halles frechsten Angeklagten“ erfunden und ideenreich publiziert, wie sie nachfolgend sehen können:

**HALLES FRECHSTER ANGEKLAGTER**

# „Sie sind Richter? Glaub’ ich nicht...“

**Von T. SCHOLTYSECK**

Halle – Was macht ein Richter, wenn die Angeklagten ihm nicht partout glauben wollen, dass er Richter ist?

Amtsgericht Halle, Saal 1.020. Zwischen einen Berg Prozessakten wartet Richter Karsten Kolbig (38) mit schwarzer Robe und weißer Krawatte. Er soll über zwei Männer (46, 49) verhandeln, die wegen Betruges angeklagt sind. Doch dazu kommt es nicht.

Angeklagter Hans-Joachim G. (49): „Vor der Eröffnung stelle ich einen Befangenheitsantrag und verlange, dass Sie sich als Richter ausweisen.“

Der Richter erklärt ruhig: „Das muss ich nicht. Es reicht, dass der Staatsanwalt und die Justizwachtmeister wissen, wer ich bin.“ Der Angeklagte poltert weiter: „Ich bin nicht der Angeklagte, solange wir nicht wissen, ob Sie der Richter sind.“ Da wird’s dem Juristen zu

bunt: Er verhängt 300 Euro Ordnungsgeld, ersatzweise sechs Tage Haft, gegen den renitenten Mann. **Hans-Joachim G. frech: „Dann erstattete ich Strafreize gegen Sie...“** Nochmal 500 Euro Ordnungsgeld. Drei Minuten später gibt es noch mal 800 Euro Nachschlag. Insgesamt 1600 Euro Ordnungsgeld in der ersten Prozess-Stunde. Amtsgerichts-Rekord! Am Montag soll dann endlich die Anklage verlesen werden...

Richter Kolbig musste die Wachmänner rufen, um die Verhandlung eröffnen zu können

◀ Hans-Joachim G. (49) handelte sich 1600 Euro Ordnungsstrafe ein

Fotos: SCHELLHORN, LEHMANN



Dann folgte der zweite Verhandlungstag. Auf diesen hatte sich der „Richter“ besser vorbereitet: Er verlegte den Termin kurzerhand in den Sicherheitstrakt des „Gerichtsgebäudes“, ließ durch „Justizbedienstete“, die sich ebenfalls nicht ausweisen konnten oder wollten, die Ausweise der Zuschauer kontrollieren und diese namentlich erfassen.

Danach wurde jedem ein nummerierter Sitzplatz zugewiesen, der dann abgefilmt wurde. Insgesamt schon wieder willkürliche Handlungen, die der „Richter“ klugerweise auch nicht unterschrieb. Aber so etwas tun „Richter“ in der „BRD“ ja seit nunmehr seit mehr als 20 Jahren nicht mehr ...

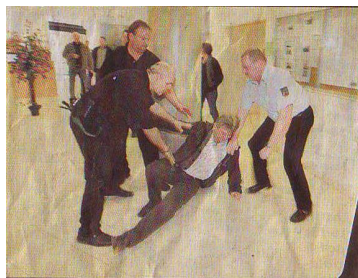
Da der Angeklagte sich noch nicht im Saal befand, ließ „Richter“ Kolbig wieder seine „Justizbediensteten“ los, die den Angeklagten Hans-Joachim G. vor dem Saal „stellten“ und kurzerhand verprügelten.

Dafür gibt es genügend Augenzeugen und auch die BILD-Zeitung hat dies dokumentiert und die entschärften Szenen publiziert (welche auch wieder verdreht dargestellt wurden):



Wer vorher von der BILD-Zeitung tatsächlich eine unabhängige und journalistisch aufklärende Berichterstattung erwartet hatte, musste in der Folge feststellen, dass auch diese Erwartung illusorisch war und die BILD-Zeitung – wie die übrigen Medien auch – gleichgeschaltet für das System funktioniert.

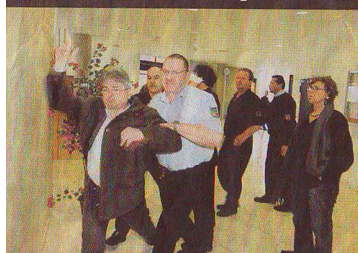




Als nichts mehr half, ließ sich Hans-Joachim G. einfach auf den Boden fallen



Der Angeklagte und sein „Pressesprecher“ Bernd F. (re.), der auch 200 Euro Ordnungsstrafe kassierte



Zu guter Letzt ließ sich der Angeklagte doch noch mit erhobener Hand zum Saal geleiten

# Prügelei im Amtsgericht

Von THILO SCHOLTSECK

Halle - Am ersten Verhandlungstag pöbelte er den Richter an, gestern kam Halles frechster Angeklagter erst gar nicht bis zum Gerichtssaal: Im Flur lieferte er sich eine wüste Rauferei mit vier Wachleuten, schrie und tobte - bis schließlich die Polizei anrückte.

Nach seiner Verbal-Attacke am letzten Mittwoch („Sie sind Richter? Glaub' ich nicht...“, BILD berichtete) war die Verhandlung vorsorglich in den Sicherheits-saal X.1.2 verlegt worden.

Vor der Schleuse kontrollierten Wachleute gestern Morgen die Ausweise, platzierten alle Zuschauer auf vorgeschriebene Plätze.

Als es endlich losgehen sollte, fehlten Hans-Joachim G. (49) und sein Mit-Angeklagter Detlef K. (46). „Ich bin der Pressesprecher beider Angeklagten, weil ihre Verteidiger es nicht tun, soll ich für sie sprechen. Beide kommen nur in den Saal, wenn ihnen freies Geleit zugesichert wird...“, so ein Zuschauer.

Richter Kolbig: „Da der Angeklagte trotz ordnungsgemäßer Ladung nach zweimaligem Aufruf nicht erschienen ist, ordne ich an, dass er vorzuführen ist.“

Als die Justizbeamten Hans-Joachim G. im Eingangsbereich festnehmen wollten, geht plötzlich eine wilde Keilerei los. Hans-Joachim G. rudert mit den Armen, schlägt um sich. „Hilfe, Hilfe - Polizei!“ Mit an-

derhalb Stunden Verspätung saßen die wegen Betrugs Angeklagten endlich auf der Bank - und G. jammerte sofort los: „Ich bin geschlagen worden! Ich stelle Strafanzeige! Ich will einen Arzt!“ Er wurde von einem Psychiater untersucht, später vom Amtsarzt. Der Angeklagte danach:

„Warum sitzt hier immer noch ein straffälliger Richter, den ich abgelehnt habe?“ Amtsrichter Karsten Kolbig (38): „Wegen dieser Bemerkung verhängte ich 1000 Euro Ordnungsgeld.“ Vom ersten Prozesstag hat G. noch 1800 Euro auf seinem Döckel. Man darf auf den nächsten gespannt sein...

Auf dem unteren Bild sind die Blessuren der rechtswidrigen Angriffe und Verletzungen allerdings gut dokumentiert. Letztlich konnte ein hinzugezogener Arzt auch nur noch die Verhandlungsunfähigkeit feststellen, was die Härte des Angriffes noch unterstreicht und deutlich zeigt, wie das System gegen den Bürger handelt, wenn er sich fragwürdigen und rechtswidrigen Maßnahmen nicht beugen will: Es wird einfach Gewalt angewendet!

Diese muss nicht immer körperlich sein, denn das System kennt noch andere Maßnahmen, von denen willkürliche Verhaftungen, Kontopfändungen oder die Wegnahme von Häusern nur einige Beispiele sind.

Gegen den Angeklagten Hans-Joachim G. wurden jedenfalls, nur weil er den „Richter“ wiederholt aufgefordert hatte, sich zu legitimieren (was noch dazu das Recht des Angeklagten ist) und ohne dass in eine „Hauptverhandlung“ eingetreten worden wäre, sehr hohe „Ordnungsgelder“ im vierstelligen Bereich verhängt. Da der „Richter“ aber nichts unterschrieben hat, ist nichts davon rechtskräftig.

Damit sie diesen Rechtsgrundsatz verstehen und endlich nicht mehr glauben, dass der Satz „*Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig*“ rechtmäßig ist, erkläre ich Ihnen die rechtlichen Grundlagen kurz an dieser Stelle:

Die rechtlich zwingenden Grundlagen für die Schriftformvorschriften finden Sie im **§ 126 BGB**.

„Zur Schriftform gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift (vgl. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87 BVerwGE 81, 32 ; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544). Zwar hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes entschieden, dass bei Übermittlung bestimmender Schriftsätze auf elektronischem Wege dem gesetzlichen Schriftformerfordernis unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift genüge getan ist (Beschluss vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15); dies gilt aber nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist.“ (vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BFH/NV 2002, 1597; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 a.a.O.).

### **Das bedeutet nun, dass ohne Unterschrift nichts rechtskräftig ist!**

Für Richter gelten die Schriftformerfordernisse in noch verschärfterer Form:

Gemäß **§ 275 (2) StPO** ist ein Urteil oder Beschluss vom mitwirkenden bzw. verantwortlichem Richter zu unterschreiben. Im Zivilrecht gilt alternativ der **§ 315 ZPO**.

Die kommentierte Fassung der Prozessordnung sagt eindeutig:

„Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, dass über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellempfänger muss nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben. Deshalb genügt insoweit die Angabe „gez. Unterschrift“ nicht.“ (vgl. RGZ 159,25,26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 - VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 - VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 - III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 - VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87)

Da der „Richter“ Kolbig nun aber nichts unterschrieben hat, ist keine Rechtswirksamkeit eingetreten! Doch dazu später.

Zuerst nochmals zurück in den „Gerichtssaal“:

Nachdem die Angeklagten „Richter“ Kolbig sechsmal (!) aufforderten, sich auszuweisen und zu legitimieren und er dies genauso oft ablehnte, was bei der anwesenden Zuhörerschaft zu deutlich hörbaren Unmutsäußerungen führte, ließ er sich zu einem der folgenschwersten Äußerungen in der deutschen Rechtssprechungsgeschichte hinreißen, indem er sagte: „**Sie müssen sich das hier so vorstellen: Das alles hier ist ein großer Zirkus – und ICH bin hier der Direktor!**“

Allen Zuhörern stockte der Atem und sie wussten nicht, ob sie nun lachen oder weinen sollten. Einige konnten gar nicht glauben, was sie gerade gehört haben und schauten ratlos zu ihrem Sitznachbarn herüber. Auch ich erlebe immer wieder ungläubige Blicke und Reaktionen, wenn ich diese Geschichte erzähle, aber sie ist genauso wahr, wie es wahr ist, dass die Sonne existiert.

Und 22 Prozessbeobachter können diesen Satz bezeugen.

Damit hat Kolbig den Mantel des Anscheins völlig fallengelassen und in seiner sehr lässigen Art Zeugnis darüber abgelegt, was in diesen Räumen passieren soll und passieren wird: Willkür.

Nachdem die schon geschilderten Übergriffe auf den Angeklagten Hans-Joachim G. begangen worden waren und dieser sich auf dem Weg ins Krankenhaus befand, ließ Kolbig die Veranstaltung mit dem zweiten Angeklagten einfach weiterlaufen.

Der nächste Teil seiner Strategie an diesem Tag war, einen Psychologen darüber referieren zu lassen, ob die Angeklagten denn nicht völlig schwachsinnig seien und man sie vielleicht in eine psychiatrische Klinik einweisen lassen könne (wie dies schon in anderen Verfahren gegen kritische Bürger in der „BRD“ praktiziert wurde).

Und der Mediziner urteilte tatsächlich, dass die Angeklagten wohl einem bestimmten *Wahn* folgen, wenn sie die herrschende Rechtsordnung so ablehnten. Aber, so schränkte er dann doch ein, es würden sehr viele diesem Wahn folgen, so dass nicht von einer krankhaften Erscheinung ausgegangen werden kann.

Irgendwie beruhigt mich das dann doch auch etwas. Denn schließlich wird die Anzahl der wissenden Menschen immer größer und diejenigen, die das Unrechtssystem noch verteidigen und am Leben halten, werden irgendwann in der Minderheit sein. Dann sind in der Konsequenz nicht WIR krank, sondern SIE sind die Wahnsinnigen. So ist das eben in der Geschichte.

„Richter“ Kolbig gab diesen Plan also auf und „verhandelte“ weiter. Dabei verstieß er ständig weiter gegen die Prozessvorschriften, in dem er z.B. entschied, was ins Protokoll kommt und was nicht.

Zum Hintergrund der Protokollpflicht lassen sie mich kurz erklären, warum es diese überhaupt gibt:

Im Strafprozess wird in der Hauptverhandlung ein Protokoll aufgenommen (§ 271 Abs.1 StPO), das am Ende von dem Vorsitzenden und dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle unterschrieben wird.

Inhalt des Protokolls sind (§ 272 StPO):

1. Ort und Tag der Verhandlung,
2. die Namen der Richter, Schöffen, Beamten der Staatsanwaltschaft, Urkundsbeamten und ggf. des zugezogenen Dolmetschers.
3. die Bezeichnung der Straftat nach der Anklage,
4. die Namen der Angeklagten, ihre Verteidiger, der Privatkläger, Nebenkläger, Verletzten, die Ansprüche aus der Straftat geltend machen, der sonstigen Nebenbeteiligten, gesetzlichen Vertreter, Bevollmächtigten und Beistände
5. die Angabe, ob öffentlich verhandelt oder die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde.

Weiterhin muss das Protokoll den Gang der Verhandlung und die Ergebnisse der Hauptverhandlung im Wesentlichen wiedergeben und die Beobachtung aller wesentlichen Förmlichkeiten ersichtlich machen.

Von Amts wegen oder auf Antrag kann, wenn es auf die Feststellung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung oder den Wortlaut einer Aussage ankommt, die vollständige Niederschreibung in das Protokoll angeordnet werden. Geschieht dies, muss das Protokoll verlesen und genehmigt werden, was wiederum selbst protokolliert werden muss. Wurden Einwendungen erhoben, sind diese ebenfalls zu protokollieren (§ 273 Abs. 3 StPO).



Gemäß § 274 StPO hat das Protokoll für Gerichte höherer Instanz in diesem Verfahren für die vorgeschriebenen Förmlichkeiten **formelle Beweiskraft**, gegen die nur der Nachweis der Fälschung geführt werden kann (§ 274 StPO).

Daraus folgt, dass im Protokoll beurkundete Förmlichkeiten als geschehen gelten und nicht im Protokoll beurkundete Förmlichkeiten als nicht geschehen gelten. Die Beweiskraft erfasst nicht den Inhalt der nach § 273 Abs. 2 StPO protokollierten Aussagen.

Ist das Protokoll lückenhaft oder enthält es Widersprüche, entfällt die formelle Beweiskraft des gesamten Protokolls. Das gilt auch, wenn die Urkundspersonen den Inhalt nachträglich für unrichtig erklären.

In Kurzform: Das übergeordnete Gericht, vor dem gegebenenfalls eine Berufung stattfindet, nutzt das Protokoll, um sich einen Überblick über den Sachstand der vorausgegangenen Hauptverhandlung zu verschaffen. Wenn dabei wichtige Aspekte fehlen, kann es diese Erkenntnisse nicht erlangen. Daher ist ein lückenloses Protokoll vorgeschrieben und unumgänglich!

Die Angeklagten verlangten nun von „Richter“ Kolbig, alle vorgebrachten Tatsachen im Protokoll zu vermerken. Auch dies lehnte er ab. Selbst Zeugen, die sich ihre Aussagen nochmals vorlesen lassen wollten, scheiterten mit diesem Anliegen ebenfalls, da Kolbig nur die Sätze und Sachverhalte ins Protokoll aufnehmen ließ, die er persönlich für gut befand. Dies stellt einen so schweren Verstoß gegen die Prozessordnung dar, dass der Großteil der Prozessbeobachter im Anschluss an die „Verhandlung“ bei der hiesigen Polizeibehörde Anzeige gegen ihn erstattete.

Als ein Zeuge ihn über sein Vorgehen diesbezüglich befragte, antwortete Kolbig: **„Wichtig ist nicht, was im Protokoll steht, sondern wie ich das im Kopf habe!“**

Wie sie sich sicher denken können, ist Kolbigs Kopf bei einer Berufung nicht anwesend, somit beging Kolbig hier einen klaren und willkürlichen Rechtsbruch!

Was glauben Sie: Ist Kolbig wegen seiner wiederholten Rechtsverletzungen nach den zahlreichen Strafanträgen der Prozessbeobachter in irgendeiner Form belangt worden, oder ist er immer noch als willkürlicher „Richter“ am „Amtsgericht“ tätig?



Natürlich schadete ihm niemand – es wurde nicht einmal ermittelt ...

Falls Sie sich die ganze Zeit fragen sollten, ob denn überhaupt Rechtsanwälte bei der „Verhandlung“ anwesend waren, die die Rechte der Angeklagten hätten wahrnehmen und diese verteidigen können, dann muss ich zur Schande dieses Standes darauf leider mit „Ja“ antworten:

Es waren sogar zwei Anwälte anwesend, die aber nicht das Geringste taten. Im Gegenteil: Sie schwiegen beharrlich und verhielten sich ruhig! Mit einem „Richter“ legt man sich eben nicht an. Es könnte ja sein, dass man ihn mit einem anderen Mandanten später wieder trifft.

Die schlimmste Möglichkeit wäre da noch, dass man wegen „Prozessboykottierung“ (Ja, so etwas gibt es!) Schwierigkeiten bekommt und letztlich seine Zulassung als Anwalt verliert. Auch ein solcher Fall ist mir bekannt.

An dieser Stelle möchte ich aber jetzt einen Sprung zum Ende des Prozesses machen, damit ich in der Folge auch noch Platz für andere Themen in diesem Buch finde:

Gegen den Angeklagten Hans-Joachim G. wurde aufgrund seiner ihm durch die „Justizbediensteten“ zugefügten Verletzungen nicht weiter verhandelt. Er wartet bis zum heutigen Tag auf die Fortsetzung seines Prozesses.

Seinem Mitangeklagten erging es da etwas anders:

Sämtliche geladenen Belastungszeugen haben ihn während der Verhandlungstage entlastet und bezeugt, dass er nicht der Täter war und schließlich selbst geschädigt wurde. An dem Urteil, welches Freispruch bedeuten MUSSTE, gab es aus meiner Sicht überhaupt keinen Zweifel, da die Staatsanwaltschaft SICHER eine Täterschaft beweisen musste, aber nicht einmal Indizien dafür hatte. Und so näherte sich der Tag der Urteilsverkündung.

Das war die große Stunde von „Richter“ Kolbig: Nun konnte er endlich die Quittung dafür verteilen, dass jemand gewagt hatte, gegen seine Willkür zu opponieren. Und die Quittung bedeutete 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis – ohne Bewährung!

Sie werden sich sicher noch an den Beginn meiner Schilderungen erinnern, in denen ich schrieb, dass beide Angeklagten nicht vorbestraft

und ehrbare Bürger waren. Und nun dieses Urteil für einen unschuldigen und nicht vorbestraften Menschen – ohne Bewährung. Gibt es deutlichere Beweise von offensichtlicher Willkür?!

Der Angeklagte wurde in Handschellen in die Haftanstalt verbracht und an der Einlegung einer Bewährung durch Einschüchterungen und Drohungen durch die Justiz in der Vollzugsanstalt gehindert. Somit sitzt er nun ein und das ist das Ende der Geschichte.

Das Ende? Noch nicht ganz:

Der angeklagte Hans-Joachim G. bekam ein Jahr nach diesen Vorfällen von der Staatsanwaltschaft einen (wieder nicht unterschriebenen) Brief mit der Aufforderung, die Summe von insgesamt 2.600 Euro an verhängten Ordnungsgeldern sofort an die Staatsanwaltschaft zu überweisen. Ansonsten würde man ihn verhaften und Erziehungshaft durchsetzen. „Richter“ Kolbig hatte aber bis zu diesem Tag nichts unterschrieben, was bedeutet, dass die Ordnungsgelder keine Rechtskraft haben!

Die Höhe des Ordnungsgeldes widerspricht ebenfalls den gesetzlichen Vorgaben, da **§ 178 GVG (1)** regelt:

*„Gegen Parteien ... die sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, kann vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung ein Ordnungsgeld bis zu eintausend Euro oder Ordnungshaft bis zu einer Woche festgesetzt ... werden.“*

Insgesamt verlangt die Staatsanwaltschaft aber 2.600 Euro, die an einem Tag und für immer dieselbe Frage verhängt wurden. Das ist wieder klar rechtswidrig!

Laut einem Urteil des Oberlandesgerichtes Koblenz (Az: 4 W 365/07) muss der Betroffene vor der Verhängung eines Ordnungsgeldes wegen Ungebühr nach **§ 178 Abs. 1 GVG** angehört werden. Ihm ist Gelegenheit zu geben, sein ungebührliches Verhalten zu erläutern und zu entschuldigen.

Der „Beschluss“ über die Verhängung eines Ordnungsgeldes ist daher ebenfalls rechtsfehlerhaft ergangen. Dem Antragsgegner ist vor Erlass des Beschlusses über die Verhängung eines Ordnungsgeldes kein rechtliches Gehör gewährt worden. Dieses muss jedoch grundsätzlich vor der Verhängung von Ordnungsmitteln gewährt werden - Art. 103 Abs. 1 GG (hierzu auch OLG Brandenburg vom 21. August 2003 - 3 W 41/03 = NJW 2004, 451).

*„Es ist allgemein anerkannt, dass die Bedeutung, die dem Anspruch des Betroffenen auf rechtliches Gehör zukommt, darin liegt, dass ihm die Gelegenheit gegeben werden muss, eine Handlung, die Ungebühr begründen kann, zu erläutern und sich gegebenenfalls zu entschuldigen. Die Frage, welche Gründe der Beschuldigte hatte, um sich ungebührlich zu verhalten und der Umstand, dass dem Beschuldigten auf Vorhalt seiner Ungebühr Gelegenheit gegeben wird, sich zu entschuldigen und er diese Gelegenheit wahrnimmt oder nicht wahrnimmt, ist auch für die Höhe des Ordnungsgeldes oder sogar für ein Absehen von einer Ordnungsmaßnahme maßgeblich.“*

(OLG Düsseldorf, NStZ-RR 1997, 370)

Auf eine Anhörung kann nur in seltenen Ausnahmefällen verzichtet werden, soweit der Betroffene sich einer Anhörung entzieht oder dem Gericht eine Anhörung wegen der Art und der Intensität der Ungebühr nicht zugemutet werden kann.

Nachdem der Angeklagte dies der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hatte, behauptete diese prompt, dass es für das Vorbringen von Einwänden viel zu spät sei, da hierfür eine Frist von einer Woche zu beachten ist, die natürlich längst verstrichen sei.

Das Argument, dass eine Beschwerde innerhalb einer Woche einzulegen und damit zu spät eingelegt wurde, ist ebenfalls nicht richtig: In der Verhandlung selbst wurde dazu keine **Rechtsmittelbelehrung** durchgeführt, was zu einer Fristverlängerung für einen Rechtsbehelf von einem Jahr führt (vergl. § 58 Abs. 2 VwGO). Damit sind die „Beschlüsse“ auch aus diesem Grund ungültig und nichtig.

Wobei bei einer Rechtsmittelbelehrung oder sonstigen juristischen Texten auch immer darauf zu achten ist, dass der Normalbürger diese genau verstehen kann:

*„Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, dass sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegend juristischem Inhalt lesen.“*

(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)

Spätestens an einem solchen Punkt, an dem man sich gegen rechtswidrig handelnde „staatliche Institutionen“ zur Wehr setzen muss, ist es an der Zeit, über das Widerstandsrecht (**Art. 20 Abs. 4 GG**) nachzudenken:

Das Widerstandsrecht ist allgemein ein naturrechtlich bzw. durch ein positives Gesetz statuiertes Recht jedes Menschen, sich unter bestimmten Bedingungen gegen staatliche Gesetze oder Maßnahmen auflehnen zu dürfen bzw. ihnen den Gehorsam zu verweigern.

Die Existenz eines überpositiven, naturrechtlich begründeten Widerstandsrechts wurde und wird – teilweise auch in falscher Gleichsetzung mit dem zivilen Ungehorsam – in der politischen Philosophie, der Rechtsphilosophie und der Staatstheorie kontrovers diskutiert.

In der „BRD“ garantiert Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes (GG) das Recht eines jeden Deutschen, gegen jeden Widerstand zu leisten, der es unternimmt, die in Abs. 1 bis 3 niedergelegte Verfassungsordnung (Demokratieprinzip, Sozialstaatsprinzip, Rechtsstaatsprinzip, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verfassungs- und Gesetzesbindung der drei Gewalten, Republikprinzip, freiheitlich-demokratische Grundordnung) zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Das Widerstandsrecht umfasst sowohl passiven Widerstand durch Gehorsamsverweigerung als auch aktiven Widerstand durch Gewalt, steht aber unter absolutem Subsidiaritätsvorbehalt durch die im gleichen Satz genannte Voraussetzung, dass andere Abhilfe nicht möglich ist, also von der staatlichen Gewalt kein wirksamer Widerstand gegen die Beseitigung der Verfassungsordnung mehr zu erwarten ist und alle von der Rechtsordnung vorgesehenen Rechtsbehelfe keine Aussicht auf Erfolg bieten.

Hierzu einige Zitate aus „Das legalisierte Widerstandsrecht“ von Josef Isensee, Verlag Gehlen, Bad Homburg 1968:

*„Wenn etwa die zuständigen Organe generell darin versagen, dem freien Individuum Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, so verwirken sie den Gehorsamsanspruch gegenüber ihren Untertanen und der Widerstandsfall tritt ein.“*

*„Der Rechtsstaat garantiert dem Einzelnen effektiven Rechtsschutz ...“*

*„Die Friedenspflicht des Bürgers und das Verbot der Selbsthilfe bestehen aber nur soweit, wie der effektive staatliche Rechtsschutz reicht. Das Selbsthilferecht des Bürgers lebt deshalb in Grenzfällen auf, in denen ausnahmsweise keine gerichtliche Hilfe erreichbar und die vorläufige Hinnahme einer Rechtsverletzung durch Staatsorgane unzumutbar ist.“*

Und hier schließt sich der Kreis:

Wenn man sich die Vorfälle vor dem „Amtsgericht“ Halle-Saalkreis anschaut, von denen ich hier längst nicht alle schilderte, dann MUSS man zu dem Schluss kommen, dass die Angeklagten das absolute Recht hatten, sich gegen diese Willkür zu verteidigen – mit jedem möglichen Mittel!

Und dies kann ich an dieser Stelle auch jedem selbst Betroffenen raten: Lassen Sie sich nicht von denen Ihr Recht stehlen, die das **RECHT** mit Füßen treten – leisten auch Sie Widerstand!

## NACHTRAG:

*Durch eine umfangreichen Unterstützung des Angeklagten gelang es uns nach Schriftwechseln, die über den Zeitraum eines halben Jahres mit dem OLG Naumburg geführt wurden, die „Beschlüsse“ über insgesamt 2.600 Euro „Ordnungsgeld“ gegen ihn aufheben zu lassen.*

*Aus der Begründung:*

Entscheidungen eines Oberlandesgerichts sind zwar gemäß § 304 Abs. 4 StPO grundsätzlich nicht weiter anfechtbar und können auch vom Gericht selbst nicht mehr abgeändert werden.

Eine Gegenvorstellung, die eine Abänderung einer solchen Entscheidung erreichen will, ist deshalb grundsätzlich nicht zulässig (Meyer-Goßner, StPO, 53. Aufl., Rn. 24 ff vor § 296). Ausnahmen von diesem Grundsatz sind in der Rechtsprechung dann anerkannt, wenn die beanstandete Entscheidung auf einem für sie erheblichen Tatsachenirrtum beruht, wenn sie sonst zu einem nicht anders zu beseitigenden groben prozessualen Fehler führen würde (OLG Schleswig SchlHA 1996, 247; KG, Beschluss vom 04. Februar 2000 – 5 Ws (B) 734/99 –recherchiert in juris; Meyer-Goßner a. a. O.), nachträglich rechtliches Gehör zu gewähren ist oder wenn die Unabänderlichkeit des Beschlusses die Beteiligten praktisch rechtlos stellen würde (KK-Ruß, StPO, 5. Aufl., Rn 4 vor § 296).

Ein solcher Fall liegt hier vor.

*Eine weise Erkenntnis und das Ende der Geschichte!?*

*Noch nicht: Jetzt versucht man die Psychiatrisierung des unschuldig Verfolgten ...*

## Zitate zum Thema

*„Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist weit gefährlicher und schlimmer wie eine Diebesbande. Vor der kann man sich schützen! Aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Pressionen auszuführen, vor denen kann sich kein Mensch hüten, die sind ärger wie die größten Spitzbuben in der Welt und meritieren eine doppelte Bestrafung.“*

*Der preußische König Friedrich der Große (1712 – 1786)*

*„Das Ende der Freiheit ist gekommen, wenn eine der Gewalten im Staat allmächtig wird und keine kontrollierte Gewalt mehr neben sich und über sich hat!“*

*Montesquieu*

*„Nicht nur die deutsche Justiz ist unbestechlich! Auf der ganzen Welt kann man mit der größten Geldsumme keinen Richter mehr dazu verführen, Recht zu sprechen.“*

*Bertolt Brecht*

*„... Wie soll ein Richter unabhängig sein, der hinsichtlich der Beförderung in Aufrückstellen von der Exekutive abhängt. Nicht jeder Mensch ist zum Märtyrer für eine Idee geboren, andererseits hat jeder Mensch die Pflicht, für seine Familie und für sein Fortkommen zu sorgen. Die richterliche Unabhängigkeit ist eine verlogene Angelegenheit, solange dies System besteht ...*

*Ein ganz böses Kapitel ist die so genannte Dienstaufsicht der Exekutive, die tausend Hände hat, um den Richter abhängig zu machen und die Rechtssprechung zu beeinflussen ....“*

*Dr. Paulus van Husen*

*(Präsident des Verfassungsgerichtshofes NRW und Präsident des Oberverwaltungsgerichts NRW)*

*„Es gibt Faule, Alkoholranke, Geistesranke und Staatsdiener als Richter.“*

*Prof. Dr. jur. Erich Schöndorf  
Ehem. Staatsanwalt*



*„Der deutsche Richterbund sieht die Justiz im „Würgegriff der Politik“ und fordert deshalb eine ‘klare Trennung zwischen Justizministerium und recht sprechender Gewalt“.*  
Deutscher Richterbund  
„Allgäuer Zeitung“ 31.01.02

*„Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen, die man schlicht „kriminell“ nennen kann ... Ich habe Frau Bundesjustizministerin Zypries mitgeteilt, dass sie „lügt“ wenn Sie in der Öffentlichkeit von einer „richterlichen Unabhängigkeit“ spricht.“*  
Frank Fahsel  
Ehem. Richter am LG Stuttgart, Süddeutsche Zeitung 9.04.08

*„Die Sammlung deutscher Fehlurteile bundesdeutscher Gerichte spiegelt eine Gedankenführung bei den Richtern wieder, die mit demokratischem Verständnis nichts mehr gemein hat; gleichwohl setzt keine Partei eine Änderung des Zustandes der dritten Gewalt in die erste Reihe ihrer Forderung.“*  
Ulrich Wickert

*„Ich bin selbst ein deutscher Richter, seit fast 20 Jahren. Ich würde mich nicht noch einmal entscheiden, ein deutscher Richter zu werden. Die deutschen Richter machen mir Angst.“*  
Prof. Dieter Huhn  
In „Richter in Deutschland“ 1982, NJW 2000 Heft 1, S. 51

*„Justizia braucht einen Behindertenausweis. Sie ist schwer beschädigt.“*  
Norbert Blüm

*„Es gibt in der deutschen Justiz zu viele machtbesessene, besser wissende und leider auch unfähige Richter, denen beizukommen ausgeschlossen ist.“*  
Dr. Egon Schneider  
Ehem. Richter am OLG  
„Zeitschrift für anwaltliche Praxis“ 6/99 vom 24.03.99, S.266

*„Dass die in beiden Fällen praktizierte Automatik, „Antrag = Beschluss“ dem Verfassungsauftrag der Art. 13II, 104II 1,92, 97 I GG widerspricht, also verfassungswidrig und rechtswidrig ist, liegt auf der Hand. Das Verfahren verwirklicht aber auch mindestens den äußeren Tatbestand der Rechtsbeugung, wenn es zum Nachteil der Betroffenen von dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren abweicht ...*

*Alles dies ist beschämend, ebenso aber auch, dass hierzulande die Verstöße gegen ‘Recht und Gesetz, mittels einer Fehlorganisation von denjenigen initiiert werden, die für eine verfassungsgemäße Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs verantwortlich wären.“*

*Christa Ditzen*

*Richterin am AG Berlin*

*„Neue Juristische Wochenzeitschrift“, 38, S. 2795*

*„Durch meine langjährige Tätigkeit als Anwalt weiß ich, welches Justizunrecht unsere deutsche Nachkriegsjustiz ständig produziert!“*

*Gerhard Baum*

*Bundesinnenminister 1978-1982*

*„Wenn Richter durch Gier und politische Opportunitäten korrumpiert werden, kippt die Waage der Gerechtigkeit und leiden die einfachen Menschen.“*

*Huguette Labelle*

*„Ist es nicht erschreckend, zugeben zu müssen, dass wir, Richter und Staatsanwälte, objektiv zu einem Werkzeug des Unrechts, ja zu einem Instrument des Terrors gemacht werden?“*

*Generalbundesanwalt Max Güde*

*„Die politischen Parteien sind derzeit in der Lage, die Justiz unter permanentem Verstoß gegen die Verfassung mit Gefolgsleuten der eigenen Couleur auszustatten, und zwar umso ungenierter, je höher die Ämter sind.*

*Die Günstlingswirtschaft erzeugt zwangsläufig einen Geist in der Justiz, der sich der Politik und den Parteien verpflichtet fühlt. Was nottut, ist eine Ächtung und strafrechtliche Verfolgung der Ämterpatronage.“*

*Oberstaatsanwalt Dr. Werner Schmidt-Hieber und*

*Rechtsanwalt E. Kiesswetter*

*„Neue Juristische Wochenschrift“, Heft 29, 1992, Seite 1790*

# „Wenn Sie nicht alles verstehen, dann... sperren Sie Ihre Ohren auf. Verstanden!“

## Bericht vom zweiten Verhandlungstag:

## Zuhörerin wird zurechtgestutzt

Von OLIVER DIECKMANN  
Halle, Montag, 23. Oktober 2006. Amtsgericht Halle, Saal 1.020. 13.05 Uhr eröffnet der Vorsitzende Einzelrichter Karsten Kolbig den zweiten Verhandlungstag im Strafverfahren wegen des behaupteten Verdachts der Bestechlichkeit und Vorteilsgefährdung gegen Ulrich Marseille und Hildegard L. Zunächst stellt Rechtsanwalt Uwe Maeffert einen Antrag wegen Besorgnis der Befangenheit gegen den Richter von Bennigsen-Mackiewicz. Der Jurist des Amtsgerichtes hatte den Befangenheitsantrag gegen seinen Kollegen Kolbig abgelehnt. Maeffert macht in seiner Begründung deutlich, dass sich von Bennigsen-Mackiewicz mit keinem Wort auf die tatsächlichen Vorgänge des ersten Verhandlungstages bezieht. In diesem Zusammenhang sei auch die Stellungnahme des Staatsanwaltes falsch gewesen. Schließlich sei durch die



Die Verteidiger Walter Wellinghausen und Uwe Maeffert aus Hamburg.

Zeitreglementierung und die Wortabbrüche des Vorsitzenden Kolbig das rechtliche Gehör der Verteidigung enorm beschädigt worden (Zur Erinnerung: noch fünf Minuten Redezeit). Bereits während der Antragsbegründung formuliert der Staatsanwalt eine neue schriftliche Stellung-

nahme. Schließlich verliert der Anklagevertreter das Schriftstück. Im Sitzungssaal herrscht gespannte Stille. Man hätte eine Stecknadel auf den Boden fallen hören können. Der Antrag sei zurückzuweisen, seine ursprüngliche Stellungnahme in vollem Umfang richtig, sagt der

Staatsanwalt kaum vernünftig. Selbst die Verteidiger hatten Mühe, alles akustisch zu verstehen. Eine Dame aus dem Publikum bittet den Staatsanwalt, etwas lauter zu sprechen, da sie auf den Zuschauerplätzen nicht alles deutlich hören könne. Dann der Eklat. Richter Kolbig fährt

die versammelte Öffentlichkeit an: „Ich möchte keine Äußerungen vom Publikum hören. Wenn Sie nicht alles verstehen, dann sperren Sie Ihre Ohren auf. Verstanden!“ Das Publikum ist entrüstet und sprachlos. Verteidiger Uwe Maeffert fragt den Richter sofort: „Können Sie auch erklären, wie man das macht?“ Schließlich gab der Vorsitzende mit seiner entwürdigenden Bemerkung einen weiteren Grund für seine offensichtliche Voreingenommenheit. Wer derart mit anderen Bürgern und der Öffentlichkeit umgeht, verstößt massiv gegen das dem Richter von Gesetzeswegen auferlegte Mäßigungsgebot. „Alle, die eine Position gegen die Anklage vorbringen, werden von Ihnen schlecht behandelt“, meint Uwe Maeffert. Damit wäre ein weiteres Mal erwiesen, dass eine objektive Verhandlungsführung unter Vorsitz dieses Richters nicht möglich sei. Ein weiteres

Mal formuliert der Staatsanwalt eine Stellungnahme: Der Richter hätte mit dem Hinweis, besser zuzuhören, nur zu Recht von seiner Verhandlungsführung Gebrauch gemacht. Für den objektiven Betrachter sei keine Befangenheit zu erkennen. Daraufhin helle Empörung im Publikum. Hatte doch der Staatsanwalt die tatsächlichen Worte des Richters vollkommen verdreht und ohne authentischen Gehalt wiedergegeben.

Dann unterbricht Richter Kolbig die Sitzung von 13.47 bis 14.30 Uhr. Weiter geht es aber erst 14.43 Uhr. Nach knapp einer Stunde Beratungszeit findet Einzelrichter Kolbig heraus, dass die Entscheidung über den Antrag der Verteidigung heute nicht möglich sei. Das war nach dem Gesetz gar nicht nötig. Die Hauptverhandlung wird auf nächsten Montag vertagt. Wir informieren Sie über die weiteren Geschehnisse.

## KOMMENTAR

### Folgen weitere Offenbarungen?

Das Vertrauen in die Unabhängigkeit des Richters darf nie gefährdet werden. Das sagt das Deutsche Richtergesetz. Im Prozess gegen Ulrich Marseille ist nicht mehr nur der Glaube an die Unabhängigkeit des Richters gefährdet, hier ist seine Befangenheit offensichtlich. Die Namen Prozessbeteiligter werden falsch geschrieben. Das rechtliche Gehör als Grundsatz des Strafverfahrens wird nicht in vollem Umfang gewährt. Und nun wird auch noch eine sachlich und aufmerksam folgende Öffentlichkeit beschimpft. „Sperren Sie

Ihre Ohren auf. Verstanden!“ entgleist der Richter gegenüber dem Publikum. Es ging einer Dame nur darum, alle Worte des Staatsanwaltes richtig verstehen zu können. Warum zitiert der Staatsanwalt in seiner anschließenden Stellungnahme den Richter nicht mit seiner tatsächlichen Aussage. Bereits in einer anderen Stellungnahme gab der Anklagevertreter einen Wortlaut nicht richtig wieder. In welchem Ausmaß darf ein Staatsanwalt Tatsachen verdrehen? Mit welchen Offenbarungen wollen Richter und Staatsanwalt noch aufwarten, um zu zeigen, dass kein unabhängiges Verfahren möglich ist.

Stephan Schneider

### Was sagt das Deutsche Richtergesetz? §39 – Wahrung der Unabhängigkeit

§39 Wahrung der Unabhängigkeit – Der Richter hat sich innerhalb und außerhalb seines Amtes, auch bei politischer Betätigung, so zu verhalten, dass das Vertrauen in seine Unabhängigkeit nicht gefährdet wird. (Deutsches Richtergesetz, DRiG)

Im Kommentar zum Deutschen Richtergesetz, Teil C heißt es: „Das Mäßigungsgebot für den Richter gilt nach §39 nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Richteramtes. Er muss sich so verhalten, dass in der Öffentlichkeit kein ernst zunehmender Zweifel daran auftritt, dass er als Richter gerecht und unabhängig urteilt.“

Das Vertrauen in die Unabhängigkeit des Richters

kann innerhalb seines Amtes beeinträchtigt werden, wenn er bei der Entscheidung einer Rechtssache anderen Erwägungen als den gesetzlich zulässigen Raum gibt und wenn er den Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz, des rechtlichen Gehörs und der Gleichbehandlung der Parteien nicht beachtet. Für die Wahrung des Vertrauens in seine Unabhängigkeit ist auch von wesentlicher Bedeutung, wie der Richter mit den Verfahrensbeteiligten umgeht... Wenn er sich aber abfällig über Verfahrensbeteiligte äußert oder sie gar beschimpft, dann kann das durchaus das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden.“

## AUF ANTRAG FOLGT NÄCHSTER ANTRAG UND DANN VIELLEICHT NOCH EIN ANTRAG!

„Verlangt der Angeklagte die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen oder die Herbeischaffung anderer Beweismittel zur Hauptverhandlung, so hat er unter Angabe der Tatsachen, über die Beweise erhoben werden sollen, seine Anträge bei dem Vorsitzenden des Gerichts zu stellen“, so heißt es im Absatz 1 des § 219 der Strafprozessordnung. Es ist also verbrieftes Recht der Verteidigung Anträge zu stellen. Die Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Walter Wellinghausen wollten die Akten des Medizinischen Dienstes als Beweise hinzuziehen lassen. Dies lehnte das

Gerecht ab (wir berichteten). Da entlastende Beweise zunächst nicht zugelassen wurden, folgte der Antrag auf Befangenheit des Richters. Dieser wurde auch abgelehnt. Im Prozessverlauf wurde die Befangenheit des Vorsitzenden immer offensichtlicher. Also musste erneut seine Ablehnung beantragt werden. Dies lehnte ein anderer Richter ab, ohne sich auf die Tatsachen zu beziehen. Also wieder ein Antrag und möglicherweise folgen weitere. Es geht hier um die grundgesetzlich geschützten Rechte eines Angeklagten, alle entlastenden Beweise vorlegen zu können.

EWG Hansel Wohnungs-KG



Hier finden Sie Hintergrundinformationen und Aktuelles: [www.u-marseille.de](http://www.u-marseille.de)



# Täuschen, tricksen, tarnen

## Staatsanwaltschaft hält entlastendes Beweisstück zurück



Großes Medieninteresse am Prozess. Ulrich Marseille im MDR-Interview.

Von OLIVER DIECKMANN  
**Halle.** Montag, 27. November 2006, 12.11 Uhr. Amtsgericht Halle, Saal 2.033. Aufgerufen wird die Strafsache gegen Ulrich Marseille, die erstmals im Juni 2005 begonnen hatte. Der Tatvorwurf: versuchte Nötigung. Eineinhalb Jahre lag das Verfahren auf Eis, weil die befangene Richterin verschwunden war. Jetzt gibt es einen neuen Anlauf unter einem anderen Richter. Fakt ist, es gibt keine neuen Beweise in diesem willkürlich angestregten Verfahren.

Gericht übersandt wurde.

Dies hat die Staatsanwaltschaft zwischenzeitlich sogar zugegeben. Verteidiger Uwe Maeffert will anlässlich der nächsten Verhandlung am 11. Dezember die Beschlagnahme dieses Dokuments durch das Gericht beantragen.

Aus dem Schriftstück kann wahrscheinlich die Täterschaft für den Straftatbestand der Verfolgung Unschuldiger (§344 Strafgesetzbuch, s. Kasten unten), in welchen die Staatsanwaltschaft unter

diesen Umständen möglicherweise verstrickt ist, herausgefunden werden. Damit dies nicht an die Öffentlichkeit kommt, versucht Staatsanwalt Volker Meyer das Verfahren gegen Ulrich Marseille durchzupeitschen.

Richter Wilfried Haag hat dem Staatsanwalt in der Verhandlung deutlich signalisiert, dass er große Zweifel an den Vorwürfen der Anklage hat! „Hoffentlich macht man endlich öffentlich, was in dieser Anordnung steht“, sagte Uwe Maeffert in Richtung

Staatsanwalt Volker Meyer. Dieser reagierte dann nicht angemessen. Er beleidigte den Verteidiger. „Es ist eine sehr große Unverschämtheit von Ihnen, dass Sie mir vorwerfen, ich würde rechtsmissbräuchlich zustandegekomme Anklagen hier vortragen.“ Darauf Maeffert: „Ich soll nicht sagen dürfen, dass es einen Rechtsmissbrauch gab? Das ist Zensur.“ Anwalt Maeffert und Ulrich Marseille verlangen eine Entschuldigung. Richter Wilfried Haag fragte den Anklagevertreter mehrfach, ob er sich entschuldigen wolle: Ja, oder nein? Doch Meyer blieb stur. Uwe Maeffert beantragte daraufhin nach § 183 Gerichtsverfassungsgesetz (Straftaten in der Sitzung) eine entsprechende Protokollierung der Äußerung. Die Fronten zwischen Anklage und Verteidigung sind verhärtet. Am 11. Dezember geht die Verhandlung am Amtsgericht Halle weiter. Na, dann schauen wir mal!

### Tricksen

Im Gegenteil: Die Leitung der Staatsanwaltschaft Halle hält bewusst ein Schriftstück zurück, aus dem sich die missbräuchliche Strafverfolgung der Anklage ergibt. Das Dokument wurde aus der Akte entfernt – also herausgetrickst – noch bevor der Ermittlungsvorgang an das

### § 344 – Verfolgung Unschuldiger

StGB § 344.  
**Verfolgung Unschuldiger**

(1) Wer als Amtsträger, der zur Mitwirkung an einem Strafverfahren, abgesehen von dem Verfahren zur Anordnung einer nicht freiheitsentziehenden Maßnahme (§11 Abs. 1 Nr. 8), berufen ist, absichtlich oder wissentlich einen Unschuldigen oder jemanden, der sonst

nach dem Gesetz nicht strafrechtlich verfolgt werden darf, strafrechtlich verfolgt oder auf eine solche Verfolgung hinwirkt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft...  
(Auszug aus dem Strafgesetzbuch, StGB)

## KOMMENTAR

### Ein Hornberger Schießen

Die Staatsanwaltschaft täuscht, trickt und tarnt – aber nicht nur die. Im Dienstzimmer des Richters gab es eine vertrauliche Besprechung der Staats- und Rechtsanwälte. Dann kommt es aber dick. Im Gerichtssaal erweist sich Meyer als Durchpeitscher und Erfüllungsgeliebter. Meyer steht unter der Weisung „von oben“. Das Sagen hat nur der Leitende Oberstaatsanwalt. Und der muss die Befehle von der Generalstaatsanwalt Naumburg ausführen. Ganz oben drüber sitzen die Politikbureaus des Magdeburger Justizministeriums. Die Weisung für Meyer musste wohl

lauten: Hart bleiben, keinen Millimeter im Schützengraben weichen. Der nun zuständige Richter Wilfried Haag hatte der Anklage sogar einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. „Ich habe Zweifel...“, sagte der Richter, um den Ankläger von seinem Irrweg abzubringen. Doch Meyer grub sich indes tiefer in seine Stellung. Den Gefechtschöpfungspunkt bildet dann eine Beleidigungsattacke gegen die Verteidigung. Warum darf der Anklagevertreter die absurden Vorwürfe nicht zu den Akten legen? Weil sonst die strafbare Verfolgung Unschuldiger ans Licht käme. Die Anklage „geht aus wie das Hornberger Schießen“.

Stephan Schneider

### Tarnen

### Neues von Richter Kolbig

Auch der zweite Prozess gegen Ulrich Marseille geht weiter. In diesem Verfahren will die Staatsanwaltschaft die angebliche Bestechung einer MDK-Mitarbeiterin nachweisen. Einzelrichter Andreas Kolbig hat jetzt die Einvernehmung der MDK-Mitarbeiterin angeordnet. In einer nichtöffentlichen Sitzung, bei der Staatsan-

walt und Verteidiger anwesend sind, wird die Frau vernommen werden. Auf die Aussage dieser MDK-Mitarbeiterin hatte die Staatsanwaltschaft ihre Anklage aufgebaut. Die Vernehmung dieser Zeugin war schon in öffentlicher Sitzung anberaumt. Jetzt dieses Tarnmanöver: Zuschauer sind nicht erlaubt!

EWG Hansel Wohnungs-KG



Hier finden Sie Hintergrundinformationen und Aktuelles: [www.u-marseille.de](http://www.u-marseille.de)



Hier erfahren Sie mehr • Hier lesen Sie die ungeschminkte Wahrheit • Hier gibt es die ganzen Hintergründe!

NÄCHSTE ÖFFENTLICHE GERICHTSVERHANDLUNG AM LANDGERICHT HALLE AM 13. MÄRZ 2008, 10 UHR, SAAL 115, HANSEING 13

## Was bisher geschah?

Halle. Vor acht Jahren lehnt die Staatsanwaltschaft Halle Ermittlungen wegen zweier anonymer Briefe gegen Ulrich Marseille ab. Sogar der Generalstaatsanwalt sieht keinen Rechtsgrund für ein Verfahren. 2002 die Wende: Dieselbe Hallenser Staatsanwaltschaft legt dem Hamburger die Briefe wegen versuchter Nötigung zur Last auf politischen Druck von Dr. Peter Gauweiler (Aussage am 13. März 2008), der einen unliebsamen Unternehmer eins auswischen will. Außerdem ist Marseille in Sachsen-Anhalt Spitzenkandidat der Schill-Partei und damit den etablierten Parteien ein Dorn im Auge. 2003 kommt es zur Anklage. Zwei Jahre später beginnt die Hauptverhandlung. Der Prozess dauert nur einen Tag. Die befangene Richterin verschwindet im Justiz-Dschungel. Dann spricht Amtsrichter Wilfried Haag Ulrich Marseille Ende 2006 von allen Vorwürfen frei. Doch Staatsanwalt Volker Meyer geht in Berufung. Die Akten landen im Landgericht, auf dem Tisch von Richter Dr. Werner Famulus\* (\*Name von der Redaktion geändert).

## SO DENKT DER RICHTER

# Den verurteile ich schon!?

Wird der Strafprozess gegen Marseille zum Karriereknick für den Richter?

Von OLIVER DIECKMANN

Halle. In Halle hat Wilkür die Gerechtigkeit ersetzt. Hier agiert ein übereifriger Richter wie ein Staatsanwalt. Der Unternehmer Ulrich Marseille wird trotz Erster-Klasse-Freispruch vor einem Jahr weiter von der Justiz strafrechtlich verfolgt. Dr. Werner Famulus\* erweist sich im laufenden Verfahren als echter Scharfmacher. Er bürdet der angeblich überlasteten Justiz einen Mammut-Prozess auf. Setzt Verhandlungstage bis August fest. Anträge der Verteidigung bügelt er willkürlich ab. Zeugen werden einseitig befragt, Persönlichkeitsrechte des Angeklagten ignoriert. In der Akte tauchen anonyme Urkunden auf, deren Urheber der Richter verschweigt und, und, und ... Am letzten Donnerstag bescheidet Famulus das Fragerecht bei einer Zeugenvernehmung. Bereits fünf Mal kasuiert der Vorsitzende Befangenheitsanträge von den Verteidigern. Aber er klebt an sei-

Bewährung verurteilt ist und der ein Dutzend Prozesse wegen Verleumdung hinter sich hat, beeinflusst werden? Auch mit dem honorierten Richter vom Oberlandesgericht Naumburg, Dr. Günther Zettel, setzt sich Richter Famulus telefonisch in Verbindung. Empfehle ihm, aus einem alten umfangreichen Zivilprozess „nur Band 7“ zu lesen. Anfangs verspricht der OLG-Richter das Telefonat. Vorsitzender Famulus nickt zustimmend. Doch Dr. Zettel sagt nicht nur aus, was Dr. Famulus hilft. Der Zeuge offenbart das Telefongespräch. Mehrere



Vorsitzender Richter Dr. W. Famulus wurde mehrfach wegen Befangenheit abgelehnt.

nem Stuhl wie ein Politiker, Zuschauer im Gerichtssaal dreht sich, wendet sich und sehen das zustimmende Nicken des Vorsitzenden. Doch der streitet es zehn Minuten später ab. Als bei einer Vernehmung an einem früheren Prozesstag ein Zeuge Marseilles als Flegel beschimpft,

will Famulus das nicht gehört haben. So eine Beleidigung ist eine Straftat in der Hauptverhandlung.

Werner Famulus will auf der Karriereleiter klettern. Er war Amtsrichter in Naumburg und Staatsanwalt in Halle. Letztes Jahr war er noch in der Verwaltung des Oberlandesgerichtes tätig. Von dort wird er an die untere Instanz, ans Landgericht zurückversetzt. Das ist ein bitterer Karriereknick. Mit dem Fall Marseille möchte er Eindruck im Magdeburger

Fortsetzung folgt

## Wann ist ein Richter befangen?

Besorgnis der Befangenheit ist anzunehmen (§24 Strafprozessordnung), wenn Umstände vorliegen, die berechtigten Zweifel an der Unparteilichkeit oder Unabhängigkeit des Richters aufkommen lassen. Besorgnis werden als die Anträge der Befangenheit wird angenommen bei enger persönlicher, insbesondere zögern einer Entscheidung.



## **Zu Besuch bei „Richter Gnadenlos“**

*„Das eigentliche Problem sind allerdings nicht autoritäre Charaktere, sondern die Justiz selbst, in deren Ordnung einzelne Richter eine absolute, gottgleiche Stellung einnehmen.“*  
Patrick Neuhaus

Vor dem „Amtsgericht Halle“ gab es vor einigen Jahren noch einen weiteren interessanten Fall, den ich – stellvertretend für die vielen anderen Rechtsbeugungen, die dort tagtäglich stattfinden – hier ebenfalls dokumentieren möchte:

Opfer war in diesem Fall der linke Aktivist Jörg Bergstedt. Zur Einführung lesen Sie bitte die Presseerklärung seiner Aktivistenverbindung:

*„Gerichtsverfahren gegen Jörg Bergstedt endet vorzeitig mit Ordnungshaft für den Polit-Aktivisten*

*Am Mittwoch, dem 28. September 2005 fand vor dem Amtsgericht Halle ein Strafverfahren gegen Jörg Bergstedt statt. Hintergrund sind Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, wonach der linke Aktivist sich im November 2003 gegen einen Zugriff durch Beamte des Bundesgrenzschutzes im Hallenser Hauptbahnhof gewehrt und dabei Widerstand geleistet und einen Beamten beleidigt haben soll.*

*Das Verfahren vor dem Amtsgericht Halle endete jedoch schon nach wenigen Minuten – auf eine Weise, die selbst erfahrene Prozessbeobachter nicht erwartet hätten: Richter Maynicke verhängte gegen Bergstedt eine fünftägige Ordnungshaft, nachdem dieser auf sein Recht gepocht hatte, einen unaufschiebbaren Antrag zu stellen. Prozessbeobachter zeigen sich empört über das autoritäre Verhalten von Maynicke sowie die schamlose Beschneidung von selbstverständlichen Verteidigungsrechten.*

*Zu den Hintergründen des laufenden Verfahrens*

*Die Anklage gegen Bergstedt bezieht sich auf ein Training zu kreativen Protestformen im November 2003 in Halle. Inmitten des Hauptbahnhofs wurde ein Workshop zum offensiv-frechen Umgang mit staatlichen Ordnungshütern veranstaltet. ‘Dieses Training wurde durch einen rüden,*



unvermittelten Zugriff seitens der Sicherheitskräfte beendet', erklärt Patrick Neuhaus – Teilnehmer des Trainings –der auch die aktuelle Hauptverhandlung begleitet. Weiter führt er aus: 'Wir waren bereits im Begriff zu gehen, als die Beamten unvermittelt Jörg Bergstedt angriffen und wegschleppten.'

Im Gegensatz dazu wirft die Staatsanwaltschaft Halle Bergstedt vor, sich durch Beleidigung und Widerstand gegen BGS-Beamte strafbar gemacht zu haben. Einen auf dieser Grundlage erstellten Strafbefehl über 900 Euro wollte der Angeklagte Bergstedt nicht hinnehmen und hatte daher Widerspruch eingelegt.

### Hauptverhandlung mit schnellem Ende

Bei der Hauptverhandlung am 28. September 2005 vor dem Amtsgericht Halle kam es schon während der Aufnahme der Personalien zum offenen Eklat. Bergstedt hatte im Vorfeld des Verfahrens mehrfach erfolglos Akteneinsicht beantragt, da er sich selbst verteidigen wollte. Diese Einschränkung der Verteidigung wollte der Polit-Aktivist rügen und bat daher den Richter zu Beginn der Verhandlung, einen unaufschiebbaren Antrag stellen zu können. Diese Bitte wurde von Maynicke ignoriert.

Auf die anschließende Forderung, diesen Umstand in das Verhandlungsprotokoll aufzunehmen, reagierte Maynicke mit unglaublicher Härte. Der Amtsrichter verhängte eine fünftägige Ordnungshaft gegen den Angeklagten, er habe sich 'ungebührlich' verhalten. Noch bevor dieser einen Befangenheitsantrag formulieren konnte, ließ Maynicke den Angeklagten von mehreren Justizbeamten aus dem Saal abführen. Prozessbeobachter berichten, dass es dabei zu Übergriffen gegen Bergstedt kam.

Eine halbe Stunde später traf vor dem Amtsgericht ein Großaufgebot der Polizei ein, das unter dem Vorwand gerufen wurde, es habe eine 'Massenschlägerei im Gerichtssaal' gegeben. 'All das ist vom Gericht frei erfunden worden, um die unglaublich autoritäre Vorgehensweise zu rechtfertigen. Dass selbst die Polizei vor Ort sich sichtlich irritiert zeigte, da sie nichts von dem geschilderten Szenario vorfand, spricht eine deutliche Sprache', erklärt Patrick Neuhaus, der die gesamten Abläufe genau verfolgt hat.

Wie andere Prozessbeobachter, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, zeigt sich Neuhaus bestürzt über die Ereignisse an diesem Tag: 'Dass hier jemand zu Ordnungshaft verdonnert wird, weil er

einen Antrag stellt – das finde selbst ich unglaublich‘, schildert er nachdrücklich. Dieses Durchgreifen spreche für eine autoritäre Grundeinstellung des Richters. „Kein Rechtsanwalt wäre so behandelt worden“, führt Neuhaus aus und fügt hinzu: „Aber für Menschen ohne Rang und Namen, die sich nicht zum Objekt der Justiz machen lassen, sondern sich selbstbewusst verteidigen – genau dafür ist in Maynicks Ordnung kein Platz. Das eigentliche Problem sind allerdings nicht autoritäre Charaktere wie Maynicke, sondern die Justiz selbst, in deren Ordnung einzelne Richter eine absolute, gottgleiche Stellung einnehmen.“

„Richter“ Maynicke begann also schon von Beginn an, die Rechte des sich selbst verteidigenden Aktivisten zu beschneiden. Und dabei steht dem Beschuldigten das verweigerte Recht zur Akteneinsicht eindeutig zu:

### **§ 147 StPO**

*(7) Dem Beschuldigten, der keinen Verteidiger hat, können Auskünfte und Abschriften aus den Akten erteilt werden, soweit nicht der Untersuchungszweck gefährdet werden könnte und nicht überwiegende schutzwürdige Interessen Dritter entgegenstehen. Absatz 5 und § 477 Abs. 5 gelten entsprechend.*

Das **RECHT** und die verbindliche Prozessordnung interessierte den Herren „Richter“ offensichtlich nicht.

Doch beschäftigen wir uns vor der rechtlichen Würdigung erst einmal mit den genauen Details der Veranstaltung:

### **Gedächtnisprotokoll des Angeklagten zu Prozessverlauf und Inhaftierung:**

*„Wenige Minuten nach 9.30 Uhr wurden die bis dahin vor dem Vordereingang des Gerichtssaales wartenden Personen (einige PolitaktivistInnen aus anderen Städten, eine Schulklasse, die Zeuginnen und ich als Angeklagter) in den Saal gerufen. Es gab zunächst ein kleines Geplänkel um die Sitzordnung, dann ging es los.*

*Schon vor dem Prozessbeginn hatte ich in drei Schreiben um Akten gebeten. Dieses Recht steht mir nach § 147 (7) der Strafprozessordnung zu. Eine Antwort bekam ich nicht. Ebenso hatte ich zwei weitere Zeuginnen vorgeschlagen, die allerdings erst einen Tag vor dem Prozess eine Ladung erhielten und nicht mehr kommen konnten.*

Da vor Gericht gilt, dass Anträge dann gestellt werden müssen, wenn der Grund entstanden war, nahm ich mir vor, mich direkt zu Beginn zu melden und den Antrag auf Aussetzung wegen fehlender Akten und Akteneinsicht zu beantragen. Wie in der Schule meldete ich mich auch und der Richter fragte mich auch, was ich wolle. Ich erklärte, dass ich einen Antrag stellen wollte, der unaufschiebbar sei, weil ich ja sonst bereits einen Teil des Prozesses ohne Aktenkenntnis hätte absolvieren müssen. Der Richter bejahte auch, dass ich den Antrag stellen könnte, machte dann aber einfach weiter.

Als er mit der Belehrung der Zeuginnen begann, fragte ich noch mal nach, was mit meinem Antrag sei und forderte alternativ, dass im Protokoll vermerkt würde, dass ich einen Antrag stellen wollte, aber nicht konnte (damit dieser später nicht abgelehnt würde, weil er zu spät gestellt würde).

Das reichte ihm schon, um ein erstes Ordnungsgeld von 100 Euro zu verhängen. 'Wegen ungebührlichen Verhaltens' ließ er ins Protokoll notieren. Darauf meldete ich mich und beantragte eine Änderung des Protokolls – auch das zum richtigen Zeitpunkt, nämlich in dem Moment, wo das aus meiner Sicht Falsche geschrieben wurde. Ich beantragte, dass statt 'wegen ungebührlichen Verhaltens' notiert werden sollte 'wegen des Versuchs, einen Antrag zu stellen'.

Der Richter rastete aber nun völlig aus und verhängte eine Ordnungsstrafe von 5 Tagen, anzutreten nach dem Prozesstag. Außerdem zitierte er einen Zuschauer, der nach dieser Ordnungsstrafe fragte, ob er sich hier bei Herrn Schill befände, zu sich, um auch diesen zu bestrafen. Als der nicht kam, sollten die Gerichtswachtmeister ihn zwangsvorführen. Das wurde wiederum unterbrochen durch meinen Antrag auf Pause, weil ich einen Befangenheitsantrag formulieren wollte. Inhalt dieses Antrages wäre gewesen, den Verdacht zu formulieren, dass die Reaktionen des Richters auf Antragsstellungsversuche keine andere Erklärungsmöglichkeit hätten als eine Antipathie des Richters gegen den Angeklagten.

Der Richter unterbrach nun tatsächlich die Sitzung zu diesem Zweck, befahl dem Angeklagten aber, den Saal zu verlassen, während er noch die Ordnungsstrafe gegen den Zuschauer vollziehen wollte. Der Angeklagte protestierte dagegen, weil er erstens für das Abfassen seines Antrags den Ort frei wählen könnte und zweitens als Zeuge anwesend bleiben wollte, wenn der Richter in der Pause weiter in seinem Amt agieren würde.

Daraufhin befahl der Richter die Räumung des Saales und das Einschließen des Angeklagten im Saal. So geschah es auch.

Die Gerichtswachtmeister drängten die ZuschauerInnen nach draußen, die Protokollführerin wollte die Tür abschließen, was nach einigen Auseinandersetzungen mit Zuschauern auch gelang. Vier Wachtmeister stellen sich wie eine Art kleiner Polizeikessel um meinen Angeklagtentisch, damit ich mich nicht wegbewegen konnte.

Ich protestierte gegen die Freiheitsberaubung, weil ich nun zu Beraterinnen u.ä. keinen Kontakt mehr aufnehmen konnte. Außerdem wollte ich auf das Schild an der Eingangstür schauen, wie die Namen der Beteiligten am Verfahren lauteten. Ich wurde von den Wachtmeistern aber mit teils deutlicher Gewaltanwendung gehindert, meinen Platz zu verlassen und war damit für die Pause im Gerichtssaal eingesperrt.

Nach dem Abschließen der Tür verschwand auch die Protokollführerin, nachdem der Richter schon nach dem Räumungsbefehl verschwunden war. Der noch anwesende Staatsanwalt sagte zu mir: ‘Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht eingewiesen werden’. Ich diskutierte ein wenig mit ihm über diesen unverschämten Satz und auch über den Unsinn der Zwangspsychiatrie insgesamt. In einem kleinen anschließenden Dialog über Sinn und Unsinn von Strafe und Autorität ließ er sogar einige Sympathien für die Kritik an den Abläufen erkennen. Schließlich verließ er auch den Raum, so dass ich eine Weile mit den Wachtmeistern allein im Raum war. Die vier Bewacher machten schon zu diesem Zeitpunkt die eine oder andere Beleidigung oder Drohung in meine Richtung.

Kurz vor Ende der festgelegten Pause erschien der Richter im Raum. Er war offenbar überrascht, mich dort anzutreffen – obwohl ich ja gar nicht mehr anders konnte. Sichtbar spontan wurde er wieder wütend und beschloss, mich jetzt gleich abführen zu lassen. Dieser Beschluss und damit auch das Ende des Prozesstages, der (wie ich später hörte) nie wieder aufgenommen wurde, geschah sichtbar außerhalb der Verhandlung in der Pause.

Ich wurde aus dem Hinterausgang weggebracht, konnte aber durch lautes Rufen darauf aufmerksam machen, dass ich nun bereits weg sei und damit auch den Befangenheitsantrag gegen den Richter nicht mehr stellen könnte – möglicherweise auch das Ziel des Richters. Ein Gerichtsprotokoll zu diesen Vorgängen kann nicht entstanden sein, weil ein Prozess an diesem Tag nicht mehr stattfand.

Die Wachtmeister brachten mich mit erheblicher Brutalität in den Zellenkeller des Gerichtsgebäudes, dabei beleidigten und bedrohten sie mich ständig (Sprüche wie ‘wir können auch anders’ oder diskriminierende

Beleidigungen, die mich als bekloppt darstellen sollten). Ein Wachtmeister meinte zudem bei der Durchsuchung in der Zelle, als er einen gewöhnlichen Lippenstift in meiner Hosentasche fand: ‘Oh, da haben wir wohl ein verkapptes Mädchen’ – männerbündische Homophobie. Oberarm statt Hirn.

Es ist bemerkenswert, wie die Welt aussieht, wenn Mensch mit einer erfundenen Beleidigungsanzeige vor Gericht steht: Den ganzen Tag wurde ich mit Beleidigungen zugedeckt, aber das wird niemals irgendeine Folge haben. Wie die Logik von Strafgesetzen eben immer: Morden, stehlen, verprügeln, beleidigen usw. sind eben nicht grundsätzlich verboten, sondern nur, wenn es die Falschen machen oder es sich gegen Falsche richtet. Wenn Soldaten morden, bekommen sie Ehrenabzeichen. Wenn PolizistInnen prügeln, ist das auch korrekt. Und wenn Konzerne stehlen, steht das Gesetz auch hinter ihnen.

Nach einigen Stunden Warten in der Gerichtszelle wurde ich mit einem Gefangentransporter in die JVA Halle gebracht. Bemerkenswert der Schlachtruf eines der Wachtmeister bei der Abfahrt: ‘Frischfleisch!’.

Zu meinem JVA-Aufenthalt will ich nicht viel schreiben. Er war wenig spektakulär und einige Tage Ordnungshaft sind zu unbedeutend gegenüber der sozialen Isolation und dem widerlichen Wesen des Strafvollzugs, dem andere viel länger und intensiver ausgesetzt sind. Vielen Dank und Solidarität an Marco und Carsten. Sie habe ich im Knast kennen gelernt und lange Begegnungen gehabt.

Interessant war noch, dass ich nachfragte, wie ich gegen die Ordnungshaft Widerspruch einlegen könnte. Die Antwort: Sich einen ‘Antrag’ organisieren (das ist ein Formular, um Anträge zu verfassen, weil anders kann Mensch im Knast mit der Bürokratie nicht kommunizieren). Den einreichen und um Papier, Stift, Briefumschlag und Briefmarke bitten. Dann Widerspruch schreiben und abgeben. Der wird dann irgendwann zur Post gegeben. Das Ganze kann schon eine knappe Woche dauern. Und wenn ich kein Geld dabei gehabt hätte, ginge es gar nicht. Wer also draußen keine UnterstützerInnen hat, ist einfach verloren in dieser Kälte der Strafjustiz.“

Der weitere Fortgang:

Noch in der Verhandlungspause ließ „Richter“ Maynicke den Angeklagten festnehmen, um die Ordnungshaft zu vollstrecken. Der Prozess wurde rechtswidrig unter Ausschluss der Öffentlichkeit trotz Unterbrechung beendet.

Nach der Verhandlung erfolgte ein martialischer Polizeieinsatz, in dessen Verlauf das Justizzentrum umstellt und vermeintliche Prozess-ZuschauerInnen und offensichtlich Unbeteiligte kontrolliert werden sollten. Maynicke hatte Polizeikräfte angefordert und von einer „Massenschlägerei im Gerichtssaal“ phantasiert, die Gerichtsdienere hätten die Kontrolle verloren. Für diese Vorgänge fehlte selbst aus Sicht der sichtlich irritierten Polizei jegliche Grundlage.

Die gegen die offenkundige Rechtsbeugung eingelegte Eilbeschwerde wurde zunächst verschleppt. Zuerst erklärte das Gericht einem nachfragenden Journalisten, der zuständige Richter sei für zwei Tage im Urlaub und könne nicht darüber entscheiden. Dann wurde dem eingeschalteten Anwalt erklärt, die Akte sei wegen „Umzugs“ gerade nicht auffindbar. Nachdem dieser Druck machte, fand sich die Akte dann doch, aber das Gericht wollte dem Antrag nicht stattgeben und ihn stattdessen an die nächste Instanz weiterreichen – und zwar per Post. Das war am Freitag. Der Brief wäre in der Woche darauf beim Oberlandesgericht eingegangen und eine Entscheidung damit erst nach dem Ende der Haft zu erwarten gewesen.

Der Rechtsanwalt rief nun das OLG direkt an und versorgte es mit seinen eigenen Unterlagen (das Amtsgericht reichte Unterlagen ja nicht weiter). Zum Glück für den Eingesperrten hatte das direkte Anrufen des Oberlandesgerichts in Naumburg dann sehr schnellen Erfolg und er konnte „schon“ am dritten Tag wieder aus dem Gefängnis geholt werden.

**Das OLG erklärte die Ordnungshaft für rechtswidrig, weil es die Gründe dafür nicht mehr überprüfen konnte, da der „Richter“ keine hatte protokollieren lassen!**

**Wenn das „Oberlandesgericht Naumburg“ feststellt, dass die Inhaftierung illegal war, so muss dieses „Oberlandesgericht“ doch ebenfalls zweifelsfrei feststellen, dass hier ein Richter eine Freiheitsberaubung im Amt vorgenommen hat!**

Gibt es nun eine Justiz im Land oder werden wir hier von Justizchaoten be- oder verurteilt? Wer sorgt für Ordnung bei offensichtlichen Rechtsbeugungen?

**Warum wird nicht endlich die Oberstaatsanwaltschaft aktiv und säubert die Gerichtsbehörde von Gesetzesbrechern?**

Einige Dokumente zu dem Fall:



Amtsgericht  
Halle - Saalkreis  
Thüringer Straße 16  
06112 Halle  
Tel.: 0345-2205329

Halle, den 28. September 2005

Geschäftsnummer: 310 Cs 201 Js 3220/04

### B e s c h l u ß

In der Strafsache

gegen



wegen

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte u.a.

wird gegen den Angeklagten wegen wiederholter Ungebühr

#### Ordnungshaft von 4 Tagen

festgesetzt,

Gründe:

Nachdem der Angeklagte bereits bei Feststellung seiner Personalien wegen ständigen Dazwischenredens mehrfach ermahnt und auf die Folgen der Fortsetzung seines ungebührlichen Verhaltens hingewiesen worden war, setzte er während des weiteren Gangs der Hauptverhandlung dieses Verhalten fort. Es wurde nach Androhung gegen ihn ein Ordnungsgeld von 100,00 Euro und für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von 4 Tagen verhängt. Er äußerte, sich hier wohl bei Richter Schill zu befinden und war auch in der Folge nicht zu disziplinieren, so daß die Verhandlung nicht zum Ende geführt werden konnte.

Das Gericht hält daher gemäß § 178 GVG die Verhängung von Ordnungshaft, die auf 4 Tage bemessen wurde, für zwingend notwendig.

Maynicke  
Richter am Amtsgericht

**Keine Unterschrift – keine Rechtskraft –  
keine Verantwortung...**



# OBERLANDESGERICHT NAUMBURG



## BESCHLUSS

Auf die sofortige Beschwerde des Angeklagten wird der Ordnungshaftbeschluss des Amtsgerichts Halle-Saalkreis vom 28. September 2005,  
mit dem das Amtsgericht gegen den Angeklagten vier Tage Ordnungshaft  
festgesetzt hat,  
aufgehoben.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Angeklagten fallen der Staatskasse zur Last.

### Gründe:

Die zulässige sofortige Beschwerde (§ 181 GVG) ist begründet.

Ausweislich der Sitzungsniederschrift ist dem Angeklagten in der Hauptverhandlung vom 28. September 2005 vor Verkündung des Ordnungshaftbeschlusses kein rechtliches Gehör gewährt worden ( § 33 Abs. 1 StPO, Art. 103 Abs. 1 GG ). Zwar ist anerkannt, dass hiervon ausnahmsweise abgesehen werden kann, wenn der Täter z. B. wegen seines hemmungslosen Verhaltens oder seines Zustandes nicht ansprechbar ist ( vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss v. 22. Juli 1988, 1 Ws 584/88, recherchiert in juris; Meyer – Goßner, StPO, 47. Aufl., § 178 GVG, Rdn. 14 m. w. N. ). Anhaltspunkte solcher Art, die ein Absehen von der Gewährung rechtlichen Gehörs – jedenfalls vor Erlass des angefochtenen Beschlusses - hätten rechtfertigen können, sind vorliegend indes nicht ersichtlich.

Schon deshalb konnte der Ordnungshaftbeschluss keinen Bestand haben.

Zudem muss der dem Ordnungsgeldbeschluss zugrunde liegende Sachverhalt so deutlich dargestellt werden (§ 182 GVG ), dass das Beschwerdegericht nachprüfen kann, ob eine Ungebühr vorlag. Die Niederschrift muss ein so deutliches Bild von dem Vorgang geben, dass der Grund und die Höhe der Sanktion in der Regel ohne weiteres nachprüfbar sind. Wesentliche Lücken lassen sich nachträglich nicht auffüllen (Meyer-Goßner, StPO, 46. Aufl. Rn. 1 zu § 182 GVG).

Diesen Erfordernissen genügen weder das vorliegende Protokoll noch der Ordnungshaftbeschluss. Ungebühr i. S. d. § 178 GVG ist ein erheblicher Angriff auf die Ordnung in der Sit-

zung, auf deren justizgemäßen Ablauf, auf den „Gerichtsfrieden“ und damit auf die Ehre und Würde des Gerichts (Meyer-Goßner, Rn. 2 zu § 178 GVG).

Ungebührliches Verhalten, dass die Verhängung von Ordnungshaft von vier Tagen rechtfertigen könnte, ist indes protokolliert noch dem angefochtenen Beschluß zu entnehmen. Allein die Äußerung „sich hier wohl bei Richter Schill zu befinden“, rechtfertigt für sich genommen die unmittelbare Verhängung von Ordnungshaft nicht. Inwieweit der Angeklagte ausweislich des angefochtenen Beschlusses in der Folge nicht zu disziplinieren war, ist dem Beschluß wie auch dem Protokoll nicht zu entnehmen, so dass der Senat die Berechtigung der Ordnungshaft insoweit nicht überprüfen kann. Vorhergehendes etwaiges ungebührliches Verhalten war bereits mit dem zuvor verkündeten Ordnungsgeldbeschluß, der Ordnungshaft lediglich ersatzweise anordnete, geahndet worden.

## Beschuldigter will Richter verklagen

Prozess in Halle - Ordnungshaft verhängt - Jurist droht Anzeige wegen Freiheitsberaubung

Von unserem Redakteur  
MICHAEL TEMPEL

**Halle/MZ.** In einem Prozess um Beamtenbeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt bahnt sich am Amtsgericht Halle ein Kräftemessen zwischen Richter Hans Maynicke und dem Angeklagten Jörg Bergstedt an. Wie Bergstedt zur MZ sagte, werde er den Richter wegen Freiheitsberaubung anzeigen. Zudem wolle er einen Befangenheitsantrag gegen Maynicke stellen.

Maynicke hatte gegen Bergstedt zum Prozessauftakt Ende September eine viertägige Ordnungshaft wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht verhängt (die MZ be-

richtete). Bei der Verhandlung war es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Bergstedt sowie seinen Begleitern und Maynicke gekommen. Der Prozess wurde deshalb unterbrochen.

### Früher wieder draußen

„Die Ordnungshaft wurde vom Oberlandesgericht als rechtswidrig aufgehoben“, sagte Bergstedt, der in Reiskirchen-Saasen (Hessen) wohnt. Bereits nach zwei Tagen sei er entlassen worden. Dafür wolle er den Richter zur Verantwortung ziehen lassen. Bergstedt glaubt zudem, Maynicke habe etwas gegen ihn. „Ich habe vor dem Prozess und bei der Verhandlung Akteneinsicht beantragt.“ Dies habe ihm der Rich-

ter verwehrt, so der 41-Jährige.

Hintergrund für den Prozess ist eine Auseinandersetzung zwischen Bergstedt und dem Bundesgrenzschutz, zu der es im November 2003 auf dem halleischen Hauptbahnhof gekommen sein soll. Bergstedt hatte sich damals mit mehreren Freunden im Bahnhof aufgehalten. Laut Anklage soll er sich dabei massiv gegen die Aufforderung der Beamten gewehrt haben, das Haus zu verlassen.

Bergstedt, der dem alternativen Zentrum „Projektwerkstatt“ angehört, weist dies zurück. Auf dem Bahnhof habe die Projektwerkstatt seinerzeit einen „Workshop“ veranstaltet. Bergstedt zufolge sollte

dabei geprobt werden, wie aus einer Personalienkontrolle durch Polizisten eine Spontan-Theateraufführung gemacht werden könne.

### „Anwalt nötig“

Richter Maynicke lehnte eine Stellungnahme zum laufenden Prozess ab. Gerichtssprecher Werner Budtke zufolge ist vom Entscheid des Oberlandesgerichts zur Ordnungshaft im Hause noch nichts offiziell bekannt. Angeklagte wie Bergstedt können laut Budtke generell keine Akteneinsicht beantragen. „Damit muss er einen Verteidiger beauftragen, der dann auch Einsicht erhalten würde.“ Ein Termin zur Fortsetzung des Prozesses stehe noch nicht fest.

die mit Ihrem vorgenannten Schreiben für Ihren Mandanten, Herrn Jörg Bergstedt, für 3 Tage erlittene Ordnungshaft begehrte Entschädigung in Höhe von 11,- € je Hafttag kann nicht gewährt werden.

Insbesondere kommt eine Zahlung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) nicht in Betracht. Die Fälle, in denen im Einzelfall eine Entschädigung aus der Staatskasse zuzubilligen ist, sind in den Vorschriften des StrEG enumerativ und abschließend geregelt. Der Fall der Aufhebung einer Ordnungshaft nach deren Vollstreckung zählt jedoch nicht dazu (vgl. dazu statt aller: Löwe-Rosenberg, Kommentar StPO/GVG, 25. Aufl., § 181 GVG Rn 16 m. w. N.).

*Aus dem Schreiben des  
Justizministeriums an den  
Anwalt (31.01.2008)*

Erst eine Widerrechtliche Inhaftierung, dann keine Entschädigung – was für ein „Rechtsstaat“!

## Zitate zum Thema

*„Mit der autoritären Gewalt wird die Justiz verschwinden. Das wird ein großer Gewinn sein - ein Gewinn von wahrhaft unberechenbarem Wert. Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die sie Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, dass, je mehr Strafen verhängt werden, um so mehr Verbrechen hervorgerufen werden.“*  
Oscar Wilde

*„Außerdem stellt sich jeder von uns nach der Lektüre die Frage, ob ‚Justitia‘ nicht des Öfteren unter der Augenbinde hervorlugt und die Waage der Gerechtigkeit gar nicht gerade halten will und folglich auch nicht balancierend halten kann. Die verbundenen Augen, welche die Unparteilichkeit symbolisieren sollen, die womöglich lichtdurchlässig sind, machen deutlich, dass die Göttin des Rechts und ihre irdischen Sachwalter beeinflussbar und eben nicht unparteiisch sind. ... Skandalös ist deshalb, dass es bis heute keine amtliche Sammlung von Fehlurteilen gibt, folglich auch keine Analyse.“*  
Hans-Jürgen Börner  
Leiter der Abt. „Aktuelles und Dokumentation“ des NDR-Fernsehens

*„Jeder Staatsanwalt hat als Vorgesetzten einen weisungsberechtigten Abteilungsleiter, der wiederum hat einen weisungsberechtigten Behördenleiter, der Behördenleiter unterliegt den Weisungen des Generalstaatsanwaltes und der Generalstaatsanwalt schließlich hat den Anweisungen des Justizministers zu folgen. Diese Anordnungsbefugnis der Exekutive gegenüber den Staatsanwälten hat in den Jahren ab 1933 dazu geführt, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht strafrechtlich geahndet wurden. Die weisungsgebundenen Staatsanwälte durften derartige Verbrechen nicht anklagen. Das Rechtssystem, das damals die Staatsanwälte an ihrer Arbeit gehindert hat, existiert als solches immer noch.“*  
N. Schlepp

## Gewalt

*„Der Grund, warum Menschen zum Schweigen gebracht werden, ist nicht,  
weil sie lügen, sondern weil sie die Wahrheit reden.  
Wenn Menschen lügen, können ihre eigenen Worte gegen sie angewendet werden,  
doch wenn sie die Wahrheit sagen, gibt es kein logisches Argument,  
sondern als Gegenmittel nur die Gewalt.“  
Theodor Fontane*

Nach den vorangegangenen Schilderungen von Fällen, die sich vor „Gericht“ zutrugen, möchte ich nun noch darauf eingehen, dass dies alles nur deshalb möglich ist, weil es „Beamte“ gibt, die unter der Verknennung der Rechtslage, der absolut verbindlichen gesetzlichen Vorschriften und der Ausblendung ihres Gewissens die von oben kommenden Anweisungen ausführen, ohne sie zu hinterfragen.

Und so ist es eben unerlässlich, dass ein Richter seine Urteile, Beschlüsse und Verfügungen zu unterschreiben hat, damit sie rechtskräftig werden. Auf einem Haftbefehl ist eine persönliche Richterunterschrift zur Rechtswirksamkeit unerlässlich.

Wo würde es hinführen, wenn einfach jeder, der sich dazu befugt fühlt, Menschen verhaften kann?! Ich will es ihnen sagen: in die Rechtlosigkeit!

Ich meine, dort sind wir längst angekommen. All die Dinge, die ich von „staatlicher“ Seite, bei „Behörden“, „Gerichten“ und den sonstigen unterdrückenden Institutionen erlebt und gesehen habe, rechtfertigen ein noch viel härteres Urteil.

Und den Straftätern in den Behörden ist kaum beizukommen: Niemand erklärt sich für zuständig, Ermittlungen gegen Kollegen werden einfach nicht aufgenommen und Sie als Geschädigter intern als Querulant abgestempelt. Sollten Sie sich unermüdlich gegen diese Art der Unterdrückung zur Wehr setzen, dann drohen Ihnen Maßnahmen bis hin zur Zwangspsychiatisierung.

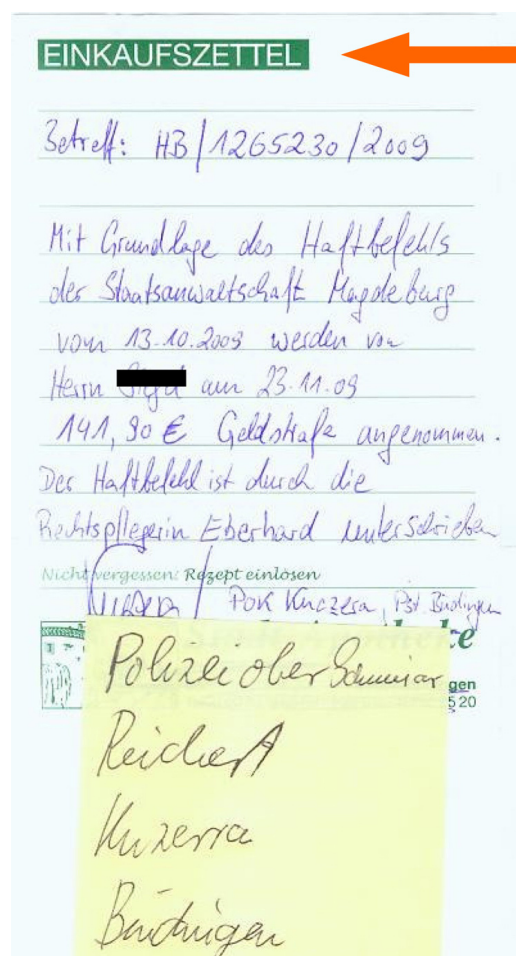
Und so wird sehr, sehr schnell aus dem Opfer ein Täter gemacht. So erging es mir selbst auch schon, als ich gegen eine widerrechtliche Verhaftung vorging und die „Polizisten“ wegen Freiheitsberaubung anzeigte. Der Vorwurf? „Vortäuschung von Straftaten“, da Polizisten so etwas nie machen würden ...

Aber das ist eben das grundsätzliche Problem: Seit der Aufhebung des **Paragraphen 15 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG)**, in welchem stand „*Alle Gerichte sind Staatsgerichte*“, gibt es diese eben nicht mehr in unserem Land – mit weit reichenden Konsequenzen. Denn nun gibt es keinen gesetzlichen Richter mehr, der Ihnen gemäß **Art. 101 GG** zusteht.

Wenn dieser nun etwas als „Richter“ unterschreibt, wäre dies schlicht eine Amtsanmaßung, für die er, wenn wir mal wieder einen Rechtsstaat haben, zur Rechenschaft gezogen werden kann. Und deshalb tut er dies einfach nicht ...

*(Im nachfolgenden Kapitel „Die Ohnmacht des Rechtes“ können Sie nachlesen, warum die Thematik mit der persönlichen Unterschrift so wichtig ist!)*

Und nun soll ein „Polizist“ Sie verhaften. Ohne eine Richterunterschrift dürfte er das nicht – er tut es oft trotzdem. Und manchmal kommt es sogar vor, dass er sich dabei selbst legitimiert, wie Sie aus der folgenden Grafik ersehen können:



Ja, sie sehen richtig: Da hat ein Polizeibeamter kurzerhand entschieden, dass er einen Haftbefehl mal eben auf einem Einkaufszettel formuliert, dokumentiert und vollstreckt, weil er eben gerade nichts anderes dabei hat.

Das ist schon nur noch schwer zu überbieten. Aber so weit ist es in unserem Land nun schon gekommen: Entfesselt von blindem Eifer, überbieten sich die „Beamten“ unter Verkennung ihrer Pflicht, die anzuwendenden Gesetze und Bestimmungen genau zu kennen, darin, sich selbst Kompetenzen anzumaßen, wofür ihnen jedes Recht fehlt.

Und der Bürger, der seine Rechte auch nicht mehr kennt und glaubt, dass alles so wie im Fernsehen ist, spielt dieses perfide Spiel einfach mit ...



In diesem Kapitel möchte ich nun die Gewalt aufzeigen, die das System und seine willigen Diener anwenden, wenn jemand um sein Recht kämpft und von diesem Weg nicht abweicht.

Zuerst werde ich ein Opfer von Polizeigewalt zu Wort kommen lassen, welches schildert, wie es ihm kürzlich bei einer widerrechtlichen Verhaftung erging. Ich habe den Text leicht gekürzt und etwas entschärft, aber faktisch selbstverständlich unverändert gelassen.

An irgendeinem Tag in Deutschland:

*„Ein Herr Richter Knopp beim Amtsgericht Sondershausen hat sich durch meine Schriftsätze als „Richter“ beleidigt gefühlt, so dass er mir einen rechtswidrigen Strafbefehl vom Amtsgericht Sondershausen mit einer Geldstrafe von 1.500 Euro oder ersatzweiser Erziehungshaft mit einem Tagessatz von 20 Euro zugestellt hat. Eine Richterbeleidigung hatte nie stattgefunden!“*

*Der Strafbefehl wurde von einer Frau Richter Brüsewitz entgegen den einschlägigen Vorschriften der Strafprozessordnung nicht persönlich unterschrieben!*

*Alle Widerspruchs- und Rechtsbeschwerdeverfahren beim Amtsgericht Mühlhausen bzw. der Staatsanwaltschaft Mühlhausen wurden teilweise weder geprüft noch bearbeitet, der Anspruch auf rechtliches Gehör nach Artikel 103 Abs. 1 GG wurde ebenfalls nicht gewährt.*

*Ich hatte als ALG-II-Empfänger drei Anträge wegen unbilliger Härte und mit Ratenzahlungsvorschlägen bei der Staatsanwaltschaft Mühlhausen gestellt, die weder geprüft noch bearbeitet wurden. Es hieß: Zahle oder geh in den Knast!*

*Am Donnerstag, dem 17. Juni 2010, wurde ich dann über einen Telefonanruf eines Polizisten namens Clar massiv bedroht und mir wurde eröffnet, dass gegen mich ein Haftbefehl von der Staatsanwaltschaft Mühlhausen bei der Polizei in Alsfeld vorliegen würde.*

*Ich sagte dem Polizisten wörtlich, dass ich meinen Rechtsanwalt Lutz Schäfer eingeschaltet hätte, der zur Zeit mit der Staatsanwaltschaft Mühlhausen in Verhandlungen stehen würde, damit diese mir Ratenzahlungen genehmigt.*

*Daraufhin teilte mir Herr Clar mit, dass ihn dies nicht interessieren würde, er wäre schlauer als ich und er würde mich bald bekommen. Die „Schlinge um den Hals“ würde bei mir immer enger werden!*

*Am selben Tag wollte ich gegen 20.42 Uhr gerade mit meinem PKW zum Einkaufen in den REWE-Markt nach Homberg fahren. Auf einmal stand ein Polizeifahrzeug hinter meinem PKW. Zwei Polizisten sprangen heraus und wollten mich am Losfahren hindern.*

*In Panik bin ich der Polizei davon- und über die Stadt Homberg zum Universitäts-Klinikum Marburg (Notaufnahme) gefahren, um mich in das psychiatrische Krankenhaus einweisen zu lassen, da ich zur Zeit auf Grund meiner Krankheiten überhaupt nicht haftfähig bin.*

*Als ich vor dem Eingang der Notaufnahme des Universitätsklinikums Marburg gegen ca. 21.25 Uhr ankam, kam ich überhaupt nicht mehr dazu, freiwillig auszusteigen und mich der Polizei zu stellen.*

*Ein Herr Vaupel (Polizeistation Alsfeld) schlug sofort mit einem Gummistock die Seitenscheibe der Fahrertür des PKW ein und schlug mir durch das Fenster mehrmals auf den Kopf. Anschließend zogen mich vier Polizisten mit brutaler Gewalt aus dem PKW und legten mir brutal Handschellen an.*

*Ich wurde von mehreren Polizisten mit Fußtritten in die Seitenteile des Körpers mehrfach traktiert. Man hat mich auf den Bauch geknallt, so dass ich bald keine Luft mehr bekam. Anschließend wurde auf mich auch auf dem Rücken liegend mehrmals eingetreten und ich begann um Hilfe zu rufen.*

*Ich hatte in der Folge eine schwere Kopf- und Armverletzung, so dass ich im Klinikum ärztlich behandelt und genäht werden musste.*

*In der Notaufnahme des Klinikums hat die Polizei in der Person des Herrn Kremscher mir während der ärztlichen Versorgung bis gegen 1.25 Uhr in der Nacht verweigert, die Handschellen abzunehmen.*

*Ich habe mehrfach darum gebeten, dass man mir die Handschellen abnimmt. Da diesem Wunsch nicht nachgekommen wurde, mussten die Notärzte mir meine gesamte Oberkörperbekleidung zerschneiden, um mich überhaupt ärztlich versorgen zu können.*

*Ich hatte wiederholt auch um ein Glas Wasser gebeten sowie um eine Beruhigungstablette, was mir ebenfalls verweigert wurde. Die Polizisten lachten mich bei der ärztlichen Versorgung im Klinikum nur laufend aus.*

*Nach längerem Betteln bekam ich dann von einem Krankenpfleger eine große Spritze mit Wasser, da mein Mund bzw. die Rachenhöhle von dem Trauma des Zusammenschlagens, der brutalen Gewaltanwendung durch die Polizei an einem Schwerbehinderten (50 %), sehr trocken war und ich daher kaum noch sprechen konnte.*

*Bekleidet mit einem Krankenhaushemd wurde ich dann gegen 1.30 Uhr zur Polizeistation nach Alsfeld gebracht.*

*Ein Polizist namens Schöne nahm mich dann bei der Polizeistation in Empfang. Er wurde mir gegenüber in der Nacht dermaßen frech, ich durfte gerade noch meinen Peter Schneider anrufen, der am anderen Tag meiner Ehefrau Bescheid geben sollte, was mit mir geschehen war.*

*In der folgenden Nacht bat ich bei Herrn Schöne um einen Arzt mit dem Hinweis, das ich lebensnotwendige Medikamente brauche. Herr Schöne verweigerte mir dies und befahl mir, ich solle sofort in die Zelle gehen und mich ja unterstehen, die Notklingel zu bedienen. Die Polizei hätte noch andere Beschäftigungen, als sich mit mir zu beschäftigen.*

*Da ich seit dem Jahr 1985 chronischen Heuschnupfen und Asthma habe, hätte ich vor lauter Phobie einen Asthmaanfall in der Zelle bekommen können ...*

*Vor dem Gang in die Zelle musste ich mein Handy und meine Oberbekleidung (Krankenhaushemd) vor der Zellentür in einen Wäschekorb legen. Mit nacktem Oberkörper und nur mit meiner Unterhose bekleidet wurde ich dann von Herrn Schöne in die Zelle gesperrt.*

*In der Zelle befand sich nur eine Kunststoffmatratze – ohne Wolledecke. So verbrachte ich die Nacht - unter unmenschlichen Verhältnissen - sitzend und frierend auf der Matratze.*

*Am folgenden Morgen wurde ich von den zwei Polizeibeamten Stein und Eisenbach gebeten, wegen einer polizeilichen Vernehmung mitzukommen. Ich machte von meinem Aussage-verweigerungsrecht*

*Gebrauch und teilte der Polizei mündlich mit, dass ich einen Rechtsanwalt einschalte.*

*In meinem erbärmlichen Zustand wurde ich von allen Seiten, einschließlich meiner gesamten Verletzungen am Kopf, der Brust und dem linken Arm, wie ein Schwerverbrecher fotografiert. Auch eine DNA- bzw. Speichelprobe musste ich abgeben.*

*Die Polizeistation Alsfeld (BRD) verhaftet Personen mit falschen und rechtswidrigen Haftbefehlen, die nicht von einem Richter unterschrieben sind! Dies interessiert die Polizei in Alsfeld aber nicht. Ein Herr Eisenbach sagte mir bei der Vernehmung, „wir handeln hier nur auf Anweisung“. Kommentar überflüssig.*

*Nach ca. 2 Stunden brachte man mich dann auf Anweisung der Polizei Alsfeld in die JVA-Kassel in das dortige Krankenhaus. In diesem JVA-Krankenhaus durfte ich dann sogar duschen und bekam saubere Anstaltskleidung - rotes Hemd und braune Hose - übergeben.*

*Anschließend wurde ich in ein großes Krankenzimmer mit vier weiteren Personen eingesperrt: Zwei waren Drogendealer (53 Jahre alt und schon 16 Jahre im Knast – Bandenkriminalität usw.), einer war ein 39-jähriger Grieche mit 13 Jahren Knasterfahrung und ein 30-jähriger Mann war mit Methadon auf einem Entziehungstrip.*

*Die Verpflegung dort war menschenunwürdig und bedarf einer Untersuchungskommission mit einer Anfrage bei dem Innenminister Volker Buffier und einem zuständigen Polizeipräsidenten aus Hessen.*

*Meine Ehefrau kaufte mich dann am darauf folgenden Montag durch „Verwandtschaftshilfe“ und eine Zahlung von 1.500 Euro Strafgeld für eine „Richterbeleidigung“, die niemals stattfand, und eine weitere Zahlung von 466,20 Euro an Gerichtskosten an die Staatsanwaltschaft Mühlhausen aus der JVA-Kassel frei.“*

Dieser Fall steht stellvertretend für die vielen anderen Fälle, die sich tagtäglich in Deutschland abspielen. Die realen Tatsachen haben dabei mit der „Realität“, welche von den Medien verbreitet wird, nicht das Geringste zu tun.

Doch das ist noch lange nicht die größte Form der Gewalt, wie Sie auf den nächsten Seiten in einem „Gutachten“ feststellen können:

**1 / 2 - Das Schauspiel beginnt mit der zwangsweisen Vorführung in einer Klinik durch das Ordnungsamt, nachdem das Opfer durch das Aufbrechen der Wohnungstür (Aufbohren des Schlosses) aus der Wohnung geholt wurde.**

**3 - Das Opfer erklärt klar, dass eine Untersuchung gegen den eigenen Willen stattfindet.**

**Das Gutachten stützt sich in seiner Beurteilung auf:**

- die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung vom 31.05.2010
- die Verfahrensakte des Amtsgerichtes Düsseldorf

Frau [ ] ist zu Beginn der Untersuchung im Verhalten freundlich, verweigert aber jegliche Auskunft. Ihr wird der Grund der Untersuchung erklärt und mitgeteilt, dass der Referent in seiner Urteilsfindung auf ihre Mitarbeit angewiesen sei. Frau [ ] wiederholt, dass die Untersuchung gegen ihren Willen verfügt wurde, sie sei ein freier Mensch, sie äußere sich nur in Gegenwart ihres Anwaltes. **3**

**Eigene Untersuchung vom 31.05.2010**

Frau [ ] wird durch das Ordnungsamt der Stadt Düsseldorf auf der Station 14 B der LVR Klinik zur Untersuchung vorgestellt. **1**

Laut Angaben der Beamten des Ordnungsamtes habe die Wohnung keinen verwahrlosten Eindruck gemacht.

Es habe keine körperliche Auseinandersetzung bei der Vorführung der Begutachteten gegeben, sie habe aber nicht freiwillig die Wohnungstür geöffnet, das Schloss musste aufgebohrt werden. Es sei mehrfach in der **2**

Vergangenheit in dem Haus von Frau [ ] auf Initiative der Mitbewohner zu Polizeieinsätzen gekommen, Mitbewohnern hätten sich durch sie belästigt gefühlt.

Frau [ ] wird gefragt wie es überhaupt zu dem Betreuungsverfahren gekommen sei. Sie gibt an, dass sie eine Richterin vom Amtsgericht, Frau Leonhard, „bedrängt“ habe. Die würde ihr immer wieder „ungültige“ Schreiben schicken. Auch das Schreiben des Ordnungsamtes zu ihrer Vorführung sei ungültig. Sie fühle sich als Justizopfer, sei auch Mitglied in einem Justizopferhilfverein. Die Richterin habe kein Recht sie anzuschreiben. Es gebe keine gültigen Gesetze mehr, somit auch keine Staatsrichter oder Staatsanwälte die rechtlich legitimiert seien. Es sei doch offenkundig, dass Richter Dienstpersonen, d.h. Privatpersonen, und nicht Amtspersonen seien. Obwohl die Beamten ihre Arbeit täten und sehr fleißig seien, handle es sich nicht um Amtspersonen.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht der Staat Deutschland. Alle Bürger sind Reichsdeutsche. Die BRD ist seit 1990 eine Finanzagentur, man kann das in den

amtlichen Mitteilungen des Amtsgerichtes Frankfurt nachlesen."

Sie müsse viel Aufklärungsarbeit leisten um das Ziel des Justizopferhilfevereines, die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit Deutschlands, zu erreichen. Man strebe eine ordentliche Regierung in einem Rechtsstaat mit gültigen Gesetzen an.

Im Jahr 2006 habe sie eine Ordnungswidrigkeit begangen. Die Polizisten würden als Privatpersonen und nicht als Amtspersonen handeln, sie müsse deshalb keine Strafe zahlen. Sie habe schon eine Petition an den Bundestag geschickt, man müsse die Polizei schützen. Auch den Bundesgerichtshof habe sie zur Kapitulation und Verweigerung des Gehorsam aufgerufen.

Zur ihrer Lebensgeschichte gibt sie an in Passau zur Welt gekommen zu sein. Sie habe in Mannheim die Schule besucht und den Hauptschulabschluss gemacht. In Karlsruhe habe sie eine Ausbildung zur Kauffrau gemacht. Danach habe sie selbständig eine Privatdetektei betrieben, mehrere Beschäftigte angestellt. Sie habe im Jahr 1990 geheiratet, 2006 sei die Trennung vom Ehemann erfolgt.

Sie bewohne eine 60 qm Mietwohnung und bezahle 370,00 Euro Miete, erhalte seit 4 Jahren Grundsicherung (350,00 Euro) auf der Grundlage von Hartz - IV.

Frau [ ] wird nach dem Gerichtsverfahren gefragt, der zur Einleitung des Betreuungsverfahrens geführt habe. Sie habe sich im Jahr 2006 von ihrem Ehemann getrennt und die Scheidung eingereicht. Sie habe ihren Antrag auf Scheidung wegen fehlender Rechtsgültigkeit des Urteils aber wieder zurückgezogen.

Hintergrund der Scheidung sei ein Gerichtsverfahren um ihr Hausboot gewesen. Sie habe mit dem Ehemann zusammen ein Hausboot bewohnt, welches in einen Unfall geraten sei. Die Versicherung habe den Totalschaden nicht gezahlt, die Ehe sei darüber 2005 zerbrochen. Es sei zu einem Gerichtsverfahren gekommen bei der sie Opfer ihrer Rechtsanwälte geworden sei. Ihre Anwälte hätten Fehler begangen und Klage falsch erhoben. Auch die Richter seien parteiisch gewesen. Sie könne alles schwarz auf weiß beweisen. Sie habe Widerspruch bei den Gerichten in Den Haag, Brüssel und Alicante eingelegt.

Frau [ ] wird gefragt, ob sie sich früher in psychiatrischer Behandlung befunden hätte. Sie sei nie psychiatrisch behandelt worden, der Konsum von Alkohol und Drogen wird verneint. Sie leide nicht an einer körperlichen Erkrankung, nehme keine Medikamente, behandle sich meist mit Heilpflanzen, einen Hausarzt habe sie nicht.



Das Auftreten von optischen und akustischen Halluzinationen, wie Verfolgungserleben wird verneint, sie habe bisher auch nie einen Suizidversuch begangen.

Die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung lehne sie. Sie werde gegen die Richterin Leonhard mit einem Anwalt vorgehen.

### **Psychopathologischer Befund**

Wach, bewussteinklar, zu allen Qualitäten voll orientiert. Im Kontakt freundlich zugewandt, zu Beginn der Untersuchung sehr ablehnend und misstrauisch, im weiteren Verlauf freundlich und kooperativ. Das Konzentrationsvermögen erscheint unbeeinträchtigt, die Merkfähigkeit erhalten. Der Denkablauf ist etwas weitschweifig, aber insgesamt geordnet. Die Stimmungslage ist der Situation angemessen. Es imponieren inhaltliche Denkstörungen im Sinne eines Querulantenwahnes. Keine Hinweise für akustische oder optische Halluzinationen, keine Ich-Erlebnisstörungen. Keine akute Suizidalität.

### **Körperlicher Untersuchungsbefund**

Gepflegtes äußeres Erscheinungsbild, altersentsprechender Allgemein- und Ernährungszustand. Auf eine ausführliche körperliche Untersuchung wurde wegen fehlender Relevanz für die gutachterliche Fragestellung verzichtet.

### **Beurteilung**

Es sollte gutachterlich zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung Stellung genommen werden.

Der Verfahrensakte ist zu entnehmen, dass das Familiengericht Düsseldorf die Überprüfung der Notwendigkeit einer gesetzlichen Betreuung am 01.10.2009 angeregt habe.

In der Verfahrensakte findet sich eine umfangreiche Korrespondenz der Betroffenen, bei der als Kernaussage die staatliche Souveränität der BRD und ihrer staatlicher Organe bezweifelt wird.

Dazu heißt es im Schreiben vom 27.09.2009 :

(S.10) „Jeder Mitarbeiter der BRD GMBH ist nicht Volkslegitimiert, die Wahlen sind ungültig.“

(S.11) „Aus diesem Grund sind die Grundrechte für die Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und

#### 4 - Das Opfer erklärt völlig zutreffend die Rechtslage.

**5 – Im Mittelalter hätte hier gestanden: „Die Erde ist eine Scheibe. Die Dummheit zu glauben, die Erde sei rund, entbehrt jeder Grundlage... Auf den Scheiterhaufen!“  
Wie sehr Unwissenheit doch schaden kann, egal, in welchem Jahrhundert...**

Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht in der Bundesrepublik und in den Verwaltungszonen wegen Nichtigkeit nicht bindend.“

In dem Schreiben vom 23.10.2009 (S.32) heißt es: „...dass die BRD eine konkurse völkerrechtswidrige Privatfirma ohne rechtliche Grundlage ist.“

In der Verfahrensakte finden sich weitere sehr umfangreiche Schreiben zum gleichen Thema. Alle Personen der Justizbehörde die im Betreuungsverfahren involviert sind werden der Körperverletzung, Urkundenfälschung, Befangenheit beschuldigt, Strafanzeigen angedroht.

Auch die Mitarbeit mit weiteren Behörden (Betreuungsstelle der Stadt Düsseldorf) wurde verweigert.

In der Untersuchung vom 31.05.2010 verbalisierte Frau [ ] die schon in der Verfahrensakte dokumentierten

Denkinhalte. Sie äußerte die unkorrigierbare Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsgrundlage habe, es keine gültigen Gesetze und legitimierte Vertreter des Staates gebe. **4**

Sie verhielt sich zu Beginn der Untersuchung misstrauisch und ablehnend, im weiteren Verlauf war es aber möglich die Biographie fragmentarisch zu rekonstruieren. Aufgrund fehlender

fremdanamnestischer Angaben kann der Beginn der psychischen Störung nicht bestimmt werden. Möglicherweise begannen psychische Veränderungen nach einem verlorenen Rechtsstreit und anschließender Trennung des Ehepaares im Jahre 2005. Ohne verlässliche Fremdanamnese sind keine Angaben zum Krankheitsverlauf möglich.

Im eher blanden psychopathologischen Bild stand bei unauffälliger Affektlage, geordnetem Denkablauf ein Querulantenwahn im Vordergrund des Krankheitsbildes.

Die unkorrigierbare Annahme von Frau [ ] dass die Bundesrepublik Deutschland und seine gesamten öffentlichen Organe rechtlich nicht legitimiert seien entbehrt der objektiven Grundlage. **5**

Laut Definition wird als Wahn eine Fehlbeurteilung der Realität bezeichnet, die mit erfahrungsunabhängiger und unkorrigierbarer Gewissheit auftritt und an der mit subjektiver Gewissheit festgehalten wird auch wenn es im Widerspruch zu Erfahrungen der gesunden Mitmenschen steht.

Wahnhaftes Erleben kommt bei einer Vielzahl psychischer Erkrankungen wie Schizophrenie, Wahnhafte Störung, Organische Psychosen, Demenzerkrankungen, Depressiver Störungen vor.

Das Krankheitsbild der Betroffenen, mit im Vordergrund stehendem Querulantenwahn, lässt am ehesten an die

**6 – Was es nicht für seltsame Krankheiten gibt... Verteidigen sie sich gegen Willkür, dann sind sie psychisch gestört. So einfach ist das.**

**7 / 8 – Hier wird das Ziel offenbar: Mit einer Entmündigung entledigt man sich des Problems...**

**9 - ...notfalls auch gegen den Willen des Betroffenen – also gewaltsam!**

Diagnose einer „Sonstigen anhaltenden wahnhaften Störung“ (Querulantenwahn) (ICD- 10: F22.8) denken. Differentialdiagnostisch ist auch an das Vorliegen einer Erkrankung aus dem schizophrenen Formenkreis zu denken, ohne dass dafür die diagnostischen Kriterien erfüllt wären.

Bei der o.g. psychischen Störung sind die erkrankten Personen davon überzeugt, dass öffentliche Instanzen sich gegen sie verschworen hätten, sie führen häufig einen Kampf gegen das ganze System. Sie behelligen immer wieder Gerichte und Behörden mit schriftlichen Einwürfen und Anzeigen. Selbst bei offensichtlichem Unrecht und der Androhung von hohen finanziellen Strafen beharren die Personen auf ihr Recht und führen Gerichtsverhandlungen fort. Im Rahmen des querulatorischen Verhalten gegenüber der Justiz kann es zu erheblichen Selbstschädigungen kommen. **6**

Frau  ist auf Grund ihres wahnhaften Erlebens nicht mehr in der Lage ihre Behördenangelegenheiten zu regeln. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie weitere Gerichtsverfahren anstreben oder in bestehenden Verfahren unsinnige und schädigende Entscheidungen treffen bzw. Behördenentscheidungen widersetzen wird. In der Verfahrensakte wird erkennbar, dass sie im Betreuungsverfahren wahllos,

auch Sachbearbeiterinnen des Gerichtes, Strafanzeigen androht. Die Wahndynamik ist als hoch einzustufen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Voraussetzungen nach § 1896 BGB zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung erfüllt sind. Frau  leidet an einer psychischen Störung und bedarf der Hilfe bei der Vertretung vor Behörden. **8**

Die Betroffene lehnt die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung ab. Aufgrund ihres wahnhaften Erlebens ist die freie Urteils- und Willensbildung erheblich beeinträchtigt. Es ist ihr nicht möglich Entscheidungen zu den Vor- und Nachteilen einer gesetzlichen Betreuung auf der Grundlage von vernünftigen Erwägungen zu treffen. Die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung für den Bereich Vertretung vor Behörden erscheint auch den gegen den Willen der Betroffenen erforderlich.

Es empfiehlt sich die Wahl eines/er Juristen/in zum gesetzlichen Betreuer. **9**

dr. med. Bud. Thomas Salamon

Facharzt für Psychiatrie

Es gibt viele Arten von Gewalt. Das Vorstehende erfüllt eine Qualität, die mir kalte Schauer über den Rücken jagt. Bravo, Herr Doktor!

## Noch einige Fakten zum Thema Zwangspychiatisierung:

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 200.000 Menschen in die Psychiatrie eingewiesen - doppelt so viele wie noch vor 15 Jahren. Manche Zwangseinweisung scheint übereilt. Wissenschaftler schätzen, dass sich jede zehnte Einweisung ohne Rechtsgrundlage vollzieht.

Alte Menschen werden an Psychiatriebetten fixiert und mit Medikamenten sediert. Gibt es keine resoluten Angehörigen, ist die geschlossene Psychiatrie ihre letzte Bleibe. Doch auch andere Menschen "verschwinden":

Der Psychiatrierechtler Thomas Sassenbrecker bringt die Situation auf den Punkt: „Man muss ganz klar sagen, dass hier alles, was unbequem, was auffällig ist, ‘weggeschafft’ wird.“

Die Psychiatisierung scheint der Justiz inzwischen zum regelrechten Machterhalt in bestimmten Fällen zu dienen, wie man am Fall Rüdiger J. aus dem Jahre 2007 sehen kann:

Der Bürgerrechtler Rüdiger J. wurde in der Fachklinik für Forensische Psychiatrie in Regensburg mit englischen Psychopharmaka wie TAVOR und ZYPREXA (Wirkstoff Olanzapin) zwangsbehandelt, weil er mit beachtlichem Eifer die grundgesetzgemäße Demokratie eingefordert hatte.

Dazu zählt insbesondere, dass Richter in Deutschland auf allen Ebenen durch das Volk auf Zeit frei gewählt werden sollen und nicht von politischen Institutionen wie Richterwahlausschüssen „nach Parteibuch“ und „Gefügigkeit“ bestimmt werden.

Weil Rüdiger J. dieses Grundprinzip einer freiheitlich demokratischen Grundordnung im Juni 2007 vehement einforderte, wurde er seit dem 14.06.2007 in Regensburg zwangspychiatriert und mit Psychopharmaka behandelt, die sich persönlichkeitsverändernd und körperlich schädigend auswirken.

Inzwischen ist Herr J. nach Auskunft seines ehemaligen Anwalts in regulärer Dauerbehandlung:

„Herr J. ist nach Freispruch wegen Schuldunfähigkeit mit Auflagen und unter Betreuung wieder in seinem Haus und kann arbeiten. Er muss allerdings Psychodrogen einnehmen und sich monatlich zur psychiatrischen Kontrolle melden, wo mit Blutuntersuchung der Drogenspiegel festgestellt wird.“



Herr J. ist verunsichert und traut sich nichts mehr zu sagen aus Furcht vor erneuter willkürlicher Wegsperrung. Die Justiz hat ihn zu einem willfähigen Untertanen gemacht, dem Gegenteil des mündigen Bürgers, von dem alle Staatsgewalt ausgeht.“

Bei dem Thema Zwangspsychiatisierung tun sich Untiefen auf, die sich ein Normalbürger nicht im Entferntesten vorstellen kann. Wie tief muss ein Mensch sinken, um sich auf derart gemeine und hinterhältige Weise seine Position und Macht zu sichern?

**Und wie lange schaut das Volk bei diesen Verbrechen noch weg?**

243000 lesen täglich BILD-Nürnberg 09.09.02 MA 2002

# Mikrowellen-Terror

## Professor im Irrenhaus, weil er zu viel weiß?

Von JÖRG VÖLKERLING  
Erlangen - Die geheimnisvollen Strahlen aus Mikrowellen: Den Erlanger Wissenschaftler Dr. Reinhard Munzert (50) brachten sie in die Psychiatrie - und jetzt hat sich sogar das Landeskriminalamt eingeschaltet!

„Es ist unbestritten, dass es Mikrowellen-Bestrahlung gibt“, sagt Ulrich Puchner, Sachgebietsleiter Physik beim LKA. Schon 40 Menschen sollen in Deutschland verstrahlt worden sein - von missgünstigen Nachbarn, die ihre Mikrowellen zu Terror-Waffen umgebaut haben. „Wir ermuntern die Betroffenen, einen Sachverständigen einzuschalten“, rät Puchner.

Reinhard Munzert glaubt an die Bedrohung von nebenan - die von ihm mitgegründete Interessengemeinschaft für die Opfer von Elektrowaffen sammelt Beweise gegen die leisen Killer. „Dass ich jetzt in der Psychiatrie sitze, ist doch der beste Beleg für eine Verschwörung“, ist sich der anerkannte Schachpsychologe sicher!

In seinem Haus in Kalchreuth konnte Munzert die geheimnisvollen Strahlen sogar schon messen. „Man kann sie spüren: Es kribbelt auf der Haut wie bei einem Sonnenbrand, man bekommt Kopfschmerzen, Gleichgewichtsstörungen - und vielleicht noch Schlimmeres!“

Seine Lebensgefährtin Irmgard K. hat es bereits übel erwischt: Bei ihr hat sich ein Eierstocktumor entwickelt. Doch bisher nehmen Polizei und Staatsanwaltschaft die Klagen der Strahlen-Opfer nicht ernst, stellen sie als Spinnerie dar! „Dabei hat mir selbst der Oberarzt der Geschlossenen Abteilung in Erlangen gesagt, dass er keinen Grund sieht, warum ich hier bin“, sagt Munzert.

Auch aus Amerika rufen inzwischen besorgte Strahlen-Experten an. Dort sollte Munzert Anfang September einen Vortrag über Mikrowellen-Verbrechen halten. „Damit ich meine Erkenntnisse nicht verbreite, musste man mich mundtot machen!“

Dabei sagen selbst anerkannte Experten wie Klaus Munter von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig, „dass es technisch möglich ist“, Nachbarn durch Wohnungswände hindurch mit umgebauten Mikrowellenherden zu bestrahlen.

Und der Feind sitzt offenbar überall: Aus Norddeutschland meldete sich Sigrid Ehrenreich bei BILD. „Ich dachte, hier erreicht mich das nicht - aber die Strahlen kommen aus allen Richtungen, treffen sich nachts in meinem Bett!“

Reinhard Munzert fühlt sich von Mikrowellen-Gangstern bedroht - musste er in die Psychiatrie, weil er zu viel wusste?



Die Ursache allen Übels? Ein umgebaute Mikrowelle, mit der Menschen durch Mauern hindurch verstrahlt werden können

„Ich bin mir absolut sicher, dass die Zwangspsychiatrie der letzten 125 Jahre auf der ganzen Welt den Holocaust, auch was die Zahl der Toten anbelangt, weit in den Schatten stellt.“

Edmund Schönenberger

## Zitate zum Thema

*„Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute  
nicht die Freiheit haben, alles zu tun.“*  
Stewart Alsop

*„Juristen sind Leute, die die Gerechtigkeit mit dem Recht betrügen.“*  
Harald Pinter

*„Zeigt mir einen Mann der Gewalttat, mit dem es ein gutes Ende  
genommen hat, und ich will ihn zu meinem Lehrer machen.“*  
Lao-Tse

*„Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet.“*  
Leo Trotzki

*„Wo Gewalt recht hat, hat das Recht keine Gewalt.“*  
unbekannt

*„Was man mit Gewalt gewinnt, kann man nur mit Gewalt behalten.“*  
Mahatma Gandhi

*„Lieber von einer Hand, die wir nicht drücken möchten, geschlagen, als  
von ihr gestreichelt werden.“*  
Marie von Ebner-Eschenbach

*„Kein Diktator, kein Aggressor kann für längere Zeit ein besiegttes Volk mit  
Waffengewalt unterdrücken, nichts im Universum ist stärker und  
ausdauernder als der Wunsch nach Freiheit, gegen diesen Wunsch kann  
keine Regierung bestehen, ebenso wenig ein Tyrann mit seiner Armee ...“*  
G'Kar



## Die Ohnmacht des Rechtes

*„Explizit kriminelles Justizhandeln gibt es zuhauf.  
Der Sumpf schließt die höchsten deutschen Gerichte ein.  
Daher gibt es praktisch keine Verurteilung wegen Rechtsbeugung,  
Strafvereitelung im Amt und Begünstigung.“  
Prof. Dr. Hans-Joachim Selenz*

Nachdem Sie die vorstehenden Kapitel gelesen haben, die sicher nur einen verschwindend kleinen Teil der Gewalt aufzeigen können, die tagtäglich gegen die nach Wahrheit suchenden und für GeRECHTigkeit kämpfenden Menschen in unserem Land eingesetzt wird, werden Ihnen die folgenden Passagen wie ein schlechter Witz vorkommen.

Aber genau diesen Effekt beabsichtige ich auch: **Sie sollen erkennen, wie weit die schönen Worte der Politiker in der „Tagesschau“ in unserem Land von der Realität entfernt sind!**

So schrieb beispielsweise Dr. Seegmüller, Abteilungsleiter im Bundespräsidialamt, im Auftrag des Bundespräsidenten Horst Köhler am 29.05.2008 Folgendes zum Thema Grundrechte:

*„Alle Rechtsnormen in der Bundesrepublik Deutschland stehen in einer sog. Normenhierarchie. Dabei ist das Grundgesetz - und damit die **Grundrechte** des Bürgers unter anderem in ihrer Funktion als Abwehrrechte gegen den Staat und seine Institutionen - die wesentliche und ranghöchste Rechtsquelle unseres Landes. Tatsächlich „strahlt“ die Verfassung auf alle unsere Rechtsgebiete aus und ist das zentrale Dokument unseres Staates, an das sich alle drei Gewalten zu halten haben.“*

Und Roman Herzog (ehemaliger Bundespräsident) sagte in einer Rede anlässlich der Eröffnung des Seminars zur "Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit" am 13.05.1996 in Caracas (Venezuela) folgendes:

*„Das Gebot der Rechtssicherheit gehört zu den tragenden, unverzichtbaren Zielen einer jeden Rechtsordnung, die ihren Namen verdienen will. Staatliches Verhalten muss - jedenfalls in einem erheblichen Umfang - vorhersehbar und berechenbar sein, damit der Bürger sein Verhalten darauf einrichten kann. Ohne ein solches Maß an Verlässlichkeit bleibt das Handeln des Staates für den Bürger*

unverständlich und er muss sich als **Objekt staatlicher Willkür** empfinden, die er ebenso wenig ändern kann wie Sonne und Regen."

Das klingt ja wirklich sehr schön. Und alle Menschen, die das Gegenteil an den deutschen „Willkürgerichten“ noch nicht feststellen durften, lehnen sich im Sessel zurück und sind beruhigt, in einem so tollen Rechtsstaat leben zu dürfen.

Was für ein böses Erwachen müssen diese Menschen aber dann durchmachen, wenn ihnen dann plötzlich von staatlicher Seite übel mitgespielt wird. Dann verstehen sie die Welt nicht mehr und wundern sich, wie so etwas möglich sein kann.

Die Antwort ist ganz einfach: **Weil sie vorher nie genau hingeschaut haben!**

Die Justiz nutzt seit Jahren die Unkenntnis der Bürger mit juristischen Fachbegriffen aus. Die tatsächlich Verantwortlichen wie Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger leisteten bisher auf Haftbefehlen, Urteilen, Beschlüssen usw. keine Unterschriften, wurden nur mit dem Familiennamen genannt und Justizangestellte wurden vorgeschoben, um Beglaubigungen vorzunehmen. Sie täuschten damit Rechtswirksamkeit vor. Und die Polizei und andere Behörden folgten bisher diesen nichtigen Verwaltungsakten.

Der Grund für die fehlenden Unterschriften der tatsächlich Verantwortlichen ist in der fehlenden Staatshaftung zu suchen. Jeder „Beamte“ haftet danach gemäß § 839 BGB persönlich und mit seinem Privatvermögen. Es wundert also nicht, warum z.B. „Richter“ Urteile, die weit reichende Folgen haben können, nicht unterschreiben. Da diese Vorgehensweise aber nicht nur im Einzelfall, sondern grundsätzlich so gehandhabt wird, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, denn es gibt keine Verantwortlichen mehr, die zur Haftung herangezogen werden können, wenn die Originalunterschrift fehlt!

Erinnern sie sich an den Namen Sauerland?

Das „Hamburger Abendblatt“ schrieb kürzlich zu dem Ermittlungsverfahren im Fall der 2010 bei der „Loveparade“ in Duisburg zu Tode gekommenen Menschen:

„Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat gegen insgesamt 16 Personen wegen des schweren Unglücks auf der Loveparade Ermittlungsverfahren

eingeleitet. Dabei handelt es sich um Bedienstete der Stadt Duisburg, Mitarbeiter des Veranstalters und Polizeibeamte. Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Adolf Sauerland (CDU) und Veranstalter Schaller gehören nicht zu dem Personenkreis.“

Oberbürgermeister Sauerland erklärte im Vorfeld vor dem Untersuchungsausschuss ‘er habe nie eine Genehmigung unterschrieben’. Und obwohl er für die Veranstaltung die Gesamtverantwortung trägt und deren Durchführung auch gegen Warnungen durchsetzte, konnte ihm eine direkte Beteiligung an dem katastrophal schlechten Sicherheitskonzept, auf welches die Todesfälle zurückzuführen sind, nicht nachgewiesen werden.



Also gilt: **Keine Unterschrift = keine Verantwortung!**

- Dabei finden sich rechtlich zwingende Grundlagen für die persönliche Unterschrift in den §§ 126 BGB, 315 ZPO, 275 StPO, 117 I VwGO, 37 III VwVfG!

Und diese gelten insbesondere für Behörden:

„Zur Schriftform gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift (vgl. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87 BVerwGE 81, 32 ; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544). Zwar hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes entschieden, dass bei Übermittlung bestimmender Schriftsätze auf elektronischem Wege dem gesetzlichen Schriftformerfordernis unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift genüge getan ist (Beschluss vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15); dies gilt aber nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist (vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BFH/NV 2002, 1597; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 a.a.O.).“

- Der Satz „Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und gilt ohne Unterschrift“ ist eine Lüge! Ohne Unterschrift tritt keine Rechtskraft ein!

Dies gilt vor allem auch für gerichtliche Dokumente (Urteile, Beschlüsse, Vollstreckungstitel etc.

Die kommentierte Fassung der Prozessordnung sagt eindeutig:

*„Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, dass über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellempfänger muss nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben. Deshalb genügt insoweit die Angabe „gez. Unterschrift“ nicht.“* (vgl. RGZ 159,25,26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 - VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 - VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 - III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 - VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87)

► **Vollstreckungstitel von Gerichtsvollziehern oder Haftbefehle ohne persönliche Richterunterschriften sind rechtsunwirksam!**

► **Auch Blutentnahmen bei Verkehrskontrollen unterliegen dem Richtervorbehalt (§ 81a [2] StPO) und dürfen ohne Richterunterschrift nicht durchgeführt werden!**

► **Ohne Unterschrift sind auch Verwaltungsakte nichtig:**

*§ 44 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) - Nichtigkeit des Verwaltungsaktes*

*(2) ... ist ein Verwaltungsakt nichtig,*

*2. der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt.*

► **„Paraphen“ sind keine rechtsgültigen Unterschriften!**

*„Eine eigenhändige Unterschrift liegt vor, wenn das Schriftstück mit dem vollen Namen unterzeichnet worden ist. Die Abkürzung des Namens - so genannte Paraphe - anstelle der Unterschrift genügt nicht.“* (BFH-Beschluss vom 14. Januar 1972 III R 88/70, BFHE 104, 497, BStBl II 1972, 427; Beschluss des Bundesgerichtshofs - BGH - vom 13. Juli 1967 I a ZB 1/67, Neue Juristische Wochenschrift - NJW - 1967, 2310)

*„Die Unterzeichnung nur mit einer Paraphe lässt nicht erkennen, dass es sich um eine endgültige Erklärung des Unterzeichners und nicht etwa nur um einen Entwurf handelt. **Es wird zwar nicht die Lesbarkeit der Unterschrift verlangt. Es muss aber ein die Identität des Unter-***

*schreibenden ausreichend kennzeichnender individueller Schriftzug sein, der einmalig ist, entsprechende charakteristische Merkmale aufweist und sich als Unterschrift eines Namens darstellt. Es müssen mindestens einzelne Buchstaben zu erkennen sein, weil es sonst an dem Merkmal einer Schrift überhaupt fehlt.*“ (BGH-Beschlüsse vom 21. März 1974 VII ZB 2/74, Betriebs-Berater - BB - 1974, 717, Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung - HFR - 1974, 354, und vom 27. Oktober 1983 VII ZB 9/83, Versicherungsrecht - VersR - 1984, 142)

*„Wird eine Erklärung mit einem Handzeichen unterschrieben, das nur einen Buchstaben verdeutlicht, oder mit einer Buchstabenfolge, die erkennbar als bewusste und gewollte Namensabkürzung erscheint, liegt keine Namensunterschrift im Rechtssinne vor.“* (st. Rspr. vgl. BGH, Beschluss vom 27. September 2005 - VIII ZB 105/04 - NJW 2005, 3775 unter II 2 a und b)

► **Das Drohen mit mehreren Zwangsmitteln ist rechtswidrig!**

§ 13 (3) Verwaltungsvollstreckungsgesetz:

*„Die Androhung muss sich auf ein bestimmtes Zwangsmittel beziehen. Unzulässig ist die gleichzeitige Androhung mehrerer Zwangsmittel und die Androhung, mit der sich die Vollzugsbehörde die Wahl zwischen mehreren Zwangsmitteln vorbehält.“*

► **„Beamte“ haben immer die Pflicht, sich auszuweisen!**

Artikel 6 PAG - Ausweispflicht für Polizeibeamte:

*„Auf Verlangen des von einer Maßnahme Betroffenen hat der Polizeibeamte sich auszuweisen, soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt wird.“*

Sichern Sie die Daten der handelnden Personen, damit Sie später gegen Rechtsverletzungen vorgehen können!

► **Niemand darf wegen einer Geldforderung in Haft genommen oder zu einer eidesstattlichen Versicherung gezwungen werden!**

Nach Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (analog Art. 6 II EMRK), durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll in der Fassung des Protokolls Nr. 11 (Straßburg, 16.09.1963) enthalten sind, ist die Freiheitsentziehung wegen zivilrechtlichen Schulden - und somit auch die Einleitung einer Beugehaft

für die Abgabe einer zivilrechtlichen eidesstattlichen Versicherung - eine Menschenrechtsverletzung. Die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung ist eine zivilrechtliche Angelegenheit und kann nicht mit der Haft erzwungen werden, da es nicht erlaubt ist, gegen sich selbst eine Erklärung unfreiwillig abzugeben (Unschuldsvermutung Art. 6 II EMRK):

Artikel 1 – Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden

*„Niemandem darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.“*

*(siehe dazu auch IPpbR Art. 11 [Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte])*

Unterzeichner	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten
BRD	16.09.1963	01.06.1968	01.06.1968

► **Gesetze, die keinen Geltungsbereich definieren, sind nichtig!**

Diese Gesetze sind wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig:

*„Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können. Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig. ... Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, dass sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegend juristischem Inhalt lesen.“*

*(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)*

► **Verordnungen und Gesetze, die gegen höheres Recht verstoßen, sind nichtig!**

*„Ein Gesetz kann nicht durch eine allgemeine Verwaltungsvorschrift außer Kraft gesetzt oder abgeändert werden, ebenso wie es nicht durch einen Verwaltungsakt durchbrochen und nicht durch eine Rechtsnorm, die im Vergleich zum Gesetz von niedrigerem Range ist, verdrängt werden kann. Diese dem Gesetz kraft Verfassungsrechts innewohnende Eigenschaft,*



*staatliche Willensäußerungen niedrigeren Ranges, insbesondere Verwaltungsakte und Allgemeinverfügungen, rechtlich zu hindern oder zu zerstören, kann sich aber naturgemäß nur auswirken, wo ein Widerspruch zwischen dem Gesetz und der Willensäußerung niedrigeren Ranges besteht.“ (vgl. BVerfGE 8, 155 [169 f.]). (- 2 BvR 883/73 und 379, 497, 526/74 - vom 28. Oktober 1975)*

► **„Beamte“ haben die Rechtsgrundlagen zu kennen!**

Im Urteil **1 U 1588/01** des **Oberlandesgerichts Koblenz** heißt es auf Seite 5 unter a):

*"Für die Beurteilung im Sinne des § 839 BGB gilt ein objektiv-abstrakter Sorgfaltsmaßstab. Danach kommt es auf die Kenntnisse und Einsichten an, die für die Führung des übernommenen Amts im Durchschnitt erforderlich sind, nicht aber auf die Fähigkeiten, über die der Beamte tatsächlich verfügt.*

*Dabei muss jeder Beamte die zur Führung seines Amts notwendigen Rechts- und Verwaltungskennntnisse besitzen oder sich diese verschaffen. Ein besonders strenger Maßstab gilt für Behörden, die wie die Finanzämter durch den Erlass von Bescheiden selbst vollstreckbare Titel schaffen. Eine objektiv unrichtige Gesetzesauslegung oder Rechtsanwendung ist schuldhaft, wenn sie gegen den klaren und eindeutigen Wortlaut der Norm verstößt oder wenn aufgetretene Zweifelsfragen durch die höchstrichterliche Rechtsprechung, sei es auch nur in einer einzigen Entscheidung, geklärt sind."*

► **„Beamte“ haben einen entstandenen finanziellen Schaden (Gebühren etc.) persönlich zu ersetzen!**

Gemäß den Paragraphen 823 und 839 BGB haftet jeder „Beamte“ persönlich für jeden Schaden, den er ohne gültige Rechtsgrundlage verursacht! Dieser kann ihm im Zuge des Schadensersatzes persönlich in Rechnung gestellt werden.

► **Jeder hat ein Widerstandsrecht gegen Willkür gemäß Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz!**

Das Widerstandsrecht umfasst sowohl passiven Widerstand durch Gehorsamsverweigerung als auch aktiven Widerstand durch Gewalt, steht aber unter absolutem Subsidiaritätsvorbehalt durch die im gleichen Satz genannte Voraussetzung, dass andere Abhilfe nicht möglich ist, also von der staatlichen Gewalt kein wirksamer Widerstand gegen die Beseitigung

der Verfassungsordnung mehr zu erwarten ist und alle von der Rechtsordnung vorgesehenen Rechtsbehelfe keine Aussicht auf Erfolg bieten.

Hierzu: ISENSEE, JOSEF, Das legalisierte Widerstandsrecht, Verlag Gehlen, Bad Homburg 1968:

*„Der Rechtsstaat garantiert dem Einzelnen effektiven Rechtsschutz ...“*

***„Wenn etwa die zuständigen Organe generell darin versagen, dem freien Individuum Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, so verwirken sie den Gehorsamkeitsanspruch gegenüber ihren Untertanen und der Widerstandsfall tritt ein.“***

***„Die Friedenspflicht des Bürgers und das Verbot der Selbsthilfe bestehen aber nur soweit, wie der effektive staatliche Rechtsschutz reicht. Das Selbsthilferecht des Bürgers lebt deshalb in Grenzfällen auf, in denen ausnahmsweise keine gerichtliche Hilfe erreichbar und die vorläufige Hinnahme einer Rechtsverletzung durch Staatsorgane unzumutbar ist.“***

Die im Land feststellbare Abkehr von den Gesetzen berechtigt nun jeden Bürger zum mutigen Widerstand gemäß Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz, da Rechtsverletzungen durch „staatliche Organe“ in unserem Land tagtäglich stattfinden!

Achten Sie also auf Ihre Rechte, von denen ich in diesem Kapitel einige angeschnitten habe, und wehren Sie sich gegen die „staatliche“ tyrannische Willkür!

Ich möchte dieses Kapitel mit einem Ausspruch von Blaise Pascal schließen, der aussagt, wofür wir alle einstehen müssen:

***„Recht ohne Macht ist ohnmächtig. Macht ohne Recht ist tyrannisch. Also muss man dafür sorgen, dass das, was Recht ist, mächtig und das, was mächtig ist, gerecht sei.“***

Sorgen wir dafür!

## Weitere wichtige Urteile

*„Zwar ist das angefochtene Protokollurteil auch ohne Unterschrift sämtlicher an der Entscheidungsfindung mitwirkenden Richter mit seiner Verkündung existent geworden (BGHZ 137, 49, 52). Jedoch können die fehlenden Unterschriften nicht mehr rechtswirksam nachgeholt werden, weil seit der Urteilsverkündung die für die Einlegung eines Rechtsmittels längste Frist von fünf Monaten (§ 517, 548 ZPO) verstrichen ist (BGH, NJW aO S. 1882). Das Fehlen der Unterschriften stellt einen absoluten Revisionsgrund dar (§ 547 Nr. 6 ZPO).“*

BGH, Urteil vom 16. 10. 2006 II ZR 101/ 05; OLG München

*„Es entspricht einem mittlerweile für alle Prozessarten anerkannten Grundsatz, dass ein bei Verkündung noch nicht vollständig abgefasstes Urteil, wie es regelmäßig ein Stuhlorteil darstellt, nicht mit Gründen versehen ist, wenn Tatbestand und Entscheidungsgründe nicht binnen fünf Monaten nach Verkündung schriftlich niedergelegt, von den Richtern besonders unterschrieben und der Geschäftsstelle übergeben worden sind. Dies gilt unabhängig davon, ob die Urteilsformel verkündet worden ist oder nicht.“*

OLG Rostock, Urteil vom 24.03.2004, Az. 6 U 124/02

*„Ein Schein- oder Nichturteil mangels Mitwirkung gesetzlicher Richter ist übrigens auch völlig unbeachtlich und wirkungslos, bindet das Gericht nicht, beendet die Instanz nicht, wird weder formell noch materiell rechtskräftig, ist keine Grundlage für eine Zwangsvollstreckung.“ (vgl. Luke ZZP 108, 439; Schwab/Gottwald § 62 Rz. 17ff.; OLG Frankfurt, Entscheid vom 7. Juni 1995 zu 23 U 25/95; 2/10 O 275/94 LG Frankfurt; BVerfG NJW 1994, 36ff.; Palandt/Thomas, § 826 BGB, Rz. 48; BGH Urteil v. 21.6.1951 zu III RZ 210/50, NJW 1951, S. 759; OLG Düsseldorf vom 21.4.1987, NJW 1987, S. 2591; BGH NJW RR 1993, 1013; NJW 1998, 818, NJW 2005, 2991ff., 2994)*

OLG Brandenburg Az. 3 U 87/06

## Schläger in Uniform

*„Ich halte es für ein Verbrechen,  
wenn jemand, der brutaler Gewalt ausgesetzt ist,  
sich diese Gewalt gefallen lässt,  
ohne irgend etwas für seine eigene Verteidigung zu tun.“  
Malcolm X*

Wenn junge Menschen nach ihrer Ausbildung einen Eid ablegen und damit zu einsatzbereiten Polizisten werden, dann sehen sie immer sehr unschuldig aus. Wer möchte ihnen da zutrauen, dass sie nach einiger Zeit zu willigen Vollstreckern eines Systems werden, welches sich gegen uns alle wendet – und das mit aller Brutalität?!



Wissen denn diese jungen Menschen selbst schon, dass ihnen dieser Weg bevorsteht?

Was macht sie denn zu den willigen Straftätern, die fern jeder Moral sind?

Sicher liegt es auch am sie formenden System selbst.

Aber das System braucht auch immer jemanden, der letztlich **handelt**.

Menschen, die ihr Gewissen über alle Anweisungen stellen und diese immer auf ihre Rechtmäßigkeit hinterfragen, können nicht fehlgeleitet und korrumpiert werden. Werden vielleicht die falschen Menschen Polizisten?

Wenn jemand diesen Weg wählt, der gern Macht über andere ausüben will und dieses Gefühl ausleben möchte, scheint die Entwicklung zu einem prügelnden Straftäter logisch. Aber ich kann mir kaum vorstellen, dass dies alle Polizeianwärter betrifft. Was also macht unsere Polizei zum Feind des Volkes?

Dass die Aufgabe der Polizei ist, politische Entscheidungen abzusichern und mit allen Mitteln gegen das Volk durchzusetzen, dürfte jedem klar sein. Werfen wir mal einen genauen Blick auf das **WIE**:



## Stuttgart 21



Dieses Bild ging dieser Tage vielfach durch die öffentliche Presse. Das Foto von Dietrich Wagner ist DAS Bild des gewaltsamen Vorgehens der Polizei gegen die friedlichen Demonstranten in Stuttgart geworden: Mit bluttriefenden Augen, gestützt auf zwei junge Mitstreiter, wird der 66-jährige Rentner aus der Gefahrenzone gebracht.

Einer bekannten Tageszeitung hat der Stuttgart-21-Gegner nun erklärt, wie es zu den schweren Verletzungen kam:

Er habe, so schildert es Wagner selbst, versucht, Jugendlichen während des Einsatzes der Wasserwerfer zu helfen. Denn nachdem die Wasserwerfer gezielt die Demonstranten ins Visier genommen hatten, seien die Protestierenden über Tische und Bierbänke gestolpert und zu Boden gefallen. Er habe sich daraufhin den Polizisten und den Wasserwerfern mit hochgerissenen Armen entgegengestellt, um die Beamten zum Einhalten zu bringen. Doch dann sei er selbst vom Strahl eines Wasserwerfers direkt ins Gesicht getroffen worden und ohnmächtig zu Boden gegangen.



Die Verletzungen, die sich der Rentner dabei zugezogen hat, sind gravierend. Der Chefarzt des Stuttgarter Katharinenhospitals, Professor Dr. Egon Georg Weidle, diagnostizierte: „schwerste Augenverletzungen“. So seien die Lider und die Netzhaut gerissen, ein Augenboden sei gebrochen. Es sei vollkommen unklar, wie gut Herr Wagner später wieder sehen könne – und ob überhaupt. Herr Wagner sei derzeit erblindet, so Professor Dr. Weidle weiter.

Einige Demonstranten dokumentierten die Gewalt:

*„Diese nachfolgenden Bilder sind keine anlassunabhängige Überwachung, sondern dokumentieren in diesem Fall eine Straftat.*

*Über 300 Personen haben bis jetzt Strafanzeige wegen überzogener Polizeibrutalität gestellt. Viele der Geschädigten und betroffenen Personen möchten nun natürlich wissen, wem sie diese Schmerzen zu verdanken haben:*



*Dieser freundliche Herr mit Sonnenbrille hat den Wasserwerfer gefahren und man sieht ihm schon den Spaß an, den er bei seiner Arbeit gehabt hat. Man erkennt keinerlei Reue, obwohl er durch seine Sichtposition wohl die Auswirkungen deutlich sehen konnte.*



*Der Kommandant sitzt auf dem Beifahrersitz und gibt dort die Anweisungen an die beiden Schützen dahinter. Man erkennt immer wieder, wie er Zeichen und "dort hin schießen" an die beiden dahinter durchgibt. Darüber hinaus steuert er den Wasserdruck und ob dem Wasser auch Reiz- und Tränengas beigemischt wird. Gerade, da es massenhafte Meldungen aus der Bevölkerung gab, dass es hier zu Reizungen kam, muss man von Beimengungen ausgehen.*



*Auf diesen Bildern kann man die Schützen des Wasserwerfers erkennen. Obwohl der Lenker des rechten Dachgeschosses leicht verdeckt ist, kann man ihn noch gut erkennen.*



*Diese beiden Herren machten sich vor allem auch dadurch bemerkbar, dass sie gezielt neben den zu räumenden Weg (wie es in der Anweisung der Polizei hieß) schossen und auch auf Wiesen und andere Passanten schossen. Am verwerflichsten finden wir alle die Tatsache, dass gezielt auf Demonstranten in Bäumen geschossen wurde, welche durch einen möglichen Absturz aus mehreren Metern*

*Höhe verletzt werden konnten – Gott sei Dank ist bisher aktuell kein Fall bekannt, dass so etwas geschehen ist.*

*Wer nicht dabei war, kann sich sicherlich keine Vorstellung davon machen, welch eine Gewalt dort geherrscht hat, als die Wasserwerfer gegen die*



*Bevölkerung eingesetzt wurden. Der Wasserdruck, der in der Beschreibung des Fahrzeugmodells genannt wird und der sich aus der Schussweite des Wassers erahnen lässt, sind mehrere zweistellige Bar. Der Durchflussbereich liegt zwischen 400 und 2.000 l/min. Dieser Druck entspricht dem, der normalerweise in der Hausfassadenreinigung verwendet wird und für den als häufigste Verletzungsart Rippenbrüche angegeben werden.*

*Daher ist die Verletzung des Herrn Dietrich Wagner sicherlich als unverantwortliche Leistung des Wasserwerfer-Teams anzusehen. Aber wir bezweifeln sehr stark, dass es hier zu Verurteilungen der Verantwortlichen kommen wird. Es wird mit Sicherheit darauf hinauslaufen, dass gerade dieser Vorfall unter dem Begriff „dumm gelaufen“ einfach im Geschichtsbuch der Vergangenheit abgelegt wird.“*

Jede Medaille hat zwei Seiten. Natürlich sind von den Polizeibeamten in Stuttgart Dinge getan worden, die wir ihnen zu Recht vorwerfen müssen: ein Einsatz gegen ihren Souverän, gegen das eigene Volk.

Nicht der Auftraggeber in den Regierungen ist der Souverän!



Bei dem Schauspiel vor dem „Schlichter“ sah man deutlich, auf welcher Seite die Politik saß – das Volk war allein ...

Doch ich möchte an dieser Stelle auch die Sichtweise eines am Einsatz beteiligten Polizisten veröffentlichen:

Er war mit seiner Hundertschaft mitten im "Kampfgetümmel", sagt Polizeikommissar Thomas Mohr, 48. Ende September und Anfang Oktober, im Stuttgarter Schlossgarten bei den Großdemonstrationen gegen das Bahnprojekts, bei denen Polizeikräfte Wasserwerfer, Schlagstock und Pfefferspray gegen "friedlich demonstrierende Bürger, Kinder, Rentner und brave Schwaben" einsetzten. Ein Schock für den baden-württembergischen Ordnungshüter.

Den Einsatz von Kollegen, den er aus den geschlossenen Reihen seiner Hundertschaft "wie ohnmächtig" mit angesehen hat, kann er bis heute nicht verstehen. 400 Demonstranten wurden dabei verletzt. Er macht ihn wütend, lässt ihn zweifeln.

„Wir werden von der Politik immer mehr missbraucht und verheizt. Zweckentfremdet und benutzt, der Imageschaden für uns Polizisten, die per Treueschwur und Dienstbefehl für die Regierung den Kopf da draußen auf der Straße hinhalten müssen, ist durch Stuttgart enorm“, schimpft der Mannheimer Beamte mit 25 Jahren Einsatzerfahrung. „In Stuttgart wackelte die Demokratie. Das darf nie wieder passieren.“

Als "Kinderschänder", "Blutbullen" und "Erfüllungsgehilfen" haben Stuttgarter Demonstranten ihn und die anderen seiner mit Absperraufgaben betrauten Hundertschaft an den ersten Oktobertagen nach den gewaltsamen Polizeiübergriffen beschimpft. Eine Rentnerin, gepflegt, gut gekleidet, augenscheinlich keine „Berufsdemonstrantin“, habe ihm vor lauter Wut über das Geschehene den Ellenbogen in den Bauch gerammt. „Das hat mir körperlich nicht wehgetan, doch es hat mich innerlich tief getroffen“, sagt der kritische Kommissar, der in seiner Freizeit Kinder- und Jugendbetreuer ist und sich ehrenamtlich für die Gewerkschaft der Polizei engagiert.



Werde er noch einmal Zeuge einer solchen "Gewaltorgie", bekomme er gar selber den Befehl, gegen friedliche Demonstranten den Schlagstock einzusetzen, werde er von dem in den Beamtenstatuten definierten **Remonstrationsrecht** (*Pflicht!!!*) Gebrauch machen: Nach Vorschrift des Beamtenrechts muss der Beamte dienstliche Handlungen auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Hat er Bedenken gegen eine Weisung, kann er seinen Vorgesetzten gegenüber remonstrieren, gegen die Ausführung der Weisung Einwände erheben.

Remonstrierer werden bei Beförderungen gerne übergangen, gelten als Querulanten, weiß Thomas Mohr: „Doch die Situation in diesem Herbst ist so ernst, sie erfordert auch aus den Reihen der Einsatzkräfte Beamte, die den Mund aufmachen. Was in Stuttgart passiert ist, war falsch. Ich war dabei. Ich schäme mich dafür.“

Als seine Einheit nach Stuttgart verlegt werden sollte, stellte er einen Urlaubsantrag, weil er den Einsatz nicht mittragen konnte. Und wollte. Er

hat verwandtschaftliche Beziehungen nach Stuttgart. Er ist auch ein Bahnhofsgegner.

*„Ich weiß, dass wir bei brisanten Großdemos verdeckt agierende Beamte, die als taktische Provokateure, als verummte Steinewerfer fungieren, unter die Demonstranten schleusen. Sie werfen auf Befehl Steine oder Flaschen in Richtung der Polizei, damit die dann mit der Räumung beginnen kann. Ich jedenfalls bin nicht Polizist geworden, um Demonstranten von irgendwelchen Straßen zu räumen oder von Bäumen runterzuholen. Ich will Gangster hinter Gitter bringen“,* erklärt er, wohl wissend, dass Karrieren junger Polizisten nur durch die Einsatzhundertschaften gehen, die auch er durchlaufen muss.

Schlimm sei es für ihn in Stuttgart gewesen, sich beschimpfen zu lassen als "staatshöriger Vollstrecker" und "vorausseilender Gehorsamer". Das tue weh, frustriere und sei nicht gut fürs innere Gleichgewicht: *„Ich erkenne mit mehr als nur Magengrummeln, dass der Staat, dem ich diene und der mich damit beauftragt, Recht und Gesetz durchzusetzen, selbst in seinen inneren Strukturen immer weniger freiheitlich und demokratisch ist.“*

Bei aller Wut gegenüber den ausführenden Polizisten sollten diese einsichtigen Worte doch auch nachdenklich stimmen. Denn unter den Polizisten gibt es auch noch Menschen mit einem Gewissen, die gern anders handeln würden. Aber erst wenn diese ihr Gewissen wieder entdecken und mutig NEIN zu den von ihnen verlangten Gewalttaten sagen, wird ein Dialog möglich sein.

### **Reaktion der Bundesregierung:**

*„Die Bundesregierung will einem Zeitungsbericht zufolge die Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großprojekten sehr stark einschränken. Dies ergebe sich aus dem Entwurf des Innenministeriums für ein Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren.*

*Der heikelste Punkt sei die darin vorgesehene Regelung, dass die Behörden künftig von einem öffentlichen Erörterungstermin absehen könnten. Bei Großvorhaben mit einer großen Zahl von Gegnern sei eine solche Veranstaltung kaum noch zu handhaben. Die Behörden würden diese Möglichkeit verantwortungsvoll nutzen und den Verzicht nicht zum Regelfall machen.“*

Zukünftig werden sie also kaum noch etwas davon mitbekommen, was geplant und durchgeführt werden soll. So begegnet man dem Widerstand des Souveräns natürlich sehr wirksam:

## Man handelt hinter verschlossenen Türen!

Doch nun noch zu einem weiteren schlimmen Vorfall, der sich schon kurz nach Stuttgart ereignete:

### Anti-Castor-Demo im Wendland

Die Politiker von CDU und FDP waren entsetzt, die Polizeigewerkschaften empörten sich, den Redakteuren der Springer-Presse trat Schaum vor den Mund: Die Proteste gegen den Castortransport nach Gorleben haben nach ihrer Meinung wieder einmal bewiesen, dass Demonstrationen gegen staatliche verordnete Großprojekte von verummten Chaoten genutzt werden, um Gewalttaten zu begehen. Bild titelte gar: „*Jetzt droht Straßenterror*“. Dagegen hilft nur, man ahnt es schon, noch mehr Polizei.

Dummerweise war aber alles ganz anders: Die Gewalt ging nämlich von den Uniformierten aus, die sich wie schon bei den Protesten gegen den Bahnhofsumbau in Stuttgart eher als Bürgerkriegstruppe, denn als „Freund und Helfer“ präsentierte.

ATTAC kritisierte, dass Beamte „*mit Tränengas, Schlagstöcken und Pferden*“ gegen Demonstranten vorgingen. Die „Bürgerinitiative Umweltschutz“ sprach von einer regelrechten „*Jagd auf Demonstranten*“.



Kornelia Möller ist Bundestagsabgeordnete der Fraktion Die Linke und hat an den Demonstrationen im Wendland teilgenommen.

In einem Interview wurde sie gefragt, was sie vor Ort beobachten konnte:

*„Ich habe gesehen, wie die Beamten Menschen, die schon auf dem Boden lagen, **geschlagen, getreten und bespuckt** haben. Bespuckt! Das ist Verachtung und Erniedrigung pur.*

*Als ich versuchte, mit meinem Ausweis des Deutschen Bundestages zu Verletzten durchzukommen, wurde ich angebrüllt, ich solle abhauen – und ich wurde tätlich angegriffen. Ein Polizeibeamter hat mich so geschubst, dass ich hingefallen wäre, wenn mich nicht der Mitarbeiter eines Abgeordneten-Kollegen aufgefangen hätte.*

*Nur weil wir so hartnäckig waren, konnten wir den Verletzten schließlich mitnehmen. Es ging ihm richtig schlecht, er hatte Kreislaufprobleme und Atembeschwerden durch das Reizgas. Zeitweise war der ganze Wald an diesem Streckenabschnitt voll davon. Und die Polizei hat mit Pferden eine regelrechte Treibjagd auf uns gemacht. Wir wurden durch den Wald gejagt wie Wildschweine.*



*Die Aktivisten blieben trotzdem absolut gewaltfrei und versuchten, sich mit Strohsäcken gegen die Schlagstöcke zu schützen. Nach der bundesweiten Empörung über den „Stuttgart-21“-Einsatz hätte ich nicht gedacht, dass es kurz darauf noch einmal einen Polizeieinsatz geben würde, bei dem die Demokratie derart mit Füßen getreten wird.“*

Bei den Gewalttätern in Uniform handelte es sich aber nicht nur um deutsche Beamte. Der Berliner Rechtsanwalt Christoph Müller stellte gegen einen französischen Polizisten der berüchtigten Eliteeinheit CRS Anzeige wegen Amtsanmaßung und Verstoßes gegen das Waffengesetz.

*„Der hatte da überhaupt nichts zu suchen“, sagte Müller in einem Interview. „Was der da gemacht hat, war genauso absurd, als wenn er sich im Urlaub bewaffnet und uniformiert auf eine Kopenhagener Kreuzung stellt, um den Verkehr zu regeln.“ Müller berichtete, er habe auch Polizisten gesehen, die auf dem Rücken die Aufschrift „Policija“ trugen. „Welcher Nationalität die waren, konnte ich nicht erkennen.“*

Und so werden immer stärker europäische Einheiten (ganz im Sinne des „Lissabon-Vertrages“) in Deutschland eingesetzt, da man bei dem Einsatz dann nicht mit Hemmschwellen gegenüber der Bevölkerung rechnen muss.

Aber auch der Großteil der deutschen „Beamten“ hat schon lange keine Vorbehalte mehr, willkürliche und unrechtmäßige Maßnahmen gegen Mitbürger durchzusetzen!

Zwei Augenzeugenberichte:

*„Protokoll zum Hausfriedensbruch vom 04.05.2010:  
Gegen 10:00 Uhr klingelte ein Polizist, Herr Seifarth. Ich sollte herunter kommen. Ich erwiderte, ich müsse mich erst bekleiden. Drei andere drangen unaufgefordert in mein Grundstück ein. Zum Ankleiden kam ich nicht. Ich war im Schlafanzug. Die vier Herren standen plötzlich in meiner Küche ... Zwei Polizisten und zwei Herren vom Zoll. Ein Zöllner bezeichnete sich als Beamter. Nach Aufforderung zeigte er mir kurz einen Dienstausweis. Den kompletten Namen konnte ich mir in der Kürze des Vorzeigens nicht notieren. Es wurde jedwede Legitimation sowie der Nachweis der Körperschaft des öffentlichen Rechts verweigert. Alles unter Polizeischutz. Generell bekam ich den Mund verboten und sollte sie nur ihre Arbeit machen lassen. Ich bekam einen Zettel ausgehändigt, welcher als Ausfertigung eines nicht rechtswirksamen ‘Beschlusses’ zu erkennen war. Ich fragte Herrn Lippold (Polizist), wo denn die richterliche Unterschrift*

sei. Antwort: 'Hier ist doch ein Stempel, der genügt.' Ich: 'Davon abgesehen, dass hier Stempelmissbrauch betrieben wird (wir sind Freistaat Thüringen), gestempelt wurde mit Thüringen, erkenne ich keine Unterschrift.' Für die Polizei ist das in Ordnung. Mehrmalige Hinweise darauf und die Aufforderung, mein Grundstück zu verlassen, sowie Haus und Grundstücksverbot wurden ignoriert. Auf meine Frage, was man eigentlich suche, erwiderte ein Zöllner: 'Na Geld!' Ich war hilflos der terroristischen Übermacht ausgeliefert. Ein unabhängiger Zeuge wurde nicht zugelassen. Ich hatte keine Möglichkeit, die mir vorgelegten Papiere zu sichten. Man kam sofort zur Sache und riss meine Schränke auf. Eine Möglichkeit der Kontrolle der Durchsuchung war nicht gegeben, da man sich flugs im ganzen Haus verteilte. Das heißt, wir waren teils über drei Etagen getrennt. Alles unter Polizei'schutz! Ich sollte zum Schluss noch ein Protokoll unterschreiben, welches ich aber nicht lesen durfte. Meine Ehefrau erschien dann, welche noch einen Nervenzusammenbruch erlitt. Es ist anzumerken, dass auf dem sog. „Beschluss“ der Bescheid der ARGE Gera erwähnt wird. Und schon wird aus der ARGE SGB II ein Gericht. Eine Rechtsmittelbelehrung fehlt gänzlich. Nachdem die Polizisten eine Überprüfung des Halters eines PKW, welcher auf meinem Hof parkte, durchführten, verließen sie das Grundstück. Der PKW ist auf meinen Sohn zugelassen. Kommentar: Wo sind meine Menschenrechte?"

Die stehen nur im ohnehin unwirksamen Grundgesetz ...

„Hallo Antimonopolfreunde,  
in der schönen Uckermark zwischen Schwedt und Angermünde war heute, am 28.04.2010, eine so genannte 'Vollzieherin' um 20,00 Euro für angebliche Schornsteinfegertätigkeiten einzutreiben. Die Dame konnte sich nicht ausweisen. Den Sachverhalt wollten die hinzu gerufenen Polizisten auch nicht klären. Nach über einer Stunde hat die so genannte 'Vollzieherin' den Ort verlassen. Danach übersprangen 6 der 8 inzwischen anwesenden Polizisten den Gartenzaun und fielen über die Hausbewohner und deren Gäste, drei fast 60 Jahre alte Männer und ein Kleinkind (ca. 2 Jahre), welches von der Mutter noch schnell in Sicherheit gebracht werden konnte, in prügelnder Weise her. Ein Gast, ein 59 Jahre alter Mann, musste mit dem Krankenwagen nach Schwedt ins Krankenhaus gebracht werden ...“

Prügelnde Polizisten? Willkürliche Gewalt gegen alle Altersgruppen und auch völlig Unbeteiligte?

Einige von Ihnen werden das kaum für möglich halten. Es ist aber leider grausame Realität in Deutschland und kommt nicht nur vereinzelt vor, wie Sie auf der nächsten Seite sehen können:



## Kurz notiert

### Beschwerden über Polizisten

**Magdeburg (red).** In Sachsen-Anhalt haben sich in den vergangenen Monaten 220 Bürger über die Arbeit der Polizei beschwert.

Das teilte das Innenministerium ein halbes Jahr nach der Gründung der Zentralen Beschwerdestelle mit. Viele der Eingaben richtete sich gegen den Umgangston, den Polizisten an den Tag gelegt haben. In vier Fällen ergab sich der Anfangsverdacht einer Straftat durch Beamte.

Wie Sie an der nebenstehenden Grafik erkennen können, kommt es tatsächlich auch mal zu einer Veröffentlichung zu der Thematik „Beschwerden über Polizisten“. Tatsächlich verharmlost dieser Artikel aber nur: Es kommen Gewalttaten, die vorher beschrieben worden sind, gar nicht zur Sprache.

Dies liegt zum einen daran, dass Anzeigen gegen die prügelnden Mitglieder der Polizei nicht verfolgt oder einfach nicht aufgenommen werden. Oft wird eine Identifizierung unmöglich gemacht, die Kollegen decken sich gegenseitig.

Da die Polizei vorwiegend die Interessen der politischen Kasten durchsetzt, haben Polizisten „von oben“ auch kaum etwas zu befürchten. Bestrafungen sind politisch nicht gewollt.

Da es also nicht zu erwarten ist, dass in Deutschland eine wirksame Aufklärung und Bestrafung der Täter stattfinden wird, greift mittlerweile „Amnesty International“ dieses Thema auf:

### **DAS AUSMASS VON BESCHWERDEN WEGEN MISSHANDLUNG GEGEN DIE POLIZEI IN DEUTSCHLAND**

*„Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts gab es keine offiziellen Daten darüber, wie viele Menschen Anzeige wegen Misshandlung oder unverhältnismäßiger Gewaltanwendung erstatten. Erst seit dem 1. Januar 2009 sind die Staatsanwaltschaften dazu verpflichtet, über strafrechtliche Ermittlungen bei bestimmten von Polizisten während der Amtsausübung begangenen Straftaten Statistiken zu führen.*

*Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts waren die Daten für das erste Jahr noch nicht veröffentlicht. Die polizeiliche Kriminalstatistik führt dagegen nach wie vor nicht auf, wie viele Ermittlungen gegen Polizisten wegen Körperverletzung, Nötigung oder Bedrohung im Amt durchgeführt wurden.“*

Selbst „Amnesty International“ ist es also nicht möglich, genaue Zahlen zu ermitteln. Das Unterdrücken der Wahrheit funktioniert.



Heranstürmende Polizei-  
beamte beim G8-Gipfel in  
Heiligendamm.

Fotografiert von der  
Fotojournalistin KI, bevor  
sie von einem oder  
mehreren der Beamten  
mutmaßlich mit Schlag-  
stöcken geschlagen  
wurde.

Juni 2007

*Sehen so Freunde  
und Helfer aus?*

## **DIE ANWENDUNG VON GEWALT**

*„Gewaltanwendung und Schusswaffengebrauch durch Polizeibeamte ist durch internationale Menschenrechtsbestimmungen geregelt. Der 1979 von der UN-Vollversammlung verabschiedete UN-Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen erklärt genau, in welcher Form Gewalt angewendet werden darf. In Artikel 3 des Verhaltenskodexes heißt es:*

*„Beamte mit Polizeibefugnissen dürfen Gewalt nur dann anwenden, wenn dies unbedingt notwendig ist, und nur in dem Maß, wie es die Ausübung ihrer Pflichten erfordert.“*

Aussagen von Opfern:

*„Dieser Polizist war dann über mir und hat mir mit einem Schlagstock in die Seite geschlagen, drei- oder viermal. Der vierte war der heftigste Schlag. Da zerbrach etwas in mir – wie ich später erfahren musste, war es eine Rippe.*

*Ich fühlte mich hilflos. Ich lag da und war der Gewalt dieses Mannes vollkommen ausgeliefert. Noch heute empfinde ich eine tiefe Hilflosigkeit, weil es nicht möglich war, die fraglichen Polizeibeamten ausfindig zu machen und für ihr Fehlverhalten zur Verantwortung zu ziehen.“*

*„Ich hörte, wie etwas zu Bruch ging, verspürte einen Schlag auf meine Schulter, dann auf die Stirn und dann auf den Hinterkopf. Dann verlor ich das Bewusstsein.“*

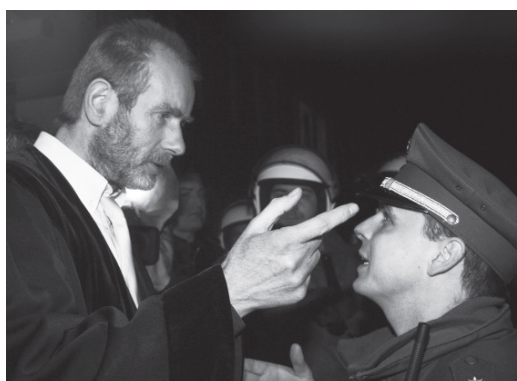
Die angewendete Brutalität ist unvorstellbar skandalös - genau wie der Sachverhalt, dass die Täter straffrei blieben!

## **SCHWIERIGKEITEN BEI DER IDENTIFIZIERUNG DER POLIZEI-BEAMTEN**

*„Einige Misshandlungsvorwürfe sowie einige Fälle unverhältnismäßiger Gewaltanwendung im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen bei Demonstrationen konnten nicht aufgeklärt werden, weil es nicht möglich war, den mutmaßlichen Täter zu identifizieren.“*

Aussage eines Opfers:

*„Warum alle tatbeteiligten Polizisten nichts gesehen haben wollen, weiß ich nicht. Ich kann das kaum glauben, denn ich denke, die Polizisten selbst haben ein falsches Verständnis davon, was es heißt, Polizist zu sein. Sie sollen die Bürger schützen und nicht ihre Kollegen.“*



Der Richter Manfred Steinhoff spricht im Dezember 2008 vor dem Landgericht in Dessau am Rande des Prozesses um den Tod von Oury Jalloh mit Polizisten. Die beiden angeklagten Polizisten wurden knapp vier Jahre nach dem Tod des Asylbewerbers freigesprochen. Im Gerichtssaal kam es zu Tumulten.

*Sieht so denn eine **unabhängige** Justiz aus? Lügende Polizisten, die gegenseitig ihre Straftaten vertuschen ... widerlich!*

Der Vorsitzende Richter des Landgerichts Dessau sagte in seiner mündlichen Urteilsbegründung am 8. Dezember 2008:

*„Die Freisprüche beruhen nicht darauf, dass wir herausgefunden hätten, was an diesem Tag passiert ist. Das, was hier geboten wurde, war kein Rechtsstaat und Polizeibeamte, die in einem besonderen Maße dem Rechtsstaat verpflichtet waren, haben eine Aufklärung verunmöglicht. All diese Beamten, die uns hier belogen haben, sind Polizeibeamte, die als Polizisten in diesem Land nichts zu suchen haben.“*

(Quelle der Angaben: „TÄTER UNBEKANNT - Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland“ von Amnesty International)

Sicher „hätten“ solche Menschen im Polizeidienst nichts zu suchen. Die Wahrheit ist aber, dass sie dort zahlreich vertreten sind. Halten Sie Ihre Augen offen und dokumentieren Sie die Straftaten von „Amtspersonen“!



## Dokumentierte Gewalt



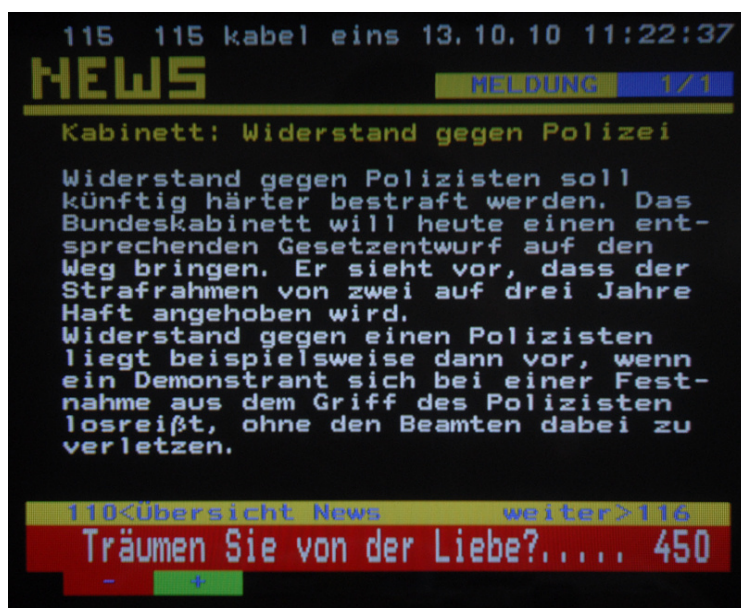
Wer es schon einmal am eigenen Leib erfahren musste, der kennt es:

Üblicherweise tritt ein Überfallkommando auf, welches ausreichen würde, eine Versammlung aufzulösen, um gegen ein einzelnes Opfer vorzugehen: Es wird widerrechtlich auf Grundstücke und in Häuser vorgedrungen, Personen werden angegriffen und verletzt – alles ohne rechtsgültige Beschlüsse und damit rechtsstaatliche Grundlagen.

Das ist nicht zu entschuldigen und willkürliche Gewalt!

Wer sich gegen Gewalt verteidigt, der handelt nicht rechtswidrig! So steht es jedenfalls in den **§ 227 BGB** und **§ 32 StGB**.

Die Politiker wollen das jetzt ändern (siehe Grafik):



Wenn Sie sich also aus einem schmerzhaften Griff eines Polizisten, der Ihnen den Arm verdreht, befreien wollen, was ein normales Verhalten bei Schmerz ist, dann sollen Sie zukünftig bestraft werden!

Sie haben also nur stillzuhalten und jeden Ihnen durch Polizisten zugefügten Schmerz zu erdulden!

## Deutschland im Krieg

*„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen,  
oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“  
John F. Kennedy*

*„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.*

*Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.*

*Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“*

Was sagen Sie denn zu diesen schönen Worten, die vor 20 Jahren der Welt und dem eigenen Volk suggerieren sollten, dass Deutschland mit Kriegen nichts zu tun haben möchte?!

Mittlerweile hat die Realität aber sicher auch den letzten Bürger verstehen lassen, dass auch das wieder nur leere Floskeln waren. Denn obwohl das „Grundgesetz“ Angriffskriege verbietet und die Bundeswehr nur im Inland - und auch dann nur im Verteidigungsfall - eingesetzt werden darf, ist Deutschland mittlerweile an jedem gewinnbringenden Krieg beteiligt.

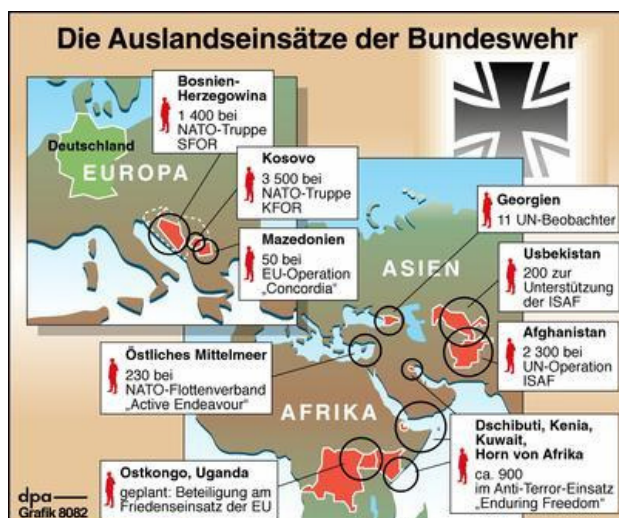


Angela Merkel brachte die neue Vorwärtsverteidigungsdoktrin der deutschen Sicherheitspolitik längst im Bundestag auf den Punkt:

***Deutschland sei im Visier von Terroristen, wie schließlich der vereitelte Anschlag der Sauerlandzelle beweise. Der Terrorismus sei aus Afghanistan nach Deutschland gekommen und nicht umgekehrt – der Bundeswehreinsatz in Afghanistan sei somit eine Reaktion, die im dringenden Interesse Deutschlands liegt.***

*(Zu dem vorgeschobenem Kriegsgrund „Terrorismus“ können Sie mehr im Kapitel „Du bist Terrorist“ erfahren!)*

Es bedarf schon einer gehörigen Portion Unverfrorenheit, den von Deutschland geführten Krieg in Afghanistan als Reaktion auf den vereitelten Bombenbau deutscher Terroristen in spe im Sauerland darzustellen. Merkels verwirrende Logik hat jedoch Kalkül.



Und dabei wird dem Volk nur ein Bruchteil der Informationen über die verschiedenen Kampfeinsätze zugänglich gemacht (siehe die nebenstehende Grafik).

Tatsächlich sind die deutschen Soldaten noch an zahlreichen anderen Kampfeinsätzen beteiligt, wie Sie später in diesem Kapitel noch lesen können. Und dies geschieht nicht ganz freiwillig ...

Zuerst muss man in diesem Zusammenhang wissen, dass die Bundeswehr dem „NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte“ unterstellt ist, welcher natürlich ein Amerikaner ist.

Entscheidungen darüber, in welchem Kriegsgebiet die Bundeswehr eingesetzt wird, trifft also nicht der „Verteidigungsminister“, sondern das US-Militär. Und dies manchmal unter Zuhilfenahme unlauterer Mittel, die dazu dienen, die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen. Doch dazu später mehr.

Für die Höhe des Truppenkontingents, welches für die zahlreichen Kriegseinsätze vorgehalten werden muss, gibt es natürlich auch klare Festlegungen, die von Deutschland erfüllt werden müssen (siehe Grafik).

#### Operative Vorgaben

NATO Response Force	bis zu 15.000 Einsatzkräfte, davon 5.000 in Bereitschaft, 10.000 in Vor- und Nachbereitung
European Headline Goal	bis zu 18.000 Einsatzkräfte
UN Standby Arrangement System	bis zu 1.000 Einsatzkräfte
Rettungs- und Evakuierungseinsätze	bis zu 1.000 Einsatzkräfte

Erhöhungen sind natürlich jederzeit möglich.

Natürlich finden sie diese Themen nicht in den „offiziellen“ Medien, da es einfach Dinge gibt, die vor dem Volk geheim gehalten werden – wie z.B die Wahrheit über das **Kundus-Massaker**. Auch dazu später mehr.



Vorerst führt die Kontrolle der Medien dazu, dass es nur vereinzelte kritische Stimmen wagen, sich gegen die von oben verordnete Doktrin vom „Krieg gegen den Terror“ und von der „Verteidigung der Demokratie am Hindukusch“ zu stellen:

*„Schon wieder gab es einen Angriff auf deutsche Soldaten in Afghanistan, diesmal mit 4 Toten. Wann wacht die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel endlich auf und holt die jungen Deutschen aus diesem sinnlosen und nicht gewinnbaren Krieg heraus ?*

*Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins ‘Der Spiegel’, sind erneut vier Soldaten Deutschlands bei Kampfhandlungen ums Leben gekommen. Weitere fünf sollen schwer verletzt sein.*

*Nach Informationen, die SPIEGEL ONLINE vorliegen, attackierten die Angreifer einen Trupp deutscher, belgischer und afghanischer Soldaten. Ein gepanzertes Fahrzeug vom Typ Eagle IV wurde in der Gegend von Baghlan-i-Jadid getroffen. Dieses Gebiet ist eine Hochburg der Befreiungsarmee der Taliban.*

*Für die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und die Bundesregierung ist jetzt der Punkt erreicht, wo sie ihre jungen Deutschen abziehen sollten. Jeder weitere Tropfen deutschen Blutes für US- amerikanische Interessen ist zuviel vergossen.*

*Jetzt liegt es am deutschen Volk selbst. Wenn es diesen Krieg nicht will, muss es als Souverän mit Massendemonstrationen den Abzug anordnen. Es sollte sich beeilen, bevor wieder der ‘totale Krieg’ ausgerufen wird und Kanzlerin Merkel anfängt vom ‘Endsieg’ zu reden.“*

Aus einem weiteren Artikel:

*„Deutschland: 39 Soldaten für den Opiumanbau geopfert  
Immer mehr Deutsche fragen sich, wofür ihre Soldaten in Afghanistan sterben müssen. Heute wurden erneut Söhne, Väter, Brüder und Ehemänner zu Grabe getragen. Auf der Suche nach der Lösung fördert man Erschreckendes zu Tage.*

*Fazit: Deutsche Soldaten sterben für Heroin und den internationalen Drogenhandel.*

*Das langfristige Ziel dieses Militäreinsatzes ist es, die Taliban von jeder Regierungsgewalt fernzuhalten, um so den beständigen Anbau von Opium und die Produktion von Heroin zu gewährleisten ...“*

*„... Man kann der deutschen Bundesregierung nicht unterstellen, von den gesamten Hintergründen gewusst zu haben, aber sie haben sich von den USA zu Handlangern der Heroinproduktion machen lassen. 39 Soldaten starben nicht für Deutschlands "Sicherheit am Hindukusch" und auch nicht im "Krieg gegen den Terror", sondern schlicht und einfach für Heroin. Das ist eine brutale Wahrheit und in seiner Realität an Absurdität kaum noch zu überbieten.“*

Wie Sie sehen, spielen bei den Kriegen im Nahen Osten ganz andere Gründe eine Rolle: Neben dem ungehinderten Zugang zu den Öl- und Gasvorkommen gilt natürlich auch die Erlangung der Kontrolle über diese Region und das Installieren einer Marionetten-Regierung als wichtiges Kriegsziel.

Und so sterben deutsche Soldaten eben seit über 10 Jahren auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen als gedungene Söldner für amerikanische Wirtschaftsinteressen ...

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie fragen, wann Sie denn das letzte Mal etwas von Osama Bin Laden gehört haben?!



Der böse Super-Terrorist wird als Vorwand wohl nicht mehr gebraucht, jetzt, wo die Taliban im allgemeinen und der einzelne Selbstmordattentäter schon als Gründe ausreichen, die Furcht vor einer imaginären Gefahr in den Köpfen der Menschen entstehen zu lassen. Und diese Geschichte funktioniert gut.

Auch im Erinnern an die einfache Wahrheit **„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit!“** lässt sich für jeden, der es sehen will, feststellen, dass vor jedem Kriegsbeginn ein Lügengebäude aufgebaut wird, welches dazu dient, dem Volk eine Rechtfertigung dafür zu präsentieren:

So waren es beim Irak-Krieg eben Massenvernichtungswaffen und Waffenfabriken, die es dort niemals gab – in Afghanistan war es Osama Bin Laden, der sich dort nicht finden ließ – und im Iran wird es der angebliche Bau von Atomwaffen sein, zu dem der Iran gar nicht fähig ist.

*(Zu dem Thema „Iran“ können Sie mehr im Kapitel „Iran Story“ erfahren!)*

Und nachdem ein Krieg einmal begonnen wurde, erfährt das Volk nur noch geringe Teile der stattfindenden Brutalitäten: nämlich nur noch diejenigen, die sich ohnehin nur schwer verheimlichen lassen. Alles andere wird von der Öffentlichkeit ferngehalten.

Das geht so weit, das die Bundeswehr zum einen die Teilnehmer an den Auslandseinsätzen zur unbedingten Verschwiegenheit über die erlebten Vorkommnisse verpflichtet und andererseits die Briefe der Soldaten an die Angehörigen in der Heimat öffnet und zensiert.

Wenn dann doch einmal Bilder von Massakern in den Kriegsgebieten an die Öffentlichkeit gelangen, ist die Bestürzung in der Politik groß. Dann tun sie so, als wüssten sie von all diesen Dingen nichts. Aber das tun sie eben doch.

Die einen nennen Vorfälle, wie die Videobilder aus dem Cockpit eines US-Kampfhelikopters über Bagdad, die im letzten Jahr von der Internetseite **Wikileaks** aus den verschlossenen Archiven der US-Armee an die Öffentlichkeit gebracht wurden und in denen mindestens 12 irakische Zivilisten vom Bordschützen des Helikopters getötet wurden, dann entsetzt „Kollateralermord“, andere sprechen aufgebracht von „ziellosem Töten“. Bei aller verständlichen Empörung nennt keiner das Geschehen beim Namen: Kriegsalltag im Irak.

Die Reaktionen auf den Film von 2007 belegen nur eines: Im Irak und in Afghanistan führen amerikanische und auch deutsche Soldaten seit vielen Jahren Kriege, deren Realität ihre heimatlichen Gesellschaften erfolgreich ausblenden. Was am Ende auch nicht viel weniger verwerflich ist als das, was die beim offenbar unbeabsichtigten Töten von Zivilisten und Journalisten perfide vor sich hin johlenden US-Piloten über Bagdad tun.

Der Sprecher von Wikileaks sagte zu den Bildern: *„Ich wollte einfach nicht glauben, dass es so leicht ist, eine solche Zerstörung zu entfesseln, wenn nicht einmal klar ist, was genau am Boden vor sich geht.“*

Wirklich nicht?

Was ist Krieg? Soldaten schießen auf andere Soldaten oder Kämpfer, deren Gesichter sie nicht sehen und deren Namen sie nicht kennen. Sie tun es mit Gewehren, Granaten und Raketen, oft über viele Hundert Meter hinweg oder gar einige Kilometer, oft aus der Luft. Sie töten häufig auch Zivilisten, meist ungewollt. Im Zeitalter des asymmetrischen Kriegs ist dies kaum zu vermeiden.

Die Uniformierten werden zwar durch das internationale Kriegsrecht zur Mäßigung angehalten. Aber die Genfer Konventionen bieten auch im 21. Jahrhundert nur einen mageren Schutz gegen die Eigendynamik kriegerischer Gewalt.

So wird die Veröffentlichung des Cockpit-Videos durch die Wikileaks-Reporter unbeabsichtigt zur investigativen Doppelleistung: Sie belegt einerseits, wie brutal die US-Armee im Irak Krieg führt. Vor allem aber entlarvt sie die fahrlässige Gutgläubigkeit des internationalen Publikums in den kriegführenden Nationen angesichts der Militär- und Politik-propaganda.

Dieses eine wenigstens haben die Iraker und Afghanen dem westlichen Publikum voraus: **Sie kennen die Wahrheit seit Jahren!**

Wenn sich nun jemand in den letzten zehn Jahren seit der Invasion Afghanistans im Inneren einmal still gefragt hat, *“Warum mussten unsere Soldaten eigentlich im 21. Jahrhundert plötzlich ein Land in Zentralasien erobern und dann dort zehn Jahre beständig aufrüsten?”*, so wird er selbst am besten wissen, wie die Antwort auf diese bohrende Frage gewesen ist.



Wenn allerdings jemand in den letzten Jahren einmal laut und vernehmlich über diese Frage nachgedacht hat, so war die unmittelbar darauf folgende Antwort einer quasi-religiös agierenden, äußerst aggressiven, kleinen, aber immens einflussreichen Minderheit stets die gleiche:

***“Du sollst nicht denken!”***

Mit nichts sagenden und im Zweifel stets für Krieg und Diktatur nützlichen Hypnosebegriffen wie “präventiv”, “Gefahrenabwehr” und “Antiterror” ließ sich im Land der Dichter und Denker eine ganze Generation lähmen.

Und obgleich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Kriegseinsätze ist, tut sie nur sehr wenig dagegen.

Und so werden deutsche Soldaten zu Söldnern, die fremden Interessen dienen, fremde Länder besetzen und dort die **Besatzer** sind.

Vielleicht sind die Taliban mittlerweile nichts anderes als die tapferen Mudschaheddin, die früher gegen Russland um ihre Freiheit kämpften...

## Weltweite Kampfeinsätze

Weltweit sind derzeit noch immer Tausende Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz. Die Anzahl der Soldaten wird, nicht zuletzt aufgrund amerikanischer Forderungen, seit Jahren stetig erhöht. Und das mit zweifelhaftem Erfolg.

Dazu Klaus Reinhardt, pensionierter Vier-Sterne-General der Bundeswehr:

*„Mit Ausnahme von Ost-Timor und Mazedonien kann keiner der Auslandseinsätze, an denen die europäischen Soldaten in den letzten Jahren beteiligt waren, als Erfolg bezeichnet werden.“*

Sie haben von Ost-Timur noch nie etwas gehört? Sie wissen aus den Medien nur etwas von den Einsätzen im Irak und Afghanistan?

Dann führe ich für Sie zuerst einmal einige Länder auf, in denen deutsche Soldaten an Missionen beteiligt sind oder waren und von denen Sie vielleicht auch noch nie etwas gehört haben:

- |                           |                  |
|---------------------------|------------------|
| • Äthiopien               | • Türkei         |
| • Eritrea                 | • Kambodscha     |
| • Afghanistan             | • Somalia        |
| • Usbekistan              | • Ost-Timor      |
| • Bosnien und Herzegowina | • Mosambik       |
| • Georgien                | • Golf von Aden  |
| • Horn von Afrika         | • Dschibuti      |
| • Indonesien              | • Kuwait         |
| • Kosovo                  | • Mazedonien     |
| • Sudan                   | • Kenia          |
| • Irak                    | • Uganda / Kongo |

Sie sehen also: deutsche Soldaten sind nahezu weltweit vertreten und nutzen jede Gelegenheit, sich an kriegesischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Die Verantwortung dafür, dass wir uns in der Welt als Unterstützer von Aggressoren unbeliebt machen, trägt die Bundesregierung, die jeder amerikanischen Aufforderung, noch mehr Soldaten an noch mehr Kriegsschauplätze zu schicken, gewissenlos nachkommt.

Und das war auch unter „Bundeskanzler“ Schröder so, der zwar immer wieder behauptete, dass wir uns an keinem Krieg beteiligen, aber nach jeder Aufforderung Bushs immer vorbehaltlos deutsche Soldaten entsandte, wie Herr Bush in seinen Memoiren beschrieb.



Natürlich bestreitet Schröder das, aber diese öffentliche Verweigerung (entgegen den Tatsachen) hat ihn ja schließlich auch die Kanzlerschaft gekostet, da Bush diese Art der Politik nicht tolerierte und ihm nahe legte, „*eine andere Lebensplanung*“ anzustreben. Frau Merkel wird es ihm noch heute danken ...

Doch nun wieder zurück zu den Auslandseinsätzen der letzten Jahre:

**1999 unter NATO-Führung Operation „Allied Force“:**

Teilnahme an Luftangriffen im Krieg gegen die Republik Jugoslawien (Kosovo-Krieg, Belgrad)

**1999 – 2000**

Transportflüge und medizinische Versorgung im Rahmen der UN-Mission INTERFET für Ost-Timor

**2001 Operation „Essential Harvest“ in Mazedonien:**

Entwaffnung von albanischen Extremisten, 600 deutsche Soldaten

**2002 – 2003 Operation Enduring Freedom in Kuwait:**

Schutz der kuwaitischen Bevölkerung durch ein ABC-Abwehrbataillon

**2003 Operation „Concordia“ in Mazedonien:**

Sicherung von EU- und OSZE-Beobachtern

**2003 Operation „Artemis“:**

Versorgung von Truppen in der Demokratischen Republik Kongo über Uganda aus

**Januar – März 2005 Humanitäre Hilfe in Indonesien:**

Einsatz von Sanitätskräften, MEDEVAC-Flugzeugen und dem Einsatzgruppenversorger „Berlin“

**Juli 2006 – November 2006 Bundeswehreinsatz im Kongo:**

Entsendung von bis zu 780 Soldaten, davon 500 Einsatz- und 280 Unterstützungskräfte

**Dezember 2004 - Dezember 2007 AMIS Sudan:**

Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten

Ab 31. Dezember 2007 als **Operation UNAMID**

**2000 – August 2008: VN-Beobachtermission UNMEE:**

Äthiopien und Eritrea zur Überwachung

**1994 – September 2009 VN-Beobachtermission UNOMIG:**  
Georgien zur Überwachung

**1999 – unter NATO-Führung KFOR (Kosovo Force):**  
derzeit 1.500 deutsche Soldaten  
(bis 8.500 Deutsche Soldaten möglich)

**2001 – unter NATO-Führung Operation ACTIVE ENDEAVOUR:**  
Mittelmeer gegen terroristische Bedrohungen  
Seit 2004 durch Einsatzflotten der NATO SNMG 1 oder SNMG 2

**Seit Januar 2002 unter US-Führung Operation Enduring Freedom:**  
Kampf gegen den Terrorismus mit bis zu 4.900 deutschen Soldaten

**Seit Januar 2002 ISAF-Einsatz in Afghanistan:**  
Unter GBR (ISAF 1), TUR (ISAF 2) und GE/NL Kommando (ISAF 3)  
Seit ISAF 4 unter NATO-Führung  
Seit 5. April 2007 zusätzlich 6 Aufklärungsflugzeuge der Luftwaffe  
Derzeit 3.280 deutsche Soldaten (4.500 deutsche Soldaten möglich)

**Seit Dezember 2004 unter EU-Führung EUFOR:**  
Bosnien und Herzegowina (2.400 Deutsche Soldaten möglich)

**Seit April 2005 UNMIS (United Nations Mission in Sudan):**  
Überwachung Süden und Osten des Sudans

**Seit Juni 2005 regelmäßige Kontingente Air Policing Baltikum:**  
Jagdflugzeuge (F-4F Phantom II oder Eurofighter)

**Einsatz in Kambodscha ohne Mandat des Bundestages:**  
2006 zwei Militärberater  
2007 14 Militärs  
2008 54 Militärs

**Seit September 2006 UNIFIL II:**  
Seeraumüberwachung und Landkomponenten zur Unterstützung der libanesischen Kräfte  
1.400 Soldaten (2.400 Deutsche Soldaten möglich)

**Ab 2008 UNAMID:**  
(United Nations and African Union Mission in Darfur)  
Verstärkung und Durchführung von **UNAMID**

## **Ab Dezember 2008 EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta:** Schiffe und 1.400 Soldaten

Die vorstehende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll Ihnen nur verdeutlichen, dass es deutlich mehr Einsätze gibt, als Sie regelmäßig aus den Medien erfahren.



### **Uran-Munition**

Bei den vorgenannten Einsätzen kommt es in den Kriegsgebieten zwangsläufig auch zu Kampfhandlungen. Da dies wohl nun auch von den Politikern nicht mehr zu verschweigen ist, spricht man in Berlin mittlerweile von „*kriegsähnlichen Zuständen*“ in den Kampfgebieten.

Und was für Zustände herrschten denn dort in den letzten 10 Jahren?

Die deutschen Truppen werden in ihren Einsätzen von den Amerikanern mit neuester Kriegstechnik ausgestattet. Eine dieser Waffentechniken ist die Uran-Munition, die über ausgezeichnete zerstörerische Eigenschaften verfügt:

Die panzerbrechende Wirksamkeit von angereichertem Uran (Depleted Uranium, DU) beruht einerseits auf der hohen Dichte des metallischen Urans (diese ist 1,7-mal größer als die Dichte von Blei), andererseits darauf, dass das metallische Uran sich beim Aufprall auf die Panzerplatte von selbst entzündet und bei 3000 °C zu Uranoxidstaub verbrennt, wobei die Panzerplatte durchschmolzen wird.

Die dabei entstehenden submikroskopisch kleinen Aerosol-Partikel aus Uranoxid und organischen Giftstoffen können durch Luftbewegungen mehr als 100 km weit verbreitet werden. Durch Einatmen oder

Nahrungsaufnahme gelangen diese winzigen Teilchen in den menschlichen Körper und bilden Depots in den Lymphknoten, von wo aus sie jahrelang ihre toxische Wirkung entfalten.

Außerdem sind 40 % des DU-Staubes wasserlöslich und gelangen so auch ins Trinkwasser.

In der Lunge werden die DU-Staubteilchen an die roten und weißen Blutzellen angelagert und gelangen in alle Organe des Körpers, auch ins Gehirn, in die Niere und in die Hoden, so dass in vielen Organen Krebs entsteht und besonders die Erbsubstanz DNA irreversibel geschädigt wird.

Schauerliche Missbildungen von neugeborenen Kindern der Kriegsveteranen sind die Folge. Bereits der zweite Golfkrieg von 1991 hat in den USA und in Großbritannien unter den damals beteiligten Soldaten 66.000 DU-Krüppel zurückgelassen, viele sind bereits unter Qualen gestorben. Noch viel größer ist die Zahl der Opfer unter den Irakern. Die wahrscheinlich noch größeren Zahlen der Opfer des letzten Golfkriegs von 2003 sind noch nicht bekannt ...

Lesen sie dazu einen Beitrag von Christoph Hörstel:

***„Deutsche Leihsoldaten im Irak-Krieg verstrahlt – Mitwirkung bei US-Einsatz von Uranbomben in Afghanistan durch Tornado-Aufklärer***

*In einem Krankenhaus in Deutschland liegt ein Bundeswehrsoldat (hoher Unteroffiziersrang) mit einer erstaunlichen militärischen Karriere: Im Frühjahr 2003 wurde ihm in Aussicht gestellt, er könne seine Beförderungschancen verbessern, indem er aus der Bundeswehr offiziell ausscheide, bei den US-Truppen anheuere, mit diesen in den Irak-Krieg zöge – und später wieder zur Bundeswehr (Heer/Infanterie) zurückkehre.*

***Ein Infanterie-Zug der Bundeswehr als US-Kanonenfutter im Irak***

*Nach Aussagen des Unteroffiziers war es ein kompletter Zug von Soldaten der deutschen Bundeswehr (Zugstärke normalerweise zwischen 50 und 70 Mann), der im März 2003 loszog – und im Irak-Krieg an der Seite von US-Truppen dort eingesetzt wurde, wo Strahlenschäden zu erwarten waren.*

Nach Aussagen des erkrankten Unteroffiziers kam es dadurch anders als im Vorgespräch mit Bundeswehrvorgesetzten angeboten: Im Anschluss an den Dienst im Irak verstarb die Hälfte seiner deutschen Kameraden dieser deutsch-amerikanischen Sondertruppe an Krebs, offenbar verursacht durch Strahlung.

Die Bundeswehr habe ihm, so sagt der überlebende Bundeswehrzeuge, zwar auch – wie allen anderen – nach Beendigung seines US-Auftrages die Rückkehr in die Bundeswehr angeboten, doch wegen seines Zustands sei ihm zunächst die Wiederaufnahme in die Bundeswehr und damit auch jegliche Fürsorge verweigert worden – und erst später habe die Bundeswehr diese Entscheidung zurückgenommen, sich um ihn gekümmert und ihn versorgt.

Die Aussage dieses Soldaten ist auch insofern von Bedeutung, als in Erwägung gezogen werden muss, dass zum Zeitpunkt dieser leihweisen Überlassung von Mannschaften an die US-Streitkräfte die Bundesregierung Schröder unter hohem Druck der USA stand, da sie offiziell die Teilnahme deutscher Soldaten am Irak-Krieg strikt abgelehnt hatte. Diese Ablehnung wurde seinerzeit innenpolitisch (Schröder gewann dadurch die Wiederwahl 2002) und außenpolitisch stark beachtet. Deshalb ist als wahrscheinlich anzusehen, dass die Soldaten, um die Regierung Schröder nicht völlig zu diskreditieren, den komplizierten Weg des Ausscheidens aus der Bundeswehr und des späteren Wiedereintritts wählen mussten, das Ganze bei strikter Verpflichtung zur Geheimhaltung.

Doch es gibt neben dem Vorwurf des politischen Falschspiels einen womöglich noch schwerer wiegenden Gesichtspunkt: Es ist nun kaum anzunehmen, dass die Führungsspitzen beider Armeen nicht wussten, welcher Art der Einsatz der «Leihsoldaten» sein sollte. Mit Sicherheit war er geeignet, US-Truppenteile von derart verlustreichen militärischen Operationen zu entlasten. Das Problem der US-Streitkräfte mit dem «Golfkriegssyndrom» (Strahlenschäden bei Militärpersonal aus der Operation «Desert Storm» von 1991, dem zweiten Golfkrieg anlässlich der Besetzung Kuwaits durch die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein) ist hinlänglich bekannt, immer noch sind Tausende Schadenersatzansprüche ungeklärt.

Daraus ergibt sich hier die Frage, ob diese Soldaten bewusst in einem Himmelfahrtskommando «verheizt» wurden in einer Art menschenverachtendem Tausch gegen das Ausbleiben weiterer Repressalien durch die USA gegen Deutschland wegen der offiziellen



deutschen Verweigerungshaltung. Dabei ist klar festzuhalten: Der Bundesregierung war zum Zeitpunkt der Verwendung ihres Unteroffiziers im Irak sehr wohl bewusst, wie gefährlich die von US-Truppen verwendete DU-Munition (DU = Depleted Uranium) ist, auch für die eigenen Leute. Das beweist der folgende Fall.

### Schießbuch Rajlovac

Dem Autor liegt komplett (in Fotokopie) das Schießbuch eines Bundeswehrsoldaten vor, der 2001 im Feldlager Rajlovac bei der Sfor in Bosnien-Herzegowina Dienst tat. (Jeder Soldat der Bundeswehr muss ein Schießbuch führen, in das seine Schießübungen von den jeweils Beaufsichtigenden eingetragen werden.)

Wenn es noch einen Zweifel daran gibt, dass Bundesregierung und Nato wissen, dass Uranmunition gefährliche Schäden verursacht, in Bosnien-Herzegowina Uranmunition verwendet wurde, dann wird der beigefügte Auszug aus dem Schießbuch eines Bundeswehr-Soldaten, der im Jahre 2001 im damaligen Sfor-Feldlager Rajlovac (bei Sarajevo) Dienst tat, diesen Zweifel endgültig widerlegen (siehe Bild).

Denn dort steht (auf S. 25 des Schießbuches eingeklebt):

«Die Teilnahme an der Ausbildung Maßnahmen zur Vorsorge und zum Schutz gegen Depleted Uranium Munition (DU-Munition) wird bestätigt. Rajlovac, (Tag und Monat zum Informantenschutz geschwärzt) 2001, unleserliche Unterschrift, OFW (= Oberfeldwebel)»

Darunter werden die Prüfwerte für die Dichtigkeit der Gasmaske des Soldaten («Grösse 3 – Brille: JA») angegeben (wiederum zum Informantenschutz geschwärzt).

Für weitere Eintragungen

25

Die Teilnahme an der Ausbildung  
Maßnahmen zur Vorsorge und zum  
Schutz gegen Depleted Uranium  
Munition (DU-Munition) wird  
bestätigt

Rajlovac, [redacted] 2001

Dichtigkeitsprüfung

Größe Maske: 1 2 3 Brille: JA / NEIN

Prüfung am: [redacted]

Geprüfter Wert: [redacted]

Geprüft durch: [signature]

### Opfer von Uranmunition in Afghanistan

Es gibt eine Menge Verbrechen und Skandale rund um den Krieg in Afghanistan, doch die womöglich folgenreichsten sind noch gar nicht genügend erforscht: Die Rede ist von schwersten gesundheitlichen Schädigungen, einschließlich Schäden am Genmaterial, bei Afghanen bis hin zur Säuglingssterblichkeit auf Grund schwerster Missbildungen durch den Einsatz von Uranwaffen seitens der USA.

*Dass ein solcher Einsatz auch gegenwärtig noch erfolgt, erklärt Prof. Dr. Albert Stahel, Dozent für Strategische Studien am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Er schätzt, etwa die Hälfte aller in Afghanistan eingesetzten Bomben seien Uranbomben.*

*Die USA bestreiten bisher, in Afghanistan Uranmunition eingesetzt zu haben. Forschungsergebnisse bei den Opfern von Prof. Dr. Asaf Durakovic weisen jedoch darauf hin, dass diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht. Außerdem meldet das amerikanische «Air Force Print News Today» in aller Offenheit auch aktuell in diesem Jahr immer wieder den Einsatz von Uranwaffen.*

*Die betroffenen Menschen leiden z.T. extrem unter den bekannten Folgewirkungen, schwerstgeschädigte Kinder sterben in den Hospitälern z.T. nur wenige Tage nach der Geburt unter furchtbaren Schmerzen.*



*Der in den USA lebende gebürtige Afghane Dr. Mohammad Daud Miraki erklärte mir bei Übergabe des beigefügten Bildmaterials (aufgenommen am 13. März 2006 im Malalai Women Hospital, Kabul, durch Dr. Miraki, der auch ein Video von dem abgebildeten unbekannten Kind erstellte), dass alle Beteiligten nicht nur um ihre Karriere, sondern um ihr Leben*

*fürchten müssten, wenn sie sich an Untersuchungen von Schäden beteiligen, die einen Uranwaffen-Hintergrund vermuten lassen.*

*Konkret führte Dr. Miraki an:*

*Eltern wollen ihre Namen und die ihrer möglicherweise geschädigten Kinder nicht nennen, Ärzte wollen sich an Untersuchungen nicht beteiligen, Klinikleitungen wollen diese Untersuchungen nicht anordnen.*

*Vergessen ist der Eid des Hippokrates, der verlangt, dass alles getan wird, um lebensverlängernde Maßnahmen durchzuführen, vor allem gehört dazu selbstverständlich eine treffsichere und nachprüfbare Diagnose.*

*Eine rasche Stichprobe bei der deutschen Leitung eines deutsch finanzierten Hospitals in Kabul, die dort seit über zehn Jahren erfolgreich arbeitet, ergab, dass man auch dort Repressionen befürchtet, falls sich das Hospital an der Verifizierung des Verdachts auf Uranschäden beteiligt. Eine solche Reaktion aller Betroffenen muss zwangsläufig verschiedene Schuldvermutungen schüren:*

*Die repressiven politischen Mächte wissen um ihre Verbrechen und suchen sie mit allen Mitteln zu vertuschen.*

*Wissenschaftlich begründete Zweifel an der Gefährlichkeit von Uranwaffen sollen vielfach nur dazu dienen, die Uranwaffen-Anwender reinzuwaschen.*

*Schließlich hat sich die tägliche Truppenpraxis nicht nur bei der Bundeswehr längst entschieden, Uranwaffen aller Art als gefährlich einzustufen – und damit in Berührung kommendes Personal vor diesen Gefahren durch Gegenmaßnahmen wie beschrieben zu schützen.*

### *Die Folgerungen*

*Zum früheren Verteidigungsminister Struck ist zu sagen, dass er Schuld auf sich geladen hat, weil er Angehörige der Bundeswehr dazu anhalten ließ, sich am Irak-Krieg ohne den grundgesetzlich dafür zwingend vorgeschriebenen Bundestagsbeschluss zu beteiligen. Erschwerend hinzu kommt das trickreiche Vorgehen durch die vorübergehende Außerdienststellung bei der Bundeswehr, das als betrügerisch betrachtet werden kann. Schließlich waren die Betroffenen noch Bundeswehrsoldaten, als sie erstmals über ihre US-Verwendung aufgeklärt wurden.*

*Der Einsatz von Uranwaffen ist ein Bruch von Menschen- und Kriegsvölkerrecht erster Güte. Die Bundesrepublik Deutschland ist daran zwar nicht direkt durch eigene Anwendung beteiligt, jedoch durch vielfältige Mitwirkung (Isaf, Tornado, OEF) und Unterstützung der Beschuldigten (USA) entsteht eine durchaus justitiable Beihilfe-Situation. Unter diesen Umständen müsste es sich geradezu verbieten, dass dieser Bundestag die Regierungsvorlage zur Mandatsverlängerung Isaf/Tornado bedingungslos unterstützt, weil dies weitere Uranwaffenverwendung zwangsläufig fördert, insbesondere im Fall der Tornado-Aufklärer. Dass ausgerechnet Struck, jetzt in seiner neuen Position als SPD-Fraktionschef im Bundestag, eben diese Fraktion politisch stark unter Druck setzt, ausgerechnet um den Einsatz deutscher Tornado-Aufklärer zu verlängern – das ist ein einsamer Höhepunkt von Gewissenlosigkeit.*

## *Künftiges Vorgehen des Bundestages*

*Unter den erwähnten Umständen sollte der Deutsche Bundestag zunächst einmal das Aufschnüren des Isaf-Tornado-Pakets durchsetzen und ohne jeglichen innerfraktionellen Druck die Abstimmung der verfassungsrechtlich eindeutig verbrieften Gewissensfreiheit der Abgeordneten überlassen.*

*Tornados, aber auch Isaf-Truppen darf die Bundesregierung erst dann wieder zum Einsatz vorsehen, wenn geklärt und nachprüfbar sichergestellt ist, dass das dem Aufklärungsflug folgende Bombardement*

- keine Uranwaffen enthält,*
- keine Zivilisten schädigt (Völkerrecht!),*
- eine wissenschaftlich unangreifbare Untersuchung der Beschuldigungen zu Einsatz und Wirkung von Uranwaffen durch mehrere offizielle Institutionen erfolgt, mindestens eine davon eine UN-Organisation und eine andere das Bundesamt für Strahlenschutz,*
- eine Bearbeitung des Themas in Nato, EU und Uno durch geeignete Maßnahmen bis April 2008 erfolgt,*
- nachprüfbare und sanktionsfähige Vorsorge-Maßnahmen für einen weltweiten Verwendungsstopp der Uranmunition bei allen Nato-Aktionen getroffen sind,*
- Sanktionen für künftige Verwendung der Munition beschlossen sind,*
- Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden bei anderen Völkern ebenso wie beim eigenen Personal zeitnah beschlossen ist.*

*Es muss sicherlich nicht darauf hingewiesen werden, dass jedes Mitglied des Bundestages, das jetzt einer Verlängerung des Isaf-Tornado-Mandats bedingungslos zustimmt, sich mitschuldig macht an den Verbrechen in Afghanistan und möglichen weiteren, die zweifellos geplant sind.*“

Quelle: [www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2007/nr40-vom-8102007/struck-skandale](http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2007/nr40-vom-8102007/struck-skandale)

Wie sie sich sicher vorstellen können, trifft die Bestrahlung natürlich auch deutsche Soldaten, die sich in den Kriegsgebieten aufhalten, in starkem Maße. Viele von ihnen werden erkranken, einige früh sterben, andere behinderte Kinder zur Welt bringen...

**In welchem Land leben wir eigentlich, welches nicht NEIN zu einem Krieg sagen darf, der nicht unser Krieg ist und einen solchen Preis fordert?**

## Das Kundus-Massaker

Beim Luftangriff bei Kundus am 4. September 2009 gegen 2:00 Uhr Ortszeit wurden etwa fünfzehn Kilometer südlich der Stadt Kunduz im Norden Afghanistans zwei von Taliban gestohlene Tanklastwagen und die in nächster Nähe befindlichen Menschen bombardiert. Ein Offizier der bei Kundus stationierten Bundeswehreinheit forderte den Bombenabwurf mit teilweise falschen Angaben an; er wurde von zwei US-amerikanischen Flugzeugen ausgeführt.

Entgegen den damaligen Verlautbarungen der Bundesregierung und knapp drei Monate, bevor Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) einräumte, dass der von Oberst Georg Klein in der Nacht vom 3. zum 4. September angeforderte Luftangriff auf zwei von Taliban-Kämpfern entführte Tanklastwagen *„nicht militärisch angemessen“* war, hatten 150 kritische Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr in einer gemeinsamen Presseerklärung bereits die Auffassung vertreten, dass der deutsche Oberst *„mit den ihn beratenden Offizieren eine verhängnisvolle Fehlentscheidung“* traf.



Schon zu diesem Zeitpunkt stand für diese Offiziere fest, dass sich unter den Opfern des Luftschlags Zivilisten befanden und der Oberst den Befehl des amtierenden US-Generals McChrystal missachtet hatte, *„zum Schutze der Zivilbevölkerung äußerste Zurückhaltung bei Einsätzen aus der Luft einzuhalten“*.

Nach Angaben der Anwälte der Opferfamilien, die bisher weder vom Verteidigungsministerium noch von irgendeiner anderen offiziellen Stelle bestritten worden sind, sind bei dem Massaker **179 zivile Opfer** zu beklagen.

Darunter 22 Verschollene, 20 Verletzte. Die übrigen Opfer sind verstorben, darunter viele Kinder. Nach den genauen Recherchen der Anwälte vor Ort sind nur fünf Taliban-Kämpfer getötet worden.

Mit ihrem militärischen Sachverstand kommen die Bundeswehroffiziere zu dem Schluss: *„Selbst wenn man trotzdem unterstellt, die Taliban hätten dennoch mit den Tanklastern nach Kundus fahren können, um dann das deutsche Camp zu bedrohen, so hätte man sie davon mit einer geeigneten Straßensperre oder z.B. mit einer über die Straße gespannten Nagelkette daran hindern können.“*



Ihre Erklärung mündete in einer deutlichen politischen Forderung: „*Die Zeit ist längst überfällig, mit einem von der Mehrheit des deutschen Volkes gewünschten schrittweisen, geordneten Rückzug der deutschen Soldaten aus dem Kriegsgebiet alsbald zu beginnen und mit wesentlich mehr ziviler Aufbauhilfe für Afghanistan ‘zu retten, was noch zu retten ist’!*“

Die Offiziere plädieren für einen Rückzug noch im Jahr 2010: „*Die Fortsetzung der militärischen Einsätze gefährdet unsere Sicherheit. Die in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen werden durch die Militäreinsätze nicht geschützt, sondern gefährdet. Frieden schafft man nicht mit Gewalt.*“

Der für den Angriff verantwortliche Bundeswehroberst hatte gezielt die Unwahrheit gesagt, um US-Piloten zu dem Bombenabwurf zu bewegen.

Vor dem Angriff hatten die von Bundeswehroberst Klein angeforderten US-Piloten mehrfach Bedenken geäußert und nachgefragt, ob tatsächlich eine “akute Bedrohung” vorliege.

Daraufhin ließ der deutsche Oberst seinen Fliegerleitoffizier antworten: „*Ja, diese Menschen stellen eine akute Bedrohung dar*“, die Aufständischen versuchten, das Benzin abzapfen, „*danach werden sie sich neu formieren, und wir haben Erkenntnisse über laufende Operationen und darüber, dass sie vermutlich Camp Kundus angreifen werden*“.

Dafür musste er den Eindruck erwecken, dass seine Soldaten Feindberührung hatten, also “troops in contact” waren, kurz: TIC. „*Sein Problem sei gewesen, dass er gewusst hätte, dass es in Wirklichkeit keine TIC-Situation gab*“, heißt es in dem Protokoll von Kleins Befragung zusammenfassend. „*Er war der Ansicht, dass er bei Meldung einer TIC-Situation die gewünschte Luftunterstützung bekommen werde.*“

Immer mehr Informationen aus dem geheimen NATO-Untersuchungsbericht zum Kundus-Massaker dringen an die Öffentlichkeit: In dem rund 500 Seiten umfassenden Bericht wird klar festgestellt, dass der für das Massaker verantwortliche deutsche Oberst Georg Klein bewusst mit Lügen über einen bevorstehenden Angriff und direkte Feindberührung die US-amerikanischen Bomberpiloten getäuscht hat.

Die Piloten wurden strafversetzt, Oberst Klein jedoch wird nach wie vor von Kriegsminister zu Guttenberg gedeckt.



Der NATO-Bericht enthält zudem alle Details, die zu Guttenberg angeblich erst nach dem 6. November vorlagen. Zu diesem Zeitpunkt hatte zu Guttenberg noch öffentlich behauptet, die Bombardierung am 4. September sei als „*militärisch angemessen*“ zu bewerten.

Der **Kriegsminister** der „BRD“ hatte die Einschätzung seines am 27. November zurückgetretenen Vorgängers Franz Josef Jung, die Bombardierung der Tanklasterei sei „*militärisch angemessen*“, auch nach dem 6. November öffentlich vertreten, nachdem er den Verteidigungsausschuss des Bundestages über den NATO-Bericht informiert hatte. Erst vier Wochen danach revidierte er diese Bewertung mit der Begründung, ihm seien Unterlagen vorenthalten worden. Welche Informationen für seine Neubewertung entscheidend gewesen sein sollen, vermochte er jedoch seitdem nicht darzulegen.

Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert hatten auf Druck zu Guttenbergs bereits am 26. November zurücktreten müssen. Schneiderhan wies inzwischen mehrmals öffentlich darauf hin, dass im NATO-Bericht alle wesentlichen Informationen enthalten gewesen seien und verwahrte sich gegen die Behauptung, Informationen zurückgehalten zu haben.

Mittlerweile wurde auch bekannt, dass sich der Kommandeur des afghanischen Regionalkommandos Nord in Masar-i-Sharif, Brigadegeneral Jörg Vollmer, gegenüber den NATO-Ermittlern darüber beschwert hatte, dass Oberst Georg Klein mit unwahren Informationen an die Piloten die Bombardierung auslöste.

Die beiden an der Bombardierung beteiligten US-Piloten wurden schon wenige Tage nach dem Vorfall vom Einsatz abberufen und strafversetzt. Damit reagierte ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal auf die Missachtung von Einsatzregeln. McChrystal hatte auch die Abberufung von Oberst Klein gefordert, war dabei aber am Widerstand des deutschen Kriegsministers gescheitert.

Inzwischen sickerte aus militärischen Kreisen die Einschätzung durch, es sei zum Zeitpunkt der Bombardierung völlig unwahrscheinlich gewesen, dass sich bei den Tanklastern noch Aufständische aufhielten. Es wird dabei auf die weithin bekannte Tatsache verwiesen, **dass sich afghanische Aufständische niemals lange an einem Ort aufhalten.**

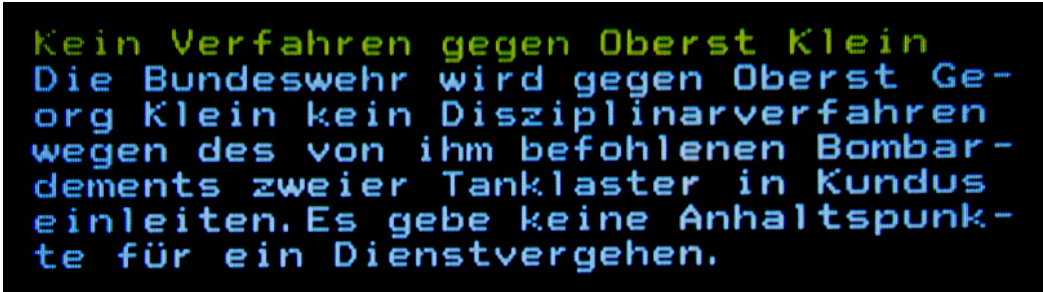
Im weiteren wird auch ein Buch Erwin Rommels erwähnt, das an der Führungsakademie in Hamburg, an der Oberst Klein geschult wurde, zur

Pflichtlektüre gehörte. In diesem Buch Rommels werde dargelegt, dass kriegserfahrene Kämpfer sich niemals stundenlang auf freier Fläche aufhalten, um dort als perfektes Ziel für die Artillerie zu dienen. Im übrigen wird daran erinnert, dass - jahreszeitlich bedingt - am 4. September auch nachts mit einer Vielzahl von ZivilistInnen zu rechnen gewesen sei, die sich zu den festgefahrenen Tanklastern begeben hatten.

Nach offiziellen Angaben prüfte die deutsche Generalbundesanwaltschaft bislang, ob Oberst Klein mit seinem Befehl gegen das Völkerstrafrecht verstoßen hat. Laut einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" ist die Entscheidung aber bereits gefallen und die Generalbundesanwaltschaft wird kein Verfahren gegen Oberst Klein einleiten.

Die oberste Anklagebehörde werde sich nach Informationen der „Süddeutschen“ auf das Völkerrecht berufen. Der Afghanistan-Einsatz werde als nicht-nationaler bewaffneter Konflikt eingestuft, wonach bei der Beurteilung der Bombardierung das humanitäre Völkerrecht angewandt werden müsse. Danach sei ein militärischer Angriff gegen "Konfliktgegner" zulässig. ZivilistInnen verlören daher ihren Schutzanspruch vorübergehend, wenn sie sich - wie bei den Tanklastzügen - in eine Konfliktsituation begäben.

Und diese Nachricht beendet die Geschichte dann offiziell:



Kein Verfahren gegen Oberst Klein  
Die Bundeswehr wird gegen Oberst Georg Klein kein Disziplinarverfahren wegen des von ihm befohlenen Bombardements zweier Tanklasten in Kundus einleiten. Es gebe keine Anhaltspunkte für ein Dienstvergehen.

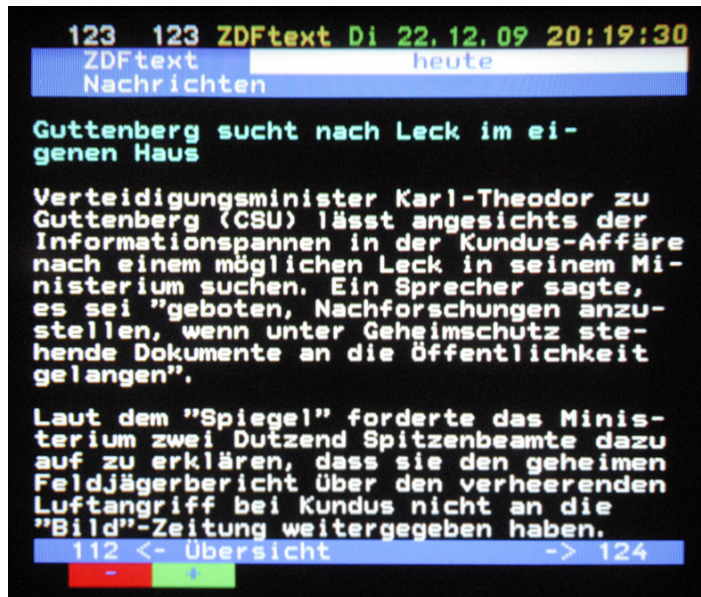
Für mich ist diese Nachricht insofern korrekt, als sie aussagt, dass das Handeln von Oberst Klein kein Dienstvergehen war.

**Vielmehr ist das willkürliche Töten von 179 Zivilpersonen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ein klares Kriegsverbrechen!**

***„Mutwilliges Töten unschuldiger Zivilisten ist Terrorismus und kein Krieg gegen den Terrorismus.“***

Noam Chomsky

Und genau das weiß die Bundesregierung auch! Denn nicht umsonst wurde in einer Geheimdienstszitzung im Kanzleramt beschlossen, dass dieser Vorfall vertuscht werden soll und als geheim eingestuft wird.



Und nur weil es jemanden gab (der inzwischen natürlich gefunden und entlassen wurde), der davon überzeugt war, dass die Bevölkerung ein Recht darauf hat, von diesem Vorfall zu erfahren und der dann die Presse informierte, wissen wir überhaupt davon (siehe die Grafik).

Das hatte Berlin völlig anders geplant ...

Und auch darin lügt Guttenberg: Am Anfang behauptete er, dass er erst sehr spät von diesem Vorfall erfahren hat. Tatsache ist, dass bei der Geheimdienstszitzung alle Minister umfassend informiert wurden!

Vertuschung ist im Übrigen auch der Grund, warum die Feldpost der im Ausland stationierten Soldaten geöffnet und zensiert wird: Tatsachen, die das Volk nicht wissen soll, sollen nicht verbreitet und bekannt werden! Und auf diese Weise will man die darüber berichtenden Soldaten erkennen und disziplinieren.

*Und das B r i e f g e h e i m n i s ?* Das existiert bei den Briefen der Bundeswehrsoldaten genauso wenig, wie bei allen Paketen, die **ihnen** aus dem Ausland geschickt und sämtlich vom Zoll geöffnet und durchsucht werden ... die „Stasi“ lässt grüßen!

## Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Bereits im Jahr 2004 erschien die weltweit viel beachtete BBC-Dokumentation "The Power of Nightmares – The Rise of Politics of Fear", die darüber aufklärte, wie die Politik imaginäre Gefahren instrumentalisiert:

*„In der Vergangenheit versprochen Politiker, eine bessere Welt zu erschaffen. Sie bedienten sich diverser Methoden, um dies zu erreichen. Aber ihre Macht und Autorität resultierten aus den optimistischen Visionen,*

die sie ihrem Volk darboten. Jene Träume scheiterten jedoch. Und heute hat die Bevölkerung zunehmend den Glauben an Ideologien verloren – Politiker werden einfach nur noch als Organisatoren des öffentlichen Lebens angesehen.

Doch nun haben sie eine neue Rolle entdeckt, die ihre Macht und Autorität wieder herstellt. Anstelle des Liefers von Träumen versprechen sie nunmehr, uns vor Albträumen zu beschützen. Sie sagen, dass sie uns vor entsetzlichen Gefahren retten werden, die wir weder erkennen noch verstehen könnten. Und die allergrößte Gefahr von allen sei der internationale Terrorismus. Ein machtvoll und finsternes Netzwerk, mit Schläferzellen, die sich über die gesamte Welt erstrecken. Eine Bedrohung, die durch einen Krieg über Terror ("war on terror") bekämpft werden müsse.

Aber viel von dieser Bedrohung ist eine Fantasie, welche von Politikern übertrieben und verzerrt dargestellt worden ist. Es ist eine düstere Illusion, die sich, ohne hinterfragt zu werden, durch Regierungen, Sicherheitsdienste und die internationalen Medien verbreitete. Hier ist also eine Reihe von Filmen, die darüber Aufschluss geben sollen, wie und warum diese Fantasie geschaffen wurde und wem sie nützt.

Im Kern der Geschichte geht es um zwei Gruppen: Die amerikanischen Neokonservativen und die radikalen Islamisten. Beide waren Idealisten, die aus dem Scheitern des liberalen Traums geboren wurden, eine bessere Welt zu erschaffen. Und beide hatten eine sehr ähnliche Erklärung dafür, was die Ursache für dieses Scheitern war.

Diese beiden Gruppen haben die Welt verändert. Aber nicht in der Art und Weise, wie sie diese jeweils anstrebten. Zusammen erschufen sie die heutige Albtraumvision eines geheimen, organisierten Bösen, das die Welt bedroht. Eine Fantasie, von der Politiker dann feststellten, dass diese ihre Macht und Autorität in einem desillusioniertem Zeitalter wiederherstellte. **Und die mit den düstersten Befürchtungen wurden die Mächtigsten."**

## **Atomwaffen**

Als Folge der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 beschlossen die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands. Die Armee wurde entwaffnet und aufgelöst.

Als fünf Jahre später (1950) der Korea-Krieg begann, kam es vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts in Westeuropa zu Befürchtungen, dass

ein Angriff der Roten Armee auf Westdeutschland nicht grundsätzlich auszuschließen sei. Die Bundesrepublik Deutschland wäre einem solchen Angriff schutzlos ausgesetzt gewesen. Deshalb forderte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer von den Westmächten Sicherheitsgarantien für Westdeutschland sowie die Einbeziehung in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Bereits 1954 wurde die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO beschlossen (Pariser Verträge). Der Beitritt erfolgte am 9. Mai 1955 und war zugleich der Beginn der Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

Die Regierung glaubte, durch die „nukleare Teilhabe“ als NATO-Mitglied an Einfluss im Bündnis zu gewinnen. In der Öffentlichkeit wurde die Gefahr der atomaren Aufrüstung systematisch bagatellisiert. So erklärte Bundeskanzler Adenauer, dass es sich bei den ersten in Deutschland eingelagerten Atomgranaten lediglich um eine ganz normale Weiterentwicklung der Artillerie handele.

Ein Relikt der Lebenslüge ist übrigens bis heute geblieben: Noch heute wird von der „nuklearen deutschen Teilhabe“ gesprochen. Es gibt noch heute ein Geschwader der Bundesluftwaffe, das amerikanische Atombomben ans Ziel tragen soll.

Das Wort „Teilhabe“ suggeriert, dass wir dabei eine Mitbestimmung haben. Die hatten wir nie. Helmut Schmidt hatte als Bundeskanzler vergeblich ein deutsches Veto gegen den Einsatz erörtert.

Die USA lagern noch immer einen Teil ihrer aktiven Atomwaffen in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich derzeit um maximal 240 nukleare Bomben der Typen B-61-3 und B-61-4. Diese Waffen sind für NATO-Aufgaben und den Einsatz durch Jagdbomber der USA sowie einiger europäischer Staaten vorgesehen, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen. Das sind Belgien, Deutschland, die Niederlande und derzeit noch Italien.

Eingesetzt werden dürfen die US-Atomwaffen nur, wenn der US-Präsident sie freigegeben hat und auf einem gesonderten amerikanischen Befehlsweg der Freigabecode für die Sicherheitssysteme auf ihrem europäischen Standort eingegangen ist.

Die USA behalten sich zudem auf nationaler Ebene das Recht vor, ihre in Europa gelagerten Atomwaffen auch zur Unterstützung des für den Nahen und Mittleren Osten zuständigen regionalen Oberkommandos CENTCOM einzuplanen. Das erklärt, warum sich der Schwerpunkt der Lagerung seit



Ende der 90er Jahre immer deutlicher zur NATO-Südflanke verschoben hat.

Derzeit wird von deutscher Seite überlegt, ob die Flugzeuge, die nur bis 2012 oder 2013 einsatzfähig sind, ersetzt werden müssen. Überlegenswerter wäre es aus meiner Sicht aber, die Atomwaffen zu verschrotten und nicht schon wieder Millionen für neue Flugzeuge auszugeben, die gegebenenfalls fremde Waffen an fremde Kriegsorte transportieren sollen.

Von den Gefahren, die von den Atomwaffen in unserem Land ausgehen, will ich in diesem Zusammenhang noch nicht einmal sprechen ...

Apropos Atomwaffen:

Nachdem seit Jahren der Iran von den USA – und ganz speziell auch von Israel – bezichtigt wird, an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten, schlug die Äußerung von Jimmy Carter über das Atomwaffenarsenal von Israel gewaltige Wellen:

## Jimmy Carter: Israel hat 150 Atomwaffen

Tabubruch des Ex-Präsidenten – Der jüdische Staat hat den Besitz bisher selbst nie zugegeben

London – Israel besitzt nach Einschätzung des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter 150 Atomwaffen. Carter habe dies am Wochenende in einer Rede auf einer Messe für politische Bücher in der walisischen Ortschaft Hay-on-Wye



Carter spricht klare Worte

erklärt, berichtete die Londoner „Times“. Die Äußerung sei „verblüffend“, da US-Politiker normalerweise in der Öffentlichkeit ebenso wenig wie Israel selbst zugeben würden, dass der US-Partner im Nahen Osten über Atom-

waffen verfügt. Carter habe sich in der Rede auch dafür ausgesprochen, dass die USA direkte Verhandlungen mit der Regierung des Iran aufnehmen, um sie vom Streben nach Nuklearwaffen abzubringen.

Man könne von Teheran allerdings nicht erwarten, dass es die Existenz eines Programms

zur Erlangung von Atomwaffen öffentlich zugibt.

Carter, der von 1977 bis 1981 US-Präsident war, war einer der Architekten des historischen Friedensabkommens zwischen Israel und Ägypten 1979. Dieser war der erste derartige Vertrag zwischen dem jüdischen Staat und einem arabischen Land.

Wer die wirklichen Kriegstreiber in unserer Welt sind, das zeigten ja nun auch die Enthüllungen von Wikileaks, die klar belegten, dass Israel von den USA einen Angriff auf den Iran fordert ...

*(Mehr dazu können Sie im Kapitel „Iran Story“ lesen!)*

## Die Söldnerarmee

Erst vor kurzem wurde vom Bundestag beschlossen, dass die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft bzw. ausgesetzt wird. Während jetzt viele Menschen denken, dass damit auch eine allgemeine Abrüstung und weniger Einsätze verbunden sind, führt gerade dieser Sachverhalt zu neuen Gefahren:

Während mit der Wehrpflicht ständig verschiedene Schichten der Bevölkerung seit ihrer Gründung in die Bundeswehr integriert waren und

dadurch eine Verbindung zum Volk bestand, wird dieses Band nun zertrennt. Damit wird die Bundeswehr zu einer Berufsarmee – zur Söldnerarmee, die, völlig abgekoppelt von der Kontrolle durch den Souverän, an noch mehr geheimen Kriegen und Einsätzen teilnehmen kann.

Sehen sie die Gefahr?

Ohne eine Verbindung zum Volk würde sie auch im Inland bei Einsätzen gegen das eigene Volk funktionieren, da bloße Befehlsempfänger eine viel geringere Moral und eine stärkere Bindung zum Führungsstab haben. Während normale Wehrdienstleistende gewisse „Schandtaten“ vielleicht verweigern würden, gilt für Söldner nur der Befehl.

Also verkaufte Ihnen die Politik wieder eine tolle Verpackung – leider wird Ihnen der Preis dafür nicht genannt. Wird erst die Rechnung präsentiert, haben Sie keine Möglichkeit mehr zur Reklamation ...

Ich schließe dieses Kapitel mit nachdenklichen Worten von Jens Berger:

*„Eine Parlamentsarmee führt die Wünsche des Parlamentes aus, auch wenn diese Wünsche nicht demokratisch erscheinen. Der Bundeswehrsoldat von heute ist nicht mehr der Staatsbürger in Uniform, er ist ein Werkzeug eines Parlaments, das Verteidigung sagt, wenn es Angriff meint.*

*Vielleicht wäre es an der Zeit, die Bundeswehr dem Parlament zu entziehen und dem Volk zu unterwerfen. Warum gibt es keinen Paragraphen, der Auslandseinsätze, die nichts mit der direkten Verteidigung zu tun haben, einem Volksentscheid unterwirft? Die Bundeswehr wäre dann wieder die Armee, die sie ursprünglich sein sollte - **eine Armee des Volkes für das Volk.**“*

## Zum Thema

### *Das Trauerspiel von Afghanistan*

*Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,  
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,  
"Wer da!" - "Ein britischer Reitersmann,  
Bringe Botschaft aus Afghanistan."*

*Afghanistan! Er sprach es so matt;  
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,  
Sir Robert Sale, der Kommandant,  
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.*

*Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,  
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,  
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,  
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:*

*"Wir waren dreizehntausend Mann,  
Von Kabul unser Zug begann,  
Soldaten, Führer, Weib und Kind,  
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.*

*Zersprengt ist unser ganzes Heer,  
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,  
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,  
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."*

*Sir Robert stieg auf den Festungswall,  
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',  
Sir Robert sprach: "Der Schnee fällt dicht,  
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.*

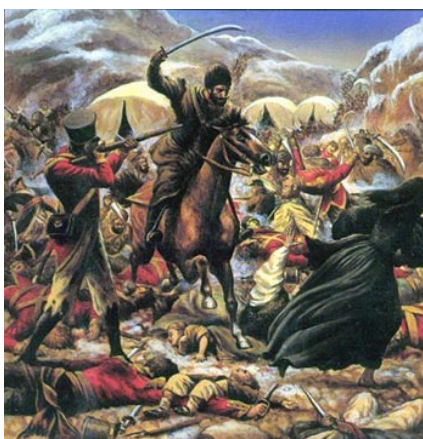
*Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,  
So lasst sie's hören, dass wir da,  
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,  
Trompeter blast in die Nacht hinaus!"*

*Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',  
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,  
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,  
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.*

*Sie bliesen die Nacht und über den Tag,  
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,  
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,  
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.*

*"Die hören sollen, sie hören nicht mehr,  
Vernichtet ist das ganze Heer,  
Mit dreizehntausend der Zug begann,  
Einer kam heim aus Afghanistan."*

Theodor Fontane, 1859



*Wie die Bilder sich gleichen...*



# Ein Vater **auf der Suche** nach der Wahrheit

Samuel Scheffelman ertrank im März 2002 während eines Nato-Manövers in der Ostsee. Sein Vater Wolfgang Scheffelman kann bis heute nicht verstehen, warum vom deutschen Schiff kein Rettungsboot zu Wasser gelassen wurde – und klagte. Acht Jahre endeten ohne eine Klärung. Das Landgericht Hannover meinte, »eine Verkettung unglücklicher Umstände« habe zum Tod des Soldaten geführt. Ein Redakteur des Norddeutschen Rundfunks recherchiert und jetzt über den Fall Scheffelman veröffentlicht. Sein Fazit: Die Marine sei in erster Linie auf ihren Ruf bedacht. Markus Koch hat mit Wolfgang Scheffelman, der Mitglied der EmK-Gemeinde in Detmold ist, gesprochen.

*Herr Scheffelman, Sie haben sich jahrelang juristische Auseinandersetzungen mit der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium geliefert.*

*Was gab Ihnen bei dieser Auseinandersetzung die Kraft durchzuhalten?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Sicher wird man mit der Zeit müde. Da ich ja auch viel Medienarbeit gemacht habe, war es am Anfang sehr schwer und mühselig. Jetzt ist es ein Stück weit zum Selbstläufer geworden. Gleich am Anfang hat mir ein Bruder das Wort aus Jesaja 50,7 zukommen lassen. »Denn Gott der verteidigt mich. Darum habe ich die Kraft, ihnen die Stirn zu bieten.«

*Wie hat Ihnen Ihr Glaube geholfen, mit diesem tragischen Unglück fertig zu werden?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Ich weiß nicht, ob man je mit diesem Unglück fertig werden kann. Tatsache ist doch die, dass unser Sohn heute noch leben könnte, wenn der Kapitän nicht eine begonnene Rettungsaktion abgebrochen hätte. Durch Briefe, Unterlagen und auch Gespräche mit seiner Freundin Rebecca, hatte er eine Beziehung zu Gott. Er betete öfters. Von daher denke ich, gibt es ein Wiedersehen. Was den Glauben betrifft, haben wir schon viele Wunder erleben dürfen. Dieser Glaube, Jesus an seiner Seite zu haben und dass er über allem steht, macht einen getrost. In schweren Zeiten, dunklen Tälern, ist es wichtig, an ihn zu glauben. Dass er den rechten Weg führt und dass Gott keine Fehler macht, gibt einen tiefen Trost.

*Von wem haben Sie und Ihre Familie Unterstützung in schweren Stunden erfahren?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Ich weiß, dass viele damals und auch heute noch dafür beten und an dem Geschehen heute noch Anteil nehmen. In den ganz schweren Stunden sind sie meist allein und mit Gott.

*Können Sie nun innere Ruhe finden, nachdem Recht gesprochen wurde?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Der CDU-Politiker Jürgen Herrmann sagte mir mal: »Die können mir nicht Recht geben!« Sonst kommen andere auch noch. So wenig mein Sohn selbst schuld ist an seinem Tod (so Staatsanwaltschaft und Marine), so wenig hat man die Beweise vorgelegt. In einem Klageerzwingungsverfahren, das einmalig ist in der BRD, wurde später mit einem Landesrichter und mit der gleichen unwilligen Staatsanwaltschaft die Sache weggedeckt. Recht werden Sie in unserem Land nicht finden, solange wir weisungsgebundene Staatsanwälte und abhängige Richter haben. Der Deutsche Richterbund sagt selbst, »dass unsre Justiz sich im Würgegriff der Politik befindet«, so nachzulesen in der Allgäuer Zeitung vom 31. Januar 2002.

*Ein Gerichtsverfahren kostet ja Geld. Wie konnten Sie das stemmen?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** In einem Strafverfahren sitzen Sie auf den Kosten. Im Zivilverfahren sprang die HUK Coburg ein. Zurzeit verklagt mich mein Anwalt am Bundesgerichtshof, weil ich ihm sein Honorar verweigert habe. Er sollte eine Gehörsrüge (Richter ans Gesetz erinnern) machen. Das tut er nicht und hat sich verabschiedet. Er hat

Wolfgang Scheffelman und seine Frau wollen wissen, warum ihr Sohn sterben musste.





Klage eingereicht und mir erwidert. Und man staune. Ob wohl man keine Aussichten auf Erfolg sieht, will auch die HUK die Kosten übernehmen. So kann Gott manchmal handeln. Sollte ich diese Tür zuschlagen?

*Wie hat sich Ihre Einstellung zu unserem Rechtssystem geändert?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Durch meine Schulbildung und einen Besuch in Dachau habe ich die deutsche Justiz zur Genüge kennengelernt. Wie viel Unrecht und Blut wurde durch sie vergossen bis heute. Aus diesem Grund habe ich von Anfang an die Medien eingeschaltet, weil man in unsrem Land die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt! Unsere Medien berichten fast täglich davon.

*Wie beurteilen Sie persönlich den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Deutschland wurde nach meiner Meinung nicht von der Mehrheit des afghanischen Volkes gebeten, Militärkräfte zu senden und kriegerische Handlungen des Nato-Partners USA zu unterstützen. Die Bundeswehr führt dort mit den anderen Nato-Partnern Krieg, sie sind Besatzungsmächte geworden, wobei zahlreiche Zivilopfer zu beklagen sind. Kriegshandlungen, die nicht zur Verteidigung dienen, sind Terrorhandlungen. Die Bundeswehr ist gemäß Artikel 87a, Absatz 1 Grundgesetz eine Verteidigungsarmee. Eine reale Gefahr für Deutschland bestand von Afghanistan nicht. Deutschland muss am Hindukusch nicht verteidigt werden. Die Bundestagsabgeordneten, die Bundeswehrsoldaten ausgesandt haben, haben nach meiner Meinung ihre Fürsorgepflicht gegenüber den deutschen Soldaten aufs Größte verletzt und machen sich schuldig an den verletzten und toten deutschen Soldaten. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr verstößt nach meiner Meinung gegen das Grundgesetz und das Soldatengesetz und muss daher sofort abgebrochen werden. Auch wird gegen die Präambel des Nato-Vertrages (Artikel 5 und Artikel 6) verstoßen. Trotz des seit Januar 2002 begonnenen Einsatzes der Bundeswehr hat sich die Opiumproduktion erhöht, dies führt zur finanziellen Unterstützung und Ausrüstung der Taliban.

*Hilft Ihnen und Ihrer Familie das Buch von Michael Schmidt, den Vorfall weiter zu verarbeiten, oder reißt es alte Wunden auf?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Auch das Zusammenreffen mit dem NDR-Journalisten Michael Schmidt



Bei einem Unfall auf hoher See starb Sammy Scheffelmeier. Seine Eltern geben auch der Marine eine Mitschuld.

sehe ich als Fügung Gottes. Sein Sohn ging zufällig mit Samuel in Detmold in die Schule. Er kam auf mich zu. Er ist begabt und ihm muss ich die Bundeswehr und den Rechtsstaat nicht erst erklären. Das Buch ist für mich eine Genugtuung. Es führt das aus, was wirklich bei dem Unglück abgelaufen ist, bei dem Manöver, auf der Brücke. Aber auch all die Mängel, die vertuscht werden sollen.

*In welcher Richtung wollen Sie sich aufgrund dieser Erfahrung künftig verstärkt engagieren?*

**WOLFGANG SCHEFFELMEIER:** Das weiß ich heute noch nicht. Sicherlich werde ich anderen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die müssen nicht die gleichen Erfahrungen machen wie wir. Zum anderen bin ich verheiratet und wir wollen gemeinsam positiv in die Zukunft schauen. Auch haben wir noch zwei Mädchen. Eine ist behindert, die andere bekommt bald ein Kind, und für das nötige Geld muss ja auch noch gesorgt werden. Wir beten schon lange, wo und wie Gott uns gebrauchen will. Mal sehn!?

## Du bist Terrorist!

*„Gegen George W. Bush zu kämpfen, ist mein liebstes Hobby.  
Wer gibt uns das Recht, die Menschen im Irak zu töten?  
Bush behauptet, dass Amerika zum ersten Mal Terroristen jagt –  
dabei ist Terrorismus ein Teil des amerikanischen Systems.  
Amerika hat eine ganze Rasse vernichtet, die Indianer. Das ist Terror.“  
Harry Belafonte*

Seit dem 11. September 2001 überschlagen sich die Politiker mit neuen Ideen zur Überwachung des Staates - oder sollte man besser sagen, zur Überwachung der Bürger? Erzählt wird uns, dass dies notwendig sei, um den Terrorismus und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Dafür werden überall im Land Videokameras aufgebaut, die Handys, das Internetsurfverhalten und die Internetkommunikation überwacht und biometrische Daten auf Chips in den Reisepässen erfasst.

Der neueste Vorschlag aus Brüssel geht sogar noch weiter: Jedes Auto soll mit einem überwachbaren Chip versehen werden, damit man auslesen kann, wo genau sich dieses gerade befindet.

Die Überwachung wird Schritt für Schritt bis zur totalen Kontrolle ausgebaut. Überwacht werden aber nicht etwa Terroristen, sondern das deutsche Volk. Wo ist da die Logik?

Warum es zur Terrorabwehr unbedingt nötig ist, diesen Umfang an Überwachungsmaßnahmen zu installieren, erschließt sich auch dem fantasievollsten Mitbürger sicher nicht. Es sei denn, er leitet seine Fantasie in eine ganz andere Richtung ...



Um dem nicht allzu kritischen deutschen Michel doch irgendwie eine sinnvolle Erklärung zu liefern, die er auch an Biertischen verteidigen kann, werden laufend neue Bedrohungskulissen aufgebaut:

So sagte Wolfgang Bosbach Ende 2010:

*„Wir haben seit einigen Jahren eine besorgniserregende Bedrohungslage, die sich in den letzten Monaten verschärft hat, weil wir auch in*

*Deutschland Hinweise bekommen haben, dass auch bei uns Anschläge in dem Zeitraum Ende 2010 drohen könnten. Genannt wurde unter anderem der Zeitraum Advent. Aber auch wenn jetzt die Adventszeit vorbei ist, werden wir nicht Entwarnung geben können.“*

Wer wird die „besorgniserregende Bedrohungslage“ in Deutschland wohl glauben?

Wer sich etwas mit dem Thema beschäftigt und die Terrorstrategien beobachtet, der merkt schnell, dass sich in jedem anderen Land der Welt der Selbstmordattentäter, bewaffnet mit einem Sprenggürtel, vor großen Menschenmassen in die Luft sprengt.

Wie oft geschah dies in Deutschland?

In Deutschland verschickt der Terrorist nur ein paar leicht zu identifizierende Päckchen an das Bundeskanzleramt. Er stellt „Kofferbomben“ auf Bahngleise, die nicht explodieren KÖNNEN. Oder er bastelt Bomben aus **750 Kilogramm (!)** TATP (Acetonperoxid) zuhause in seiner kleinen Küche ...

Die Saga um die vorgeblichen deutschen Terroristen, die nach Darstellung der deutschen Behörden Sprengstoff aus Wasserstoffperoxyd herstellen und damit Anschläge verüben wollten, ist schon eine Bereicherung der deutschen Märchensammlungen, auf die die Gebrüder Grimm stolz gewesen wären.

Wie n-tv unter Berufung auf eine Meldung des Spiegel berichtete, soll ein 15-jähriger Deutsch-Tunesier unwissentlich die insgesamt 26 "militärischen Zünder" nach Deutschland geschmuggelt haben. Er sei in einer Moschee in Istanbul von einem Türken auf deutsch angesprochen und darum gebeten worden, ein Paar Schuhe und eine Jeans nach Deutschland zu bringen. Die Kleidungsstücke seien von einem Freund bei einem Besuch vergessen worden.

Der aus Wolfsburg stammende Jugendliche sollte die Tüte nach Braunschweig bringen. Für den Weg von rund 30 Kilometer habe er 100 Euro "Fahrtkosten" erhalten. Er sei dann mit dem Bus nach München und von dort mit der Bahn weiter nach Hannover gefahren. In Braunschweig habe er dann einen der vorgeblichen "Terroristen" getroffen und sei mit ihm zusammen nach Wolfsburg gefahren, um die Schuhe abzuholen.

Schon dieser Teil der Geschichte ist bei genauerer Betrachtung vollständig unglaubwürdig und nicht einmal in sich schlüssig. Wäre der Jugendliche - "Aladin T." - aus der Türkei direkt nach Braunschweig gefahren, wie kam dann die Tüte mit Schuhen und Jeans nach Wolfsburg? Und wenn er gemäß seinem "Auftrag" nach Braunschweig fuhr, warum nahm er dann eben jene Tüte nicht dorthin mit? Dies sind allerdings keineswegs die einzigen Fehler in der Geschichte.

Nicht nur, dass für die vorgeblich geplanten 250-Kilogramm-TATP-Bomben als "Zünder" ein handelsüblicher Hammer schon mehr als ausreichend gewesen wäre, hier stellt sich bei genauerer Betrachtung auch zwangsläufig die Frage nach der Schuhgröße der Schuhe, in denen die Zünder nach Behördenangaben versteckt waren. Bei 26 "militärischen Zündern", die in einem einzigen Paar Schuhe bzw. in deren Absätzen, die von Beamten "abgesägt" aufgefunden worden seien, müssten sich in jedem Absatz dementsprechend 13 dieser "militärischen Zünder" befunden haben.

Nun sind "militärische Zünder" allerdings vorrangig auf einen Aspekt hin konstruiert: eine Sprengladung verlässlich zum beabsichtigten Zeitpunkt zu zünden. Miniaturisierung, wie sie zweifellos notwendig wäre, um 13 Zünder in einem ausgehöhlten Absatz eines Schuhs unterzubringen, dürfte sich noch nie auf der Anforderungsliste von Militärs wieder gefunden haben.

Bemerkenswert ist auch, dass die angehenden Terroristen von der "Führung der Islamischen Jihad-Union IJU" vorgeblich im August gedrängt wurden, die Anschläge durchzuführen. Am 24. August hieß es demnach, die Anschläge müssten binnen 15 Tagen durchgeführt werden, andernfalls "müssen wir zurück". Am 4. September, als die Männer verhaftet wurden, hatten sie noch nicht einmal mit der Herstellung des Sprengstoffs angefangen. **Ganz abgesehen davon, dass die Herstellung von 750 Kilogramm TATP in einer Küche weder in 15 Tagen, Wochen oder auch nur Monaten durchführbar sein dürfte.**

Es ist eben eines von vielen wundervollen Märchen ...

Tatsächlich gibt es auch in Deutschland radikale Gruppen, die das Potenzial in sich tragen, solche Anschläge planen zu wollen. Diese werden gezielt vom Geheimdienst unterwandert, damit man diese Gruppen zum einen instrumentalisieren und zum anderen kontrollieren kann.



Ist eine Gruppe soweit, dass sie Aktionen durchführen kann, dann lässt man sie in dieser Phase nicht allein. Man ermutigt sie sogar und durch die eingeschleusten V-Leute des Geheimdienstes stellt man sicher, dass man zwar Täter verhaften kann, aber nicht Gefahr läuft, tatsächlich ein Massaker zuzulassen.

Doch wie macht man das?

Man liefert über die V-Leute militärische Zünder an die Gruppe, die in den Sprengladungen verbaut werden, aber nicht detonieren KÖNNEN. So hat man über alles die totale Kontrolle: Zum einen hat man Terroristen, die man vorzeigen kann – zum anderen lässt man sich wegen sehr schneller Fahndungserfolge feiern.

Und man braucht solche Geschichten ja. Man muss dem Volk die Gefahr suggerieren, damit eine plausible Rechtfertigung für das weitere Ausbauen der Überwachung vorhanden ist.

Wie sagte Angela Merkel: *„Deutschland ist im Visier von Terroristen, wie schließlich der vereitelte Anschlag der Sauerlandzelle beweist.“*

Fazit: Man hilft bei der Organisation eines Anschlages, vereitelt ihn dann und präsentiert stolz die Beweise für eine präsente Bedrohung!

Wollen Sie von noch so einem Märchen hören?

***„Terroralarm in Berlin – Anschlag auf Iraks Regierungschef verhindert“***

So stand es in großen Lettern in der BILD. Angeblich wollte eine „islamistische Terrorzelle“ mit einem „rollenden Sprengstoff-LKW“ den irakischen Ministerpräsidenten samt der deutschen Gastgeber in die Luft sprengen. Nachdem die Polizei drei Iraker und einen Libanesen verhaftet hatte, verkündete der Innenminister einen „großen Erfolg“.

Vier Tage später kann Generalbundesanwalt Nehm keinen Beweis dafür vorlegen, dass wirklich ein Anschlag geplant war. Den Sprengstoff-LKW, nach dem in ganz Berlin gesucht wurde, gibt es nicht. Die Polizei hatte den LKW erfunden. BILD schürte mit der Falschmeldung auf Seite 1 Panik.

Einen Tag nach den Festnahmen sprachen die Medien nicht mehr vom LKW, sondern von einem *„Anschlag mit einem Molotow-Cocktail in den Räumen der Deutschen Bank“*, so die Berliner Morgenpost. Die Nachricht käme aus „Geheimdienstkreisen“.



Das ist zeitungsideologisch für „frei erfunden“. Auch den Molotow-Cocktail gab es nicht. Bei den Hausdurchsuchungen fand die Polizei keinen Molotow-Cocktail und auch nichts, mit dem man einen herstellen könnte. Sie fand überhaupt keine Waffen.

Der Grund für die Verhaftung der Araber waren abgehörte Telefonate. Laut BILD und Spiegel hätte es darin „Hinweise“ auf einen Anschlag gegeben.

Doch die Staatsanwaltschaft erklärte, dass die Männer weder über einen Anschlag noch über Sprengstoff oder Molotow-Cocktails gesprochen hatten. Der festgenommene Libanese wurde wieder freigelassen, weil ihm nichts vorzuwerfen ist. BILD und Berliner Kurier verleumdete ihn vorher bereits als den „Anführer der Terrorzelle“.

Ein schwer bewaffnetes Sondereinsatzkommando der Polizei hatte ihn aus seiner Wohnung verschleppt. Die Polizisten traten die Tür ein, warfen den jungen Mann zu Boden und fesselten ihn.

Die anderen Verhafteten werden noch gefangen gehalten. BILD behauptet, ihnen solle „wegen des versuchten Anschlags der Prozess gemacht werden“. Doch die Staatsanwaltschaft hat keine Anklage erhoben, weil es keine Beweise gibt ...

Sehr viel Aufwand und so wenig brauchbare Ergebnisse. Zumindest haben die Behauptungen in der Presse dazu geführt, dass die Leser wieder von einem „versuchten Anschlag“ gehört haben, was zumindest für die Aufrechterhaltung des diffusen Bedrohungsgefühls nützlich ist.

Richtigstellungen? Fehlanzeige!

So laufen diese Dinge heutzutage: Sie bekommen immer das zu sehen, was Sie sehen sollen und Sie werden immer das hören, was Sie hören sollen. Schließlich werden Sie genau das denken, was Sie denken sollen.

Und irgendwann werden Sie aufhören, selbst über die Dinge nachzudenken, da für Sie ja alle relevanten Informationen vollkommen und verständlich aufgearbeitet wurden.



Orwells Zukunftsvisionen sind längst Realität. Wir leben in ihnen. Schritt für Schritt wurde aus Schwarz Weiß und wir beginnen zu vergessen, dass es jemals anders war ...

Die „Terror-Bedrohung“ erfüllt in unserer konstruierten Welt auch noch eine andere wichtige Funktion:

Selbstverständlich dient sie neben der Rechtfertigung für eine immer stärkere Überwachung auch für die Begründung aktueller Kriege. Und während im „Kalten Krieg“ auch noch völlig klar war, wer der Feind ist, braucht die heutige Welt auch ein klar definiertes neues Feindbild.

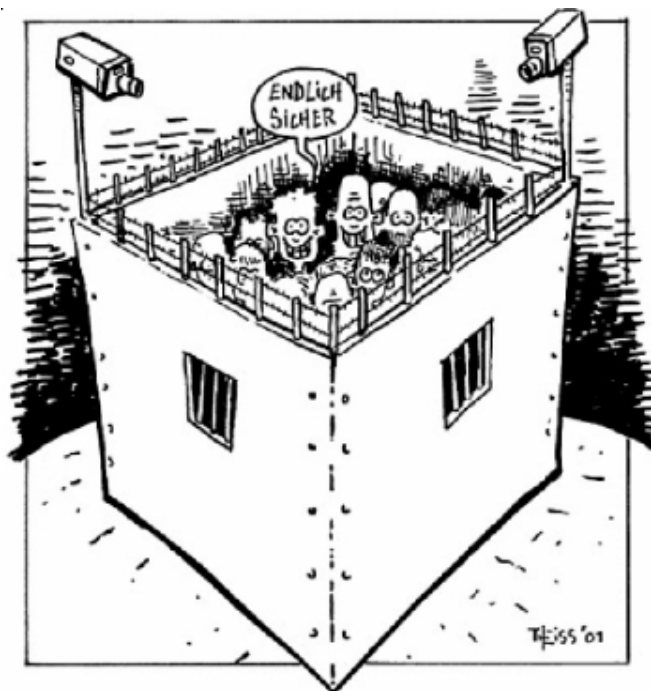
Denn wie wollen Sie den Soldaten denn anders erklären, dass sie sich, verteilt um den halben Erdball, an Kriegen beteiligen müssen und wofür sie dabei ihr Leben riskieren und gegebenenfalls auch sterben sollen?! Motivation ist eine wichtige Sache.

Dass es bei den Kriegen tatsächlich um völlig andere Dinge geht, das konnten Sie in diesem Buch schon lesen.

Und so ist der Terrorismus für die Politikerkaste ein sehr wichtiges Instrument, so wie es Rechts und Links auch schon lange sind. Hinter all den Geschichten, die sich clevere Strategen ausdenken, müssen Sie nun versuchen die Wahrheit zu sehen.

Bleiben Sie skeptisch!

Gedankenkontrolle ist auch eine Form von Terrorismus.



## Zitate zum Thema

*„Gleicht euer Terror dem des Despotismus? Ja, so wie das Schwert in den Händen des Freiheitshelden dem in den Händen der Vasallen der Tyrannei gleicht.“*  
Maximilien de Robespierre

*„Aber ich klage die ganze sich "zivilisiert" nennende Menschheit an, dass sie trotz aller Religionen und trotz einer achttausendjährigen Weltgeschichte noch heutigen Tages nicht wissen will, dass dieses "Zivilisieren" nichts anderes als ein "Terrorisieren" ist!“*  
Karl May

*„Die Idee, man könnte dem Terror nur mit rechtsstaatlichen Mitteln beikommen, übersteigt die Grenze zum Irrealen.“*  
Henryk M. Broder

*„Wenn die NATO in Jugoslawien Brücken und Kirchen bombardierte und heute in Afghanistan versucht, gegen den Willen der Afghanen die Demokratie herbeizubomben, dann ist das für mich Terrorismus. Deshalb fordert die Partei Die Linke einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan – und ich füge hinzu: Das ist auch der beste Schutz für die Soldaten der Bundeswehr!“*  
Gesine Löttsch

*„Natürlich wollen die einfachen Leute keinen Krieg: Weder in Russland noch in England und auch nicht in Deutschland. Das ist klar. Aber schließlich sind es die Führer des Landes, die die Politik bestimmen und es ist immer eine einfache Sache, die Leute mitzuziehen, ob in Demokratie oder faschistischer Diktatur oder einem Parlament oder kommunistischer Diktatur. Stimme oder nicht, die Leute können immer dazu gebracht werden, den Wünschen ihrer Führer zu folgen. Das ist einfach. Alles, was Sie tun müssen, ist, ihnen zu sagen, dass sie angegriffen werden und die Kriegsgegner dafür zu denunzieren, dass ihnen Patriotismus fehlt und sie das Land einer Gefahr aussetzen. Es funktioniert in jedem Land gleichermaßen.“*  
H.G.

## Iran Story

*„Wenn die iranische Führung fortfährt, ihre Verpflichtungen zu ignorieren, sollte niemand daran zweifeln, dass ... sie mit Konsequenzen rechnen muss. Das verspreche ich.“  
Barack Obama*

Nachdem er sich selbst als *„Oberbefehlshaber einer Nation inmitten zweier Kriege“* und außerdem als Staatsoberhaupt *„der einzigen militärischen Supermacht der Welt“* bezeichnet hatte und dafür auch noch die Auszeichnung erhielt, die seltsamerweise immer noch "Friedensnobelpreis" genannt wird, behauptete US-Präsident Barack Obama in seiner ersten Rede zur Lage der Nation, *„die internationale Gemeinschaft wird sich immer einiger, und die Islamische Republik Iran isoliert sich immer mehr“*, und drohte: *„Wenn die iranische Führung fortfährt, ihre Verpflichtungen zu ignorieren, sollte niemand daran zweifeln, dass ... sie mit Konsequenzen rechnen muss. Das verspreche ich.“*

Zwei Tage später sagte seine Außenministerin Hillary Clinton in einer entlarvenden Rede in einer führenden französischen Militärakademie, in der sie Angriffe auf den Iran mit einem alles andere als diplomatischen Seitenhieb auf China verband: *„China wird sehr unter Druck geraten, bis es die destabilisierende Wirkung anerkennt, die ein atomar bewaffneter Iran auf den Persischen Golf hätte.“*

Damit war natürlich Druck aus Washington gemeint. Am gleichen Tag, an dem Frau Clinton ihre Rede in Paris hielt, bestätigte das Weiße Haus, Waffen für 6,4 Milliarden Dollar an Taiwan ausgeliefert zu haben.

Tage später teilte Geoff Morrell, der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, der Presse mit, Pentagon-Chef Robert Gates erwarte von den Vereinten Nationen, dass sie *„innerhalb von Wochen und nicht von Monaten“* Sanktionen gegen den Iran verhängten, weil es klar sei, dass *„die Zeit ein wichtiger Faktor ist“*.

Während des Ersten Weltkriegs klagte der österreichische Journalist und Dramatiker Karl Kraus: *„Was ist das für eine mythologische Verwirrung? Seit wann ist Mars der Gott des Handels und Merkur der Gott des Krieges?“*

Wenn er heute lebte, wäre er genau so verwundert darüber, dass die US-Spitzendiplomatin eine Rede in einer Militärakademie hält – und dabei auch noch von oben herab die bevölkerungsreichste Nation der Welt belehren will – während der US-Kriegsminister die Welt unter Druck zu setzen versucht, damit sie Strafsanktionen gegen einen Staat verhängt, der seit Jahrhunderten kein anderes Land angegriffen hat.

Der Generalsekretär des US-geführten "einzigen globalen Militär-Blocks der Welt" – Anders Fogh Rasmussen – hielt auf der jährlichen Münchener Sicherheitskonferenz eine Rede mit dem wichtigtuersichen, pompösen Titel "Die NATO im 21. Jahrhundert: Auf dem Weg zur globalen Vernetzung", in der er die Zuständigkeit des Militär-Blocks für jeden vorstellbaren Konflikt betonte: für den sich ständig ausweitenden Krieg in Afghanistan, (den Kampf gegen) den Terrorismus, die Angriffe auf das Internet, die Beschneidung der Energieversorgung – wobei sich die letzten beiden Verweise gegen Russland richteten, auch wenn es nicht genannt wurde – den Klimawandel, die Piraterie, die gescheiterten Staaten, den Drogenhandel, die "humanitären Katastrophen", den Streit um urbares Land, die steigende Konkurrenz bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und die Probleme mit Nordkorea und dem Iran.

Die Forderung führender Persönlichkeiten der NATO und des Westens wiederholend, die NATO solle zum Forum für Konsultationen zu weltweiten Sicherheitsproblemen werden, stellte Rasmussen fest:

*„Um ihre Aufgabe in der heutigen Zeit wirksam ausführen zu können, muss die NATO zum Mittelpunkt eines Netzes von Sicherheitspartnerschaften und zu einem Zentrum für die Beratung internationaler Sicherheitsprobleme werden. Und dabei müssen wir nicht von vorn beginnen. Bereits heute verfügt die Allianz über ein ausgedehntes Netz von Sicherheitspartnerschaften, das von Nordafrika über den Persischen Golf und Zentralasien bis zum Pazifik reicht.“*

Tatsächlich hat die NATO weltweit ein breites, sich immer noch ausweitendes Netz von Mitgliedern und militärischen Partnern aufgebaut. Eines ihrer Mitglieder, die Türkei mit der zweitgrößten Armee des Blocks, hat eine gemeinsame Grenze mit dem Iran, ebenso Aserbaidschan, ein Partner der Allianz.

Rasmussens Anspielung auf den Persischen Golf bezieht sich auf die wachsende Anzahl militärischer Kontakte, Besuche und Aktivitäten zwischen der NATO und den sechs Mitgliedern des Gulf Cooperation



Council / GCC (des Golf-Kooperationsrates) die parallel zur Verstärkung der US-Präsenz in der Golfregion verlaufen und in das Netzwerk der Istanbul Cooperation Initiative / ICI eingepasst sind, die 2004 gegründet wurde.

Das Projekt erhielt diesen Namen, weil es auf dem NATO-Gipfel in Istanbul gestartet wurde. Nachdem man fast ganz Osteuropa in die Allianz absorbiert hat, will man mit dem gleichen Prozess abgestufter Partnerschaften, mit dem nach und nach zehn neue europäische Mitglieder integriert wurden, auch sieben Staaten am Mittelmeer, im Nahen Osten und in Afrika – Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien – und sechs Staaten am Persischen Golf – Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – einbeziehen. Alle dreizehn Staaten sind in der ICI erfasst, aber die erstmalige Vereinbarung militärischer Partnerschaften mit den sechs Golfstaaten war der ehrgeizigste und wichtigste Aspekt dieses NATO-Programms.

Es kennzeichnet den Beginn des Drangs der NATO zum Golf und dient der US-Strategie, die darauf abzielt, den Iran zu umzingeln, bevor es zur Konfrontation kommt.

Die Besetzung des Irak und Afghanistans förderte diese Strategie und lässt unter Zuhilfenahme der dort stationierten Truppen eine direkte Invasion über zwei Fronten zu (siehe Grafik).



Jetzt muss nur noch der Vorwand ausgebaut werden, mit dem man diesmal ein freies Volk überfallen will:

Die deutsche „Bundeskanzlerin“ Merkel forderte den Iran auf der 42. Münchner Sicherheitskonferenz nachdrücklich zum Einlenken im Atomstreit auf. „[...] *der Iran hat mutwillig die roten Linien überschritten*“, warf Merkel Teheran vor. Es gebe die „*berechtigte Befürchtung*“, dass sein Atomprogramm nicht der friedlichen Nutzung, sondern militärischen Optionen diene: „*Wir wollen und müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern.*“

Das Märchen von dem angeblichen Atomwaffenprogramm des Iran wird weiter aufgebauscht und seit längerer Zeit nachdrücklich weiter verbreitet. Dabei weiß jeder der Beteiligten genau, dass diese Vorwürfe völlig haltlos sind. **Daraus ist zu schlussfolgern, dass Frau Merkel wissentlich lügt und damit das Kriegstreiben der USA unterstützt!**

So erhob der angesehene US-Enthüllungsjournalist Seymour Hersh schon im November 2006 schwere Vorwürfe gegen die US-Regierung. Diese solle bewusst Informationen der CIA zurückhalten, die belegten, dass keinerlei Beweise für die Nutzung des Atomprogramms zu militärischen Zwecken vorliege. Laut Hersh spielt die US-Regierung die Geheimdienst-Erkenntnisse herunter, um weiterhin an ihrer harten Politik gegen Teheran festhalten zu können.

Wir dürfen also nicht erwarten, dass der Vorwand für den geplanten Krieg aufgeklärt und von den Planern aufgegeben wird ...

### **Ist der Iran denn überhaupt in der Lage, Atomwaffen zu bauen?**

Im August 2005 blickte die Weltöffentlichkeit auf die Wiederinbetriebnahme des iranischen "Atomkomplexes" in Natans in der Provinz Isfahan. Dort wird die Urananreicherung in vergleichsweise geringem Umfang betrieben und der erreichte Anreicherungsgrad ist weit von einer Bombentauglichkeit entfernt.

Kernreaktoren der gängigsten Typen (Druckwasser- und Siedewasserreaktoren) werden meistens mit Uran beschickt, dessen <sup>235</sup>U-Gehalt auf **3 bis 5 %** erhöht worden ist. Für Kernwaffen ist aber eine sehr viel höhere Anreicherung erforderlich (typischerweise **mindestens 85 %**). Dieses Urangemisch wird fachlich auch als hoch angereichertes Uran (engl. highly enriched uranium, HEU) bezeichnet. **Der Iran erreicht diese Anreicherung in seinen Anlagen nicht mal annäherungsweise!**

Das ist auch nicht nötig, da zum Betrieb von Kernkraftwerken ja eine Anreicherung von 3 bis 5 % ausreichend ist.

Immer wieder waren auch wissenschaftliche Inspektoren, die von der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in den Iran gesandt wurden, um die Anlagen zu überprüfen, auf der Suche nach belastenden Beweisen. Es wurde nie etwas gefunden.

Laut Veröffentlichung der IAEA besitzt der Iran derzeit 3.183 Kilogramm niedrig und 33 Kilogramm auf 20 Prozent angereichertes Uran. Damit ist der Bau von Atomwaffen unmöglich!

Im Jahr 2010 lud der Iran selbst abermals Inspektoren zur Besichtigung der Anlagen ein. Eine Entsendung von Wissenschaftlern und eine weitere Kontrolle wurde diesmal aber abgelehnt.

Fragen Sie sich einmal, warum!

### **Ein Blick auf den energiepolitischen Hintergrund:**

Es gibt etwa 450 Kernkraftwerke auf der Welt, die alle mit Uran versorgt werden wollen. Die Prognose der IAEA zur Uranversorgung bis 2050 beschreibt, dass bei einem Status quo bei der Anzahl der Kernkraftwerke ab dem Jahr 2035 mit ernsthaften Versorgungsengpässen zu rechnen ist. Sollten noch weitere Kraftwerke gebaut werden - allein in China sind etwa 80 neue Reaktoren in Planung oder im Bau - herrscht bald ein Mangel an Uran.

Der Iran hat eigenes Uran aus eigenem Bergbau. Warum sollte der Iran nun eigentlich gewillt sein, dieses Uran zur Aufarbeitung außer Landes zu schicken, zumal jeder wissen sollte, wie das politische Vertrauen zwischen dem Iran und den USA oder zwischen dem Iran und Frankreich (als Aufarbeitungsland) aussieht?!

Schaut man sich demgegenüber einmal an, wie die Versorgung des Iran mit Öl aussieht, kommt man nicht umhin zu bemerken, dass der Iran an der Schwelle steht, von einem Export- zu einem Importland zu werden, weil der Bedarf mit der Zeit immer größer wird, neues Öl aber dort nicht mehr gefunden werden kann und die alten Quellen nicht mehr genug hergeben. Für den Iran ist es also absolut notwendig, neue Energiequellen zu finden und zu nutzen!

Dazu passt auch folgende Meldung:

*„Die Regierung will den hohen Eigenbedarf an Erdgas durch ein eigenes Atomprogramm reduzieren.“*

Das alles werden Sie in den Sie umgebenden Medien aber niemals hören ...

## **Und die Sichtweise des Iran zu Atomwaffen?**

Da die Medien bewusst über die Wahrheit täuschen, nur eine „offiziell“ gewollte Linie vertreten, Reden von iranischen Vertretern entweder aus dem Zusammenhang reißen oder sogar wissentlich falsch übersetzen, gebe ich Ihnen an dieser Stelle Gelegenheit, die Sichtweise des Iran kennen zu lernen:

Auszüge aus einer Rede des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad auf der UN-Überprüfungskonferenz für den NPT-Vertrag am 3. Mai 2010:

*„...Trotzdem ein großer Teil der Ressourcen der Völker für die Gewährleistung von Sicherheit eingesetzt wird, sind keine Anzeichen für eine Verbesserung der Situation und eine Minderung der bedrohlichen Atmosphäre zu erkennen.*

*Die Herstellung und Lagerung von Atombomben, mit welcher Begründung auch immer, ist ein äußerst gefährlicher Schritt. Als erstes verliert dadurch das Land, welches sie herstellt und anhäuft, selbst seine Sicherheit. Sie erinnern sich, wie riskant die leichtfertige Verlagerung einer mit einem atomaren Sprengkopf versehene Rakete mit dem Flugzeug von einem Stützpunkt zum anderen innerhalb der USA gewesen ist und wie sehr dies die Besorgnis der US-Bevölkerung auslöste. Zweitens werden ausschließlich bei Anwendung der Atomwaffe alle Lebewesen und die Umwelt zerstört, wirken sich deren Strahlungen auf die nachfolgenden Generationen aus und bleiben die Folgen bis zu mehreren Hundert Jahren bestehen. Die Atombombe ist ein Feuer, das sich gegen die Menschheit richtet und keine Waffe zur Verteidigung.*

*Es gereicht niemandem zur Ehre, eine Atombombe zu besitzen, sondern im Gegenteil: Dies ist hässlich und schändlich. Noch schändlicher ist es, mit deren Anwendung, welche mit keinem Verbrechen in der Geschichte vergleichbar ist, zu drohen. Diejenigen, welche die erste atomare Bombardierung vorgenommen haben, gehören zu den Leuten in der Geschichte, die am meisten verabscheut werden.*

Die UNO und insbesondere der Weltsicherheitsrat konnten in den vergangenen über 60 Jahren nicht erreichen, dass eine kontinuierliche Sicherheit hergestellt wird und bei den internationalen Beziehungen das Gefühl der Sicherheit vorherrscht. Die heutigen Bedingungen sind um ein Vielfaches ungeeigneter als in den vorherigen Jahrzehnten.

Die heutige Stimmung in den menschlichen Gemeinschaften wird stark von dem Gefühl beeinträchtigt, bedroht zu sein und keine Sicherheit zu besitzen. Atomare Abrüstung und die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen blieben aus und der internationalen Atomenergieagentur ist es nicht gelungen, ihre Pflichten richtig zu erfüllen. Innerhalb der letzten 40 Jahre haben sich einige Regierungen, darunter das zionistische Regime, mit der Atomwaffe gerüstet.

Die ersten Atomwaffen wurden von einer früheren US-Regierung hergestellt und eingesetzt. Dieses Vorgehen hatte dem Anschein nach die Oberhand der USA und ihrer Verbündeten im Zweiten Weltkrieg zur Folge, wurde aber zum Hauptfaktor der Entwicklung und Verbreitung von Nuklearwaffen durch andere und des Rüstungswettkampfes.

Gemäß einiger Berichte existieren mehr als 20.000 atomare Sprengköpfe auf der Welt. Davon gehört die Hälfte den USA. Auf der Seite des US-Konkurrenten wird – ebenso unter dem Vorwand der Abschreckung – die Weiterentwicklung und -verbreitung von Nuklearwaffen fortgesetzt. In beiden Fällen handelt es sich um einen Verstoß gegen die NPT-Vereinbarungen.

Leider hat die US-Regierung sowohl Nuklearwaffen eingesetzt als auch einigen Ländern, darunter Iran, mit deren Einsatz gedroht. Ein europäisches Land hat ebenso vor einigen Jahren aus irgendeinem Vorwand nukleare Drohungen ausgesprochen und das zionistische Regime bildet ohnehin ständig für die Nahoststaaten in dieser Beziehung eine Gefahr und droht.

Das zionistische Regime hat zum Beispiel Hunderte von nuklearen Sprengköpfen angehäuft, mehrere große Kriege verursacht und bedroht die Menschen und Länder der Region mit Terrorismus und Militärangeriffen. Außerdem erhält dieses Regime von der US-Regierung und ihren Verbündeten absolute Unterstützung und ebenfalls die nötigen Hilfen für den Ausbau seiner Atomwaffenbestände. Aber dieselben Regierungen üben unter der frei erfundenen Behauptung, es bestünde bei anderen die Wahrscheinlichkeit der Abweichung von den friedfertigen nuklearen Aktivitäten und ohne dafür auch nur einen einzigen gültigen Beweis vorzulegen, jede Art von Druck auf Mitglieder der Agentur aus.



Die Atomenergie ist eine der saubersten und billigsten Energien. Die starken klimatischen Veränderungen und die Verschmutzungen durch fossile Brennstoffe haben die Notwendigkeit eines Ausbaus der Nutzung von Atomenergie verdoppelt. Eine kontinuierliche Erzeugung von tausend Megawatt Strom in einem Jahr erfordert circa 7 Millionen Barrel Erdöl. Das sind beim jetzigen Preis Unkosten von über 500 Millionen Dollar. Der gleiche Stromverbrauch erfordert bei Nuklearenergie nur 60 Millionen US-Dollar. Insgesamt betragen die Investitions- und Nutzungskosten eines Atomkraftwerkes noch weniger als die Hälfte der Unkosten für ein Kraftwerk mit fossilem Brennstoff während der Lebensdauer eines Projektes. Die Nukleartechnologie findet bei der Herstellung von Arzneimitteln, der Diagnose und Behandlung von unheilbaren Krankheiten, in der Industrie und Landwirtschaft und in vielen anderen Bereichen Anwendung und ist außerordentlich nützlich.

Einige Atomwaffenbesitzer begehen ein sehr großes Unrecht, wenn sie die Atomenergie mit der Atomwaffe auf die gleiche Stufe stellen.

Ein iranisches Sprichwort lautet: „Ein Messer schneidet sich nicht selber in den Griff“. Von den großen Waffenlieferern der Welt die Herstellung von Sicherheit zu erwarten, ist unlogisch.

Die US-Regierung hat im Rahmen ihrer neuen Nuklearstrategien gesagt, dass sie keine weiteren Waffen dieser Art baut und Länder, die keine Atombombe besitzen, nicht atomar angreifen werde.

Wie groß ist denn überhaupt das allgemeine Vertrauen der Nationen darin, dass die US-Regierung ihre Zusagen erfüllt? Was sind die Garantien für die Durchführung dieser Versprechungen und welche unabhängigen Faktoren für die Wahrhaftigkeitskontrolle gibt es? Ich möchte daran erinnern, dass in den letzten Jahrzehnten die meisten Kriege und Auseinandersetzungen der US-Regierung sich gegen diejenigen richteten, die vorher ihre „Freunde“ waren.

Jüngst hat sie durch das Thema „Gefahr des atomaren Terrorismus“ versucht, einerseits die Beibehaltung, Modernisierung und Vervollständigung ihrer atomaren Arsenale zu rechtfertigen und andererseits die internationale Meinung und den internationalen Willen von der Frage der Abrüstung in Richtung nebulöser Themen abzulenken.

Im Rahmen der neuen US-Strategien heißt es, dass sie nicht die Waffen vermehren, sondern die Qualität verbessern wollen. Verbesserung heißt hier Verbesserung des Tötungs- und Zerstörungspotentials und das bedeutet in sich ebenso eine Zunahme atomarer Waffen. Außerdem lassen sich diese Strategien überhaupt nicht hinsichtlich ihrer Wahrhaftigkeit kontrollieren, denn es findet keine Beaufsichtigung seitens

einer unabhängigen Instanz über die Nuklearprogramme der USA und ihrer Verbündeten statt.

In Vertretung des bedeutenden, zivilisierten und Kultur hervorbringenden iranischen Volkes, welches stets Herold der Gottesanbetung, Gerechtigkeit und des Friedens auf der Welt gewesen ist, gebe ich hiermit die Bereitschaft der Islamischen Republik Iran zur Mitbeteiligung an der Verwirklichung der genannten Vorschläge und gerechter Pläne zur Abrüstung und der Nicht-Weiterverbreitung ebenso wie für die friedfertige Nutzung der sauberen Atomenergie bekannt. Ich gebe mit lauter Stimme bekannt:

Eine Nation, die in ihrem Schoß bedeutende Persönlichkeiten wie Ferdowsi , Hafis, Sanai, Wahshi Bafeqi, Ibne Sina, Abu Reyhan und Schahryar, und freiheitlich denkende und Freiheit suchende Anführer wie Imam Chomeini, der ein Denker und Mystiker war, großzog und der Menschheit schenkte

– eine Nation, die immer die Liebe, Freundschaft und den Frieden für die Menschheit ausrief und aus deren Dichtung ein Gedicht des bekannten Saadi am UN-Sitz aufleuchtet, nämlich „Alle Kinder Adams sind Glieder eines Leibes, die Essenz ihrer Schöpfung ist die gleiche“

– eine Nation, die vor circa 2500 Jahren die Sklaverei als menschenfeindlich verkündete und annullierte

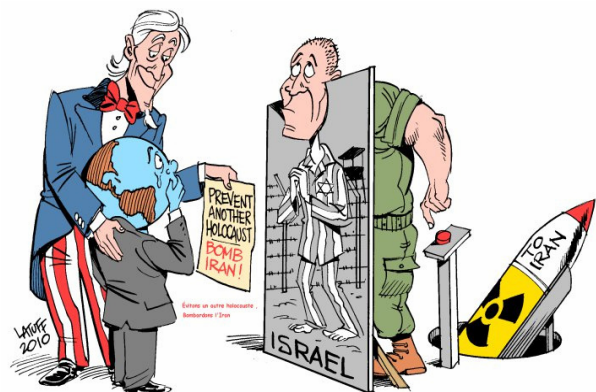
– mit anderen Worten: die bedeutende iranische Nation

braucht für ihren Fortschritt keine Atombombe und sieht in einer solchen keinen Anlass für Größe und Ehre.

Die heutige Ära ist die Ära der Völker, der Gedanken und der Kulturen. Sich in den internationalen Beziehungen auf Waffengewalt zu stützen, ist das Erbe von Regierungen, die keine Logik besitzen und hinter der Geschichte zurückgeblieben sind ...“

In den vollkommen kontrollierten bundesdeutschen Medien ging man auf diese Rede bezeichnenderweise natürlich wieder nicht ein. Man beließ es bei den üblichen Unterstellungen und Verleumdungen des Iran. Man lügt dort einfach immer weiter ...

Den Zweck kennen Sie nun!



## Diener der Lügen

*„Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt  
der deutschen Realitätsflucht liegt in der Haltung,  
mit Tatsachen so umzugehen,  
als handele es sich um bloße Meinungen.“  
Hannah Arendt*

Nachdem ich mich entschloss, die Unglaublichkeiten, die ich bei meinen Recherchen zu der aktuellen Situation in Deutschland entdecken musste, in meinem Buch „Die Jahrhundertlüge“ zu veröffentlichen, habe ich mir nicht nur Freunde gemacht.

Glücklicherweise ist es so, dass eine überwiegende Anzahl von Lesern meine Arbeit positiv aufnahmen und sich dankbar für die Aufarbeitung und vor allem auch für die Belege und Beweise zeigten.

Dann gab es auch einzelne, die mich in verschiedenen Foren angriffen und Behauptungen aufstellten, die mit der Wahrheit nichts zu tun hatten. Meist waren das auch Menschen, die mein Buch gar nicht gelesen hatten und einfach nur nachplapperten, was auf speziellen Webseiten an Propaganda ausgegeben wurde.

Es kam sogar vor, dass ich mich in Foren auf Diskussionen einließ. Bezeichnenderweise auch in einem Forum, welches sich „Dummenfang“ nennt. Diese Seite verzeichnete bisher 32.516 Besucher, die die dort dargestellten Diffamierungen sicher zur Kenntnis genommen haben.

Nebenstehend finden Sie eine kleine Auswahl weiterer Netzseiten, die ebenfalls eine bestimmte Funktion erfüllen. Speziell herausnehmen aus dieser Gruppe möchte ich noch „Reichling's Blog“ und vor allem „Die KRR-FAQ“.

Auf all diesen Seiten wird mit vielen Worten umfangreich **behauptet**, die BRD sei ein Staat und alles in ihr sei doch richtig toll! Alles andere wären nur Verschwörungstheorien von dummen Menschen und Lügen ...

### Die Teilhaber

[angereichert](#)

[Über die Interimpartei  
Deutschland](#)

[Die KRR-FAQ](#)

[Dummenfang](#)

[Hirnrissblog](#)

[Interessantes von der  
Interimpartei](#)

[Nicht ganz ohne Geist](#)

[NPD und Nationalsozialismus](#)

[Reichling's Blog](#)

[TG-Forum](#)

[WordPress.com](#)

[WordPress.org](#)

Erstaunlicherweise schreiben die angeblichen Betreiber dieser Seiten und die Kommentatoren ganze Abhandlungen über Themen, die den Normalbürger völlig überfordern würden. Woher haben diese Leute dieses Wissen und vor allem so viel Zeit?

Nachdem ich mit einigen Menschen in Foren Diskussionen hatte, die keine sinnvollen Argumente und vor allem auch keine Beweise gegen meine Veröffentlichungen vorbringen konnten, diese aber trotzdem bestritten, verwiesen diese mich oft auf die Netzseite „KRR-FAQ“. Und dann schaute ich mich auch auf dieser um:

Dort werden größtenteils Menschen aufgeführt, die Gruppierungen der „Reichsregierungen“ angehörten und entweder dort Funktionen hatten, oder deren Argumente nutzen. Leider muss ich zum Großteil dieser Menschen feststellen, dass diese wirklich auch Unwahrheiten und Dummheiten verbreiten – oft aus eigenem finanziellen Interesse – mit denen sie anderen Menschen Schaden zufügen. Aber das gehört auf ein anderes Blatt ...

Interessant auf dieser Seite ist aber vor allem, dass wieder ein außergewöhnlicher Zeitaufwand betrieben wird, um diese Menschen zu diffamieren. Auffallend ist, wie viele Informationen der oder die Betreiber über einzelne Gerichtsverfahren einer größeren Anzahl von Menschen haben. Dies erschien mir mehr als sonderbar.

Meine Recherchen verliefen zuerst ins Leere, da schon im Impressum kein Name eines Betreibers (entgegen allen Vorschriften) angegeben war – angeblich als Schutz vor Bedrohungen. Spannend wurde dann aber die Betreiberadresse, unter der es folgendermaßen aussah:



*Hier wohnt der  
Betreiber?!*



Zumindest dürfte jedem Betrachter klar sein, dass unter dieser Adresse seit vielen Jahren niemand mehr wohnt. Doch das heißt nicht, dass unter dieser Adresse keine Post ankommen kann:

Es handelt sich dabei um das Haus Nr. 3 in der Eberswalder Straße (Berlin Prenzlauer Berg), welches von Margret Chatwin im Impressum der Netzseite [www.idgr.de](http://www.idgr.de) (*mittlerweile offline*) als Sitz der „IDGR“ angegeben wurde.

Das ist ebenfalls die Anschrift, welche von einem Frank Schmitt und einer Person namens Sattler als Sitz der „KRR-FAQ“ angegeben wird und unter der ein Klaus Parker die Post für die Herren Schmitt und Sattler in Empfang nimmt.

Es ist eine Ruine, durch die der Wind pfeift. Einen Briefkasten auf den Namen Parker sucht man vergebens. An Frau Chatwin adressierte Post geht indes nicht an den Absender zurück, d.h. es könnte eine Sonderregelung zwischen Frau Chatwin und der Deutschen Post AG geben.

Gleiches gilt für Schmitt und Sattler.

Parker indes ist vor einiger Zeit verstorben. Bei der Person „Parker“, die mit Frau Chatwin offenbar eng zusammenarbeitet, handelt es sich nunmehr sehr wahrscheinlich um die Rechtsanwältin Christa Parker.

Möglicherweise handelt es sich bei dem brachliegenden Wohnhaus auch um das Eigentum von Christa Parker. In ihrer Kanzlei in der Schönhauser Allee 184 hatte sie sich neben der Verfolgung von Andersdenkenden viel mit Restitutions- und Wiedergutmachungsansprüchen beschäftigt.

Christa Parker handelte im Rahmen einer industriell betriebenen Kampagne von Strafanzeigen, die von ihrem Ehemann, dem inzwischen verstorbenen Klaus Parker initiiert worden war. Diese Kampagne hatte zur Einleitung von zehntausenden Strafverfahren gegen Andersdenkende geführt. Inzwischen scheint Frau Parker selbst nicht mehr aktiv zu sein.

Dies gilt wohl nicht für diese Anschrift, die sich großer Beliebtheit erfreut:

Neben der „IDGR“ und der „KRR-FAQ“ befindet sich diese ominöse Anschrift im Impressum noch weiterer Seiten: „fischer24“ ist ebenfalls unter dieser Adresse eingetragen.



Doch was hat es mit dieser Adresse nun auf sich?

Dazu lasse ich einmal jemanden zu Wort kommen, der verstärkt in Internetforen unterwegs ist (unter anderem auch verschiedene Kanäle auf „YouTube“ betreibt), Andersdenkende beschimpft und die Ansichten der „KRR-FAQ“ vertritt: Willi Meier (*ist das sein tatsächlicher Name?*).

Willi Meier behauptet Folgendes:

*„In einschlägigen rechten Internetseiten kursieren Fotos des Anwesens Eberswalder Straße 3 in Berlin. Bis 2006 noch hatte in diesem Haus einer der Betreiber der KRR-FAQ eine Zweitwohnung. Diese Anschrift wurde im Impressum der KRR-FAQ als Anschrift angegeben.*

*Der Wohnungsinhaber ist jedoch im April 2006 verstorben, seine Adresse stand nicht mehr zur Verfügung.*

*Bei dem Gebäude handelt es sich um ein älteres Haus im Osten Berlins. Es war sanierungsbedürftig. Während der anlaufenden Sanierungsarbeiten wurden dann von einem rechtsextremen Streiter Fotos des Hauses gemacht und im Internet veröffentlicht mit dem Hinweis: Hier residiert die KRR-FAQ.“*

Wenn man sich die Bilder anschaut, dann darf bezweifelt werden, dass in dieser Ruine im Jahr 2006 noch jemand wohnte. Da ich auch mit der Bauwirtschaft zu tun habe, schätze ich den Leerstand auf weit über 10 Jahre. Aber Lügen gehört bei diesen Leuten ja zum Programm.

Doch wer sind „diese Leute“, die Netzseiten betreiben, auf denen sie die Lügen der BRD vehement verteidigen und Menschen damit verunsichern?

Offiziell behaupten sie selbst auf ihren Seiten, sie wären fachlich versierte Rentner oder Jurastudenten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, gegen die „Reichsideologen“ zu kämpfen. In beiden Fällen darf ausgeschlossen werden, dass spezielle Kenntnisse über die Gerichtsverfahren der denunzierten Personen in so genauer Form vorliegen können.

Die Wahrheit ist eine andere:

Die Netzseiten besitzen bei den Providern einen speziellen Status, den „normale“ Kunden nicht erreichen können: Sie können beispielsweise nicht abgeschaltet werden! Recherchiert man die tatsächlichen Vertragspartner, stößt man auf die „Lennéstraße“ in Berlin:

Einen schönen Gruß an BND und Staatsschutz! Jetzt wird vieles klarer.

# Nacht

*„Wer seine Augen geschlossen hält,  
für den bleibt es immer Nacht.“  
Holger Fröhner*

Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration hat Deutschland gänzlich andere politische Strukturen, als sie das Grundgesetz verfasst hat. **Die Republik ist keine Demokratie im freiheitlichen Sinne mehr. Sie ist kein Rechtsstaat mehr**, in dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern ein unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus.

Doch immer wieder behaupten die Vertreter der BRD wider besseres Wissen, wir würden im freiheitlichsten Rechtsstaat aller Zeiten leben. Die Realität sieht völlig anders aus:

- Jährlich gibt es über 10.000 Verurteilungen wegen Gesinnungsdelikten (allein im Jahr 2007 wurden **14.407 Strafverfahren** wegen **freier Meinungsäußerung** durchgeführt).
- Es gibt derzeit wohl mehr politisch Gefangene als in der Endphase der DDR.
- Die Zahl der verbotenen Bücher ist um ein Vielfaches höher als im Nationalsozialismus.

Deutschland ist seit nunmehr 65 Jahren nicht mehr souverän, obwohl dies die Vertreter der BRD ebenfalls wider besseres Wissen immer wieder behaupten. Doch kann ein Staat souverän sein, in dem ...

- gemäß Art. 79 GG eine "besatzungsrechtliche Ordnung" besteht?
- gemäß Art. 120 GG "Besatzungskosten" zu tragen sind?
- gemäß Art. 125 GG "Besatzungszonen" bestehen?

Alles gegenteilig Behauptete sind dreiste Lügen von Profiteuren, die dem System dienen und sich in ihm bereichern, von ihm bezahlt werden. Und diese Verteidiger der Diktatur erzählen Ihnen dann noch ausschweifend von Ihrer Freiheit, Ihren Rechten und der tollen deutschen Verfassung ... Meinen die etwa das Grundgesetz?

Dabei „schützt“ das seit dem 17.07.1990 außer Kraft gesetzte und damit ungültige Grundgesetz nur noch die Einfältigen ...



Zu denen, die noch sehen können und wollen, kommt die Wahrheit.

Zu den sanft Schlafenden kommen die Träume, aus denen sie einst verwundert erwachen:

Wo bin ich denn hier nur?!

„*Wer in einer Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur*“, sagte Goethe einmal. Wie recht er damit hat, zeigt die uns umgebende Realität.

Haben Sie sich denn nie gefragt, warum wir eine Zensur haben? Alles ist zensiert: Die Print- und TV-Medien, auch das Internet. Genau deshalb, damit Sie auch weiterhin nur das erfahren, was Sie wissen dürfen. Ihre Vorfahren sind alle gestorben, ohne je zu wissen, was die Wahrheit ist.

Nun, der Abbau der Rechte geschieht relativ langsam, damit der Bürger nicht bemerkt, wie er immer mehr in einem Käfig gefangen ist. Die Menschen sollen sich langsam an die Einschränkungen gewöhnen. Je mehr Menschen es sind, die eine Sache glauben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Ansicht falsch ist. Menschen, die Recht haben, stehen meistens allein.

Und so geht die Wahrheit an Ihnen vorbei, die ohnehin so schwer zu glauben ist, da Sie doch schon hundertmal das Gegenteil im Fernsehprogramm hörten und dies für so wahrscheinlich hielten.

Und so können Sie über unser Volk nicht wissen ...

- dass man zwar 90 % der Schüler einer Jahrgangsstufe zur Hochschulreife führen kann, aber dennoch nicht einmal 10 % von ihnen den Anforderungen eines Mathematikstudiums gewachsen sind.
- dass wir als Volk an durchschnittlicher Intelligenz verlieren, wenn die intelligenteren Frauen weniger oder gar keine Kinder zur Welt bringen.

Was ist nur aus dem Volk der Dichter und Denker geworden?!

**Eigenständiges Denken** gehört nicht mehr zu den Eigenschaften, die vom System erwünscht sind und von der Schule vermittelt werden, wie die PISA-Statistik deutlich zeigt. Die Schule dient heute nur noch der Konditionierung: Wenn es klingelt, beginnt die Stunde, klingelt es wieder, dann ist sie vorbei – dazwischen ist Stille. Am Ende steht das Ziel: **Funktioniere!**

Bleibt dann noch Zeit in der Freizeit, dann ist einem lehrreichen Buch das Fernsehprogramm vorzuziehen, von dem nur noch Berufsoptimisten glauben können, dass es der Bildung dient:

Die Einschaltquoten von „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“ freuen nur RTL. Jedem intelligenten Menschen wird dabei klar, dass der Verfall des deutschen Volkes schnell voranschreitet ...



Und überhaupt: In einem Land, in dem eine Daniela Katzenberger zum umjubelten Star werden kann, muss man sich um die Intelligenz seiner Mitmenschen große Sorgen machen!

Und so bezahlen die Deutschen gedankenlos für zensierte Fernsehsendungen, zensierten Rundfunk und die zensierte Presse.  
Sie werden von ihren Politikern belogen und bezahlen diese dafür.  
Sie zahlen dafür, dass sie praktisch mit jedem amtlichen und gerichtlichen Schreiben beleidigt werden.  
Sie bezahlen Zinsen für Schulden, die sie gar nicht haben.  
Sie bezahlen kriminelle Juristen, die wissentlich und vorsätzlich Unschuldige ins Gefängnis stecken.  
Sie bezahlen Söldner ...

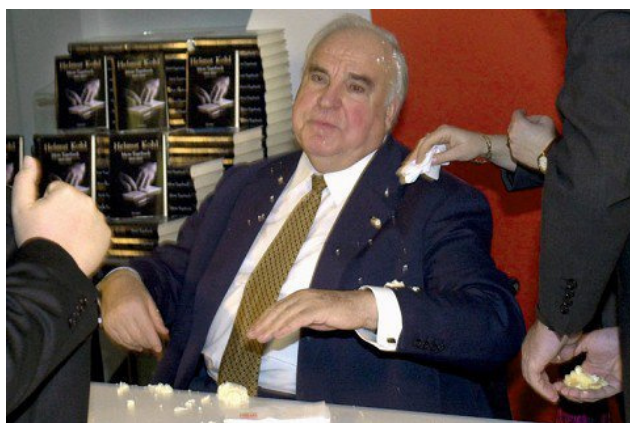
**Und das Schlimmste: Sie bezahlen Milliarden an Steuern, um dieses System damit am Leben zu erhalten – obwohl sie mehrheitlich gegen nahezu jede Entscheidung sind!**

Richtig ist allerdings auch, dass die Dauerbeschallung mit Lügen, Täuschungen und Angstmacherei nur deshalb funktioniert, weil die Masse der Medienvertreter sich selbst zu Hofberichterstatlern einer „versumpften und versifften politischen Kaste“ (Zitat: Klaus Bednarz, ARD-Journalist) herabwürdigt, statt ihrem gesellschaftlichen Auftrag nach objektiver und tendenzfreier Berichterstattung und Information nachzukommen.

In einem Interview sagte Eva Hermann auf die Frage „Glauben Sie, dass unsere Mainstreammedien ihrem Auftrag nach sachgerechter Information der Bürger noch gerecht werden?“ folgendes:

„Nein, das glaube ich schlicht und einfach nicht! Es herrschen Denkverbote und Tabus, die tunlichst nicht durchbrochen werden sollten. Wenn doch, knallt es! Die meisten Medienvertreter, Chefredakteure wie auch ihre weisungsgebundenen Mitarbeiter krallen sich an ihren wackeligen Stühlen fest, um bloß im Spiel zu bleiben. Sie verbiegen sich und schreiben und berichten notfalls auch die Unwahrheit, um nicht gefeuert zu werden. Wer will schon im Hartz-IV-Schicksal enden in diesen unsicheren Zeiten? Fast alle Redaktionen bauen jedes Jahr mehr Arbeitsplätze ab, der klassische Journalismus neigt sich seinem Ende zu. Das spüren Redakteure und Reporter natürlich. Wer heute noch vorbehaltlos Zeitung liest und ungeprüft Nachrichten schaut sowie alles treuherzig glaubt, ist nicht mehr zu retten. Er wird sich nie ein Bild machen können und ist als Gesprächspartner untauglich.“

Und die Mehrzahl der Menschen verfolgt noch immer jeden Abend die „Tagesschau“ und lässt zu, dass die Lügen des Systems ihre Wahrnehmungen beeinflussen und sie manipulieren.



Einige kaufen sich sogar die Bücher der berufsmäßigen Lügner. Mir selbst wird bei den Ergüssen dieser Menschen immer schlecht ...

Aber das scheint vereinzelt auch anderen so zu gehen, wie das nebenstehende Bild zeigt. Ich sage - *im Gedenken an Halle* - danke für diesen deutlichen Protest!



Und nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit finden seit Jahren Anschläge auf Einrichtungen des Bundes, der Länder oder des Staates statt, in den meisten Fällen allesamt gut koordinierte Aktionen militanter Gruppen. Das Spektrum der potenziellen Aktionen ist groß: Von legalen Demonstrationen gegen Sozialabbau bis hin zu Anschlägen auf Einrichtungen der Wirtschaft, von Kundgebungen radikaler Parteien bis hin zu Aktionen gegen Einrichtungen des Bundes und der Länder. Von den Medien weitgehend ignoriert, finden diese Aktionen meist nur in den Verfassungsschutzberichten der Länder oder in der polizeilichen Kriminalstatistik eine Erwähnung.

Fakt aber ist, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits seit Mitte der neunziger Jahre alarmiert zu sein scheint: **Nahezu ein Fünftel aller Erwachsenen in Deutschland nahm damals an einer Demonstration gegen die Regierung teil.** Die Liebe zum Staat scheint begrenzt.



Diese Tatsachen machen Mut und spenden Hoffnung, dass sich ein Teil des Volkes doch noch nicht aufgibt, nicht der herrschenden Gewalt ergibt!

Und im Gedenken an unser mutiges Handeln im Jahr 1990 hoffe ich, dass wir es noch einmal schaffen, uns zu befreien.

Diesmal aber ohne diejenigen, die unsere Ideale verkaufen ...

Denn wenn absolutistische Souveränität einverlangt wird und Gewaltenteilung und Gewaltentrennung wie Grund- und Menschenrechte gering geachtet werden, sind die wichtigsten Güter des Verfassungs- und Rechtsstaates gefährdet, wie wir am Beispiel der BRD sehen können:

- **Verfassung:** Aus dem „Grundgesetz“ wird ein Spielball der Politik, ihre unverzichtbare Funktion zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte existiert nicht mehr.
- **Gewaltenteilung, insbesondere Unabhängigkeit der Justiz:** Sie wird abgewertet durch Überhöhung von Volksentscheiden, aber auch durch eingeschränkte Verfassungsgerichtsbarkeit und Geringschätzung der Justiz seitens der Politik.

- **Rechtsstaat:** Verwilderung des Rechts allgemein und insbesondere des Rechts auf politische Partizipation des Volkes durch populistischen Gebrauch des Initiativrechts mit dem populären Angebot einfacher Lösungen für dramatisierte gesellschaftliche Probleme ohne Rücksicht auf Verträglichkeit mit den rechtlichen Grundlagen.

All das haben wir in den letzten 20 Jahren erleben müssen und sind nun in einen Zustand eingetreten, der keine Reformen mehr erlaubt: Es gibt nichts mehr zu reparieren!

Die Bundesregierung beginnt da sicherheitshalber schon mal mit der Vernichtung der Beweise und Beseitigung der Spuren:

Sie teilte jetzt mit, dass in den letzten zehn Jahren insgesamt 332 als „Verschlussache“ (VS) deklarierte Geheimakten spurlos verschwunden sind und seit 2005 zudem 3.181 als „geheim“ eingestufte Akten vernichtet wurden.

Die öffentliche Transparenz des Handelns einer Regierung ist ein wesentliches Merkmal einer Demokratie und eng mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verknüpft. Die Kontrolle der staatlichen Stellen ist aber nur dann gegeben, wenn der Bürger auch umfassend über die Tätigkeit des Staates informiert ist.

Aber diejenigen, die sogar **Hehlerware (Steuer-CD's)** kaufen, die Informationen enthält, die aus Straftaten stammen, um damit ihre Bürger zu erpressen, sind so weit weg von jedem **RECHT**, dass man von denen nichts mehr zu erwarten braucht. So ist es nur verständlich, dass nur noch 6 Prozent der Menschen Politikern trauen.

Der Staat bzw. die Politik hat sich längst als **Dienstleister der Industrie** angebedert. Begonnen mit der „Treuhand“ ging die Reise über die Gesetzgebung im Sinne der Pharmaindustrie bis hin zu der geplanten Autobahnprivatisierung und den Atomlaufzeiten.

Damit fördert das System auch die Kriminalität der Wirtschaft gegen das Individuum. Und die „**Generation Ahnungslos**“ lässt die Politiker gewähren, die auch den Banken immer erlaubt haben, grenzenlose Gewinne einzustreichen, während deren Verluste nun das Volk tragen durfte ...

Die Politik hat eine unterdrückte auch noch zu einer kranken Gesellschaft gemacht: Es vergeht keine Woche, in der wir nicht von neuem

Kindesmissbrauch, von Vergewaltigungen und Morden hören. Dabei gibt es keinen Bereich mehr, den das nicht betreffen würde – nicht mal die Politiker sind dabei ausgenommen, die doch immer wieder betonen, wie sehr sie sich als Vorbilder sehen.

Nein, Politiker sind die schlimmsten Verbrecher, einfach deshalb, weil sie die Macht und die Möglichkeiten für jede Straftat haben: Da sie die Polizei und die Staatsanwaltschaften, die weisungsgebunden sind, kontrollieren, brauchen sie von dort nichts befürchten! Das ist das wahre Vermächtnis von 16 Jahren Kohl!

Daher genießen sie sich schon lange nicht mehr, Geld und Geschenke („Sponsoring“) von der Industrie anzunehmen und sich ganz offen über „Nebentätigkeiten“ von dort bezahlen zu lassen. Dafür gibt es einen eindeutigen Begriff: **Korruption!**

Sie liefern uns im Gegenzug ein tolles **Demokratieschauspiel**, welches auch wieder nur dazu dient, die Masse der Menschen ruhig zu halten. Und mal ehrlich: Schauen Sie sich um – es funktioniert.

Dabei sind viele Vorstellungen mittlerweile so schlecht und lächerlich, dass es wehtut: So wurde von der Politik im vergangenen Jahr eine „Bankenabgabe“ beschlossen, damit die Banken selbst für eine Krise vorsorgen. Die Zuschauer sahen das gern, da sie lieber glauben wollten, dass sie in einem doch so tollen Land leben und Frau Merkel alles unter Kontrolle habe.

Die Wahrheit ist, dass diese Bankenabgabe auf jährlich **1,5 Milliarden Euro** festgelegt wurde. Und so wird es nun nur noch 400 Jahre dauern, bis die Banken **600 Milliarden Euro** zusammengespart haben, um sich ihre nächste „Krise“ auch leisten zu können!

Wäre es nicht so traurig, wie leichtgläubig unsere Mitmenschen wirklich sind, dann wäre das ein tolles Thema für einen Witz.



Die Staatsverschuldung erreicht immer weitere Rekordhöhen und trotz gegenteiliger Versprechen wurde sie im letzten Jahr wieder um 79 Mrd. Euro erhöht.

Aber wen kümmert das denn wirklich?! Sorglos in die ewige Abhängigkeit.

Die Gerichte sind in unserem Land zu gewinnbringenden „**Theatern des Rechts**“ verkommen – einer **Industrie des Rechtsbruchs**. Verurteilt werden Unschuldige in unserem Land fast an jedem Tag, fern ihrer Wahrnehmung. Ja, die Wahrheit ist sehr weit weg von dem Fernsehprogramm und „Barbara Salesch“ ist nur eine tolle Illusion. Auch sie erfüllt im System eine wichtige Funktion: Sie lässt Sie **GLAUBEN**!

Das System schafft sich das Umfeld, welches es für seine Existenz braucht und kontrolliert es perfekt. Als warnendes Beispiel hierfür soll an dieser Stelle noch die Vereinigung der Parteien NPD und DVU erwähnt werden, die für Anfang 2011 geplant war. Da beide Parteien vom Verfassungsschutz unterwandert und von ihm instrumentalisiert sind, hat dieser Einfluss darauf genommen und durch eine gezielte Klage erwirkt, dass der Zusammenschluss gerichtlich untersagt wurde.

Eine breitere und vor allem einheitliche Front des Widerstandes wollte man im „Superwahljahr“ 2011 auf keinen Fall ...

Und so unterstützt der Verfassungsschutz auch zahlreiche Reichsgruppierungen, damit sie sich immer weiter zersplittern und eines niemals werden: eine **EINHEIT**.

Ist das alles denn Demokratie?!

Nach dem Studium meines Buches wissen Sie es längst: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gibt es in der BRD und auf deutschem Boden nicht ...

Christa Schyboll gibt da in einem Artikel einen recht zutreffenden Zustandsbericht der aktuellen Situation ab:

*„Angesichts immer mehr Unruhen im unruhiger werdenden Volk frage ich mich immer wieder erneut: Was genau ist eigentlich ein Verfassungsfeind? In Zeiten großer Umbrüche, deren Ergebnisse heute noch niemand kennt, sind - auch dank Internet - weltweit viele kritische Stimmen unterwegs, die zurecht die Veränderung der Gesellschaft(en) verlangen, sie begründen, sie beschwören, weil die jetzige/n so viele unnötige Opfer fordert. Ein Bejahen der jetzigen „Ordnung“ wird immer weniger Menschen vorbehaltlos über die Lippen kommen angesichts der weiter auseinanderklaffenden Schere von Armut und Reichtum, Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch. Man denke nur allein an die Bankenrettungen, für die Abermilliarden durchaus vorhanden sind – während viele Menschen immer noch wie die Fliegen (angeblich) mangels Geld sterben.*

*In diese alltäglichen Geißelungen der Zustände fallen auch mehr und mehr die Politiker ein, die mittlerweile ihre EIGENE Gesetzgebung für absurd halten (Managergehälter usw.) und es an kritischen Äußerungen bis hin zum Präsidenten nicht fehlen lassen. Meine Frage: Was macht in diesen Zeiten der Verfassungsschutz, was Geheimdienste in Deutschland, wie aber auch weltweit? Kontrolliert man zum Beispiel im Netz jeden Kommentar auf "potentielle Gefährlichkeit", sortiert nach „subjektiv“, „intelligent“, „subversiv“ oder „dummlich“ und „zu vernachlässigen“, um nur wenige Möglichkeiten der Gefahrenkategorisierung aufzuzeigen? Diesen Artikel am Ende auch? Hat er bestimmte Kennworte, die verräterisch sind? Verfolgen Geheimdienste so etwas ernsthaft? Und keineswegs nur die IP zur Identifikation der Foristen, die jedoch mit einem Ghost-Programm auch schon wieder verschleierbar ist, so man das möchte?*

*Anders gefragt: Wer also ist in heutigen Zeiten ein echter Staatsfeind? Alle, die gegen die Ordnung friedlich, aber mit Klartext rebellieren und gute Gründe dafür nennen? Oder umgekehrt, sind die, die sich öffentlich äußern, per sé als "harmlos" eingestuft, da keine Terroristen - welche sich so auf diese Weise wohl nicht outen würden mit ihren tödlichen Zielen?*

*Immerhin: Wir bezahlen diese Geheimdienste und es wäre sehr freundlich, wenn wir wüssten, wie sie denn mit uns selbst, ihrem Brötchengeber durch Steueraufkommen sozusagen, umgehen. Dass sie nicht alle Details ihrer Arbeiten benennen können, ergibt sich aus ihrer Aufgabenstellung. Aber das Ausmaß dessen, was tatsächlich mit kritischen Foristen so geschieht, wie diese erfasst und kategorisiert werden, wie beobachtet usw., wäre schon interessant zu erfahren. Und legitim müsste es doch auch sein! Der Verweis, dass dies doch die bestehenden Gesetze „regeln“, ist dabei jedoch mehr als unbefriedigend.“*

Was wir zur BRD-Endzeit gerade erleben, ähnelt in vielen Punkten den letzten Zügen der DDR. Die Menschen wenden sich ab von der Politik und ihren Vertretern.

Dass es im angeblich demokratischsten Land, das je auf deutschem Boden existiert haben soll, tatsächlich keine Demokratie gibt, ist der Bevölkerungsmehrheit seit der Euro-Zwangseinführung mit ihren fatalen Folgen klar geworden. Für unliebsame politische Entscheidungen hat sich die Berufspolitikerkaste einen passenden Buhmann, die EU, geschaffen. Im Zweifelsfall verweist man auf EU-Verordnungen, die man ja nun umsetzen müsse.

Wahnwitzige Bauprojekte wie „Stuttgart 21“, die „Privatisierung“ von Staatsvermögen wie Post, Bahn, Wasserversorgung, die Atompolitik und vieles mehr zeigen dem Bürger täglich, was seine Meinung wert ist und wer hier „Politik“ macht.



Soziale Verwerfungen und eine immer größer werdende Kluft in der Gesellschaft sind die Folge. Die wenigen, die Kapital wie Magneten anziehen, entscheiden über die Politik und lassen ihren Willen über Lobbyistenverbände und politische Handlanger vollstrecken. Immer mehr Macht und Geld wird so in den Händen weniger konzentriert.

Dieses Geld kommt aber nicht aus dem Nichts. Es wird den deutschen Haushalten gezielt entzogen: Das Realeinkommen des einzelnen Erwerbstätigen steigt in der BRD schon seit 20 Jahren nicht mehr. Spätestens in 10 Jahren wird es sinken und infolge der demografischen Verschiebungen wird das ein nachhaltiger Trend bleiben. Entsprechend sinkt der Lebensstandard und der politische Einfluss des Bürgers. Immense Bankenrettungspakete werden aber über Nacht durchgepaukt und anschließend wird behauptet, dies sei alternativlos.

Die Frage, wer die Situation heraufbeschworen hat, darf nicht gestellt werden. Die „freie Presse“ bekommt einen Maulkorb. Der Bürger hat für die Fehler fremder Spekulanten zu haften und damit basta. Irgendwelche Sanktionen haben die Verursacher des Debakels nicht zu fürchten.

Die Staatsverschuldung der BRD hat mit 2,0 Billionen Euro eine Höhe erreicht, die schlichtweg auch über mehrere Generationen nicht wieder rückzahlbar ist. Da hilft auch nicht das schönste Sparpaket und auch keine Frau Merkel, die ein Krisenende herbeipalavert.

Es stellt sich jedoch die Frage, wann genügend Menschen bereit sein werden, um aufzuwachen und wirklich sehen zu können. Noch schläft die Mehrzahl von ihnen ...

***... noch ist tiefe Nacht ...***

## Zitate zum Thema

*„Man kann wetten, dass jede öffentliche Meinung, jede allgemeine Konvention eine Dummheit ist, denn sie hat der großen Menge gefallen.“*

*Nicolas-Sébastien de Chamfort*

*„Freiheit der Meinungsäußerung hat immer Grenzen. Manchmal muss man Grenzen überschreiten, aber das muss sich immer gegen die Regierung oder die Starken wenden. Meinungsfreiheit darf aber nie als Waffe gegen Schwächere verwendet werden.“*

*Geert Mak*

*„Wenn es den Bürgerrechtlern und Montagsdemonstranten in der latenten Gefahr eines längeren Aufenthalts im Stasi-Knast Bautzen gelungen ist, ohne einen Schuss abzugeben und ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, die Betonköpfe des DDR-Politbüros und ihre SED-Nomenklatura hinwegzufegen und wenn es Mahatma Gandhi mit ähnlichen gewaltfreien Mitteln gelungen ist, eine der stärksten Militärmächte der Zeit außer Landes zu treiben und die koloniale Fremdherrschaft zu beenden, sollte es uns doch möglich sein, die verrottete BRD-Justiz zum Teufel zu jagen.“*

*Detlef Winter*

*„Es bedarf heutzutage eines mutigen Mannes, um furchtlos die Wahrheit zu sprechen, verbunden sogar mit persönlichen Risiken und Kosten. Das Gesetz verbietet es nämlich, die Wahrheit zu sagen, außer unter Zwang, bei Gericht und unter Strafandrohung wegen Meineids. Wurden öffentlich und gedruckt Lügen über dich erzählt, bist du machtlos, um deinem Verleumder den Mund zu stopfen, außer du bist wohlhabend; nenne Tatsachen und du wirst ein Verleumder; hüte deine Zunge bei einer Ungerechtigkeit, die in deiner Gegenwart begangen wird, und deine Freunde werden dich als Ihresgleichen ansehen - als ihren Verbündeten. Das Äußern seiner ehrlichen Meinung ist unmöglich geworden in diesem, unseren Zyklus.“*

*Helena Petrovna Blavatsky*

# Was Sie sofort tun können: Zehn Empfehlungen

Von Harald Welzer

***Beginnen Sie, einfache Fragen zu stellen. Hören Sie auf, Europapolitikern zu glauben, nutzen Sie Ihre Handlungsspielräume, haben Sie Spaß dabei: Die Rettung der Welt zum Mitmachen in zehn Empfehlungen.***

## **1. Selber denken.**

**2. Trauen Sie** endlich Ihrem Gefühl, dass um Sie herum ein großes Illusionstheater stattfindet. Die Kulissen simulieren Stabilität, aber das Stück ist eine Farce: Immerfort treten dicke Männer auf und brüllen „Wachstum!“, Spekulanten spielen Länderdomino und dauernd tänzeln Nummerngirls mit Katastrophenbildern über die Bühne. Das Publikum ist genervt und wütend, bleibt gleichwohl bis zum Ende der Vorstellung sitzen. Aber: Wann wird das wohl kommen?

**3. Verlassen Sie** besser die Vorstellung und beginnen Sie, ganz einfache Fragen zu stellen. Zum Beispiel: Warum muss man immer mehr arbeiten, wenn man immer mehr arbeitet? Warum werden die Schulden größer, wenn immer mehr gespart wird? Warum schrumpft alles andere, wenn die Wirtschaft wächst?

**4. Suchen Sie** zusammen mit Ihren Freundinnen und Freunden nach Antworten. Zum Beispiel: Weil alle Idioten auch mehr arbeiten. Weil das Gesparte in fremde Taschen wandert. Weil viele börsennotierte Unternehmen staatsferne Parallelgesellschaften bilden.

**5. Beschließen Sie**, ab sofort nicht mehr mitzumachen, falls Ihre Antworten Sie beunruhigen.

**6. Fangen Sie** damit an aufzuhören. Hören Sie auf, Europapolitikern zu glauben. Hören Sie erst recht auf, Wirtschaftsforschungsinstituten zu glauben. Und hören Sie um Gottes willen damit auf, sich widerspruchslös erzählen zu lassen, irgendeine Entscheidung sei alternativlos gewesen. So etwas gibt es in Demokratien nicht.

**7. Wenn Sie** jetzt so weit sind, dass Sie nicht mehr jeden Blödsinn tolerieren, nutzen Sie Ihre Handlungsspielräume. Sie leben in einem der

reichsten Länder der Erde, Sie sind hervorragend ausgebildet, Sie haben Spaß am Leben und finden sich ganz gut. Warum zum Teufel machen Sie jeden Tag dasselbe und nie etwas anderes?

**8. Wie Sie** Ihre Spielräume nutzen sollen? Schauen Sie sich einfach an, was andere machen. Es gibt doch unglaublich tolle Ansätze und Projekte: Energiegenossenschaften, Nachbarschaftsgärten, fairen Konsum, lokale Währungen, großartige Stiftungen, Unternehmen, die sich dem Wachstumszwang verweigern. Schreiben Sie politischer, falls Sie Journalist sind. Forschen Sie für eine andere Zukunft, falls Sie in der Wissenschaft sind. Wechseln Sie die Pausenthemen, falls Sie am Band arbeiten. Kaufen Sie anders ein, falls Sie ein Restaurant haben. Fragen Sie, wo der Fisch herkommt, wenn Sie essen gehen. Interessieren Sie sich für die Zukunft Ihrer Schüler, falls Sie Lehrerin oder Lehrer sind. Fusionieren Sie mit einem Kindergarten, wenn Sie ein Seniorenheim leiten. Denken Sie ans Höllenfeuer, wenn Sie einem der vier großen Energiekonzerne vorstehen. Produzieren Sie cradle to cradle, wenn Sie eine Fabrik besitzen. Riskieren Sie etwas, wenn Sie sich für intellektuell halten.

**9. Versuchen Sie** irgendwo dazuzugehören, wo Sie stolz sagen können: „Wir machen das anders!“ Zum Beispiel eine Kultur der Achtsamkeit entwickeln, Ideen interessanter finden als Erfahrung, nicht auf Kosten anderer leben, oder was Ihnen sonst noch einfällt. Zukunftsfähig zu sein bedeutet das Gegenteil vom business as usual: lernend, fehlerfreundlich, reversibel zu handeln.

**10. Bilden Sie** Labore der Zukunft und haben Sie Spaß dabei. Vergessen Sie das „5-vor-12“-Blabla der Ökobewegung und das Gerede von der „Weltgemeinschaft“ und der Notwendigkeit globaler Lösungen. Niemand hat an Ihrer Wiege gestanden und mit hohler Stimme gesagt: „Du bist zu uns gekommen, um die Welt zu retten!“ Es genügt völlig, wenn Sie beginnen, mit Ihrem Leben, Ihren Lieben und Ihrem Land verantwortungsvoll und zukunftsfähig umzugehen. Das aber bitte gleich. Stornieren Sie Ihre nächste blöde Flugreise (Sie wollen da sowieso nicht hin), bestellen Sie Ihr nächstes Auto erst gar nicht (es wird Sie unglücklicher machen, weil Sie glaubten, es mache Sie glücklicher), kaufen Sie nichts mehr, was zu billig ist (denn dann hat irgendjemand zu wenig bekommen). Säbeln Sie in Ihre Weihnachtsgans und teilen Sie Ihren Kindern oder Enkeln mit, dass Sie ab jetzt Ihr Leben ändern werden. Das wird Ihnen helfen, es tatsächlich zu tun (denn jetzt können Sie nicht mehr zurück).

## **Die „Initiative für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“**

Gegründet wurde die „Initiative für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ am 17. Juni 2006. Wir wählten bewusst dieses Datum, um an den Mut der Bürger, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen und unter Gefahr für ihr eigenes Leben für eine Verbesserung der Lebensumstände demonstrierten, zu erinnern.

### **Gründungserklärung**

**Heute, am 17. Juni 2006, finden wir uns zusammen, um im Gedenken an die Werte des deutschen Volkes und im Bewusstsein der nicht rechtmäßig hergestellten Einheit Deutschlands und des Fehlens einer Verfassung unsere Kraft dafür einzusetzen, dass sich das Volk in freier Selbstbestimmung seiner souveränen Rechte erinnert und diese wiederherstellt.**

**Dafür begründen wir mit unserer Unterschrift die „Initiative für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, die sich für eben diese Ziele einsetzt und die jedem engagierten Menschen offen steht.**

### **Die erklärten Ziele der Initiative sind:**

- Durchsetzung des Rechts zum Widerstand
- Organisation einer landesweiten Bürgerinitiative „Volksabstimmung zu Friedensvertrag, Verfassung und Souveränität für Deutschland“
- Wiederherstellung von Recht und Ordnung
- Erstellung eigener Gesetze und Handelsabkommen
- Herstellung einer wirklichen Demokratie (Volksentscheide bei Gesetzesbeschlüssen etc.)
- Ersetzung von Berufspolitikern durch ehrenamtlich haftbare Politiker, Nationalversammlung
- öffentliche Dienste, Strom, Wasser, Post in kommunalen Besitz



- autarkes Wirtschaftsmodell
- Ersetzung von Beamtenstatus durch haftbaren Mitarbeiterstatus
- Umwandlung von GmbH'n und AG'n in haftbare Personengesellschaften
- Begründung eines einfachen und gerechten Steuersystems
- Herstellung der souveränen Rechte der Menschen über ihre Zeit und ihre geistigen Ressourcen

**Wir rufen jeden Deutschen auf, diese Ziele zu unterstützen – beginnend mit dem heutigen Tag bis hin zur tatsächlichen Vollendung der Einheit des deutschen Volkes.**

 INITIATIVE FÜR **D**EMOKRATIE UND **R**ECHTSSTAATLICHKEIT

Kontakt über:

Holger Fröhner c/o Phönix Unternehmensberatung

Postfach 76 73 36, 06052 Halle

Fax: 03212 102 24 85

E-Mail: phoenixHalle@web.de

**[www.jahrhundertlüge.de](http://www.jahrhundertlüge.de)**

## Danksagungen

Ich möchte zuerst denjenigen danken, die jetzt an dieser Stelle angekommen sind und diese Publikation gelesen haben, da dies zeigt, dass sie sich für die Wahrheit, unser Land und dessen Zukunft interessieren. Mögen die Fakten, die sie nun kennen, diesen Menschen die Macht geben, dieses Wissen auch gewinnbringend einzusetzen. Mögen sie den Mut finden, sich nicht länger ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique "regieren" zu lassen, die unser Land ruiniert hat.

Denn ich glaube nicht, dass das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korruptiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmäßigkeit der Geschichte das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen.

Die Entwicklungen der nächsten Jahre werden zeigen, ob dieses Vertrauen gerechtfertigt ist.

Und im Gedenken an den folgenden Satz, den Jean Paul einmal prägte, „*Wenn ihr die Augen nicht braucht, um zu sehen, werdet ihr sie brauchen, um zu weinen!*“, fordere ich Sie auf, hinzusehen! Verbreiten Sie die Wahrheit und verändern Sie durch Ihr Handeln die Welt!

Dann möchte ich noch den Menschen danken, die mit ihrem Wissen das meine mehrten.

Ich möchte den Verfassern danken, deren Texte ich zitiert habe und auch denen, die ich dafür nicht um Erlaubnis fragen konnte. Sie mögen mir dies nachsehen.

Und ich danke denen, die sich für die Veränderungen, die wir zusammen anstreben, unermüdlich einsetzen. Gemeinsam sind wir stark!

Holger Fröhner



**Die Jahrhundertlüge 35,23€** ISBN: 978-3-86931-266-8

Kurzbeschreibung: Das Buch beschreibt die aktuelle Rechts-situation in Deutschland und dient dabei als Standardwerk in diesem Bereich der Aufklärung - ein Muss für jeden Bürger!

Softcover DIN A4 hoch (21,0 x 29,7 cm) 180 Seiten  
Inhalt: s/w

Sprache: Deutsch  
Altersempfehlung: keine  
Erscheinungsdatum: 10.12.2009

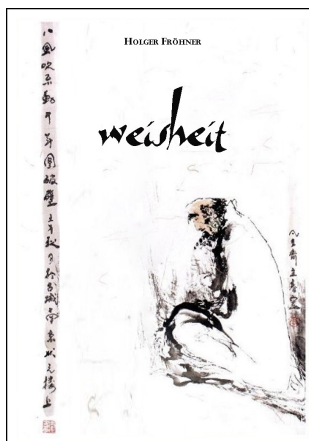


**Die Jahrhundertlüge 21,36€ Taschenbuch**

Kurzbeschreibung: Das Buch zur aktuellen Rechtssituation in Deutschland - schauen Sie hinter die Lügen der Politik! Der Bestseller erscheint nur hier als TASCHENBUCH!

Softcover DIN A5 hoch (14,8 x 21,0 cm) 288 Seiten  
Inhalt: s/w

Sprache: Deutsch  
Altersempfehlung: keine  
Erscheinungsdatum: 25.12.2009



**Weisheit 16,90€**

Zitate von Zeitzeugen und Philosophen zu wichtigen geschichtlichen Ereignissen, der Gegenwart und dem Leben - nah am Erkennen der Wahrheit.

Softcover DIN A6 hoch (10,5 x 14,8 cm) 208 Seiten  
Inhalt: farbig

Sprache: Deutsch  
Altersempfehlung: keine  
Erscheinungsdatum: 12.11.2010

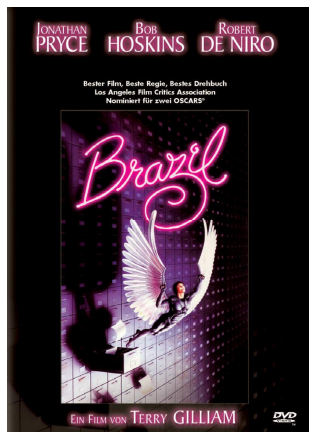
## Weitere Empfehlungen



### V wie Vendetta

Der Film spielt im dystopischen, futuristischen London, und die Geschichte folgt V, einem maskierten Freiheitskämpfer, der im Kampf gegen den autoritären Staat einen gesellschaftlichen und politischen Umsturz vorbereitet.

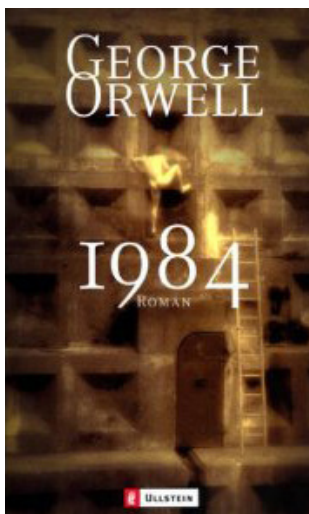
Wie sich gegen Ende des Filmes herausstellt, ist er der einzige Überlebende eines früheren Zwangsexperiments an „abweichenden“ Teilen der Bevölkerung zur Erforschung einer Viruskultur, die zur Machtübernahme der Führungsriege gegen die Bevölkerung eingesetzt worden ist. Durch seine Aktionen begünstigt er die Aufklärung der Bevölkerung, so dass der Aufstand zum Ende des Filmes tatsächlich stattfindet.



### Brazil

Der Film ist eine düstere, kafkaeske Dystopie, die sich der Stilmittel der grotesken Komödie bedient.

Die Ängste von Brazil betreffen eigentlich nicht die Gefahr, die Welt könnte uns wegen des Systems aus den Fingern gleiten, denn wir sind ja das System. Worum es in Brazil wirklich geht, ist, dass das System nicht aus großartigen Führern besteht, oder aus großartigen Maschinisten, die es kontrollieren. Es besteht aus einzelnen Menschen, die einfach ihren Job tun, als kleines Zahnrad, und Sam beschließt ein kleines Zahnrad zu bleiben und letztendlich zahlt er den Preis dafür.



### 1984

In dem Roman wird die Dystopie eines totalitären Überwachungs- und Präventionsstaates im Jahre 1984 dargestellt. Im Jahre 1984 werden kritische Gedanken, so genannte Gedankenverbrechen, die die Doktrin des Staates in Frage stellen, als Staatsverbrechen behandelt. Das erklärte Ziel der herrschenden totalitären Partei ist, durch die Einführung einer neuen Sprache (*Neusprech* genannt), durch ständige Verfälschung der Geschichte und durch totale Kontrolle und Bedrohung den Bürgern die Möglichkeiten zu entziehen, Gedankenverbrechen zu begehen.

## Notizen





***"Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat."***  
*Bärbel Bohley*

Was ist nur aus der Hoffnung des Jahres 1990 geworden: Eine skrupellose Politikerkaste hat das Land fest im Griff und die demokratische Ordnung erstickt. Schwarze Kassen, Korruption, Postenwirtschaft, Selbstbedienung – das sind die Attribute, die heute das Politikerdasein bestimmen.

Das *Recht* ist zu einer Absurdität verkommen und findet heute nur noch in anspruchslosen Fernsehshows statt. Polizei und Staatsanwaltschaften sind weisungsgebunden und dem politischen Willen unterworfen. Damit findet eine Verfolgung der Täter in Politik und Wirtschaft nicht mehr statt. Die „Deals“ zeigen dabei den wahren Charakter dieses Systems.

Widerstand beginnt immer mit Information: Nutzen Sie dieses Buch, um sich über die unhaltbaren Zustände in unserem Land zu informieren. Verlassen Sie sich auf ihr Urteilsvermögen und bilden Sie sich eine *eigene Meinung*, fern der Manipulation der Mainstreammedien, die Ihnen schon lange eines nicht mehr mitteilen:

die Wahrheit!